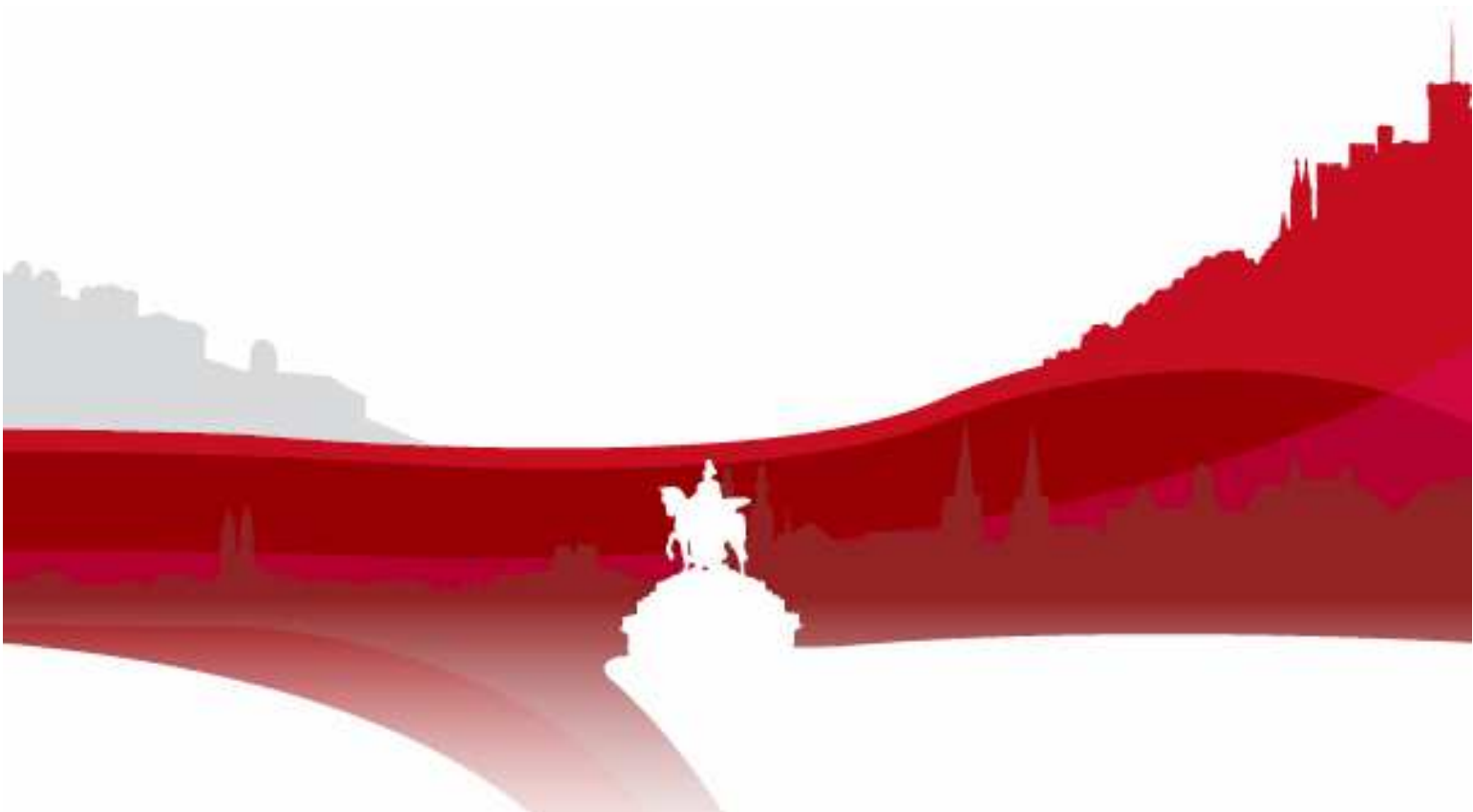


**Prüfung des Jahresabschlusses
der Stadt Koblenz
zum 31. Dezember 2012**



Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Prüfauftrag und rechtliche Grundlagen	3
1.1 Prüfungsauftrag	3
1.2 Prüfungsdurchführung	3
1.3 Rechtliche Grundlagen	4
2. Grundsätzliche Feststellungen	4
2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung	4
2.2 Unregelmäßigkeiten	5
3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	6
3.1 Gegenstand der Prüfung	6
3.2 Art und Umfang der Prüfung	6
4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	8
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	8
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	8
4.1.2 Jahresabschluss	10
4.1.3 Rechenschaftsbericht	10
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	11
4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	11
4.2.2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen	12
4.2.3 Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	12
5. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	23



Anlagen zum Prüfbericht

		Seite
Anlage 1	Bilanz zum 31. Dezember 2012	26
Anlage 2	Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012	30
Anlage 3	Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012	31
Anlage 4	Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012	33
Anlage 5	Anlagenübersicht	73
Anlage 6	Forderungsübersicht	75
Anlage 7	Verbindlichkeitenübersicht	76
Anlage 8	Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen	77
Anlage 9	Rechenschaftsbericht	79
Anlage 10	Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz	114
Anlage 11	Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung	154
Anlage 12	Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse	194
Anlage 13	Kennzahlenberechnung	200



1 Prüfungsauftrag und rechtliche Grundlagen

1.1 Prüfungsauftrag

Nach § 110 GemO i.V.m. § 112 GemO obliegt der Rechnungsprüfung die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012 unter Einbeziehung der Buchführung und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 der

Stadt Koblenz.

Nach § 108 Abs. 1 GemO hat die Stadt Koblenz zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss unter Beachtung der Regelungen der GemHVO und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Dem Jahresabschluss ist ein Rechenschaftsbericht nach § 49 GemHVO beizufügen.

1.2 Prüfungsdurchführung

Die Prüfung erfolgte in den Verwaltungsräumen der Stadt Koblenz in der Zeit von August 2013 bis Februar 2014.

Für die Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses waren zuständig:

- | | |
|---------------------|--|
| ■ Amtsleiter | Herr StOVR Harald Klein |
| ■ Prüfgruppenleiter | Herr Dipl.-Volkswirt Olaf Schaub |
| ■ Prüfer/in | Herr Dipl.-Kfm. Frank J. Himpler
Frau StA Sabine Knipp
Frau StA Claudia Zentner
Herr StA Christian Stolz
Herr StI Jan Bleidt |

Bei der Prüfung sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen und der Entwurf zur Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts einer Gebietskörperschaft (IDW EPS 730) in Form der einschlägigen Prüfungsstandards des Instituts der Wirtschaftsprüfer e. V. beachtet worden.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet dieser Prüfungsbericht, der in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. gem. IDW PS 450 erstellt wurde.

Dieser Prüfungsbericht wurde um einen besonderen Erläuterungsteil der Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung erweitert, der diesem Bericht als **Anlage 10** und **11** beigefügt ist.



1.3 Rechtliche Grundlagen

Die Rechtsgrundlage dieser Prüfung bezieht sich vor allem auf folgende gesetzliche Bestimmungen in der zurzeit gültigen Fassung:

- Gemeindeordnung (GemO) vom 31. Januar 1994, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2013 (GVBl. S. 538)
- Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 06. April 2010 (GVBl. S. 64)
- Handelsgesetzbuch (HGB) vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 04. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3746)

2 Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung

Der Rechenschaftsbericht ist gemäß § 113 Abs.2 GemO daraufhin zu prüfen, ob er mit dem vorgelegten Jahresabschluss in Einklang steht und seine sonstigen Aussagen ein korrektes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermitteln. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind.

Der Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 31.12.2012 der Stadt Koblenz (Anlage 9) enthält folgende Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage:

1. Allgemeines und Lage der Gemeinde (Abschnitt 1 und 2)
2. Vermögens- und Finanzlage der Gemeinde (Abschnitt 3)
3. Ertragslage der Gemeinde (Abschnitt 4)
4. Kennzahlen und Gliederung der Teilhaushalte (Abschnitt 5 und 6)
5. Einschätzung der Chancen und Risiken (Abschnitt 7)

Der Inhalt des Rechenschaftsberichtes entspricht nur bedingt den gesetzlichen Anforderungen. Der Aufbau des Kennzahlensystems befindet sich derzeit noch in der Weiterentwicklung, im vorliegenden Rechenschaftsbericht wurden einige Kennzahlen eingefügt. Eine Berücksichtigung weiterer Kennzahlen soll im darauf folgenden Jahresabschluss erfolgen. Das Fehlen eines noch nicht vollständig implementierten Kennzahlensystems ist aus Sicht des Rechnungsprüfungsamtes von untergeordneter Bedeutung.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Koblenz

Im ersten Teil des Rechenschaftsberichtes wird auf die Organisationsstruktur und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Stadt Koblenz eingegangen. Weiterhin werden die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beschrieben und die schwierige finanzielle Situation der Stadt Koblenz dargestellt. Einzelne Positionen der Ergebnisrechnung werden hinsichtlich Vorjahres- und Planvergleich ausführlich erläutert. Aussagen



zum Problem einer dauerhaften Überschuldung – Verbrauch des Eigenkapitals – sowie dieser Entwicklung entgegensteuernde Maßnahmen werden im Rechenschaftsbericht getroffen.

Kennzahlen und Gliederung der Teilhaushalte

Der zweite Teil des Rechenschaftsberichtes beinhaltet einige Kennzahlen des einzuführenden und gesetzlich vorgeschriebenen Kennzahlensystems. Weiterhin wird im Rechenschaftsbericht eine Übersicht der einzelnen Teilhaushalte mit den jeweiligen Produkten aufgezeigt.

Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung

Im letzten Abschnitt werden die zukünftigen Chancen und Risiken der Stadt Koblenz beschrieben. Insbesondere werden Maßnahmen zur Gegensteuerung der defizitären Haushaltslage benannt und es wird auf die Entwicklung der zukünftigen hohen Zinsaufwendungen eingegangen. Abschließend werden die Chancen und hohen Risiken einzelner Projekt und Maßnahmen aufgezählt.

Die Aussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf der Stadt geben insgesamt eine zutreffende Beurteilung der Lage der Stadt Koblenz wieder. Auf folgende Sachverhalte wird hingewiesen:

Die Aussagen zu möglichen langfristigen finanziellen Risiken bezüglich des „Mittelrhein-Forum / Kulturgebäude“ wurden nur unzureichend getroffen.

Aufgrund der durchgeführten Prüfungshandlungen ergeben sich keine Einwendungen gegen die Einschätzung der Lage, zum Fortbestand und zur künftigen Entwicklung der Stadt Koblenz.

Die Rechnungsprüfung ist der Überzeugung, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt.

2.2 Unregelmäßigkeiten

Bei Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses wurden keine Unrichtigkeiten und Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen oder Tatsachen, die schwer wiegende Verstöße des Oberbürgermeisters oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Satzung erkennen lassen, festgestellt.

3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

3.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und über den Rechenschaftsbericht liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz.

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände abzugeben.

Dazu hat die Rechnungsprüfung die Buchführung, die Inventur, das Inventar, die örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012, bestehend aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen sowie dem Anhang (**Anlagen 1 bis 4**) und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 (**Anlage 9**) der Stadt Koblenz geprüft. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GemO bzw. GemHVO aufgestellt.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft.

Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlicher Tatbestände, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit von Jahresabschluss betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung des Jahresabschlusses.

Prüfungsfeststellungen sind der Verwaltungsleitung mitgeteilt und von dieser anerkannt worden. Verstöße die einer besonderen Berichtsdarstellung an dieser Stelle bedürfen, wurden nicht festgestellt.

3.2 Art und Umfang der Prüfung

Ausgangspunkt der Prüfung war der geprüfte und unter dem Datum vom 30. April 2013 mit einem eingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 nebst Anhang und Rechenschaftsbericht der Stadt Koblenz.

Die Rechnungsprüfung hat die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2012 nach §§ 110 und 112 GemO und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.



Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung und der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat die Rechnungsprüfung eine am Risiko der Stadt Koblenz ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikomanagements erstellt.

Darauf aufbauend wurde ein prüffeldbezogenes risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das auf der Grundlage der festgestellten prüffeldbezogenen Risikofaktoren unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Stadt Koblenz Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben in Jahresabschluss ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Die Prüfung umfasst aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl bzw. zum Teil auf mathematisch-statistischen Verfahren.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Grundstücksakten
- Anlagen im Bau
- Sonderposten zum Anlagevermögen
- Rückstellungen mit den dazugehörigen Ertrags- und Aufwandpositionen

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Insbesondere wurden folgende Prüfungshandlungen durchgeführt bzw. folgende Prüfungsergebnisse und Arbeiten Dritter verwendet:

- Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie der Verbindlichkeiten hat sich die Rechnungsprüfung durch Einholung von Saldenbestätigungen in Stichproben überzeugt. Die Werthaltigkeit der Forderungen wurde durch eine Analyse der Altersstruktur geprüft.
- Bankbestätigungen von Kreditinstituten wurden eingeholt.
- Zur Prüfung der Pensionsrückstellungen lag der Rechnungsprüfung ein versicherungsmathematisches Gutachten der Rheinischen Zusatzversorgungskasse vor. Auf Grund der Einschätzung der Qualifikation des Sachverständigen sowie der



Beurteilung von Art und Umfang dessen Tätigkeit hat sich die Rechnungsprüfung bei der Prüfung auf dessen Arbeitsergebnisse gestützt.

Alle erbetenen Nachweise und Auskünfte wurden durch die verantwortlichen Fachämter der Stadt Koblenz zur Verfügung gestellt bzw. bereitwillig erteilt. Die zuständigen Fachdienststellen haben die Vollständigkeit des Jahresabschlusses schriftlich bestätigt.

Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

4 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der im Berichtsjahr angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes. Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände, des Kapitals, der Schulden, der Rückstellungen, der Sonderposten, der Bilanzierungshilfen und der Rechnungsabgrenzungsposten sind erbracht.

Die Rechnungsprüfung hat in Stichproben die körperliche Bestandsaufnahme vor Ort geprüft. Die seit Beginn der Eröffnungsbilanz geforderte Inventur der Straßenbeleuchtung ist für den vorliegenden Jahresabschluss noch nicht erfolgt, diese ist für den Jahresabschluss zum 31.12.2014 vorgesehen. Die beabsichtigte Schätzung aller Exponate des Mittelrhein Museums durch einen Sachverständigen, die bis zum Umzug des Museums in den Kulturhybriden des Zentralplatzes vollständig durchgeführt werden sollte, konnte Ende 2012 erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung der Rechnungsprüfung in einigen Teilen nicht den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

Die Belege wurden im Wesentlichen ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. In einigen Fällen konnten formale Mängel bei der Handhabung der Kontierungsbelege sowie der Werthaltigkeit der beigefügten buchungsbelegenden Unterlagen festgestellt werden.

Die Zahlen der Vorjahresbilanz wurden richtig im Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und von der Stadt Kob-



lenz aufgestellt. Erforderliche Korrekturen aufgrund von Prüfungsfeststellungen in der Finanzsoftware Mach M1 wurden im Bereich der Finanz- und Anlagenbuchhaltung nur teilweise vorgenommen, ursächlich begründet in einer mangelnden Funktionalität und Leistungsfähigkeit der Finanzsoftware MACH M1. Weiterhin werden durch einige Prüfungsfeststellungen bei verschiedenen Fachämter zusätzliche, zeitaufwendige Arbeitsprozesse ausgelöst, die nicht zeitnah im vorliegenden Jahresabschluss umgesetzt werden können. Angedacht ist daher eine Korrektur für den Jahresabschluss zum 31.12.2013 bzw. im Rahmen der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt (Korrekturen im Rahmen der Eröffnungsbilanz sind **letztmalig** zum 31.12.2013 möglich).

Bei Zugrundlegung der Nachvollziehbarkeit durch einen sachverständigen Dritten in angemessener Zeit als Beurteilungskriterium, erweist sich die Anlagenbuchhaltung in wesentlichen Teilen als schwer nachprüfbar, bedingt durch die angewandte Buchungstechnik, die eine Vielzahl an Umgebungsbuchungen aufweist. Dieser Umstand wird im Wesentlichen begründet durch die Besonderheiten der Einbindung der **Finanzrechnung innerhalb des MACH-Systems**. Die Validität dieser Begründung kann durch die Rechnungsprüfung abschließend weder bestätigt noch abgelehnt werden. Gleichwohl wurden bei der stichprobenartigen Prüfung von Buchungsfällen in der Mehrzahl der Fälle keine **weiteren** Mängel offenkundig, die eine wesentliche materielle Auswirkung auf die Darstellung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses begründen.

Weiterhin muss die in den Vorjahren getroffene Feststellung, dass die Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen der Stadt Koblenz und ihren jeweiligen Eigengesellschaften nicht übereinstimmen, aufrechterhalten werden. Seitens der städtischen Finanzbuchhaltung wird dieser Umstand durch zeitliche Buchungsunterschiede begründet. Mit Blick auf den in 2015 zu erstellenden Gesamtabschluss sollten zukünftig konzern einheitliche Richtlinien aufgestellt und sowohl durch die Mutter als auch deren Tochtergesellschaften angewandt werden. **Auf die gleich lautende Prüfbemerkung zu den vergangenen Jahresabschlüssen wird verwiesen.**

Zur edv-technischen Verarbeitung der doppelten Buchführung verwendet die Stadt Koblenz für den Jahresabschluss 2012 die Finanzsoftware MACH M1 sowie die MACH Veranlagung der Fa. Mach AG, Lübeck. Da eine Freigabe der Anwendung des Moduls MACH-Veranlagung aufgrund zu erwartender Unzulänglichkeiten nicht verantwortet werden konnte, wurde im Jahr 2010 auf ein selbstentwickeltes Veranlagungsmodul auf der Basis des KOFIN-Systems, das in seinen Grundzügen bereits im früheren kameralen Rechnungswesen zum Einsatz kam, zurückgegriffen.

Für die Finanzsoftware MACH M1 (Version 1.6) wurde herstellerseitig eine Prüfung nach **IDW PS 880** „Erteilung und Verwendung von Softwarebescheinigungen“ durchgeführt. Im Prüfurteil des Wirtschaftsprüfers vom 29. Juni 2007 wurde die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung bei sachgemäßer Anwendung bestätigt. Eine Prüfung der KOFIN-Veranlagung nach IDW PS 880 wurde bisher nicht vorgenommen.

Eine Prüfung der Finanzsoftware MACH M1, in Anlehnung an **IDW PS 850** „Projektbegleitende Prüfung bei Einsatz von Informationstechnologie“ wurde in 2011 abgeschlossen. Das abschließende Ergebnis der Prüfung und das entsprechende Prüfstestat liegen seit dem 10. August 2011 vor.

Für die Finanzsoftware MACH M1 wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die von der Stadt Koblenz getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, bei sachgerechter Anwendung die Einhaltung der



sich aus den anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der sich aus den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung gem. IDW RS FAIT 1 ergebenden Ordnungsmäßigkeits-, Sicherheits- und Kontrollanforderungen sicherzustellen.

4.1.2 Jahresabschluss

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden sowie das Kapital, die Sonderposten, die Bilanzierungshilfen und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet, für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet. Da erforderliche Korrekturen aufgrund von Prüfungsfeststellungen im Anlagevermögen weitestgehend nicht vorgenommen wurden, konnten dementsprechende Fehler in der Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht beseitigt werden. Die Stadt Koblenz hat gem. § 12 GemHVO zur Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit bislang keine finale Kosten- und Leistungsrechnung (in Form einer Voll-/Teilkostenrechnung) aufgebaut.

Der Anhang enthält gem. § 48 GemHVO RLP die notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Stadt Koblenz angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben. Die geforderten Anlagen, wie Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitenübersicht sowie die Übersicht über die aus Vorjahren fortgeltenden Haushaltsermächtigungen, sind Teil des Anhangs. Der Anlagenspiegel erweist sich hierbei als nicht durchweg fehlerfrei. **Auf die gleich lautende Prüfbemerkung zu den vorangegangenen Jahresabschlüssen wird verwiesen.**

Die Rechnungsprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

4.1.3 Rechenschaftsbericht

Der von der Stadtkämmerei aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Rechenschaftsbericht ist diesem Bericht als **Anlage 9** beigefügt.

Der Rechenschaftsbericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen nur bedingt den gesetzlichen Vorschriften.

Die Prüfung ergab, dass der Rechenschaftsbericht

- mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht,
- insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt vermittelt,
- die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt,



- alle weiteren nach § 49 GemHVO RLP erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

Bedeutsame produktorientierte Ziele und Kennzahlen nach § 4 GemHVO RLP wurden nur zum Teil einbezogen und erläutert. Der Aufbau des Kennzahlensystems befindet sich derzeit noch im Aufbau, eine vollständige Berücksichtigung soll in den darauf folgenden Jahresabschlüssen erfolgen.

Der Rechnungsprüfung sind keine (weiteren) nach Schluss des Haushaltsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung mit Ausnahme der folgenden Einschränkung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage:

- Innerhalb des **Sachanlagevermögens** weist die Position „**Anlagen im Bau**“ zum Stichtag einen Saldo von **170.761 T€** aus. Die Prüfung hat ergeben, dass ca. 35,8 Prozent der zum 31.12.2012 fertig gestellten und bereits in Betrieb befindlichen Anlagegüter **nicht** aktiviert wurde. Unter Zugrundlegung einer durchschnittlichen Abschreibungsrate von 3 Prozent ergibt sich innerhalb der Ergebnisrechnung hinsichtlich der **Abschreibungen** eine Abweichung von ca. **916 T€**.
- Bedingt durch den vorgenannten Anstieg hat sich auch der **Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen** per Saldo auf **69.755 T€** erhöht. Aufgrund der fehlenden Aktivierung des Anlagevermögens konnte jedoch keine ordnungsmäßige Passivierung und die damit verbundenen Auflösungserträge verbucht werden.
- Die Prüfung der **Grundstücke** im Bereich des **Anlagevermögens** hat ergeben, dass ein Großteil der erfassten Grundstücke infolge verschiedener Fehlerquellen nicht mit dem richtigen Buchwert erfasst worden sind. Im vorliegenden Jahresabschluss wurde eine Vielzahl von Grundstücken korrigiert. Für den Jahresabschluss zum 31.12.2013 wird weiterer zusätzlicher Korrekturbedarf erforderlich sein.
- Die Prüfung der **ingenieurtechnischen Bauwerke** hat ergeben, dass in diesem Bereich hinsichtlich der Zustandsbewertung, ungeklärter Eigentumsverhältnisse sowie Doppelerfassungen fehlerhafte Werte im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz erfasst worden sind. Die hierzu erforderlichen Korrekturen sollen im Jahresabschluss zum 31.12.2013 umgesetzt werden.



- Die Prüfungsfeststellung des Vorjahres hinsichtlich der **Doppelerfassung** von **Grundstücken** muss zum Teil aufrechterhalten werden. Die restlichen Korrekturen sollen im Jahresabschluss zum 31.12.2013 erfolgen.
- Die Prüfungsfeststellung des Vorjahres, dass das Sachanlagevermögen Grundstücke im Wert von mehreren Millionen Euro enthält, die bereits in 2010 verkauft wurden und auf den neuen Eigentümer wirtschaftlich übergegangen sind, muss aufrecht erhalten werden. Der hieraus resultierende Buchgewinn / -verlust fand in den Ergebnisrechnungen 2010 bis 2012 keine Berücksichtigung.

Aus diesen Gründen wurde der Bestätigungsvermerk **eingeschränkt**.

4.2.2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen

Der Jahresabschluss der Stadt Koblenz zum 31.12.2012 ist auf Basis der im Anhang (**Anlage 4**) dargestellten Bewertungsgrundlagen aufgestellt worden. Eine Änderung wesentlicher Bewertungsgrundlagen sowie die Ausübung von Wahlrechten, die aus der Sicht der Rechnungsprüfung wesentliche Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, hat die Stadt Koblenz nicht vorgenommen.

Neben den Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten gehören Annahmen über wertbestimmende Komponenten zu den Bewertungsgrundlagen. Die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden erfordert die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen, die mit Risiken und Unsicherheiten verbunden sind. Dieser Zukunftsbezug führt zu Ermessensspielräumen, die der Bilanzierende bei pflichtgemäßer Ausübung seiner Rechnungslegungsverpflichtungen auszufüllen hat. Die Rechnungsprüfung kann naturgemäß die Ausübung der Ermessensspielräume nur auf ihre Plausibilität hin untersuchen. Besonderheiten mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Koblenz haben sich im Rahmen der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten nach Auffassung der Rechnungsprüfung nicht ergeben.

Im Berichtsjahr waren zudem keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses zu verzeichnen.

4.2.3 Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden die Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Ergänzend wurden zudem einige betriebswirtschaftliche Kennzahlen berechnet.

Nachfolgend werden die wesentlichen, die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage prägenden Sachverhalte erläutert, sofern sie nicht bereits unter dem Gliederungspunkt 2 aufgeführt wurden.



■ Kennzahlen

Im Folgenden werden die wesentlichen Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Anlehnung an das NKF-Kennzahlenset NRW für das Berichtsjahr sowie zur Eröffnungsbilanz, sofern abbildbar, dargestellt. Die Kennzahlen stellen verdichtete Informationen dar, die sich auf wichtige Tatbestände beziehen und diese in konzentrierter Form zur Darstellung bringen. Sie ermöglichen es, komplizierte Strukturen auf relativ einfache Art abzubilden, um möglichst einen umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Situation der Stadt Koblenz zu erhalten. Die Formeln zur Kennzahlenberechnung sind in **Anlage 13** aufgeführt.

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	in %	in %	
<u>Wirtschaftliche Gesamtsituation</u>			
Aufwandsdeckungsgrad	99,2	94,2	+ 5,0
Eigenkapitalquote 1	38,4	38,7	- 0,3
Eigenkapitalquote 2	52,8	55,0	- 2,2
Verschuldungsgrad	91,6	85,0	+ 6,6
Fehlbetragsquote	1,7	3,0	- 1,3
<u>Vermögenslage</u>			
Anlagevermögensintensität	97,1	97,3	- 0,2
Infrastrukturquote	36,7	39,2	- 2,5
Abschreibungsintensität	6,8	6,7	+ 0,1
Investitionsquote	297,0	72,9	+ 407,4
<u>Finanzlage</u>			
Anlagendeckungsgrad 2	87,0	85,3	+ 1,7
Liquidität 2. Grades	13,6	15,1	- 1,5
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	12,8	12,2	+ 0,6
Zinslastquote	4,5	4,3	+ 0,2
<u>Ertragslage</u>			
Steuerquote	54,5	57,1	- 2,6
Zuwendungsquote	9,0	11,2	- 2,2
Personalintensität	22,7	26,9	- 4,2
Sach- u. Dienstleistungsintensität	16,6	16,9	- 0,3
Transferaufwandsquote	7,9	7,6	+ 0,3

Erläuterung der Kennzahlen

Der **Aufwandsdeckungsgrad** zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

Die **Eigenkapitalquote** ist vornehmlich ein Bonitätsindikator. Während die Eigenkapitalquote 1 den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital misst, stellt die Eigenkapitalquote 2 den Anteil des sog. wirtschaftlichen Eigenkapitals am Gesamtkapital dar. Da bei Kommunen die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird beim wirtschaftlichen Eigenkapital die Wertgröße Eigenkapital um diese langfristigen Sonderposten erweitert.



Der **Verschuldungsgrad** als Indikator für das finanzwirtschaftliche Risiko widerspiegelt das Verhältnis von Fremdkapital zum Eigenkapital.

Die **Fehlbetragsquote** gibt Auskunft über den durch ein negatives Jahresergebnis in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil.

Die **Anlagevermögenintensität** gibt Auskunft über das Ausmaß des langfristig gebundenen Vermögens, gemessen durch das Verhältnis des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Bilanzsumme).

Die **Infrastrukturquote** stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht.

Die **Abschreibungsintensität** zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

Die **Investitionsquote** gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.

Der **Anlagendeckungsgrad 2** gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital dem Anlagevermögen gegenübergestellt.

Die Kennzahl **Liquidität 2. Grades** gibt stichtagsbezogen Auskunft über die kurzfristige Liquidität der Gemeinde. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.

Wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** beurteilt werden.

Die Kennzahl **Zinslastquote** zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Die **Steuerquote** gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde selbst finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist.

Die **Zuwendungsquote** gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Die **Personalintensität** gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Die **Transferaufwandsquote** stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.



■ Vermögenslage

Zur Darstellung der Vermögenslage der Stadt Koblenz werden die Positionen der Bilanz nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefasst, umgruppiert und den vergleichbaren Posten des Vorjahres gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 10** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz“.

V e r m ö g e n	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
<u>Anlagevermögen</u>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	00	4,2	57.311	4,4	- 206	- 0,3
Sachanlagen	993.194	72,6	922.924	70,5	+ 70.270	+ 7,6
Finanzanlagen	<u>278.427</u>	<u>20,3</u>	<u>293.002</u>	<u>22,4</u>	<u>- 14.575</u>	<u>- 5,0</u>
	1.271.621	97,1	1.273.237	97,3	+ 55.489	+ 4,4
<u>Umlaufvermögen</u>						
Vorräte	8.592	0,6	6.880	0,5	+ 1.712	+ 24,9
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	26.376	1,9	23.532	1,8	+ 2.844	+ 12,1
Flüssige Mittel	<u>1.507</u>	<u>0,1</u>	<u>1.247</u>	<u>0,1</u>	<u>+ 260</u>	<u>+ 20,1</u>
	36.475	2,6	31.659	2,4	+ 4.816	+ 15,2
<u>Rechnungsabgrenzung</u>	3.395	0,3	3.620	0,3	- 225	- 6,2
Vermögen gesamt	<u>1.368.596</u>	<u>100,0</u>	<u>1.308.516</u>	<u>100,0</u>	<u>+ 60.080</u>	<u>+ 4,6</u>

K a p i t a l	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
<u>Eigenkapital</u>	<u>525.816</u>	<u>38,4</u>	<u>505.466</u>	<u>38,6</u>	<u>+ 20.350</u>	<u>+ 4,0</u>
<u>Sonderposten</u>	<u>197.333</u>	<u>14,4</u>	<u>213.583</u>	<u>16,3</u>	<u>- 16.250</u>	<u>- 7,6</u>
<u>Fremdkapital</u>						
Rückstellungen	163.038	11,9	159.750	12,2	+ 3.288	+ 2,1
Verbindlichkeiten	<u>481.863</u>	<u>35,2</u>	<u>429.496</u>	<u>32,9</u>	<u>+ 52.367</u>	<u>+ 12,2</u>
	644.901	47,1	589.246	45,1	+ 55.655	+ 9,5
<u>Rechnungsabgrenzung</u>	546	0,1	221	0,0	+ 325	+ 2,5
Kapital gesamt	<u>1.368.596</u>	<u>100,0</u>	<u>1.308.516</u>	<u>100,0</u>	<u>+ 60.080</u>	<u>+ 4,6</u>



Erläuterung der wesentlichen Positionen

Die **Aktivseite** der Bilanz weist ein **Gesamtvermögen** von 1.368.596 T€ aus. Gemessen an der Einwohnerzahl der Stadt resultiert hieraus ein Vermögen von 12.567 € pro Einwohner.

Das Gesamtvermögen der Stadt Koblenz besteht mit einem Anteil von 97,1 % (Vorjahr 97,3 %) annähernd ausschließlich aus langfristig gebundenem Anlagevermögen.

Zu diesem **Anlagevermögen** zählen die immateriellen Vermögensgegenstände mit 57.105 T€, das Sachanlagevermögen mit 993.194 T€ sowie das Finanzanlagevermögen mit 278.427 T€. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das Anlagevermögen um 55.489 T€ bzw. 4,4%.

Die Position **Immaterielle Vermögensgegenstände** beinhaltet im Wesentlichen „Geleistete Zuwendungen“ (44.273 T€) sowie „Gezahlte Investitionszuschüsse“ (10.904 T€) und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 206 T€. Den Zugängen inkl. Umbuchungen in Höhe von 2.346 T€ standen Abschreibungen und Abgänge in Höhe von 3.020 T€ gegenüber. Hinzu kommen Korrekturen zur Eröffnungsbilanz in Höhe von 468 T€.

Das **Sachanlagevermögen**, das sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 7,6 % erhöht hat, bestimmt mit 993.194 T€ (Vorjahr: 922.924 T€) weitestgehend die Vermögenslage der Stadt Koblenz und repräsentiert rd. drei Viertel des gesamten Anlagevermögens.

Innerhalb des Sachanlagevermögens sind folgende Positionen hervorzuheben:

Das **Infrastrukturvermögen** umfasst mit 502.444 T€ rd. 50,6 % des Sachanlagevermögens. In dieser Position werden vor allem die Straßengrundstücke (244.312 T€), das Vermögen der Verkehrsinfrastruktur in Form der Gemeinde-, Kreis-, Land- und Bundesstraßen einschließlich der Gehwege (153.892 T€) sowie die ingenieurtechnischen Bauwerke (65.124 T€) erfasst. Die Verringerung des Infrastrukturvermögens gegenüber dem Vorjahr um 10.904 T€ bzw. 2,1 % resultiert im Wesentlichen aus der Korrektur verschiedenartiger Grundstücksflächen (vgl. hierzu Erläuterungen zur Anlagenübersicht).

Der Wert der Position **bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte** von 144.998 T€ (Vorjahr: 145.948 T€) setzt sich zusammen aus dem Wert des Grund und Bodens in Höhe von 47.908 T€ sowie dem Wert der Bauten mit 97.090 T€. Bei beiden dominieren die Werte der Schulen mit insgesamt 70.569 T€ und der Sportanlagen mit 36.935 T€.

Zu den **sonstigen unbebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten** in Höhe von insgesamt 89.004 T€ (Vorjahr: 91.519 T€) zählen vor allem die Grünflächen der Parkanlagen (40.569 T€) und Spielplätze (8.449 T€) sowie die unbebauten Grundstücke für Industrie und Gewerbe (9.966 T€) und Bauland (6.377 T€).

Die **geleisteten Anzahlungen u. Anlagen im Bau** betragen insgesamt 170.761 T€ und haben sich gegenüber dem Vorjahr (95.767 T€) um weitere 78 % erhöht. Die Ursache hierfür liegt vor allem in der enormen Bautätigkeit, die in erster Linie mit dem Forum



Mittelrhein verbunden ist, sowie im bislang geringen Umfang der Aktivierung fertig gestellter Anlagen bei deren bestimmungsgemäßer Nutzung.

Das Vermögen in der Position **Wald und Forst** in Höhe von 25.725 T€ (Vorjahr: 26.654 T€) setzt sich vornehmlich aus dem Wert der Grundstücke und dem Holzbestand zusammen.

Das **Finanzanlagevermögen** in Höhe von 278.427 T€ (Vorjahr: 293.002 T€) verkörpert neben dem Sachanlagevermögen rd. 21 % des gesamten Anlagevermögens.

Die Hälfte des Finanzanlagevermögens resultiert aus den **Anteilen an verbundenen Unternehmen** mit 153.948 T€ (Vorjahr: 167.420 T€). Der Rückgang des Bilanzwertes gegenüber dem Vorjahr begründet sich aus der Erhöhung des Anteils an der Stadtwerke Koblenz GmbH um 7.890 T€ auf 129.220 T€ abzüglich der Minderung des Beteiligungswerts in Folge der Vermögensübergabe an der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH um 21.362 T€ auf 1.447 T€.

Der Wert der **Beteiligungen** von 5.381 T€ resultiert fast ausschließlich aus der Beteiligung an der Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH (5.120 T€).

Mit einem Vermögenswert von 116.243 T€ (Vorjahr: 115.658 T€) trägt die Position **Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten öffentlichen Rechts u. rechtsfähige kommunale Stiftungen** zum Finanzvermögen bei. Hervorzuheben ist hierbei der Bereich des Sondervermögens mit insgesamt 108.156 T€, im Besonderen der Eigenbetrieb Stadtentwässerung (74.332 T€) und der Eigenbetrieb Koblenz Touristik (28.510 T€).

Der Anteil des **Umlaufvermögens** in Höhe von 36.475 T€ (Vorjahr: 31.659 T€) am Gesamtvermögen ist mit 2,6 % gering.

Unter den **Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenständen** in Höhe von 26.376 T€ (Vorjahr: 23.532 T€) werden im Wesentlichen öffentlich-rechtliche Forderungen (19.474 T€) ausgewiesen. Diese bestehen zu einem großen Teil aus Gewerbesteuerforderungen. Um dem Ausfallrisiko Rechnung zu tragen, wurden die gesamten Forderungen durch Einzelwertberichtigungen in Höhe von 5.337 T€ (Vorjahr: 2.309 T€) und eine pauschale Wertberichtigung in Höhe von 4.080 T€ (Vorjahr: 6.768 T€) korrigiert.

Des Weiteren haben **Vorräte** mit einem Wert von 8.592 T€ (Vorjahr: 6.880 T€), vornehmlich im Bereich fertiger Erzeugnisse und Leistungen (8.238 T€) zum gesamten Umlaufvermögen beigetragen.

Die **liquiden Mittel** betragen zum Bilanzstichtag 1.507 T€ und erhöhten sich stichtagsbedingt gegenüber dem Vorjahr um 260 T€.

Auf der **Passivseite** resultiert ein **Eigenkapital** von 525.816 T€, das sich gegenüber dem Vorjahr um 20.350 T€ bzw. 4,0 % vermehrt hat. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist durch Korrekturen aufgrund der Vorjahresprüfung entstanden Gemessen an der Bilanzsumme beträgt die Eigenkapitalquote 38,4 % (Vorjahr: 38,6 %), das einem Anteil von 4.842 € pro Einwohner entspricht. Unter Einbezug der Sonderposten, die



bei zweckgerechter Verwendung nicht rückzahlbar sind, ergibt sich auf der Basis des sog. wirtschaftlichen Eigenkapitals ein Anteil von 52,8 % im Berichtsjahr (Vorjahr: 55,0 %).

Die Position **Sonderposten** mit einem Wert von 197.333 T€ (Vorjahr: 213.583 T€) besteht annähernd ausschließlich aus dem **Sonderposten zum Anlagevermögen** (197.286 T€). Hierbei handelt es sich um einen Korrekturposten zum Anlagevermögen, der sich im Wesentlichen aus Zuwendungen in Höhe von 104.193 T€ (Vorjahr: 130.326 T€) begründet. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist durch Korrekturen aufgrund der Vorjahresprüfung entstanden. Neben diesem Sonderposten sind zudem die **Sonderposten aus Beiträgen** in Höhe von 23.338 T€ (Vorjahr: 23.429 T€) hervorzuheben, die vornehmlich aus Erschließungs- und Ausbaubeiträgen resultieren.

Das **Fremdkapital** der Bilanz beträgt 644.901 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 55.655 T€ bzw. 9,5 %. Der Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme beträgt 47,1 % (Vorjahr: 45,1 %). Gemessen an der Einwohnerzahl entfallen 5.938 € (Vorjahr: 5.509 €) an Fremdkapital pro Einwohner der Stadt Koblenz. Das Fremdkapital setzt sich zusammen aus den Verbindlichkeiten von 481.863 T€ (Vorjahr: 429.496 T€) und den gebildeten Rückstellungen von 163.038 T€ (Vorjahr 159.750 T€).

Bei den **Verbindlichkeiten**, die mit 481.863 T€ einen Anteil von 35,2 % der Bilanzsumme beanspruchen, ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 52.367 T€ bzw. 12,2 % zu verzeichnen. Im Einzelnen dominieren die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** mit 417.853 T€ (Vorjahr: 361.885 T€), die vollumfänglich für Investitionen mit 324.453 T€ (Vorjahr: 281.585 T€) und der Liquiditätssicherung mit 93.400 T€ (Vorjahr: 80.300 T€) dienen. Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen** in Höhe von 35.139 T€ (Vorjahr: 34.890 T€) handelt es sich fast ausschließlich um die Bestände der Sonderkassen der jeweiligen Eigenbetriebe.

Der Wert der **Rückstellungen** von 163.038 T€, der einem Anteil von 11,9 % an der Bilanzsumme entspricht, hat sich zum Vorjahr um 3.288 T€ bzw. 2,1 % erhöht.

Die Rückstellungshöhe wird im Wesentlichen bestimmt durch die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Rückstellungen** in Höhe von 146.549 T€ (Vorjahr: 147.059 T€). Diese Position setzt sich im Wesentlichen aus Pensionsrückstellungen (125.331 T€; Vorjahr: 125.850 T€) und Beihilfeverpflichtungen (20.675 T€; Vorjahr: 20.765 T€) zusammen.

Bei den **sonstigen Rückstellungen** in Höhe von 16.389 T€ (Vorjahr: 12.290 T€) fanden insb. die Rückstellungen für Instandhaltungen (3.193 T€), für ausstehende Rechnungen (5.803 T€) und Urlaubs- und Überstunden (3.579 T€; Vorjahr: 3.519 T€) eine angemessene Berücksichtigung.

■ Finanzlage

Zur Erläuterung der Finanzlage werden die Abschlusszahlen in Form einer vereinfachten Kapitalflussrechnung zusammengestellt. Sie gibt Auskunft über die aus der Verwaltungstätigkeit sowie ihr von außen zugeflossenen Finanzmittel. Dafür werden in der vereinfachten Kapitalflussrechnung die Zahlungsströme getrennt nach den Cashflows aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit dargestellt.



	31.12.2012	Haushalts- ansatz	Differenz
	TEUR	TEUR	TEUR
Laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	293.605	281.251	+ 12.354
Laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	284.109	291.245	- 7.136
Cashflow der laufenden Verwaltungstätigkeit	+ 9.496	- 9.994	+ 19.490
Zins- und der sonst. Finanzein- u. -auszahlungen	- 5.558	- 5.835	+ 277
Ordentlicher Cashflow	+ 3.938	- 15.829	+ 19.767
Außerordentliche Ein- und Auszahlungen	0	0	± 0
Ordentlicher und außerordentlicher Cashflow	+ 3.938	- 15.829	+ 19.767
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	23.272	21.785	+ 1.487
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	81.825	103.597	- 21.772
Cashflow aus Investitionstätigkeit	- 58.553	- 81.812	+ 23.259
Ein- u. Auszahlungen aus Investitionskrediten	43.065	67.612	- 24.547
Ein- u. Auszahlungen aus Krediten d. Liquiditätssicherung	12.911	30.029	- 17.118
Veränderung der liquiden Mittel	- 1.086	0	- 1.086
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	+ 54.890	+ 97.641	- 42.751
Cashflow gesamt	275	± 0	+ 275

Die Summe der Cashflows entspricht der Veränderung des Finanzmittelfonds im Haushaltsjahr, soweit diese nicht auf Wechselkurs- oder sonstigen Wertänderungen beruht.

Effektivverschuldung

	31.12.2012	31.12.2011
	TEUR	TEUR
Fremdkapital insgesamt	644.901	589.246
abzüglich leicht realisierbare Vermögenswerte		
Flüssige Mittel	1.507	1.247
Vorräte	8.592	6.880
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	26.376	23.532
Rechnungsabgrenzungsposten	3.395	3.620
Effektivverschuldung	605.031	553.967

Würden die leicht realisierbaren Mittel in Höhe von 39.870 T€ unmittelbar zur Tilgung des Fremdkapitals (644.901 T€) eingesetzt, verbliebe eine Effektivverschuldung in Höhe von 605.031 T€. Gegenüber dem Stand zum Vorjahr ist die Effektivverschuldung um 51.064 T€ bzw. 9,2 % angestiegen.

Bei der Betrachtung eines dynamischen Verschuldungsgrads wird deutlich, dass insb. der deutlich negative Cashflow aus der Investitionstätigkeit einer Verringerung der Effektivverschuldung entgegensteht.



■ Ertragslage (Vorjahresvergleich)

Die Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung der Stadt Koblenz wurden im Folgenden nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert und den Vorjahreswerten gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 11** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung“.

	31.12.2012		31.12.2011		Differenz	
	TEUR	(%)	TEUR	(%)	TEUR	(%)
Steuern und ähnliche Abgaben	174.247	(54,5)	166.888	(57,1)	+ 7.359	(+4,4)
Zuwendungen, Umlagen, Transferertrag	28.760	(9,0)	32.902	(11,2)	- 4.142	(- 12,6)
Ertrag der sozialen Sicherung	54.391	(17,0)	44.646	(15,3)	+ 9.745	(+ 21,8)
Öffentlich-rechtliche Entgelte	10.526	(3,3)	9.760	(3,3)	+ 766	(+ 7,8)
Privatrechtliche Entgelte	5.267	(1,7)	5.415	(1,9)	- 148	(- 2,7)
Kostenerstattungen und -umlagen	7.816	(2,4)	8.192	(2,8)	- 376	(- 4,6)
Sonstiger laufender Ertrag	38.526	(12,1)	24.691	(8,4)	+ 13.835	(- 10,6)
Gesamtertrag	319.533	(100,0)	292.494	(100,0)	+ 27.039	(+9,2)
Personalaufwand	73.057	(22,9)	83.703	(28,6)	- 10.646	(- 12,7)
Versorgungsaufwand	7.042	(2,2)	7.116	(2,4)	- 74	(- 1,0)
Sach-, Dienstleistungsaufwand	53.482	(16,7)	52.420	(17,9)	+ 1.062	(+ 2,0)
Abschreibung (§ 2 I Nr.14 GemHVO)	21.899	(6,9)	20.934	(7,2)	+ 965	(+ 4,6)
Zuwendungen, Umlagen, Transferaufwand	25.524	(8,0)	23.480	(8,0)	+ 2.044	(+ 8,7)
Aufwand der sozialen Sicherheit	112.552	(35,2)	105.304	(36,0)	+ 7.248	(+ 6,9)
Sonstiger laufender Aufwand	28.549	(8,9)	17.468	(6,0)	+ 11.081	(+ 63,4)
Gesamtaufwand	322.105	(100,8)	310.425	(106,1)	+ 11.680	(+ 3,8)
Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	- 2.572	(- 0,8)	-17.931	(- 6,1)	+ 15.359	
Zinsertrag	9.323	(2,9)	9.560	(3,3)	- 237	(- 2,5)
Zinsaufwand	14.581	(4,6)	13.210	(4,5)	+ 1.371	(+ 10,4)
Finanzergebnis	- 5.258	(- 1,7)	- 3.650	(- 1,2)	- 1.608	(- 44,1)
Ordentliches Ergebnis	- 7.830	(- 2,5)	- 21.581	(- 7,4)	+ 13.751	
Außerordentliches Ergebnis	- 940	(- 0,3)	6.088	(2,1)	- 7.028	
Jahresfehlbetrag	- 8.770	(- 2,8)	- 15.493	(- 5,3)	+ 6.723	(+ 43,4)



Erläuterung der wesentlichen Positionen

Im Berichtsjahr ergab sich ein **Jahresfehlbetrag** von 8.770 T€, der mit den bestehenden Kapitalrücklagen verrechnet wird. Das negative **Ergebnis der Verwaltungstätigkeit** in Höhe von 2.572 T€ hat sich deutlich verringert, während das ebenfalls negative **Finanzergebnis** von 5.258 T€ einen geringfügigen Anstieg zu verzeichnen hat. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Jahresfehlbetrag um 6.723 T€ bzw. 43,4 % verbessert.

Beim **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** übersteigen die Gesamtaufwendungen von 322.105 T€ die Gesamterträge von 319.533 T€ um 0,8 %.

Innerhalb der Erträge aus der laufenden Verwaltungstätigkeit dominieren die **Steuern und ähnlichen Abgaben** mit 174.247 T€ (Vorjahr: 166.888 T€), die im Haushaltsjahr rd. 54,5 % (Vorjahr: 57,1%) der Gesamterträge repräsentieren. Weitere wesentliche Ertragspositionen bestehen in den **Erträgen der sozialen Sicherung** (54.391 T€; Vorjahr: 44.646 T€), **Zuwendungen, Umlagen und Transfererträgen** (28.760 T€; Vorjahr: 32.902 T€) sowie **sonstige laufende Erträge** (38.525 T€; Vorjahr: 24.691 T€).

Die **öffentlich-rechtlichen Erträge** in Höhe von 10.525 T€ resultieren aus der Festsetzung von Gebühren und Beiträgen und wurden zum Zeitpunkt der Bescheiderstellung bilanziert.

Die **sonstigen laufenden Erträge** enthalten die vereinnahmten Konzessionsabgaben aus Wasser, Strom und Gas in Höhe von 7.675 T€, die Ausbuchung der Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, in Höhe von 8.600 T€ sowie die Erträge aus Zuschreibungen im Beteiligungsvermögen (8.460 T€). Weiterhin erfolgte auf dieser Position die Auflösung verschiedener Rückstellungen (2.409 T€) sowie die Auflösung aus der Reduzierung der Pauschalwertberichtigung auf Forderungen (2.772 T€). Die **Aktivierten Eigenleistungen** erhöhten sich infolge der im Berichtsjahr leicht gestiegenen Bautätigkeit um 21 T€ von 1.745 T€ auf 1.766 T€ nur geringfügig.

Die Aufwendungen im Rahmen der laufenden Verwaltungstätigkeit wurden durch die Anordnungen der einzelnen Fachämter bewirkt. Im Mittelpunkt stehen hierbei die **Aufwendungen der sozialen Sicherung** (112.552 T€; Vorjahr: 105.304 T€) sowie die **Personalaufwendungen** (73.057 T€; Vorjahr: 83.703 T€). Letztere basieren auf den überführten Daten des IT-Personalwirtschaftssystem TDS und einer anschließenden Datenabgleichung durch das Fachamt. Der Rückgang des Personalaufwandes um rund 10.646 T€ begründet sich dadurch, dass die hohe Einmalzuführung des Vorjahres nicht mehr angefallen ist.

Die Abschreibungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO belaufen sich im Haushaltsjahr auf 21.899 T€ (Vorjahr: 20.934 T€). Gründe für den Anstieg sind die erstmals ganzjährig angefallenen Abschreibungen für den Schienenhaltepunkt Mitte, die Aktivierungen bzw. Zugänge im Bereich der Schulen, die Übernahme eines Teiles des Sachanlagevermögens der Buga-GmbH und die Aktivierung der integrierten Leitstelle.

Das negative **Finanzergebnis** resultiert aus dem Saldo der **Zinserträge** von 9.323 T€ und der **Zinsaufwendungen** von 14.580 T€ und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.608 T€ verschlechtert.



■ Ertragslage (Planvergleich)

Die Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung der Stadt Koblenz wurden im Folgenden nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert und den Haushaltsansätzen gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 11** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung“.

	31.12.2012		Haushalts- ansatz		Differenz	
	TEUR	(%)	TEUR	(%)	TEUR	(%)
Steuern und ähnliche Abgaben	174.247	(54,5)	165.585	(56,3)	+ 8.662	(+ 5,2)
Zuwendungen, Umlagen, Transferertrag	28.760	(9,0)	28.309	(9,6)	+ 451	(+ 1,6)
Ertrag der sozialen Sicherung	54.391	(17,0)	52.756	(17,9)	+ 1.635	(+ 3,1)
Öffentlich-rechtliche Entgelte	10.526	(3,3)	10.380	(3,5)	+ 146	(+ 1,4)
Privatrechtliche Entgelte	5.267	(1,7)	5.220	(1,8)	+ 47	(+ 0,9)
Kostenerstattungen und -umlagen	7.816	(2,4)	7.690	(2,6)	+ 126	(+ 1,6)
Sonstiger laufender Ertrag	38.526	(12,1)	24.443	(8,3)	+ 14.083	(+ 57,6)
Gesamtertrag	319.533	(100,0)	294.383	(100,0)	+ 25.150	(+ 8,5)
Personalaufwand	73.057	(22,9)	78.783	(26,8)	- 5.726	(- 7,3)
Versorgungsaufwand	7.042	(2,2)	7.193	(2,4)	- 151	(- 2,1)
Sach-, Dienstleistungsaufwand	53.482	(16,7)	56.057	(19,0)	- 2.575	(- 4,6)
Abschreibung (§ 2 I Nr.14 GemHVO)	21.899	(6,9)	20.215	(6,9)	+ 1.684	(+ 8,3)
Zuwendungen, Umlagen, Transferaufwand	25.524	(8,0)	23.456	(8,0)	+ 2.068	(+ 8,8)
Aufwand der sozialen Sicherheit	112.552	(35,2)	110.352	(37,5)	+ 2.200	(+ 2,0)
Sonstiger laufender Aufwand	28.549	(8,9)	28.796	(9,8)	- 247	(- 0,9)
Gesamtaufwand	322.105	(100,8)	324.852	(110,4)	- 2.747	(- 0,9)
Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	- 2.572	(- 0,8)	- 30.469	(-10,4)	+ 27.897	
Zinsertrag	9.323	(2,9)	9.228	(3,1)	+ 95	(+ 1,0)
Zinsaufwand	14.581	(4,6)	15.062	(5,1)	- 481	(- 3,2)
Finanzergebnis	- 5.258	(- 1,7)	- 5.834	(2,0)	+ 576	(+ 3,2)
Ordentliches Ergebnis	- 7.830	(- 2,5)	- 36.303	(-12,3)	+ 28.473	
Außerordentliches Ergebnis	- 940	(- 0,3)	0	(0,0)	- 940	
Jahresfehlbetrag	- 8.770	(- 2,8)	- 36.303	(-12,3)	+ 27.533	



Im Berichtsjahr ergab sich ein **Jahresfehlbetrag** von 8.770 T€, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Gegenüber dem Haushaltsansatz hat sich der Jahresfehlbetrag um 27.533 T€ verbessert.

Weitere Informationen zu einzelnen Abweichungen gegenüber dem Haushaltsansatz finden sich im Erläuterungsteil (siehe **Anlage 11**) dieses Prüfberichtes.

5 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfung

Die Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang sowie den Rechenschaftsbericht - der Stadt Koblenz für das Haushaltsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen. Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Rheinland-Pfalz und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz. Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Rechenschaftsbericht abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 113 GemO und in Anlehnung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Rechenschaftsbericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Koblenz sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts.

Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.



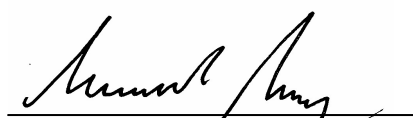
Die Prüfung hat mit Ausnahme der folgenden Einschränkung zu keinen Einwendungen geführt:

- In einer Größenordnung von ca. **61,1 Mio. Euro** erfolgte der Ausweis von Sachanlagevermögen nicht entsprechend § 47 Abs. 4 GemHVO. Dieser Ausweisfehler bedingt nicht generierte Abschreibungen in Höhe von ca. **916 T€**, die nach den §§ 35 Abs. 3 und 33 Abs. 1 Nr.4 GemHVO hätten dargestellt werden müssen.
- In einer Größenordnung von ca. **28,3 Mio. Euro** erfolgte der Ausweis von erhaltenen Zuwendungen nicht entsprechend § 47 Abs. 5 GemHVO. Dieser Ausweisfehler bedingt nicht generierte Auflösungserträge in Höhe von ca. **425 T€**, die nach den §§ 38 Abs. 5 und 33 Abs. 1 Nr.4 GemHVO hätten dargestellt werden müssen.
- Ein Großteil der erfassten Grundstücke ist durch verschiedene Fehlerquellen mit falschen Werten ausgewiesen und bedingt im Folgejahr Bilanzkorrekturen in nicht unerheblicher Höhe.
- Doppelerfassung von verschiedenen Grundstücksflächen mit einem derzeit noch nicht zu beziffernden Korrekturbetrag
- Ein Teil der ingenieurtechnischen Bauwerke ist durch verschiedene Fehlerquellen mit falschen Werten ausgewiesen und bedingt im Folgejahr Bilanzkorrekturen in nicht bestimmbarer Höhe.
- Das Sachanlagevermögen enthält Grundstücke im Wert von mehreren Millionen Euro, die bereits in 2010 verkauft wurden und auf den neuen Eigentümer wirtschaftlich übergegangen sind. Der hieraus resultierende Buchgewinn / -verlust fand in den Ergebnisrechnungen 2010 und 2011 keine Berücksichtigung.

Nach der Beurteilung der Rechnungsprüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss mit den genannten Einschränkungen den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Koblenz.

Der Rechenschaftsbericht steht grundsätzlich in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Koblenz, den 30. Mai 2014


Harald Klein
Amtsleiter"



■ Anlagen zum Prüfbericht

- Anlage 1** Bilanz zum 31. Dezember 2012
- Anlage 2** Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012
- Anlage 3** Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012
- Anlage 4** Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012
- Anlage 5** Anlagenübersicht
- Anlage 6** Forderungsübersicht
- Anlage 7** Verbindlichkeitenübersicht
- Anlage 8** Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen
- Anlage 9** Rechenschaftsbericht
- Anlage 10** Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz
- Anlage 11** Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung
- Anlage 12** Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse
- Anlage 13** Kennzahlenberechnung



Anlage 1 Bilanz zum 31.12.2012

Bilanz zum 31. Dezember 2012

AKTIVA			PASSIVA		
	31.12.2012	31.12.2011		31.12.2012	31.12.2011
	in EUR	in TEUR		in EUR	in TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	57.104.597,27	57.311	Kapitalrücklage	629.905.035,66	600.785
Sachanlagen	993.194.278,14	922.925	Sonstige Rücklagen	0,00	0
Finanzanlagen	278.427.139,24	293.001	Ergebnisvortrag	-95.319.336,60	-79.826
Vorräte	8.591.842,70	6.880	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 8.770.092,81	-15.493
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	26.375.331,49	23.532	Sonderposten für Belastungen aus komm. Finanzausgleich	0,00	0
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0	Sonderposten zum Anlagevermögen	197.286.019,43	213.531
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben b. EZB, Kreditinstituten u. Schecks	1.507.192,68	1.247	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	46.934,29	52
Rechnungsabgrenzungsposten	3.395.276,46	3.620	Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0
			Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten	0,00	0
			Sonderposten aus Anzahlungen f. Grabnutzungsent.	0,00	0
			Sonstige Sonderposten	0,00	0
			Rückstellungen f. Pensionen u. ähnl. Verpflichtungen	146.548.815,55	147.059
			Steuerrückstellungen	100.000,00	400
			Rückstellungen für latente Steuern	0,00	0
			Sonstige Rückstellungen	16.388.947,83	12.290
			Anleihen	0,00	0
			Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	417.852.597,50	361.885
			Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	3.417.658,96	12.098
			Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0
			Verbindlichkeiten aus Lieferung u. Leistung	7.456.405,12	6.721
			Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0
			Verbindlichkeiten gg. verbund. Unternehmen	6.402.669,36	508
			Verbindlichkeiten gg. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	18.026,17	30
			Verbindlichkeiten gg. Sonderverm., Zweckverb., AöR, rechtsf. komm. Stift.	35.138.642,54	34.890
			Verbindlichkeiten gg. sonst. öffent. Bereich	2.277.556,68	3.731
			Sonst. Verbindlichkeiten	9.300.006,85	9.634
			Rechnungsabgrenzungsposten	545.771,45	221
	1.368.595.657,98	1.308.516		1.368.595.657,98	1.308.516



Aktiva	Stand	Stand
	31.12.2012	31.12.2011
	EUR	TEUR
1 Anlagevermögen	1.328.726.014,65	1.273.237
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	57.104.597,27	57.311
1.1.1 Gewerbliche Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werden	381.353,68	113
1.1.2 Geleistete Zuwendungen	44.273.337,00	44.452
1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse	10.903.918,00	11.200
1.1.4 Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0
1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	1.545.988,59	1.546
1.2 Sachanlagen	993.194.278,14	922.925
1.2.1 Wald, Forsten	25.724.612,05	26.654
1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte	89.004.081,18	91.519
1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	144.997.689,99	145.948
1.2.4 Infrastrukturvermögen	502.443.691,20	513.348
1.2.5 Bauten auf fremden Grund und Boden	2.612.652,00	2.728
1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler	38.038.044,94	29.348
1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	9.198.101,18	8.880
1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.414.230,04	8.733
1.2.9 Pflanzen und Tiere	0,00	0
1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	170.761.175,56	95.767
1.3 Finanzanlagen	278.427.139,24	293.001
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	153.948.054,87	167.420
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.714.619,11	3.683
1.3.3 Beteiligungen	5.381.443,11	5.370
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0
1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentl. Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	116.242.909,12	115.658
1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öff. Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen	0,00	719
1.3.7 Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0
1.3.8 Sonstige Ausleihungen	140.113,03	151
2 Umlaufvermögen	36.474.366,87	31.659
2.1 Vorräte	8.591.842,70	6.880
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	354.180,50	355
2.1.2 Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0,00	0
2.1.3 Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren	8.237.662,20	6.525
2.1.4 Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	0,00	0



2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	26.375.331,49	23.532
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	19.474.188,55	19.872
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen	2.507.096,89	2.414
2.2.3 Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.641.149,49	4.600
2.2.4 Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.054,83	25
2.2.5 Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öff. Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen	1.168.202,92	195
2.2.6 Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	101.994,68	890
2.2.7 Sonstige Vermögensgegenstände	8.893.671,44	4.612
2.2.8 Wertberichtigung Forderungen	- 9.417.027,31	-9.076
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0
2.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0
2.3.2 Sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0
2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der EZB, Guthaben b. Kreditinstituten u. Schecks	1.507.192,68	1.247
3 Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00	0
4 Rechnungsabgrenzungsposten	3.395.276,46	3.620
4.1 Disagio	0,00	0
4.2 Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	3.395.276,46	3.620
Summe Aktiva	1.368.595.657,98	1.308.516

Passiva

1 Eigenkapital	525.815.606,25	505.466
1.1 Kapitalrücklage	629.905.035,66	600.785
1.2 Sonstige Rücklagen	0,00	0
1.3 Ergebnisvortrag	-95.319.336,60	-79.826
1.4 Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-8.770.092,81	- 15.493
2 Sonderposten	197.332.953,72	213.583
2.1 Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	0
2.2 Sonderposten zum Anlagevermögen	197.286.019,43	213.531
2.2.1 Sonderposten aus Zuwendungen	104.192.550,14	130.326
2.2.2 Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	23.338.403,41	23.429
2.2.3 Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen	69.755.065,88	59.776
2.3 Sonderposten für den Gebührenaussgleich	46.934,29	52
2.4 Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0
2.5 Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten	0,00	0
2.6 Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte	0,00	0
2.7 Sonstige Sonderposten	0,00	0



3 Rückstellungen	163.037.763,38	159.749
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	146.548.815,55	147.059
3.2 Steuerrückstellungen	100.000,00	400
3.3 Rückstellungen für latente Steuern	0,00	0
3.4 Sonstige Rückstellungen	16.388.947,83	12.290
4 Verbindlichkeiten	481.863.563,18	429.497
4.1 Anleihen	0,00	0
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	417.852.597,50	361.885
4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	324.452.572,20	281.585
4.2.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	93.400.025,30	80.300
4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	3.417.658,96	12.098
4.4 Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.456.405,12	6.721
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0
4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	6.402.669,36	508
4.8 Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	18.026,17	30
4.9 Verbindlichkeiten gegenüber Sonderverm. , Zweckverb., Anstalten d. öff. Rechts, rechtsfähigen kom. Stiftungen	35.138.642,54	34.890
4.10 Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	2.277.556,68	3.731
4.11 Sonstige Verbindlichkeiten	9.300.006,85	9.634
5 Rechnungsabgrenzungsposten	545.771,45	221
Summe Passiva	1.368.595.657,98	1.308.516



Anlage 2 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	2012	2011	Differenz
	EUR	TEUR	TEUR
Steuern und ähnliche Abgaben	174.247.174,14	166.888	+ 7.359
Zuwendungen, allgem. Umlagen und sonstige Transfererträge	28.760.326,15	32.902	- 4.142
Erträge der sozialen Sicherung	54.391.416,40	44.646	+ 9.745
Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte	10.525.593,79	9.759	+ 767
Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.267.416,40	5.416	- 149
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.816.109,61	8.192	- 376
Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	- 34.226,62	- 109	+ 75
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.766.466,41	1.745	+ 22
Sonstige laufende Erträge	36.792.575,61	23.055	+ 13.738
Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit	319.532.851,89	292.494	+ 27.039
Personalaufwendungen	73.057.176,08	83.703	- 10.646
Versorgungsaufwendungen	7.041.513,43	7.116	- 74
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	53.481.775,70	52.420	+ 1.062
Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr.14 GemHVO	21.899.331,69	20.934	+ 965
Zuwendungen, Umlagen u. sonstige Transferaufwendungen	25.524.352,99	23.480	+ 2.044
Aufwendungen der sozialen Sicherheit	112.551.789,80	105.304	+ 7.248
Sonstige laufende Aufwendungen	28.549.036,78	17.468	+ 11.081
Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	322.104.976,47	310.425	+ 11.680
Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	- 2.572.124,58	- 17.931	+ 15.359
Zinserträge und sonstige Finanzerträge	9.322.725,91	9.560	- 237
Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	14.580.389,20	13.210	+ 1.371
Finanzergebnis	- 5.257.663,29	- 3.650	- 1.608
Ordentliches Ergebnis	- 7.829.787,87	- 21.581	+ 13.751
Außerordentliches Ergebnis	- 940.304,94	6.088	- 7.028
Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)	- 8.770.092,81	-15.493	+ 6.723



Anlage 3 Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	Stand 31.12.2012	Haushalts- ansatz	Differenz
	EUR	TEUR	TEUR
Steuern und ähnliche Abgaben	175.725.990,90	166.746	+ 8.980
Zuwendungen, allgem. Umlagen und sonstige Trans- fereinzahlungen	24.955.110,45	24.302	+ 653
Einzahlungen der sozialen Sicherung	54.362.233,57	52.756	+ 1.606
Öffentlich - rechtliche Leistungsentgelte	9.395.128,96	9.376	+ 19
Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.474.835,52	5.220	+ 255
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.592.109,08	7.652	- 60
Veränderungen des Bestandes an fertigen und unfer- tigen Erzeugnissen	0,00	0	± 0
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.766.466,41	1.407	+ 359
Sonstige laufende Einzahlungen	14.332.957,63	13.792	+ 541
Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwal- tungstätigkeit	293.604.832,52	281.251	+ 12.354
Personalauszahlungen	72.424.133,34	74.889	- 2.465
Versorgungsauszahlungen	7.161.820,99	7.193	- 31
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	47.703.417,63	57.053	- 9.350
Zuwendungen, Umlagen u. sonstige Transferauszah- lungen	27.277.751,07	24.864	+ 2.414
Auszahlungen der sozialen Sicherheit	112.470.980,76	110.352	+ 2.119
Sonstige laufende Auszahlungen	17.070.861,01	16.894	+ 177
Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwal- tungstätigkeit	284.108.964,80	291.245	- 7.136
Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	9.495.867,72	- 9.994	+ 19.490
Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	9.322.153,30	9.227	+ 95
Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	14.879.682,56	15.062	- 182
Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und - auszahlungen	- 5.557.529,26	- 5.835	+ 277
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	3.938.338,46	- 15.829	+ 19.767
Außerordentliche Einzahlungen	0,00	0	± 0
Außerordentliche Auszahlungen	0,00	0	± 0
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlun- gen	0,00	0	± 0
Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	3.996.246,99	- 15.829	+ 19.767



Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	18.632.344,21	14.044	+ 4.588
Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	1.088.868,90	1.991	- 902
Einzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0	± 0
Einzahlungen für Sachanlagen	1.010.900,91	978	+ 33
Einzahlungen für Finanzanlagen	0,00	0	± 0
Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	1.721.825,92	249	+ 1.473
Einzahlungen aus der Veräußerung von Vorräten	817.828,04	4.523	- 3.705
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	± 0
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	23.271.767,98	21.785	+ 1.487
Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	2.251.825,42	2.576	- 324
Auszahlungen für Sachanlagen	76.600.333,30	100.598	- 23.998
Auszahlungen für Finanzanlagen	11.074,00	0	+ 11
Auszahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	17.272,50	0	+ 17
Auszahlungen für der Erwerb von Vorräten	2.944.166,75	20	+ 2.924
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	403	- 403
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	81.824.671,97	103.597	- 21.772
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	- 58.552.903,99	- 81.812	- 23.259
Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag	- 54.614.565,53	- 97.641	+ 43.026
Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten	64.866.634,99	82.812	- 17.945
Auszahlungen aus der Tilgung von Investitionskrediten	21.802.240,87	15.200	+ 6.602
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten	43.064.394,12	67.612	- 24.547
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung ¹⁾	820.313.860,68	30.283	+ 790.031
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	807.402.762,15	254	+ 807.149
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung	12.911.098,53	30.029	- 17.118
Abnahme der liquiden Mittel	2.259.118,63	0	+ 2.259
Zunahme der liquiden Mittel ¹⁾	1.173.353,33	0	+ 1.173
Veränderung der liquiden Mittel	- 1.085.765,30	0	- 1.086
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	54.889.727,35	97.641	- 42.751
Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern	32.572.105,83	6.339	+ 26.233
Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern	- 32.847.267,65	-6.339	+ 26.508

1) Die Zahlen der Finanzrechnung aus der Finanzsoftware wurden manuell angepasst.



Anlage 4 Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

F. Rechtsgrundlage

Der Anhang zur Bilanz zum 31. Dezember 2012 der Stadt Koblenz wurde unter Beachtung des § 108 Abs. 2 Nr. 5 GemO und der §§ 33 Nr. 5, 35 Abs. 2 und Abs. 6, 40 Abs. 2, 43, 44 Abs. 3 und Abs. 4, 45 Abs. 3 und Abs. 4, 46 Abs. 2 und Abs. 3, 47 Abs. 2, 48 GemHVO erstellt.

Die Gliederungsvorschriften der GemHVO fanden uneingeschränkt Beachtung.

Gemäß § 48 Abs. 4 GemHVO werden nachfolgend Erläuterungen nur getätigt, wenn diese nicht von untergeordneter Bedeutung für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind.

Folgende Posten der Bilanz sind weiter untergliedert. Der Einblick in die Lage der Gemeinde wird hierdurch erheblich verbessert.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

2.2.8 Wertberichtigungen zu Forderungen

Zusätzlich zu den in § 47 Abs. 5 GemHVO aufgeführten Bilanzposten wurde zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögenslage der Gemeinde und aufgrund der wesentlichen Bedeutung die Bilanzposition 2.2.8 Wertberichtigungen zu Forderungen eingefügt. Hierunter wurden sowohl die pauschalen als auch die einzelnen Wertberichtigungen bilanziert.

G. Angaben zu einzelnen Posten der Bilanz

Aktiva

G.1. Anlagevermögen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Immaterielle Vermögensgegenstände	57.311.264,02 €	57.104.597,27 €	-206.666,75 €
Sachanlagen	922.924.415,76 €	993.194.278,14 €	70.269.862,38 €
Finanzanlagen	293.001.417,51 €	278.427.139,24 €	-14.574.278,27 €
	1.273.237.097,29 €	1.328.726.014,65 €	55.488.917,36 €

Das Anlagevermögen der Stadt Koblenz ergibt sich aus den Werten der Vorjahresbilanz sowie den laufenden Zu- und Abgängen im aktuellen Bilanzjahr. Zugänge im Anlagevermögen wurden stets zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Sinne des § 34 GemHVO bewertet. Zinsen für das Fremdkapital wurden in die Herstellungskosten nicht mit einbezogen.

Sämtliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist im Sinne des § 35 Abs. 1 GemHVO, unterlagen im Berichtsjahr einer planmäßigen Abschreibung nach der linearen Methode unter Beachtung der gültigen Abschreibungstabelle für Gemeinden gemäß § 35 Abs. 1 und 2 GemHVO. Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich nicht begrenzt ist, wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten ohne Abschreibung angesetzt.



Außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung im Sinne des § 35 Abs. 4 GemHVO wurden im Rahmen der Bilanzposition 1.2.3 „bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte“ in Höhe von 5.939,68 € vorgenommen.

Es wurden körperliche und buchmäßige Bestandsaufnahmen in festgelegten Ämtern unter Anwendung des § 32 Abs. 3 Nr. 2 GemHVO durchgeführt. Zum Stichtag der letzten Bilanzaufstellung wurde die in der Position Betriebs- und Geschäftsausstattung bisher ausstehende Inventuraufnahme in einem Teilbereich nachgeholt. Die Werte wurden im Rahmen des Jahresabschlusses als Korrekturen zur Eröffnungsbilanz erfasst. Hierzu wurden im Jahresabschluss 2012 noch einige zur Klärung ausstehende Nachbuchungen ebenfalls als Korrekturen zur Eröffnungsbilanz erfasst.

Sämtliche Vermögensgegenstände, die in der Vorjahresbilanz im Festwertverfahren gemäß § 32 Abs. 8 GemHVO geführt wurden, folgen ebenfalls im Berichtsjahr unverändert diesem Verfahren. Die Festwerte wurden planmäßig nach Ablauf der gesetzlichen Dreijahresfrist zum vorherigen Jahresabschluss überprüft und bei einer mehr als zehnpromzentigen Abweichung angepasst. Die im Festwertverfahren befindlichen Grünflächen wurden nach wie vor auf Grund der anstehenden Übernahme der BUGA - Flächen aus dem Anlagevermögen der BUGA GmbH keiner Überprüfung unterzogen. Dies soll nach Abschluss der Übernahme erfolgen. Die Übernahme ist auf Anlagen im Bau im Anlagevermögen der Stadt im Laufe des Jahres 2012 zwar weitestgehend erfolgt, jedoch aufgrund der noch ausstehenden Prüfung des Finanzamtes zur Sonderabschreibung (bei der BUGA GmbH) und sich daraus eventuell ergebender Veränderungen der Bewertungen noch nicht auf die endgültigen abschreibungspflichtigen Anlagen abschließend aktiviert.

Die Anlagenübersicht gemäß § 50 GemHVO ist als Anlage zum Anhang beigefügt und stellt die Entwicklung des Anlagevermögens dar.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sich vielfältige Veränderungen ergeben haben. Ursache hierfür sind Bewertungsüberprüfungen die in diesem Jahresabschluss eingearbeitet und gegen die Eröffnungsbilanz korrigiert wurden. Die genauen Darstellungen werden unter den entsprechenden Positionen näher erläutert. Die Buchungen, die als Korrektur zur Eröffnungsbilanz erfasst wurden, stellen sich wie folgt dar:

Bilanzposition	Wert
1.1.2 Geleistete Zuwendungen	651.044,00 €
1.1.3 Geleistete Investitionszuschüsse	-183.087,00 €
1.2.1 Wald, Forsten	-518.484,00 €
1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	-7.564.925,37 €
1.2.4 Infrastrukturvermögen	-6.333.276,80 €
1.2.6.Kunstgegenstände, Denkmäler	6.588,14 €
1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	69.454,20 €
1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung	54.891,33 €
2.2.1 Sonderposten aus Zuwendungen (Sopo Straßen etc.)	43.456.162,18 €
2.2.1 Sonderposten aus Zuwendungen (Stiftungen)	-1.281.420,29 €
2.2.2 Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	94.572,27 €
Summe	28.451.518,66 €

G.1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände entwickeln sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Gewerbliche Schutzrechte u.ä.	113.570,68 €	381.353,68 €	267.783,00 €
Geleistete Zuwendungen	44.451.870,00 €	44.273.337,00 €	-178.533,00 €
Geleistete Investitionszuschüsse	11.199.615,00 €	10.903.918,00 €	-295.697,00 €
Geschäfts- oder Firmenwert	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Anzahlungen auf immaterielle VG	1.546.208,34 €	1.545.988,59 €	-219,75 €
	57.311.264,02 €	57.104.597,27 €	-206.666,75 €



Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen. Die immateriellen Vermögensgegenstände wurden buchmäßig fortgeschrieben. Sie sind in einer Anlagenbestandsliste einzeln nachgewiesen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens (Gewerbliche Schutzrechte u. ä.) wurden gemäß § 34 Abs. 2 GemHVO zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen angesetzt. Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen, hingegen wurden Anschaffungspreisminderungen (im Wesentlichen Rabatte und Skonti) von den Anschaffungskosten abgesetzt. Die Höhe der linearen Abschreibung zwischen dem Anschaffungsdatum der entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und dem Bilanzstichtag wurde anhand von wirtschaftlichen Nutzungsdauern errechnet, die in der vom Innenministerium des Landes Rheinland-Pfalz bekannt gegebenen Abschreibungstabelle festgeschrieben sind.

Geleistete Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen mit einer mehrjährigen Zweckbindung werden linear über den Zeitraum der Zweckbindung abgeschrieben.

Geleistete Investitionszuwendungen mit einer vereinbarten Gegenleistungsverpflichtung werden linear über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstands bzw. - falls diese kürzer ist - über den Zeitraum der Gegenleistungsverpflichtung abgeschrieben.

Bei den gewerblichen Schutzrechten ergab sich eine deutliche Erhöhung gegenüber dem letzten Jahr aufgrund der Aktivierung der Software bei der Integrierten Leitstelle des Amtes 37/Amt für Brand- und Katastrophenschutz.

Die geleisteten Zuwendungen und Investitionszuschüsse sind durch entsprechende Bescheide oder Verträge belegt.

Bei den beiden Positionen ergaben sich außergewöhnliche Veränderungen insgesamt in Höhe von +468 T€, die sich aus Fehlbewertungen in der Eröffnungsbilanz erklären. Die an Vereine gewährten Zuschüsse, die in vielen Fällen nach erneuter Überprüfung den Charakter einer Investition nicht erfüllen und daher korrigiert werden mussten, haben die Bilanzposition um 506 T€ gesenkt. Ein irrtümlich nicht in der Eröffnungsbilanz erfasster Investitionszuschuss an den Eigenbetrieb Stadtentwässerung hat die Position hingegen um 974 T€ erhöht.

1.1.2 Geleistete Zuwendungen	651.044,00€
1.1.3 Geleistete Investitionszuschüsse	-183.087,00€

Bei Zu- und Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen im Berichtsjahr wurde die Abschreibung zeitanteilig berechnet.

G.1.2. Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen entwickelt sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Wald, Forsten	26.653.969,70 €	25.724.612,05 €	-929.357,65 €
Sonstige unbebaute Grundstücke	91.519.102,06 €	89.004.081,18 €	-2.515.020,88 €
Bebaute Grundstücke	145.948.151,99 €	144.997.689,99 €	-950.462,00 €
Infrastrukturvermögen	513.347.520,26 €	502.443.691,20 €	-10.903.829,06 €
Bauten auf fremdem Grund und Boden	2.727.905,00 €	2.612.652,00 €	-115.253,00 €
Kunstgegenstände und Denkmäler	29.347.942,34 €	38.038.044,94 €	8.690.102,60 €
Maschinen, technische Anlagen, KfZ	8.880.041,37 €	9.198.101,18 €	318.059,81 €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.732.639,45 €	10.414.230,04 €	1.681.590,59 €
Pflanzen und Tiere	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	95.767.143,59 €	170.761.175,56 €	74.994.031,97 €
	922.924.415,76 €	993.194.278,14 €	70.269.862,38 €



Die Entwicklung des Sachanlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

Das Sachanlagevermögen ergibt sich aus den Werten der Vorjahresbilanz sowie der buchmäßigen Zu- und Abgänge von Vermögensgegenständen im Berichtsjahr. Entsprechende Nachweise liegen in Form von Anlagenbestandslisten bzw. Zu- und Abgangsmeldungen zu den einzelnen oben genannten Positionen vor, der Nachweis der Grundstücke, Straßen, Wege und Plätze wird zusätzlich im geographischen Informationssystem geführt.

Die Vermögensgegenstände wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten gemäß § 34 Abs. 2 und 3 GemHVO angesetzt. Bei solchen Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, wurden diese Werte um planmäßige Abschreibungen vermindert. Anschaffungsnebenkosten wurden stets in die Anschaffungskosten einbezogen, hingegen wurden Anschaffungspreisminderungen (im Wesentlichen Rabatte und Skonti) von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Herstellungskosten umfassen die Einzelkosten für Material und Fertigung sowie die Sonderkosten der Fertigung.

Die Höhe der linearen Abschreibung zwischen dem Anschaffungs- oder Herstellungsdatum der Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens und dem Bilanzstichtag wurde anhand von wirtschaftlichen Nutzungsdauern errechnet, die in der vom Innenministerium des Landes Rheinland-Pfalz bekannt gegebenen Abschreibungstabelle festgeschrieben sind.

Bei unterjährigen Zu- und Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens wurde die Abschreibung zeitanteilig berechnet.

Im Jahr 2012 wurden bei folgenden Positionen im Anlagevermögen Anpassungen zur Eröffnungsbilanz vorgenommen, zum einen durch die Aufnahme von weiteren Vermögensgegenständen, die bereits vor dem Stichtag der Eröffnungsbilanz bilanzierungsfähig waren, zum anderen durch Korrekturen von Doppelerfassungen sowie Bewertungsfehlern in der Eröffnungsbilanz. Der Korrekturwert im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattungen ergibt sich aus der nachträglichen Aufnahme von Vermögensgegenständen, welche sich in den nachgeholten Inventuren ergeben haben.

1.2.1 Wald, Forsten	-518.484,00 €
1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	-7.564.925,37 €
1.2.4 Infrastrukturvermögen	-6.333.276,80 €
1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler	6.588,14 €
1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	69.454,20 €
1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung	54.891,33 €
2.2.1 Sonderposten aus Zuwendungen (Sopo aus Straßen)	43.456.162,18 €
2.2.1 Sonderposten aus Zuwendungen (Sopo aus Stiftungen)	-1.281.420,29 €
2.2.2 Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	94.572,27 €
Summe	27.983.561,66 €

Es folgen spezielle Erläuterungen zu den einzelnen Positionen des Sachanlagevermögens.

G.1.2.1, Wald, Forsten

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Wald, Forsten	26.653.969,70 €	25.724.612,05 €	- 929.357,65 €

Die Waldbewertung (Aufwuchs, Holzbestand) erfolgte in der Eröffnungsbilanz durch das Forsteinrichtungswerk im Festwertverfahren. Als entsprechender Wert wurde ein prozentualer Anteil von 50% angesetzt. Der gebildete Festwert wurde im Berichtsjahr beibehalten. Planmäßig bewirtschaftete Waldbestände wurden im Forsteinrichtungswerk nachgewiesen. Der nicht planmäßig bewirtschaftete Waldbestand wurde gesondert ausgewiesen.



Aufgrund in der Eröffnungsbilanz nicht ausgewiesener Waldgrundstücke ergab sich eine Steigerung der Position in Höhe von +189,3 T€, dem gegenüber stehen Minderungen in Höhe von -707,7 T€ in Folge von fehlerhaften Erstbewertungen. Somit ergibt sich ein Korrekturbedarf gegenüber der Eröffnungsbilanz in Höhe von -518,4 T€.

G.1.2.2. Sonstige unbebaute Grundstücke - insbesondere Grünflächen, Aufwuchs und Spielflächen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Sonstige unbebaute Grundstücke	91.519.102,06 €	89.004.081,18 €	-2.515.020,88 €

Bäume in Parks, Alleen und im allgemeinen Straßenbereich wurden anhand des Baumkatasters aufgenommen. Die Bewertung des Baumbestandes, des sonstigen Aufwuchs sowie des gesamten Mobiliars (im Wesentlichen Parkanlagen, Straßenbegleitgrün, Spielplätze, Spielgeräte, Sportflächen etc.) erfolgte zu Vergleichswerten gemäß „Grüne Doppik – Werkzeug zur Vermögensbewertung von öffentlichen Grün- und Freiflächen“, entwickelt durch die Fachhochschule Osnabrück. Die so ermittelten Werte wurden in der Eröffnungsbilanz als Festwert abgebildet, gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Koblenz vom 06.07.2009 mit einem prozentualen Anteil in Höhe von 50%. Der Festwert wurde daher wie vorangehend erläutert beibehalten (vgl. Seite 3 f.). Eine weitere Überprüfung soll nach Abschluss der Übernahme der BUGA-Flächen stattfinden

Einige bei der Erstaufnahme zu hoch bewertete Grundstücke wurden gegen die Eröffnungsbilanz korrigiert (-7,56 Mio. €).

G.1.2.3. Bebaute Grundstücke und Bauten auf fremdem Grund und Boden

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Bebaute Grundstücke	145.948.151,99 €	144.997.689,99 €	-950.462,00 €

Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst.

G.1.2.4. Infrastrukturvermögen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Infrastrukturvermögen	513.347.520,26 €	502.443.691,20 €	-10.903.829,06 €

Bei der Ersterfassung der Straßen wurden bei der Wertermittlung Doppelerfassungen vorgenommen. Ein Teil wurde bereits im letzten Jahresabschluss korrigiert. In diesem Jahr wurden diese Fälle abschließend gegen die Eröffnungsbilanz bereinigt

Maßgeblichen Anteil an der Veränderung des Bilanzwertes im Jahr 2012 hat die Korrektur der irrtümlich durchgeführten Bewertung einer Vielzahl von Straßengrundstücken, die mehrere Bodenrichtwertzonen berühren. Hier erfolgte die Erstbewertung mit dem einfachen Durchschnittswert der betroffenen Bodenrichtwerte statt mit dem gewichteten durchschnittlichen Bodenrichtwert. Des Weiteren ergaben sich Änderungen aufgrund nicht erfasster Straßen sowie Straßengrundstücke im Zuge der Ersterfassung.

Insgesamt resultieren hieraus Steigerungen bei der Position in Höhe von +7,9 Mio. € und Minderungen in Höhe von -14,2 Mio. €, so dass sich eine Korrektur in Höhe von -6,3 Mio. € gegen die Eröffnungsbilanz ergibt. Des Weiteren erfolgten aufgrund von Abrechnungen bei Bauprojekten eine Zuaktivierung bei dieser Position in Höhe von 20,0 Mio. €. Die wesentlichen Maßnahmen sind die Kaimauer am Konrad-Adenauer-Ufer mit den Steigeranlagen (7,6 Mio. €) sowie die Feste Franz (2,1 Mio. €) und die Park- und Stellplätze unter der B42 (2,2 Mio. €). Hiergegen ergibt sich dann durch die planmäßige Abschreibung der gesamten Position wieder eine Minderung in Höhe von -10,9 Mio. €.



G.1.2.5. Bauten auf fremdem Grund und Boden

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Bauten auf fremdem Grund und Boden	2.727.905,00 €	2.612.652,00 €	-115.253,00 €

Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst.

G.1.2.6. Kunstgegenstände und Denkmäler

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Kunstgegenstände und Denkmäler	29.347.942,34 €	38.038.044,94 €	8.690.102,60 €

Die Kunstgegenstände des Ludwig-Museums wurden im Berichtsjahr fortgeschrieben. Da es sich hierbei um eine Stiftung handelt, ergeben sich die Werte gemäß der gesetzlichen Vorgaben aus dem Stiftungsvermögen. Die Kunstgegenstände des Mittelrhein-Museums wurden in der Eröffnungsbilanz mit dem Versicherungswert der Kunstgegenstände angesetzt. Bei den Inkunabeln, Folianten etc. im Amt 47/Stadtarchiv wird ebenfalls wie in der Eröffnungsbilanz der Versicherungswert als Vergleichswert angesetzt, da die Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht mehr feststellbar sind. Sowohl das Ludwig-Museum als auch das Mittelrhein-Museum konnten aufgrund weiterer Schenkungen ihre Sammlungen erweitern.

Bei den Denkmälern handelt es sich auf Grund der Altersstruktur um solche, die bereits vollständig abgeschrieben sind. Eine Ausnahme stellt das so genannte „Romanische Haus“ dar, das sich derzeit im Rohbauzustand befindet, da eine Generalsanierung durchgeführt wird. Im Zuge der Bauarbeiten am Zentralplatz wurde noch eine Stele (6.588 €) aufgefunden, die somit erst jetzt in den Büchern der Stadt aufgenommen werden konnte.

G.1.2.7. Maschinen, technische Anlagen, Kraftfahrzeuge

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Maschinen, technische Anlagen, KfZ	8.880.041,37 €	9.198.101,18 €	318.059,81 €

Sämtliche Vermögensgegenstände dieser Position wurden ausnahmslos zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst.

Gegen die Eröffnungsbilanz wurde die Korrektur von zwei Fahrzeugen (69 T€) vorgenommen.

G.1.2.8. Betriebs- und Geschäftsausstattung

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.732.639,45 €	10.414.230,04 €	1.681.590,59 €

Sämtliche Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt und im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Die Festwerte blieben nach der letzt jährigen Überprüfung dieses Jahr mit gleichem Wert bestehen.

In Bezug auf geringwertige Wirtschaftsgüter wurde im Jahr 2010 auf die neue Regelung des § 35 Abs. 3 S. 2 GemHVO umgestellt. Hierbei wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, solche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Einzelnen wertmäßig den Betrag von 410,00 € ohne Umsatzsteuer nicht überschreiten, im Jahr ihrer Anschaffung oder Herstellung direkt aufwandswirksam zu



buchen. Die entsprechenden Vermögensgegenstände aus dem Jahr 2009 werden dagegen weiter planmäßig abgeschrieben.

Im Übrigen wurden die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst. Es erfolgten noch einige Korrekturen gegen die Eröffnungsbilanz im Zuge von Inventuren bzw. Nachmeldungen zur Ersterfassung (ca. 55 T€).

Die Steigerung der Position ist vor allem durch die Abrechnung der Integrierten Leistelle des Amtes 37/Amt für Brand- und Katastrophenschutz sowie der Änderung des Bewertungsverfahrens bei Spielgeräten vom Festwert zur Einzelbewertung rückwirkend ab 01.01.2009 bedingt.

G.1.2.10 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	95.767.143,59 €	170.761.175,56 €	74.994.031,97 €

Hierbei handelt es sich um am Bilanzstichtag noch im Bau befindliche und nicht fertig gestellte Vermögensgegenstände. Die bis zum Bilanzstichtag angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten wurden vollständig erfasst. Die wertmäßige deutliche Erhöhung dieser Position (+ 77,3 Mio. €) ergibt sich durch den Kulturbau (+60,0 Mio. €) sowie der Neugestaltung Zentralplatz und umliegender Straßen (+15,9 Mio. €). Die Rückführung der BUGA-Flächen auf die Anlage im Bau bis zur endgültigen Abrechnung der Maßnahmen trug ebenfalls zur Erhöhung bei (+21,4 Mio. €). Gleichzeitig wurden Bauvorhaben in Höhe von -20 Mio. € abgerechnet. Hierzu zählen insbesondere vom Einzelwert aus betrachtet die Kaimauer am Konrad-Adenauer-Ufer mit den Steigeranlagen (7,6 Mio. €) sowie die Feste Franz (2,1 Mio. €) und die Park- und Stellplätze unter der B42 (2,2 Mio. €).

G.1.3. Finanzanlagen

Die Werte der Anteile an verbundenen Unternehmen, der Beteiligungen und des Sondervermögens der Eigenbetriebe wurden durch das Beteiligungsmanagement der Stadtwerke Koblenz ermittelt. Das Stiftungsvermögen sowie die langfristigen Ausleihungen wurden durch die Stadtverwaltung ermittelt.

Das Finanzanlagevermögen entwickelt sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Anteile an verbundenen Unternehmen	167.419.505,64 €	153.948.054,87 €	-13.471.450,77 €
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.682.934,99 €	2.714.619,11 €	-968.315,88 €
Beteiligungen	5.370.369,11 €	5.381.443,11 €	11.074,00 €
Ausleihungen an Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Anteile Sondervermögen etc.	115.658.089,53 €	116.242.909,12 €	584.819,59 €
Ausleihungen an Sondervermögen etc.	719.410,50 €	0,00 €	-719.410,50 €
Sonstige Wertpapiere des Anlageverm.	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Sonstige Ausleihungen	151.107,74 €	140.113,03 €	-10.994,71 €
	293.001.417,51 €	278.427.139,24 €	-14.574.278,27 €

Die Entwicklung des Finanzanlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.



G.1.3.1. Anteile an verbundenen Unternehmen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Anteile an verbundenen Unternehmen	167.419.505,64 €	153.948.054,87 €	-13.471.450,77 €

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen hat zum Stichtag der Bilanzaufstellung um 13,5 Mio. € abgenommen. Dies resultiert aus der Erhöhung nach anteiligem Eigenkapital an der Finanzanlage „Stadtwerke Koblenz GmbH“ (+7,9 Mio. €) sowie einer Verminderung der Finanzanlage „Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH“ (-21,4 Mio. €). Die Verminderung beruht im Wesentlichen auf die bereits erfolgte Übergabe von Vermögensgegenständen an die Kernverwaltung der Stadt Koblenz. Bei den davon noch nicht fertig abgerechneten Bauprojekten (Konrad-Adenauer-Ufer, Neugestaltung Schlossbereich sowie Plateau Ehrenbreitstein) wurde die Bilanzposition Anlagen im Bau um den gleichen Wert erhöht.

G.1.3.2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.682.934,99 €	2.714.619,11 €	-968.315,88 €

Die Position beinhaltet die langfristigen Darlehen, die die Stadt Koblenz dem verbundenen Unternehmen „Koblenzer Wohnbau GmbH“ gewährt hat. Die Spalte „Entwicklung“ zeigt die planmäßigen Tilgungen sowie vorzeitig abgelöste Darlehen.

G.1.3.3. Beteiligungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Beteiligungen	5.370.369,11 €	5.381.443,11 €	11.074,00 €

Unter dieser Bilanzposition befindet sich im Wesentlichen die Beteiligung am Gemeinschaftsklinikum gGmbH in Höhe von 5,12 Mio. €. Die Erhöhung des Jahres 2012 ist bedingt durch eine Beteiligung an dem Unternehmen EKO2 GmbH.

G.1.3.5. Sondervermögen (Eigenbetriebe), Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähige kommunale Stiftungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Anteile Sondervermögen etc.	115.658.089,53 €	116.242.909,12 €	584.819,59 €

Die Finanzanlagen aus den Bewertungen des Sondervermögens der Eigenbetriebe unterlagen zum Bilanzstichtag keinen Änderungen. Zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung lagen mit Ausnahme des Eigenbetriebes „Grünflächen und Bestattungswesen“ (ohne Änderung) noch keine festgestellten Beschlüsse der übrigen Eigenbetriebe vor.

Die Erhöhung von 500 T€ ergibt sich im Wesentlichen aus der Versorgungsrücklage 2012. Das zu den Finanzanlagen gehörende Stiftungsvermögen wurde mit den entsprechenden Anschaffungskosten angesetzt und buchmäßig auf den Bilanzstichtag fortgeschrieben. Die Werte der einzelnen Stiftungen sowie zugehörigen Sonderposten sind in separaten Bestandslisten erfasst.



G.1.3.6. Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähige kommunale Stiftungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Ausleihungen an Sondervermögen etc.	719.410,50 €	0,00 €	-719.410,50 €

Bei der Bilanzposition handelte es sich um eine kurzfristige Ausleihung in 2011 gegenüber dem Eigenbetrieb Grünflächen und Bestattungswesen. Die Ausleihung ist auf Grund von über den Jahreswechsel vorgenommenen Verrechnungen im Rahmen der Einheitskasse entstanden. Die Auflösung erfolgte im Folgejahr 2012, so dass sich für 2012 ein Wert in Höhe von 0 € ergibt.

G.1.3.8. Sonstige Ausleihungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Sonstige Ausleihungen	151.107,74 €	140.113,03 €	-10.994,71 €

Die zu den Finanzanlagen gehörenden langfristigen Ausleihungen wurden mit dem Wert der Ausleihungen zum Bilanzstichtag angesetzt.

G.2. Umlaufvermögen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Vorräte	6.880.046,43 €	8.591.842,70 €	1.711.796,27 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.531.850,25 €	26.375.331,49 €	2.843.481,24 €
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Kassenbestand, Bankguthaben, etc.	1.246.809,26 €	1.507.192,68 €	260.383,42 €
	31.658.705,94 €	36.474.366,87 €	4.815.660,93 €

G.2.1. Vorräte

Das Vorratsvermögen entwickelt sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	354.776,05 €	354.180,50 €	-595,55 €
unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren	6.525.270,38 €	8.237.662,20 €	1.712.391,82 €
geleistete Anzahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	6.880.046,43 €	8.591.842,70 €	1.711.796,27 €

Das Vorratsvermögen wurde zum Bilanzstichtag grundsätzlich durch eine körperliche Bestandsaufnahme dezentral in den einzelnen Ämtern erfasst mit Ausnahme der zum Verkauf bestimmten Grundstücke und Gebäude; diese wurden ausgehend vom Ansatz in der Eröffnungsbilanz durch eine buchmäßige Erfassung fortgeführt.

Die Vorräte wurden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen. Anschaffungspreisminderungen (Skonti, Boni, sonstige Nachlässe) wurden von den Anschaffungskosten abgesetzt.



Vorräte, deren Anschaffungskosten nicht mehr zu ermitteln waren, im Wert nachrangig sind und bereits seit längeren Zeiträumen auf Lager liegen, wurden aus Vorsichtsgründen analog zur Eröffnungsbilanz weiterhin mit 1,00 € angesetzt.

Den wertmäßig größten Anteil der Vorräte bilden weiterhin die zum Verkauf bestimmten Grundstücke und Gebäude der Stadt. In diesem Jahr ist die Erhöhung vor allem durch Grundstücke im Umlegungsverfahren Südliches Güls begründet. Die Bewertung der zu veräußernden Grundstücke und Gebäude erfolgt nach den Wertansätzen der Eröffnungsbilanz sowie in den Folgejahren nach Anschaffungs- oder Herstellungskosten, wobei es zu Korrekturen aufgrund von Fehlbewertungen im Zuge der Erstbewertung kam. Die Korrekturen erfolgten gegen die Eröffnungsbilanz (36.139,86 €). Der Bestand an unverkauftem Rohholz (28.575 €) wurde wiederum durch das Forstamt Koblenz ermittelt und gemeldet.

G.2.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände entwickelten sich wie folgt:

Nr.	Bezeichnung	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Transferforderungen	19.871.860,64 €	19.474.188,55 €	-397.672,09 €
2.	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferung und Leistung	2.414.461,33 €	2.507.096,89 €	92.635,56 €
3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	4.600.272,77 €	3.641.149,49 €	-959.123,28 €
4.	Forderungen gegen Beteiligungen	24.556,01 €	6.054,83 €	-18.501,18 €
5.	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, etc.	195.009,64 €	1.168.202,92 €	973.193,28 €
6.	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	890.239,88 €	101.994,68 €	-788.245,20 €
7.	sonstige Vermögensgegenstände	4.611.825,92 €	8.893.671,44 €	4.281.845,52 €
8.	Wertberichtigung zu Forderungen	-9.076.375,94 €	-9.417.027,31 €	-340.651,37 €
Gesamt		23.531.850,25 €	26.375.331,49 €	2.843.481,24 €

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit dem Nominalwert bewertet und durch eine Buch- bzw. Beleginventur bzw. durch Offene-Posten-Listen der Nebenbücher zum Bilanzstichtag nachgewiesen. Offene Forderungen vor dem Stichtag der Eröffnungsbilanz wurden ursprünglich mittels Migration aus dem Vorsystem übernommen und anschließend im Rahmen der Debitorenbuchhaltung fortgeschrieben. Die Vollständigkeit der Forderungen wurde durch die Fachämter im Rahmen der Vollständigkeitserklärung bestätigt.

Die Abnahme der laufenden Nummer 1 erklärt sich im Wesentlichen durch tatsächliche Zahlungseingänge auf offene Forderungen sowie durch die Ausbuchung einer aus dem Vorsystem zu unrecht migrierten Forderung in Höhe von 549,5 T€. Die Abnahme der laufenden Nummer 3 erklärt sich durch die Anpassung der im Vorjahr bilanzierten Forderung gegenüber der Buga GmbH.

Eine Forderung gegenüber dem EB 83/Eigenbetrieb Koblenz Touristik zur Abgeltung für die Übernahme von öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen (Baulasten) wurde aufgrund fehlender rechtlicher Grundlage in Ermangelung einer Beschlussfassung des Stadtrates im Jahresabschluss 2012 nicht gebildet.

Ein Forderungsspiegel ist dem Anhang beigefügt.



G.2.2.8. Entwicklung der Wertberichtigungen:

Nr.	Bezeichnung	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Pauschalwertberichtigung	-6.767.600,00 €	-4.080.500,00 €	2.687.100,00 €
2.	Einzelwertberichtigungen	-2.308.775,94 €	-5.336.527,31 €	-3.027.751,37 €
Gesamt		-9.076.375,94 €	-9.417.027,31 €	-340.651,37 €

Die erkennbaren Einzelrisiken und das allgemeine Kreditrisiko wurden durch die Erfassung von Wertberichtigungen berücksichtigt. Niedergeschlagene Forderungen wurden durch die jeweiligen Fachämter angemessen im Rahmen der Einzelwertberichtigung wertberichtigt. Auf die nicht einzelwertberichtigten Forderungen wurde eine Pauschalwertberichtigung vorgenommen. Der dabei zugrunde gelegte Prozentsatz orientiert sich am vorsichtig geschätzten Ausfallrisiko der jeweiligen Forderungsart. Eine entsprechende Berechnungsgrundlage liegt vor.

Die erfassten Wertberichtigungen halten sich wertmäßig weitgehend konstant. Erkennbar ist jedoch eine Verschiebung zu Gunsten eines höheren Volumens erfasster Einzelwertberichtigungen, was zu einer Auflösung der Pauschalwertberichtigung in vergleichbarer Höhe führte.

G.2.3. Wertpapiere des Umlaufvermögens

Die hierunter zu bilanzierenden Positionen wurden auf den Eigenbetrieb 83 ausgelagert und sind in dessen Bilanz ausgewiesen.

G.2.4. Liquide Mittel

Die liquiden Mittel entwickelten sich wie folgt:

Nr.	Bezeichnung Konto	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Sparkasse Koblenz	1.072.328,93 €	1.298.638,28 €	226.309,35 €
2.	Volksbank Koblenz Mittelrhein	2.960,39 €	4.037,67 €	1.077,28 €
3.	Deutsche Bundesbank Koblenz	1.510,96 €	4.348,67 €	2.837,71 €
4.	Deutsche Bank Koblenz	3.987,82 €	19.788,83 €	15.801,01 €
5.	Landesbank Baden-Württemberg	322,63 €	868,59 €	545,96 €
6.	Commerzbank Koblenz	207,23 €	9.874,81 €	9.667,58 €
7.	SEB-Bank Koblenz	604,79 €	1.357,94 €	753,15 €
8.	HypoVereinsbank Koblenz	733,75 €	365,67 €	-368,08 €
9.	Postbank Köln	121.851,04 €	127.526,79 €	5.675,75 €
10.	Barkasse	8.093,83 €	6.826,35 €	-1.267,48 €
11.	Diverse Handkassen der Ämter	34.207,89 €	33.559,08 €	-648,81 €
Gesamt		1.246.809,26 €	1.507.192,68 €	260.383,42 €

Die liquiden Mittel wurden zum Nennwert angesetzt.

Der Stand der Barkassen stimmt mit dem Stand des Kassenbuchs zum Bilanzstichtag überein. Die Kontokorrentguthaben sind durch Tagesauszüge zum Bilanzstichtag nachgewiesen. Die Sparguthaben stimmen mit dem Ausweis im Sparbuch zum Bilanzstichtag überein. Der in der Bilanz ausgewiesene Bestand der liquiden Mittel stimmt mit dem entsprechenden Bestand im Tagesabschluss der Stadtkasse zum Bilanzstichtag überein.

G.4. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten setzt sich aus folgenden Einzelposten zusammen und ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 224,8 T€ gesunken:



Nr.	Bezeichnung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens	Bestand 31.12.
1.	Versorgungsbezüge 01/2013 RVK	624.930,00 €
2.	Monatsbezüge SGB XII - Teil 1	1.203.439,70 €
3.	Monatsbezüge SGB XII - Teil 2	78.862,64 €
4.	Monatsbezüge SGB XII - Teil 3	13.530,20 €
5.	Monatsbezüge Heimpflegekosten	76.686,25 €
6.	Monatsbezüge WJH	91.601,92 €
7.	SGB II - BA-Abbuchung - Teil 1	1.234.987,96 €
8.	SGB II - BA-Abbuchung - Teil 2	13.317,14 €
9.	Amt 10 ADAC Mitgliedschaft	40,79 €
10.	Amt 10 Audi Miete	122,35 €
11.	Kunstversicherung Ludwig-Museum	14.949,02 €
12.	Kunstversicherung Lager Brömmelhaupt	14.830,66 €
13.	Kunstversicherung MRM	3.677,27 €
14.	Maschinelle Buchungen von aktiven Rechnungsabgrenzungsposten	24.300,56 €
Gesamt		3.395.276,46 €

Diese Posten wurden durch Abfragen bei den einzelnen Ämtern ermittelt. Die jeweiligen Abgrenzungen wurden durch entsprechende Unterlagen belegt. Die Bewertung erfolgte mit dem Nominalwert der Ausgaben des Haushaltsjahres oder der Haushaltsvorjahre, die Haushaltsfolgejahre betreffen.

Die Auszahlung der Beamtenvergütungen für Januar 2013 wurde entsprechend periodengerecht verbucht, jedoch aus systematischen Gründen (TDS-Schnittstelle) unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen (1.173 T€). Die notwendigen Korrekturposten der Schnittstelle „Care 4“ (Sozialhilfeleistungen nach SGB XII) erfolgten auf Antrag des Fachamtes. Eine direkte periodengerechte Verbuchung der Schnittstelle ist technisch nicht möglich.

Passiva

G.1. Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

Nr.	Bezeichnung	2009	2010	2011	2012
1.	Kapitalrücklage	646.533.685,92	643.190.946,88	654.905.477,28	600.785.311,08
1a.	Korrekturen zur Eröffnungsbilanz	-3.342.739,04	11.714.530,40	-54.120.166,20	29.119.724,58
2.	Sonstige Rücklagen				
3.	Ergebnisvortrag				
	2008	./.			
	2009		-51.796.625,77	-51.796.625,77	-51.796.625,77
	2010			-28.029.205,74	-28.029.205,74
	2011				-15.493.505,09
4.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-51.796.625,77	-28.029.205,74	-15.493.505,09	-8.770.092,81
Summe		591.394.321,11	575.079.645,77	505.465.974,48	525.815.606,25

Das Eigenkapital wurde zum Nennwert angesetzt.

G.1.1. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage hat sich durch den Übergangsgewinn im Rahmen der Eröffnungsbilanz aus der Überleitung der kameralen Rechnungslegung zur Doppik ergeben.



G.1.2. Korrekturen zur Eröffnungsbilanz

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses wurden Fehler bei der Aufstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 entdeckt. Diese wurden entsprechend der in § 14 Abs. 4 KomDoppikLG angezeigten Vorschrift gegen das Eigenkapital bereinigt. Bei den einzelnen Erläuterungen zu den Posten der Bilanz sind die jeweiligen Bestandskorrekturen im Detail erläutert.

Die Korrekturen belaufen sich saldiert auf eine Erhöhung der Kapitalrücklage in Höhe von 29.119.724,58 € und betreffen die Bereiche immaterielles Anlagevermögen, Sachanlagevermögen, Vorratsvermögen, öffentlich-rechtliche Forderungen, Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen und periodenfremde Erträge.

G.1.3. Ergebnisvortrag

Der Jahresfehlbetrag des Vorjahres wurde gemäß § 18 Abs. 4 GemHVO vorgetragen. Der Ergebnisvortrag setzt sich somit nunmehr aus den Jahresfehlbeträgen der Haushaltsjahre 2009, 2010 und 2011 zusammen

G.1.4. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

Der Jahresfehlbetrag für das Jahr 2012 beträgt 8.770.092,81 €, was im Vergleich zum Jahresfehlbetrag des Vorjahres (15.493.505,09 €) eine Ergebnisverbesserung um + 6.723.412,28 € bedeutet. Dieser Fehlbetrag wird im Folgejahr wiederum in den Ergebnisvortrag eingestellt.

G.2. Sonderposten

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
SoPo zu Belastungen aus dem kom.			
Finanzausgleich	0,00 €	0,00 €	0,00 €
SoPo zum Anlagevermögen	213.531.003,93 €	197.286.019,43 €	-16.244.984,50 €
SoPo für Gebührenaussgleich	52.122,86 €	46.934,29 €	-5.188,57 €
SoPo mit Rücklageanteil	0,00 €	0,00 €	0,00 €
SoPo aus Grabnutzungsentgelten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
SoPo aus Anzahlungen für Grabnutz.	0,00 €	0,00 €	0,00 €
sonstige Sonderposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	213.583.126,79 €	197.332.953,72 €	-16.250.173,07 €

G.2.2. Sonderposten zum Anlagevermögen

Die Sonderposten zum Anlagevermögen entwickelten sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Zuwendungen	130.325.997,10 €	104.192.550,14 €	- 26.133.446,96 €
Aus Beiträgen	23.429.137,00 €	23.338.403,41 €	- 90.733,59 €
Aus Anzahlungen	59.775.869,83 €	69.755.065,88 €	9.979.196,05 €
	213.531.003,93 €	197.286.019,43 €	- 16.244.984,50 €

Die Sonderposten zum Anlagevermögen wurden mit den ursprünglichen Zuführungsbeträgen abzüglich der bis zum Bilanzstichtag vorzunehmenden Auflösungen angesetzt. Die Auflösung der Sonderposten erfolgte ertragswirksam entsprechend der Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände.

Eine Kontrolle der Sonderposten aus Zuwendungen hat einen Korrekturbedarf aufgrund von zu ändernden Wertansätzen ergeben. Die Korrekturen wurden gegen die Eröffnungsbilanz vorgenommen und stellen sich wie folgt dar (siehe auch entsprechende Posten des Anlagevermögens):

Bilanzposition	Wert
2.2.1 Sonderposten aus Zuwendungen (SoPo Straßen etc.)	43.456.162,18 €
2.2.1 Sonderposten aus Zuwendungen (Stiftungen)	-1.281.420,29 €
2.2.2 Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	94.572,27 €
Summe	42.269.314,16 €

G.2.2.1. Zuwendungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Zuwendungen	130.325.997,10 €	104.192.550,14 €	-26.133.446,96 €

Die Stadt hat im Haushaltsjahr Zuwendungen erhalten, die nach § 38 Abs. 2 GemHVO in den Sonderposten einzustellen waren. Der Nachweis der Zuwendungen erfolgte durch die entsprechenden Fachämter.

Die Entwicklung wird fast ausschließlich durch die Korrektur der falschen Anschaffungs-/Herstellungskosten der Sonderposten aus Zuwendungen in der Eröffnungsbilanz geprägt. Mittels Korrekturbuchungen wurden die historischen Anschaffungs-/Herstellungskosten gemindert.

G.2.2.2. Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Beiträgen	23.429.137,00 €	23.338.403,41 €	-90.733,59 €

Beiträge und ähnliche Entgelte fallen bei der Stadt Koblenz im Bereich der Erschließungs- und Ausbaubeiträge sowie der Ausgleichsbeträge an. Diese Werte wurden vom zuständigen Fachamt nach oben beschriebener Vorgehensweise ermittelt und den einzelnen Vermögensgegenständen des Infrastrukturvermögens zugeordnet. Die Sonderposten wurden somit auf den Bilanzstichtag fortgeschrieben.

Bei Vermögensgegenständen, die in der Eröffnungsbilanz mit einem Festwert angesetzt wurden, wurden die Sonderposten analog zu den Vermögensgegenständen mit 50% angesetzt.

G.2.2.3. Sonderposten aus Anzahlungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Anzahlungen	59.775.869,83 €	69.755.065,88 €	9.979.196,05 €

Aufgrund der gültigen Erschließungs- und Ausbaubeitragssatzung hat die Stadt für verschiedene im Bau befindliche Maßnahmen bereits Vorausleistungen auf noch abzurechnende Maßnahmen erhoben. In diesem Posten sind sämtliche Beiträge für Maßnahmen dargestellt, die noch nicht abschließend abgerechnet sind. Teilweise handelt es sich bei den Werten neben den noch im Bau befindlichen Maßnahmen um bereits bautechnisch abgeschlossene, jedoch aufgrund von anhängigen Gerichtsverfahren beitragsrechtlich noch nicht endabgerechnete Maßnahmen. Aufgrund der Vielzahl der in Koblenz anhängigen Rechtsverfahren sowie aufgrund der ebenfalls großen Anzahl der wertmäßig jeweils anzupassenden Vermögensgegenstände, werden diese Maßnahmen erst nach Beendigung der anhängigen Verfahren und Endabrechnungen auf den eigentlichen Sonderposten umgebucht und aufgelöst. Der verspäteten Abrechnung wird durch eine Verkürzung der Auflösungsdauer Rechnung getragen.

Analog dazu wurde mit Zuweisungen des Landes Rheinland-Pfalz verfahren, die für entsprechende noch nicht abgeschlossene Baumaßnahmen gewährt wurden.

Die Steigerung der Position ergibt sich überwiegend aus dem Bereich Zentralplatz, dem umliegenden Straßenbereich sowie dem Forum Confluentes in einer Gesamthöhe von 8,7 Mio. €.



G.2.3. Sonderposten für den Gebührenaussgleich

Der Sonderposten für den Gebührenaussgleich entwickelte sich wie folgt:

Nr	Bezeichnung	Stand 01.01.	Zuführung	Auflösung	Bestand
1.	Rücklage KSI	52.122,86 €	0,00 €	-5.188,57 €	46.934,29 €

Bei der Position handelt es sich um Rücklagen, die im Rahmen der zentralen Aufgabe zum Betrieb des kommunalen Studieninstitutes im Laufe der Jahre gebildet wurden. Der Anteil wurde bewusst als Sonderposten dargestellt, da es sich nicht um Eigenvermögen der Stadt Koblenz handelt. Die Absenkung beruhte auf dem negativen Ergebnis des Jahres 2012.

Weitere Sachverhalte wurden auf die Eigenbetriebe ausgegliedert und sind in deren Bilanzen abgebildet.

G.2.4. Sonderposten mit Rücklagenanteil

In diesem Bereich sind keine Sachverhalte bekannt.

G.2.5. Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten

Die Grabnutzungsentgelte sind auf den Eigenbetrieb 67/ Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen der Stadt ausgelagert und werden dort bilanziert. Daher trifft dieser Sachverhalt nicht auf die Stadt Koblenz zu.

G.2.6. Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte

Grabnutzungsentgelte sind auf den Eigenbetrieb 67/ Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen der Stadt ausgelagert und werden dort bilanziert. Daher trifft dieser Sachverhalt nicht auf die Stadt Koblenz zu.

G.3. Rückstellungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Rückstellungen für Pensionen u.ä.	147.059.414,00 €	146.548.815,55 €	-510.598,45 €
Steuerrückstellungen	400.000,00 €	100.000,00 €	-300.000,00 €
Rückstellungen für latente Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €
sonstige Rückstellungen	12.290.070,03 €	16.388.947,83 €	4.098.877,80 €
	159.749.484,03 €	163.037.763,38 €	3.288.279,35 €

G.3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen entwickelten sich wie folgt:

Nr.	Art der Rückstellung	Stand 01.01.	Zuführung	Auflösung	Bestand
1.	Pensionsrückstellungen	125.849.871,00 €	0,00 €	-519.235,81 €	125.330.635,19 €
2.	Beihilferückstellungen	20.765.228,00 €	0,00 €	-89.796,64 €	20.675.431,36 €
3.	Ehrensold	184.002,00 €	35.330,00 €	0,00 €	219.332,00 €
4.	Dienstherrenwechsel §107 BeamtVG	260.313,00 €	63.104,00 €	0,00 €	323.417,00 €
Gesamt		147.059.414,00 €	98.434,00 €	-609.032,45 €	146.548.815,55 €



Rückstellungen für Pensionen wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen zum Teilwert nach § 6a Abs. 3 EStG bilanziert. Dabei wurden ein Rechnungszinssatz von 6% und die aktuellen biometrischen Tabellen nach Heubeck zugrunde gelegt. Die Berechnung wurde von der Pensionskasse RZVK für die Stadt durchgeführt. In den Rückstellungen der Stadt Koblenz wurden auf Grund der Dienstherreneigenschaft auch die Rückstellungen der in den Eigenbetrieben eingesetzten Beamten ausgewiesen, mit Ausnahme derjenigen des EB 85/ Eigenbetrieb Stadtentwässerung, der die auf ihn entfallenden Beträge selbst bilanziert.

Der Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen wurden die landeseinheitlich vorgegebenen Werte, die sich aus einem prozentualen Zuschlag auf die Pensionsrückstellungen errechnen, zugrunde gelegt. Der Zuschlag ermittelte sich auf der Basis aktueller Werte der Stadt Koblenz der letzten drei Jahre vor dem Bilanzstichtag.

Die Rückstellungen für Ehrensold wurden mit dem Barwert angesetzt. Zur Ermittlung der Rückstellungen wurden die anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik zugrunde gelegt. Dabei wurden ein Rechnungszinssatz von 6% und die aktuellen biometrischen Tabellen nach Heubeck angewendet.

Die Rückstellungen für Verbindlichkeiten aus Dienstherrenwechsel nach §107 BeamtVG wurden auf Grund der durch Gutachten der Rheinischen Versorgungskasse ermittelten Werte gebildet.

G.3.2 Rückstellungen für Steuern

Die Rückstellungen für Steuern zeigen im Berichtsjahr folgende Entwicklung:

Nr.	Art der Rückstellung	Stand 01.01.	Zuführung	Inanspruchnahme	Bestand
1.	Steuerrückstellung Stadion Oberwerth	400.000,00 €	20.411,62 €	-320.411,62 €	100.000,00 €
Gesamt		400.000,00 €	20.411,62 €	-320.411,62 €	100.000,00 €

Bei der in Vorjahren gebildeten Rückstellung kam es durch eine Inanspruchnahme zu einer Absenkung des angesetzten Betrages.

Bei dem verbleibenden Betrag der Rückstellung handelt es sich um die für diesen Sachverhalt nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung verbleibende voraussichtliche Verpflichtung.

G.3.3. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen entwickeln sich wie folgt:

Nr.	Art der Rückstellung	Stand 01.01.	Zuführung	Inanspruchn.	Auflösung	Bestand
1.	Rückstellung für Instandhaltungen	515.000,00 €	2.756.165,60 €	0,00 €	-78.665,60 €	3.192.500,00 €
2.	Rückstellung ausstehende Rechnungen	3.141.373,31 €	4.238.209,97 €	-1.270.590,90 €	-306.368,71 €	5.802.623,67 €
3.	Rückstellungen für Dienstjubiläen	75.872,90 €	3.910,70 €	0,00 €	0,00 €	79.783,60 €
4.	Altersteilzeitrückstellungen	224.547,54 €	59.790,99 €	0,00 €	-194.878,59 €	89.459,94 €
5.	Urlaubsrückstellungen Beamte	638.114,00 €	93.658,51 €	0,00 €	0,00 €	731.772,51 €
6.	Urlaubsrückstellungen Angestellte	1.103.438,00 €	85.092,66 €	0,00 €	0,00 €	1.188.530,66 €
7.	Überstundenrückstellungen Beamte	901.828,00 €	0,00 €	0,00 €	-137.310,43 €	764.517,57 €
8.	Überstundenrückstellungen Angestellte	875.596,00 €	18.259,60 €	0,00 €	0,00 €	893.855,60 €
9.	Prozesskostenrückstellung	372.260,00 €	53.164,00 €	-22.691,79 €	-18.868,21 €	383.864,00 €
10.	Rückstellung Evakuierungsmaßnahme	1.200.000,00 €	0,00 €	-89.646,41 €	-1.090.353,59 €	20.000,00 €
11.	Geschäftsunterlagen	1.038.600,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	1.038.600,00 €
12.	Rückstellung Zentralplatz	203.440,28 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	203.440,28 €
13.	Hangsicherung Rittersturz	2.000.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	2.000.000,00 €
Gesamt		12.290.070,03 €	7.308.252,03 €	-1.382.929,10 €	-1.826.445,13 €	16.388.947,83 €

Die Rückstellungen sind insgesamt in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme angesetzt.

Im Jahr 2012 entwickelten sich die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung wie folgt:



Nr.	Art der Rückstellung	Stand 01.01.	Zuführung	Inanspruchn.	Auflösung	Bestand
1.	Sanierung Elektroleitungen	330.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	330.000,00 €
2.	Schachtabdeckung Schängel-Brunnen Rathaus I	6.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	6.000,00 €
3.	Erneuerung Bodenbeläge Rathaus II	20.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	20.000,00 €
4.	Aufzug Schängel-Center	20.000,00 €	0,00 €	-5.000,00 €	0,00 €	15.000,00 €
5.	Bleiverglasung Rathaus I	50.000,00 €	0,00 €	-7.094,19 €	-42.905,81 €	0,00 €
6.	Energiesparende Maßnahmen Rathaus I	8.000,00 €	9.665,60 €	-2.665,60 €	0,00 €	15.000,00 €
7.	Erneuerung Bodenbeläge Rathaus I	0,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00 €	25.000,00 €
8.	Sanierung Küche (Raum 101) Rathaus I	0,00 €	23.500,00 €	0,00 €	0,00 €	23.500,00 €
9.	Fensteranstrich Rathaus II	0,00 €	5.000,00 €	0,00 €	0,00 €	5.000,00 €
10.	Brandschutz Rathaus I	0,00 €	30.000,00 €	0,00 €	0,00 €	30.000,00 €
11.	Decke Hilda Gymnasium	0,00 €	230.000,00 €	0,00 €	0,00 €	230.000,00 €
12.	Neuversiegelung Parkettboden Ludwigmuseum	11.000,00 €	0,00 €	-1.455,12 €	-9.544,88 €	0,00 €
13.	Mauersanierung Trenn-/Stützwand Garten Herlet	20.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	20.000,00 €
14.	Instandhaltungsmaßnahme Forstbetriebshof	50.000,00 €	0,00 €	-10.000,00 €	0,00 €	40.000,00 €
15.	Instandsetzung Brücke Güls	0,00 €	1.700.000,00 €	0,00 €	0,00 €	1.700.000,00 €
16.	Instandsetzung STW Rittersturz	0,00 €	145.000,00 €	0,00 €	0,00 €	145.000,00 €
17.	Instandsetzung Blindtal, Hangseite STW	0,00 €	36.000,00 €	0,00 €	0,00 €	36.000,00 €
18.	Instandsetzung Blindtal, STW Haus Nr. 14	0,00 €	27.000,00 €	0,00 €	0,00 €	27.000,00 €
19.	Instandsetzung STW Kolonnenweg	0,00 €	400.000,00 €	0,00 €	0,00 €	400.000,00 €
20.	Instandsetzung STW Brentanostraße	0,00 €	125.000,00 €	0,00 €	0,00 €	125.000,00 €
Summe		515.000,00 €	2.756.165,60 €	-26.214,91 €	-52.450,69 €	3.192.500,00 €

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen wurden nur für solche Sachverhalte gebildet, für die die Abarbeitung in der in § 36 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO genannten Frist hinreichend beabsichtigt ist.

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen wurden aufgrund der Meldungen der Fachämter ermittelt und werden in separaten Bestandslisten nachgewiesen. Des Weiteren wurden die Belegbuchungen des 1. Quartals auf abgrenzungswürdige Vorgänge in Form von Stichproben geprüft. Wesentliche Zuführungen sind bedingt durch erwartete Rückzahlungen von Fördergeldern der Maßnahme „Flugfeld Karthause“ (875,9 T€) sowie entstehender Kosten, die aufgrund eines Gutachtens in Bezug auf das Stadtbad durch einzuleitende Sofortmaßnahmen bedingt sind (1.300 T€). Weiterhin wurde eine Rückstellung für Kosten aus dem Nachnutzungskonzept der Buga 2011 eingestellt, die im Jahr 2012 seitens der Buga GmbH nicht zur Abrechnung gekommen sind (957,1 T€).

Die Rückstellung für Dienstjubiläen wurde auf Grund der Meldung des Fachamtes berücksichtigt. Die Stadt Koblenz hat für alle tarifvertraglich Beschäftigten eine Rückstellung für Zuwendungen anlässlich eines Dienstjubiläums zu bilden. Als Grundlage dienten die dem Fachamt vorliegenden Mitarbeiterlisten. Berechnet wurde die Rückstellung nach den vom Bundesministerium für Finanzen im Rundschreiben vom 08. Dez. 2008 an die obersten Finanzbehörden der Länder verfügbaren Vorgaben. Bei der Bewertung der Rückstellung wurde von dem zugebilligten Wahlrecht Gebrauch gemacht und das Pauschalwertverfahren (Ziffer 10) gewählt. Die Höhe des Teilwertes nach dem Pauschalwertverfahren wurde entsprechend der Richtlinientafel „G“ von Prof. Klaus Heubeck mit einem Richtzinsfuß von 5,5 % richtig festgesetzt.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit berücksichtigen sowohl den Erfüllungsrückstand als auch die Verpflichtung zur Zahlung von Aufstockungsbeträgen.

Die Urlaubsrückstellungen der Beamten und Angestellten wurden auf Grund der im Fachamt durchgeführten Berechnungen eingestellt. Als Grundlage dienten die geführten Urlaubslisten. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurden anteilig Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt. Die Überstunden der Beamten und Angestellten wurden auf Grund der im Fachamt durchgeführten Berechnungen eingestellt. Als Grundlage dienten die geführten Überstundenlisten. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurden anteilig Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt.

Prozesskostenrückstellungen wurden auf Grund der Meldungen der jeweiligen Fachämter gebildet. Zu Grunde liegen die geschätzten zukünftig zu erwartenden Prozesskosten. Als Schätzwert wurden in der Regel ca. 10% des zu erwartenden Streitwertes berücksichtigt.

Auf Grund der Verpflichtung zur Aufbewahrung der Geschäftsunterlagen, die das Handelsgesetzbuch (HGB) und die Abgabenordnung (AO) regeln, wurde eine Rückstellung gebildet. Nach dem Gesetz sind Geschäftsunterlagen nach Ablauf des Jahres der Erstellung für 6 bzw. 10 Jahre aufzubewahren. Zur Berechnung dieser Bilanzposition



wurde der Gesamtbestand der städtischen Archive quadratmetergenau ermittelt und eine fiktive Miete von 6,00 € für Bürogebäude bzw. 3,50 € für Archive in Schulgebäuden zu Grunde gelegt. Es wurde pauschal ein Betrag von 20 % für nicht archivierungspflichtige Unterlagen abgezogen. Eine Anpassung der Rückstellung erfolgt mit Fertigstellung des Forum Confluentes im Jahr 2013, da hiermit eine erhebliche Umgliederung der Archivflächen einhergeht.

Für offene laufende Verfahren auf Grund der geänderten Rechtsprechung im Rahmen der Vergnügungssteuer wurden vorsorglich in Höhe der zu erwartenden Ausfälle Rückstellungen gebildet.

Die im Dezember 2011 gebildete Rückstellung für die Entschärfung einer Luftmine in Koblenz-Pfaffendorf konnte bis auf einen Restbetrag im Jahr 2012 wieder aufgelöst werden, da die erwarteten Folgekosten zu einem großen Teil nicht eingetreten sind.

Im Rahmen eines Gutachtens wurde erhebliche Gefahren bei der Hanganlage Rittersturz festgestellt. Hier mussten sofortige Maßnahmen zur Gefahrenabwehr eingeleitet werden. Die geschätzten Gesamtkosten dieser Sicherungsmaßnahmen belaufen sich auf die eingestellte Summe. Da bisher keine endgültigen Erkenntnisse über den Ausgang des Sachverhalts bekannt sind, wurde der Betrag aus Vorsichtsgründen auch im Jahr 2012 beibehalten.

G.4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt. Ein Verbindlichkeitsspiegel ist der Anlage beigelegt.

Die Verbindlichkeiten entwickelten sich wie folgt:

Art der Verbindlichkeit	HH-VJ	HH	Entwicklung
Anleihen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme	361.884.845,67 €	417.852.597,50 €	55.967.751,83 €
Verbindlichkeiten, die Krediten gleichkommen	12.098.251,76 €	3.417.658,96 €	-8.680.592,80 €
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	6.720.351,03 €	7.456.405,12 €	736.054,09 €
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Verbindlichkeiten ggü. verb. Untern.	508.096,86 €	6.402.669,36 €	5.894.572,50 €
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.400,73 €	18.026,17 €	-11.374,56 €
Verbindlichkeiten ggü. Sondervermögen etc.	34.890.287,38 €	35.138.642,54 €	248.355,16 €
Verbindlichkeiten ggü. dem sonstigen öffentlichen Bereich	3.731.003,02 €	2.277.556,68 €	-1.453.446,34 €
sonstige Verbindlichkeiten	9.633.849,33 €	9.300.006,85 €	-333.842,48 €
Gesamt	429.496.085,78 €	481.863.563,18 €	52.367.477,40 €

Im Folgenden werden einzelne Positionen näher erläutert.

G.4.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen entwickelten sich wie folgt:



Nr	Institut	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Abgrenzung Zinsaufwand lt. Berechnung	4.314.982,89 €	4.249.333,80 €	-65.649,09 €
2.	Land Rheinland-Pfalz	4.379.013,55 €	3.351.557,32 €	-1.027.456,23 €
3.	Investitions- und Strukturbank RLP (ISB)	3.801.000,00 €	3.671.000,00 €	-130.000,00 €
4.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	79.232,41 €	31.178,78 €	-48.053,63 €
5.	Berlin-Hannoversche Hypobank	1.815.007,30 €	1.756.209,32 €	-58.797,98 €
6.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	90.391,49 €	0,00 €	-90.391,49 €
7.	Eurohypo AG	378.046,43 €	245.303,08 €	-132.743,35 €
8.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	1.133.002,62 €	1.045.944,69 €	-87.057,93 €
9.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	3.630.420,85 €	3.514.615,57 €	-115.805,28 €
10.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	1.711.068,33 €	1.675.841,45 €	-35.226,88 €
11.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	73.742,90 €	0,00 €	-73.742,90 €
12.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	90.808,67 €	0,00 €	-90.808,67 €
13.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	403.630,86 €	269.070,86 €	-134.560,00 €
14.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	10.535.111,39 €	9.929.989,41 €	-605.121,98 €
15.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	5.906.248,62 €	5.626.657,23 €	-279.591,39 €
16.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	5.524.433,80 €	5.365.024,17 €	-159.409,63 €
17.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	3.713.204,00 €	3.613.039,90 €	-100.164,10 €
18.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	1.537.925,89 €	1.448.958,18 €	-88.967,71 €
19.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	3.129.417,91 €	3.010.760,04 €	-118.657,87 €
20.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	1.697.112,70 €	1.634.121,34 €	-62.991,36 €
21.	Dexia Kommunalbank Deutschland AG	3.049.485,87 €	2.753.591,52 €	-295.894,35 €
22.	Commerzbank AG	3.346.619,14 €	2.939.333,50 €	-407.285,64 €
23.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	130.923,41 €	0,00 €	-130.923,41 €
24.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	2.440.208,14 €	2.188.281,51 €	-251.926,63 €
25.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	1.579.952,22 €	1.296.112,78 €	-283.839,44 €
26.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	811.188,35 €	747.317,81 €	-63.870,54 €
27.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	1.144.777,19 €	966.081,90 €	-178.695,29 €
28.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	4.531.339,70 €	4.469.352,78 €	-61.986,92 €
29.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	1.361.164,53 €	1.293.927,06 €	-67.237,47 €
30.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	481.270,37 €	324.152,60 €	-157.117,77 €
31.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	3.060.220,20 €	2.886.309,84 €	-173.910,36 €
32.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	3.074.013,76 €	2.947.648,98 €	-126.364,78 €
33.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	3.045.037,74 €	2.958.161,31 €	-86.876,43 €
34.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	2.229.971,04 €	2.166.631,19 €	-63.339,85 €
35.	Dexia Kommunalbank Deutschland AG	1.620.000,00 €	1.540.000,00 €	-80.000,00 €
36.	Dexia Kommunalbank Deutschland AG	2.730.000,00 €	2.550.000,00 €	-180.000,00 €
37.	Sparkasse Koblenz	3.237.537,79 €	3.088.266,76 €	-149.271,03 €
38.	Sparkasse Koblenz	0,00 €	4.007.983,18 €	4.007.983,18 €
39.	HSH Nordbank AG	1.484.617,89 €	1.412.964,11 €	-71.653,78 €
40.	WestLB AG	7.579.135,91 €	6.986.174,15 €	-592.961,76 €
41.	Norddeutsche Landesbank	6.031.308,47 €	5.284.833,93 €	-746.474,54 €
42.	Norddeutsche Landesbank	6.823.321,02 €	6.563.306,07 €	-260.014,95 €
43.	Norddeutsche Landesbank	3.161.051,08 €	2.783.006,14 €	-378.044,94 €
44.	Norddeutsche Landesbank	4.307.764,20 €	3.881.430,64 €	-426.333,56 €
45.	Norddeutsche Landesbank	1.308.323,66 €	1.235.220,23 €	-73.103,43 €



Nr	Institut	HH-VJ	HH	Entwicklung
45.	NRW-Bank	5.995.613,42 €	5.924.758,03 €	-70.855,39 €
46.	NRW-Bank	1.696.587,28 €	1.655.433,41 €	-41.153,87 €
47.	NRW-Bank	781.521,90 €	732.676,14 €	-48.845,76 €
48.	Norddeutsche Landesbank	2.421.836,74 €	2.393.585,15 €	-28.251,59 €
49.	Norddeutsche Landesbank	1.675.484,58 €	1.602.267,36 €	-73.217,22 €
50.	Norddeutsche Landesbank	1.920.187,29 €	1.844.664,74 €	-75.522,55 €
51.	Norddeutsche Landesbank	11.500.000,00 €	11.100.000,00 €	-400.000,00 €
52.	Norddeutsche Landesbank	9.500.916,65 €	9.170.449,97 €	-330.466,68 €
53.	Norddeutsche Landesbank	9.583.333,35 €	9.250.000,03 €	-333.333,32 €
54.	Bayrische Landesbank München	19.333.333,32 €	18.666.666,64 €	-666.666,68 €
55.	NRW-Bank	20.650.000,00 €	19.950.000,00 €	-700.000,00 €
56.	Landesbank Baden-Württemberg	8.925.000,00 €	8.625.000,00 €	-300.000,00 €
57.	Bayrische Landesbank München	0,00 €	2.768.053,87 €	2.768.053,87 €
58.	Landesbank Baden-Württemberg	0,00 €	48.536.623,64 €	48.536.623,64 €
59.	Landesbank Baden-Württemberg	1.380.000,00 €	1.249.000,00 €	-131.000,00 €
60.	NRW-Bank	3.380.000,00 €	3.240.000,00 €	-140.000,00 €
61.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	644.651,72 €	603.060,18 €	-41.591,54 €
62.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	1.578.329,31 €	1.485.484,83 €	-92.844,48 €
63.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	1.242.748,00 €	1.173.705,18 €	-69.042,82 €
64.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	1.799.651,39 €	1.704.931,51 €	-94.719,88 €
65.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	2.910.005,89 €	0,00 €	-2.910.005,89 €
66.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	3.209.222,00 €	3.059.954,00 €	-149.268,00 €
67.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	3.063.280,00 €	2.924.040,00 €	-139.240,00 €
68.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	197.125,00 €	118.275,00 €	-78.850,00 €
69.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	2.760.000,00 €	2.640.000,00 €	-120.000,00 €
70.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	4.176.000,00 €	4.002.000,00 €	-174.000,00 €
71.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	8.452.000,00 €	8.113.920,00 €	-338.080,00 €
72.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	5.647.058,00 €	5.294.116,00 €	-352.942,00 €
73.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	4.810.000,00 €	4.810.000,00 €	0,00 €
74.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	0,00 €	8.700.000,00 €	8.700.000,00 €
75.	Debeka Lebensversicherung	4.077.480,36 €	0,00 €	-4.077.480,36 €
76.	Debeka Lebensversicherung	4.200.950,73 €	4.137.110,71 €	-63.840,02 €
77.	Debeka Lebensversicherung	8.077.788,13 €	7.873.028,75 €	-204.759,38 €
78.	Debeka Lebensversicherung	3.481.687,82 €	3.395.073,93 €	-86.613,89 €
Gesamt		281.584.827,17 €	324.452.572,20 €	42.867.745,03 €

Die Darlehensbestände wurden durch Darlehensauszüge nachgewiesen. Die auf das Haushaltsjahr 2012 entfallenden Zinsen, welche erst im Haushaltsjahr 2013 zahlungswirksam werden, wurden abgegrenzt und auf Grund des Wahlrechts offen in der Bilanzposition ausgewiesen.

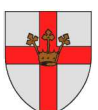
Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Liquiditätssicherung entwickeln sich wie folgt:

Nr.	Institut	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Sparkasse Koblenz - Konto 885	18,50 €	25,30 €	6,80 €
2.	Sparkasse Koblenz - Tagesgeldkonto 1007913	1.300.000,00 €	400.000,00 €	-900.000,00 €
3.	ING Diba - Tages-/Termingeld	45.000.000,00 €	68.000.000,00 €	23.000.000,00 €
4.	Sonstige Banken	9.000.000,00 €	25.000.000,00 €	16.000.000,00 €
5.	Sparkasse Altdarlehen	25.000.000,00 €	0,00 €	-25.000.000,00 €
Gesamt		80.300.018,50 €	93.400.025,30 €	13.100.006,80 €

Die Darlehensbestände wurden durch Darlehensauszüge nachgewiesen.

G.4.3. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Die Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen entwickelten sich wie folgt:



Nr.	Sachverhalt	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	für Grundschule Niederberg	761.824,84 €	741.372,96 €	-20.451,88 €
2.	für Mensaneubau Asterstein	268.234,00 €	261.996,00 €	-6.238,00 €
3.	für Schulbau-Sanierung	8.599.922,92 €	0,00 €	-8.599.922,92 €
4.	für Speisesaal Diesterwegschule/ St. Castor	568.560,00 €	556.200,00 €	-12.360,00 €
5.	Max-von-Laue Gymnasium (geplant: 1.481.000 €)	1.347.710,00 €	1.318.090,00 €	-29.620,00 €
6.	Jugend- und Bürgerzentrum Koblenz-Karthause	552.000,00 €	540.000,00 €	-12.000,00 €
Gesamt		12.098.251,76 €	3.417.658,96 €	-8.680.592,80 €

Die Verbindlichkeit wurde im Rahmen der in § 103 GemO i. V. m. § 47 Abs. 6 Nr. 4.3 GemHVO genannten Vorschrift gebildet. Hierbei handelt es sich um Darlehen der Koblenzer Wohnungsbau GmbH. Auf Grund der Bilanzklarheit wurde der Posten in die Eröffnungsbilanz der Bilanz der Stadt Koblenz übernommen, da die Darlehen zu 100% durch die Stadt Koblenz refinanziert werden. Die Darlehen dienen weitestgehend der Absicherung von Investitionen auf dem Schulsektor. Vergleiche zu dem Sachverhalt auch Mutius/Rentsch, Kommunalverfassungsrecht Schleswig-Holstein, Kiel 2003, Erl. 17 zu §85 Go SchIH. Die Darlehensbestände werden analog zur entsprechenden Tilgung ertragswirksam aufgelöst.

Zu einer Änderung der gewählten Bilanzierung kam es beim Sachverhalt „Sanierungsvertrag mit der Koblenzer Wohnbau“. Im Benehmen mit der Aufsichtsbehörde und den zuständigen Fachämtern erfolgte im Jahr 2012 die ertragswirksame Auflösung der in der Eröffnungsbilanz und im Jahr 2009 gebildeten Verbindlichkeit zugunsten einer aus der Differenz der geleisteten Zahlungen und dem tatsächlichen Leistungsstand gebildeten Verbindlichkeit gegenüber verbundenen Unternehmen.

G.4.5. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entwickelten sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	6.720.351,03 €	7.456.405,12 €	736.054,09 €

Die Verbindlichkeiten wurden im Rahmen der Kreditorenbuchhaltung fortgeschrieben und durch Offene-Posten-Listen nachgewiesen. Die Vollständigkeit wurde von den Fachämtern im Rahmen der Vollständigkeitserklärungen bestätigt. Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf Vorgängen, die aufgrund der wirtschaftlichen Zugehörigkeit noch in das abgelaufene Haushaltsjahr gebucht aber erst im neuen Haushaltsjahr zahlungswirksam wurden.

G.4.7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen entwickelten sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	508.096,86 €	6.402.669,36 €	5.894.572,50 €

Die Veränderung ergibt sich im Wesentlichen durch die in Abschnitt G.7.2. dargestellte Änderung der Bilanzierung des Sanierungsvertrages mit der Koblenzer Wohnungsbau GmbH, so dass in den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen nunmehr ein Betrag in Höhe von 5.855,5 T€ aufwandswirksam aufgenommen wurde.



G.4.9. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen

Die Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen entwickelten sich wie folgt:

Liquiditätskredite

Nr.	Bezeichnung	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	EB 17 Kommunales Gebietsrechenzentrum	2.099.656,25 €	2.297.343,96 €	197.687,71 €
2.	EB 67 Grünflächen-und Bestattungswesen	0,00 €	1.197.938,45 €	1.197.938,45 €
3.	EB 70 Koblenzer Entsorgungsbetrieb	6.315.601,22 €	3.184.384,54 €	-3.131.216,68 €
4.	EB 83 Koblenz Touristik	5.866.704,40 €	282.805,79 €	-5.583.898,61 €
5.	EB 85 Stadtentwässerung Koblenz	20.624.288,30 €	28.015.733,12 €	7.391.444,82 €
6.	Jagdgenossenschaft links der Mosel	24.056,98 €	31.360,61 €	7.303,63 €
7.	Jagdgenossenschaft rechts des Rheins	50.962,19 €	40.015,47 €	-10.946,72 €
Summe		34.981.269,34 €	35.049.581,94 €	68.312,60 €

Verrechnungskonten

Nr.	Bezeichnung	HH-VJ	HH	Entwicklung
8.	EB 67 Grünflächen-und Bestattungswesen	34.151,83 €	-204.148,60 €	-238.300,43 €
9.	EB 70 Koblenzer Entsorgungsbetrieb	-256.967,79 €	-279.416,91 €	-22.449,12 €
10.	EB 83 Koblenz Touristik	-1.337.078,49 €	0,00 €	1.337.078,49 €
11.	EB 85 Stadtentwässerung Koblenz	185.907,74 €	193.147,84 €	7.240,10 €
12.	Jagdgenossenschaft links der Mosel	0,00 €	-101,05 €	-101,05 €
13.	Jagdgenossenschaft rechts des Rheins	0,00 €	-101,06 €	-101,06 €
14.	Konto 3531 - laufendes Mitbuchkonto	1.283.004,75 €	379.680,38 €	-903.324,37 €
Summe		-90.981,96 €	89.060,60 €	180.042,56 €

Entwicklung (gesamt)

Bezeichnung	HH-VJ	HH	Entwicklung
Liquiditätskredite	34.981.269,34 €	35.049.581,94 €	68.312,60 €
Verrechnungskonten	-90.981,96 €	89.060,60 €	180.042,56 €
Gesamtsumme	34.890.287,38 €	35.138.642,54 €	248.355,16 €

Ausgewiesen werden Verbindlichkeiten gegenüber den Eigenbetrieben der Stadt Koblenz. Die Posten wurden mit den Eigenbetrieben abgestimmt und von diesen bestätigt. Die Verbindlichkeiten entstanden durch die laufenden Verrechnungskonten und die Zahlungsabwicklung über die Einheitskasse. Sie dienen ausschließlich der Liquiditätssicherung. Unter Konto 3531 wurden Verbindlichkeiten aus dem laufenden Geschäftsbetrieb der Stadt Koblenz gegenüber dem Sondervermögen ausgewiesen.

G.5. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten entwickelten sich wie folgt:



Nr	Bezeichnung	Stand 01.01.	Zuführung	Auflösung	Bestand
1.	Kursgebühren VHS	65.313,18 €	73.151,78 € -	65.313,18 €	73.151,78 €
2.	Großes Abo Stadttheater	19.225,67 €	23.010,67 € -	19.225,67 €	23.010,67 €
3.	Kleines Abo Stadttheater	111.055,58 €	129.307,50 € -	111.055,58 €	129.307,50 €
4.	Kartenverkauf Bunter Nachmittag	- €	1.336,00 €	- €	1.336,00 €
5.	Zuwendung Kinderstadtplan	- €	3.000,00 €	- €	3.000,00 €
6.	Zuwendung Lotto RLP	- €	500,00 €	- €	500,00 €
7.	Fahrzeugwerbung VW Caddy	6.808,86 €	- € -	2.817,36 €	3.991,50 €
8.	Fahrzeugwerbung Fiat Ducato	18.816,20 €	- € -	4.342,20 €	14.474,00 €
9.	Erbbaurechtsablöse Viktoriastraße	- €	297.000,00 €	- €	297.000,00 €
Gesamt		221.219,49 €	527.305,95 € -	202.753,99 €	545.771,45 €

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden durch Abfragen in den jeweiligen Fachämtern ermittelt und durch Rechnungen bzw. Verträge belegt. Die Bewertung erfolgte mit dem Nominalwert. Die Posten werden in den Folgejahren aufgelöst.

H. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

Im Folgenden werden im Überblick Erläuterungen zur Ergebnisrechnung aufgeführt. Weitergehende Informationen auf Gesamt- und Teilhaushaltsebene können den „Erläuterungen der erheblichen Abweichungen im Ergebnis- und Finanzhaushalt“ entnommen werden.

H.1. Erträge

Ertrags- und Aufwandskonten (gem. §2 Abs. 1 GemHVO)	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushalts- vorjahres in T€	Ergebnis- veränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
1 Steuern und Ähnliche Abgaben	174.247	166.888	7.359
2 Zuwendungen, all. Umlagen und sonst.			
Transfererträge	28.760	32.902	-4.142
3 Erträge der sozialen Sicherung	54.391	44.646	9.745
4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentg.	10.526	9.759	767
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.267	5.415	-148
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.816	8.192	-376
7 Erhöhung o. Verminderung d. Bestands			
an fertigen und unfert. Erzeugnissen	-34	-109	75
8 Andere aktivierte Eigenleistungen	1.767	1.745	22
9 Sonstige laufende Erträge	36.793	23.055	13.738
10 Summe der lfd. Erträge aus			
Verwaltungstätigkeit (Summe 1 - 9)	319.533	292.494	27.039

H.1.1. Allgemein

Die öffentlich-rechtlichen Erträge resultieren aus der Festsetzung von Steuern, Gebühren und Beiträgen. Diese wurden zum Zeitpunkt der Bescheiderstellung bilanziert.

Privat-rechtliche Erträge wurden grundsätzlich zum Zeitpunkt erfasst, wenn die Lieferung erfolgt ist bzw. die Dienstleistung erbracht wurde.

Detaillierte Erläuterungen zur Entwicklung der Erträge können der Teilhaushaltentwicklung entnommen werden.



H.1.2. Sonstige laufende Erträge

Sonstige laufende Erträge in T€	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushaltsvorjahres in T€	Ergebnisveränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
Erträge aus der Anpassung von Bilanzpositionen	8.681	0	8.681
Erträge aus der Zuschreibung von Beteiligungsvermögen	8.461	7.748	713
Erträge aus Konzessionsabgaben	7.675	7.405	270
Ordnungsrechtliche Erträge (Bußgelder, Säumnis- und Vollstreckungsgebühren)	2.838	2.553	285
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	2.772	468	2.304
Erträge aus der Baulandumlegung Südliches Güls	2.337	1.352	985
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.409	0	2.409
Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen	513	1.733	-1.220
sonstige Erträge	1.107	1.796	-689
davon <i>periodenfremde Erträge</i>	495	1.121	-626
Gesamt	36.793	23.055	13.738

H.1.3. Aufgliederung Periodenfremde Erträge

Bezeichnung	HH Betrag in T€	HH-VJ Betrag in T€
Korrekturen Anlagevermögen	314	9
Bauvorhaben Vorjahre	55	0
Abrechnungen der Jahre 2010 und 2011 für die Bischöfliche Realschule Koblenz	30	0
Erträge im Rahmen des Nutzungsrechtsvertrages mit der Schängel Center-Immobilien GmbH	27	0
Veräußerung Eigentumswohnungen	22	0
Erstattungen EVM	15	0
Abrechnungen Stromrechnungen Vorjahre	11	0
Konzessionsabgabe Strom	9	0
Auflösung Rücklage KSI 2011	5	0
Umbuchung Verkauf DEBEKA	0	694
Konzessionsabgabe Gas	0	163
Rückzahlung RG MACH AG	0	142
Restabwicklung USt VJ	0	1
Restabwicklung diverse Steuersachverhalte	0	1
Abschluss Umlegungsverfahren	0	1
Diverse Korrekturen Postenverrechnung aus Vorjahren	7	110
Gesamtergebnis	495	1.121

H.2. Aufwendungen

Ertrags- und Aufwandskonten (gem. §2 Abs. 1 GemHVO)	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushalts- vorjahres in T€	Ergebnis- veränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
11 Personalaufwendungen	-73.057	-83.703	10.646
12 Versorgungsaufwendungen	-7.042	-7.116	74
13 Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-53.482	-52.420	-1.062
14 Abschreibung gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14	0	0	0
GemHVO	-21.899	-20.934	-965
15 Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 15	0	0	0
GemHVO	0	0	0
16 Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0 -25.524	0 -23.480	0 -2.044
17 Aufwendungen der sozialen Sicherung	-112.552	-105.304	-7.248
18 Sonstige laufende Aufwendungen	-28.549	-17.468	-11.081
19 Summe der laufenden Aufwendungen aus			
Verwaltungstätigkeit (Summe 11 - 18)	-322.105	-310.425	-11.680

H.2.1. Allgemein

Aufwendungen wurden durch die Anordnungen der einzelnen Fachämter bewirkt. Die Vollständigkeit wurde durch die Fachämter bestätigt.

Detaillierte Erläuterungen zur Entwicklung der Aufwendungen können der Teilhaushaltsentwicklung entnommen werden.

H.2.2. Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen werden durch Schnittstelle aus dem Lohnprogramm TDS übernommen. Die Aufteilung auf die verschiedenen Unterkonten erfolgt durch Überleitung von Lohnarten zu Konten und Hinterlegung der Kostenstelle je Mitarbeiter. Die Vollständigkeit wurde durch Abgleichung der Daten durch das Fachamt nachgewiesen.

H.2.3. Abschreibungen

Abschreibungen werden automatisiert durch das System gebucht. Die Abschreibungen wurden im Rahmen der Stichprobe auf Plausibilität geprüft.

H.2.4. Sonstige laufende Aufwendungen

Sonstige laufende Aufwendungen in T€	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushaltsvorjahres in T€	Ergebnisveränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	757	790	-33
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	8.143	8.600	-457
<i>davon Mieten, Pachten, Leasing</i>	2.838	2.722	116
<i>davon EDV-Aufwendungen</i>	4.085	4.113	-28
Geschäftsaufwendungen	2.248	2.466	-218
Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges	1.680	1.642	38
Verluste aus dem VK von Anlagevermögen	867	31	836
Wertberichtigungen	3.149	1.425	1.724
Zuführungen zu Rückstellung falls kein spezielles Konto angesprochen wurde	0	16	-16
Aufwendungen für Steuern	1.121	1.258	-137
Zuschüsse und Zuwendungen	283	333	-50
sonstige Aufwendungen	64	68	-4
Periodenfremde Aufwendungen	10.237	839	9.398
Summe	28.549	17.468	11.081

H.2.5. Aufgliederung Periodenfremde Aufwendungen

Bezeichnung	HH Betrag in T€	HH-VJ Betrag in T€
Anpassungsbuchungen Vertrag Koblenzer Wohnbau	8.916	0
Diverse Korrekturen Postenverrechnung aus Vorjahren	3	420
Restabwicklung USt VJ	24	44
Abschluss Umlegungsverfahren	0	20
Korrekturen Anbu	1.030	331
Rückzahlungen Zuwendungen	0	8
Steuernachzahlungen	0	16
Abrechnungen Bauvorhaben Vorjahre	55	0
Konzessionsabgabe Strom	173	0
Personalkosten 2011 an die Arge	30	0
Abrechnung Vertrag Nutzungsrecht Schängelcenter	6	0
Gesamtergebnis	10.237	839

H.3. Verwendung des Jahresergebnisses

Der Jahresfehlbetrag wird im Folgejahr in den Ergebnisvortrag eingestellt.

H.4. Außerordentliche Erträge

Ertrags- und Aufwandskonten (gem. §2 Abs. 1 GemHVO)	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushaltsvorjahres in T€	Ergebnisveränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
25 Außerordentliche Erträge	0	6.088	-6.088
26 Außerordentliche Aufwendungen	-940	0	-940
27 Außerordentliches Ergebnis			
(Saldo aus 25 und 26)	-940	6.088	-7.028

Die außerordentlichen Aufwendungen beziehen sich vollständig auf die Reduzierung der im Vorjahr bilanzierten Forderung aufgrund des Rückerstattungsanspruches an die Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH.



I. Sonstige Angaben

I.1. Trägerschaften bei Sparkassen, die nicht bilanziert sind

Die Stadt Koblenz ist Mitglied im Zweckverband Sparkasse Koblenz mit dem Sitz in Koblenz. Ausschließlicher Zweck des Zweckverbands, dem neben der Stadt Koblenz auch der Landkreis Mayen-Koblenz angehört, ist die Trägerschaft bei der Sparkasse Koblenz mit dem Sitz in Koblenz.

Eine Bilanzierung erfolgte nicht, da die Stadt keine Einlagen, weder in das Stamm- noch in das Dotationskapital der Sparkasse geleistet hat.

I.1. Währungsumrechnungen

Falls nötig wurden Fremdwährungen in Euro umgerechnet. In diesen Fällen wurde folgendermaßen vorgegangen:

- Die Umrechnung der Anschaffungskosten des Anlagevermögens, die ursprünglich auf Fremdwährung lauteten, erfolgte mit dem Anschaffungskurs.
- Die Bewertung der Forderungen, die auf Fremdwährung lauten, erfolgte mit dem Kurs des Tages der Entstehung der Forderungen. Sofern der Umrechnungskurs zum Bilanzstichtag unter dem Kurs des Entstehens der Forderungen lag, wurde dieser der Umrechnung zugrunde gelegt. Insoweit wurde dem Niederstwertprinzip Rechnung getragen.
- Der Umrechnung der Verpflichtungen aus Devisentermingeschäften erfolgte mit dem Terminkurs.
- Währungsumrechnungen auf Grund der Euroumstellung wurden zum festgelegten Umrechnungskurs von 1,95583 € vorgenommen.

I.3. Einschränkungen von Grundbesitzrechten

Die Recherche nach Grundbesitzrechten ist durch die Technik des Grundbuchsystems äußerst personalintensiv. Die Personalsituation im zuständigen Sachgebiet des hiesigen Amtes im Jahr 2011 hat sich gegenüber den letzten Jahren nicht verändert. Die Aufgabenstellung wird erfüllt, sobald ein/e Mitarbeiter/in zur Erledigung dieser Aufgabenstellung freigestellt werden kann.

Die Gemeinde hat mit der Kevag GmbH mit Sitz in Koblenz und der Gasversorgung EVM GmbH mit Sitz in Koblenz je einen Konzessionsvertrag geschlossen. Darin gestattet sie dem Konzessionsnehmer die Nutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze.

I.4. Drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden

Gem. § 48 GemHVO sind im Anhang drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden, anzugeben.



In den Koblenzer Schulen besteht ein erheblicher Sanierungsstau. Dieser beläuft sich auf ca. 200 Mio. €. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus wurde ein „Masterplan Schulen“ aufgestellt, welcher im Rahmen der Haushaltsberatungen 2012 verabschiedet wurde. Ziel des Planes ist es, den Sanierungsstau in den nächsten 10 Jahren im Wesentlichen mit einem Volumen von jährlich 7 Mio. € plus etwaiger Zuwendungen Dritter (z. B. Landeszuwendung aus dem Schulbauprogramm) abzubauen.

Wegen des Zustandes der Schulgebäude und weiterer nicht festgestellter Mängel oder Schäden, ist eine ständige Fortschreibung und Aktualisierung erforderlich. Der „Masterplan Schulsanierung“ lehnt sich in seiner ersten Fassung an die Zeiträume der mittelfristigen Finanzplanung an, der Aufstellung für das Haushaltsjahr 2013 und einer Prognose bis zum Jahr 2015. Die Maßnahmenabwicklung richtet sich nach der Prioritätenfestlegung. Höchste Priorität genießen die aus dringenden sicherheitsrelevanten Gründen sofort umzusetzenden Maßnahmen. Hierzu zählen insbesondere Brandschutz- und Fassadensanierungen. Darauf folgende werden Projekte wahrgenommen, die zur Verbesserung der energetischen Eigenschaften der Gebäude dienen (Sanierung von Fenster, Dach, Heizung etc.). Zuletzt kommen die Verbesserungen in Betracht, um die Anforderungen des Rahmenraumprogramms zu erfüllen.

Im Bereich der städtischen Brückenbauwerke ergibt sich nach wie vor ein beachtlicher Sanierungsbedarf. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus wurde dem Stadtrat im Juni 2011 der „Masterplan Brücken“ vorgestellt. In den nächsten 10 Jahren werden demnach ca. 120 Mio. € für Neubau und Instandhaltungsmaßnahmen von Ingenieurbauwerken benötigt. Des Weiteren sind an laufenden Unterhaltungskosten jährlich rd. 3 Mio. € bereitzustellen. Es wird eine unabwiesbare Aufgabe der Stadt sein, mittelfristig einen mindestens befriedigenden Bauwerkszustand zu erreichen und dauerhaft zu sichern. Zurzeit hat das Land die Förderung entsprechender Projekte bis Ende 2014 mit 75% der zuwendungsfähigen Kosten in Aussicht gestellt. Für 2014 bis 2019 kann mit einer Förderung von 65% der zuwendungsfähigen Kosten gerechnet werden.

In der Prioritätenfrage der umzusetzenden Maßnahmen stehen im Vordergrund die Sanierung der Europabrücke, der Balduinbrücke und der Pfaffendorfer Brücke. Zurzeit laufen Untersuchungen, inwieweit eine Verstärkung der Europabrücke im Bereich der stadteinwärts führenden Flussbrücke eine weitere Nutzung der Brücke für die nächsten 25 bis 30 Jahre ermöglicht. Die Planungen für den Neubau der Vorlandbrücke Lützel sind abgeschlossen. Die Baumaßnahme soll noch in 2013 ausgeschrieben werden. Baubeginn ist Anfang 2014. Die Instandsetzungsmaßnahmen der Balduinbrücke wurden im Januar 2013 vergeben. Die Arbeiten werden zurzeit durchgeführt. Die Instandsetzung der Pfaffendorfer Brücke ist in Planung. Baubeginn ist planmäßig 2016. Die Instandsetzungsmaßnahmen der Ingenieurbauwerke am Langemarckplatz sind abgeschlossen.

I.5. Finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen und kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Die Gemeinde ist mit monatlichen Leasingzahlungen in Höhe von 1.106,75 € belastet. Finanziellen Verpflichtungen aus Leasingverträgen bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

I.6. Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten

Es sind keine Sachverhalte bekannt.

I.7. Sonstige Haftungsverhältnisse

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende Haftungsverhältnisse:



	Gesamtbetrag T€	Davon gegenüber Tochterorganisationen T€
1. Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln	---	---
2. Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften	35.421	35.266
3. Gewährleistungen		
3.1. für eigene Leistungen		
a) unselbstständige Garantien, die über die gewöhnliche Garantie hinausgehen	---	---
b) selbstständige Gewährleistungsverträge	---	---
Summe Gewährleistungen für eigene Leistungen	---	---
3.2. für fremde Leistungen		
a) Freistellungsverpflichtungen	---	---
b) Haftungsübernahmen	---	---
c) Liquiditätsgarantien	---	---
d) Werthaltigkeitsgarantien	---	---
e) Einstehen für die Bezahlung abgetretener oder verkaufter Forderungen	---	---
f) Garantie für die Ausführung von Arbeiten Dritter	---	---
g) Schuldmitübernahme	---	---
h) Haftungen für Bürgschaften und Garantien Dritter	---	---
i) Bürgschafts-, Garantie- und Schuldbefreiungsversprechen	---	---
j) bindende Versprechen gegenüber dem Gläubiger eines Dritten auf dessen Wunsch eine Grundsuld oder eine andere Sicherheit für die Verpflichtung des Schuldners zu bestellen	---	---
k) Patronatserklärungen, die ein bürgschaftsähnliches Rechtsverhältnis begründen	---	---
Summe Gewährleistungen für fremde Leistungen	---	---
4. Bedingt rückzahlbare Zuwendungen / Zuschüsse	---	---
Insgesamt	35.421	35.266

Zu 2.: In dieser Position ist gegenüber Dritten ein Betrag in Höhe von 154,9 T€ enthalten. Dies betrifft die Restschuld eines Darlehens des TuS Rot-Weiß Koblenz e. V., für das die Stadt Koblenz eine modifizierte Ausfallbürgschaft übernommen hat.

I.8. In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen, die noch keine Verbindlichkeiten begründen

Folgende Verpflichtungsermächtigungen wurden in Anspruch genommen, die jedoch noch keine Verbindlichkeiten begründen:

Projekt	Maßnahmebezeichnung	Betrag
<i>Teilhaushalt 6</i>		
P501035	KITA St. Beatus, Karthause	540.000 €
<i>Teilhaushalt 10</i>		
Q660006	Verkehrssicherung Schulzentrum Karthause	20.000 €
P661019	Baugebiet Südliches Güls	300.000 €



I.9. Sonstige Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können

Im Haushaltsjahr 2012 waren hierzu keine Sachverhalte bekannt.

I.10. Noch nicht erhobene Entgelte und Abgaben

Für folgende Erschließungs- und Ausbaumaßnahmen, die bis zum Bilanzstichtag fertig gestellt wurden, wurden noch keine Entgelte oder Abgaben erhoben (Die Aufstellung erfolgte nach der in § 48 Abs. 2 Nr. 14 GemHVO vorgegeben Form):



I.10.1. Erschließungsbeiträge

Nr.	Maßnahme	Datum der Fertigstellung	Voraussichtliche Höhe der Beiträge	Erhobene Vorausleistungen	Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung	Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung
1	A 61 B' Plan257c Achse 6 Verlängerung Zauzheimer Str. nördlicher Bereich, Im Sinderfeld	Straßenbau Dez. 2006	113.764,85 €	113.764,85 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	sachliche Beitragspflicht nicht entstanden; Straßenbegleitgrün fehlt; z. T. Ablösung
2	A 61 B' Plan257c Achse 3 Verl. Str. aus Entwicklungsbereich südl.; Am Rübenacher Wald		642.600,00 €	539.117,72 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	sachliche Beitragspflicht nicht entstanden, da ein Teil der Straße fehlt; bisher nur Ablösung
3	Fritz von Unruh Str. von a) Garagenzufahrt bis Ortsumgehung	Feb. 04	179.003,46 €	161.519,46 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht und Ablösung	Keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung. Einnahme aus Erschließungsbeiträgen ist abhängig vom Verkauf der Grundstücke (Ablösung).
4	b) Hans-Maria-Lux bis Ortsumgehung	Straße mit Ausnahme unselbständige Anhängsel fertig	690.070,47 €	412.690,63 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht und Ablösung	Keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung und bisher keine techn. Fertigstellung. Einnahme aus Erschließungsbeiträgen ist abhängig vom Verkauf der Grundstücke (Ablösung).
5	Helene Rothländer Str.	nur Unterbau Straße hergestellt	241.548,71 €	232.250,10 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht und Ablösung	Keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung und bisher keine techn. Fertigstellung. Einnahme aus Erschließungsbeiträgen ist abhängig vom Verkauf der Grundstücke (Ablösung).
6	Herm. Dienz Str von. a) Fritz-von-Unruh bis Hans-Maria-Lux	Aug. 08	143.816,61 €	115.676,26 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht und Ablösung	Widmung vom 25.08.2012. Einnahme aus Erschließungsbeiträgen ist abhängig vom Verkauf der Grundstücke (Ablösung)
7	b) Hans-Maria-Lux bis Veit-Rummel	nur Unterbau Straße hergestellt	50.060,37 €	0,00 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht und Ablösung	Keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung und bisher keine techn. Fertigstellung. Einnahme aus Erschließungsbeiträgen ist abhängig vom Verkauf der Grundstücke (Ablösung).
8	Karl Tesche -Straße	Mai. 08	1.347.789,27 €	1.347.789,27 €	Dez 13	Widmung erst am 25.08.2012 erfolgt
9	Maria Detzel Str. a) nördlicher Teil b) südlicher teil	nur Unterbau Straße hergestellt	a) 114.730,76 € b) 69.077,20 €	a) 38.968,11 € b) 36.272,50 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht und Ablösung	Keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung und bisher keine techn. Fertigstellung. Einnahme aus Erschließungsbeiträgen ist abhängig vom Verkauf der Grundstücke (Ablösung).
10	Sonneneck	Aug. 08	366.938,93 €	157.330,23 €	Feb 13	Bescheide im Verwaltungsstreitverfahren aufgehoben. Erforderliche neue Satzung wurde am 10.11.2011 vom Stadtrat beschlossen. Vorausleistungen wurden bei angefochtenen Bescheiden zurückgezahlt
11	Veit Rummel Straße	nur Unterbau Straße hergestellt	287.690,31 €	117.571,43 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung und bisher keine techn. Fertigstellung. Einnahme aus Erschließungsbeiträgen ist abhängig vom Verkauf der Grundstücke (Ablösung).

NR.	Maßnahme	Datum der Fertigstellung	Voraussichtliche Höhe der Beiträge	Erhobene Vorausleistungen	Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung	Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung
12	Wallersheimer Weg (Stabilus)	Dez. 04	506.523,56	506.523,56 €	November 2013	Widmung 2011, Abrechnung 2012
13	Egon-Klepsch-Weg	2012	133.596,26	133.596,26 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	noch keine sachliche Beitragspflicht entstanden
14	Karl-Mannheim-Str.	2012	4.031.780,69	1.031.780,69 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	noch keine sachliche Beitragspflicht entstanden
15	Ludwig-Denkel-Str.	2012	416.158,17	416.158,17 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	noch keine sachliche Beitragspflicht entstanden

I.10.2. Ausbaubeiträge und Ausgleichsbeiträge

Ausbaubeiträge:

NR.	Maßnahme	Datum der Fertigstellung	Voraussichtliche Höhe der Beiträge	Erhobene Vorausleistungen	Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung	Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung
1	Aachenerstr. 1. bis 3. BA	Apr 09	32.106,83 €	32.106,83 €	41456	Vorausleistungserhebungen - wegen der finanziellen Bedeutung - wurden vorgezogen. Entwässerung
2	Alte Straße	Aug 09	9.731,42 €	9.731,42 €	41456	Vorausleistungserhebungen - wegen der finanziellen Bedeutung - wurden vorgezogen. Entwässerung
3	Clemensplatz	Mai 09	110.927,80 €	110.927,80 €	41395	Bisher fehlende sachliche Beitragspflicht, da letzte Rechnung fehlte
4	Eichendorffstr.	Mai 09	46.182,91 €	46.182,91 €	41426	Vorausleistungserhebungen - wegen der finanziellen Bedeutung - wurden vorgezogen. Entwässerung
5	Emserstr. Stadtteilmittelpunkt H' heim	Okt 09	353.501,19 €	353.501,19 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Abrechenbarkeit erst nach Beendigung des 2. BA
6	Friesenstr. einschließlich Kreisel	Mai 11	194.087,75 €	169.226,78 €	41548	sachliche Beitragspflicht erst mit Eingang Schlussrechnung 27. November 2012 entstanden; Anpassung Stadtanteil an Stadtrechtsausschussentscheidung erforderlich
7	Herberichstr.von Wallersheimer Weg bis Brenderweg	Dez 06	231.575,84 €	231.575,84 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	sachliche Beitragspflicht nicht entstanden/Gründerwerb nicht abgeschlossen
8	Januarus-Zick-Str.	Nov 10	26.293,39 €	26.293,39 €	41306	Vorausleistungserhebungen - wegen der finanziellen Bedeutung - wurden vorgezogen. Entwässerung
9	Kardinal Krenz Str.	Jun 06	75.589,68 €	75.589,68 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	sachliche Beitragspflicht nicht entstanden/Gründerwerb nicht abgeschlossen (Enteignungsverfahren)



NR.	Maßnahme	Datum der Fertigstellung	Voraussichtliche Höhe der Beiträge	Erhobene Vorausleistungen	Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung	Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung
10	Kastorhof	Mrz 11			Mai 13	Wegen der Kürze der Bauzeit keine Vorausleistung. Schlussrechnung fehlte.
11	Konrad- Adenauer- Ufer	Feb 11	225.465,29 €	225.465,29 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Keine sachliche Beitragspflicht. Für Teilbereich fehlt Schlussrechnung.
12	Kornportstr. von Peter Altmeier-Ufer bis Auf der Danne	Apr 11	39.727,97 €	39.727,97 €	August 13	Vorausleistungserhebungen - wegen der finanziellen Bedeutung - wurden vorgezogen. Entwässerung
13	Löhrndell	Apr 11	386.683,35 €	386.683,35 €	u. a. abhängig von Widerspruchsverfahren	Widerspruchsverfahren anhängig, umfangreiche Kostenermittlungen notwendig.
14	Löhrstr. Abschnitt Schloßstr. bis Friedrich Ebert Ring, Hohenfelderstr.	Apr 11	208.114,55 €	208.114,55 €	u. a. abhängig von Widerspruchsverfahren, voraussichtlich März 2014	Bisher fehlte sachliche Beitragspflicht, da Arbeiten wie im Ausbauprogramm beschlossen, nicht abgeschlossen waren. Abhängigkeit zum WS-Verfahren Löhrndell
15	Löhrstr.von Löhrndell bis Altengraben	tw. Mai 2011	1.152.099,45 €	1.152.099,45 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlendem Ausbau Kleinschnittsgäßchen
16	Löhrstr.von Altengraben bis Münzplatz, Grenze San-gebiet - Marktstraße-	Dez.110	152.934,86 €	18.914,19 €	März 13	Widerspruchsverfahren; nach Urteil VG vom 09.07.12 Änderung Stadtanteil erforderlich. Fast alle Bescheide aufgehoben.
17	Louis-Berger-Straße	Mai 11	11.703,04 €	11.703,04 €	Januar 13	Vorausleistungserhebungen - wegen der finanziellen Bedeutung - wurden vorgezogen. Entwässerung
18	Mittelstr. Bornsgasse bis Alte Heerstr.	Nov 05	160.537,46 €	160.537,46 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	sachliche Beitragspflicht nicht entstanden/Gründerwerb nicht abgeschlossen
19	Neustadt, entlang den Häusern Nrn. 10 bis 19 (Schloßndell)	Feb 11	161.096,91 €	161.096,91 €	abhängig von Widerspruchsverfahren, aber in 2013 da sonst Verjährung droht	Wird zusammen mit den anderen Buga Maßnahmen in diesem Bereich abgerechnet.Widerspruchsverfahren
20	Neustadt (Seite Schloss), verlaufend von Straße Clemensplatz bis zum Beginn des anbaufreien Bereichs einschl. Grundstück Neustadt 24, Flurstück 1044/227	Feb 11	61.757,64 €	61.757,64 €	abhängig von Widerspruchsverfahren	Widerspruchsverfahren
21	Neustadt (Seite Schloßndell), verlaufend von der Clemensstraße bis zum Friedrich-Ebert-Ring	Mrz 11	70.459,49 €	70.459,49 €	abhängig von Widerspruchsverfahren, im Übrigen für 2013 geplant	Wird zusammen mit den anderen Buga Maßnahmen in diesem Bereich abgerechnet.Widerspruchsverfahren
22	Niederberger Höhe von Friesenstr. bis Greiffenklaustr. Beginn Außenbereich	Mai 11	323.968,58 €	323.968,58 €	u. a. abhängig von Widerspruchsverfahren	sachliche Beitragspflicht erst mit Eingang Schlussrechnung 27. November 2012 entstanden; Widerspruchsverfahren
23	Niederberger Höhe von Friesenstr. bis General-Allen- Str.	Mai 11	201.578,83 €	201.578,83 €	u. a. abhängig von Widerspruchsverfahren	sachliche Beitragspflicht erst mit Eingang Schlussrechnung 27. November 2012 entstanden; Widerspruchsverfahren
24	Niederberger Höhe von L 127 bis General- Allen- str.	Mai 11	63.000,26 €	63.000,26 €	u. a. abhängig von Widerspruchsverfahren	sachliche Beitragspflicht erst mit Eingang Schlussrechnung 27. November 2012 entstanden; Widerspruchsverfahren
25	Regierungsstraße	Apr 11	184.027,51 €	184.027,51 €	Mai 13	sachliche Beitragspflicht erst mit Eingang Schlussrechnung (Straßenbau) 29.07.2012 entstanden;
26	Reichensperger- platz	Apr 11	99.978,08 €	99.978,08 €	Mai 13	sachliche Beitragspflicht erst mit Eingang Schlussrechnung (Straßenbau) 29.07.2012 entstanden;
27	Rheinstr. von Konrad-Adenauer -Ufer bis Karmeliterstr.	Feb 11	272.923,69 €	272.923,69 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Keine sachliche Beitragspflicht, Schlussrechnung fehlt.
28	Sebastianistr./Gründerwerb				abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	nur Gründerwerb Abrechnung, Kostenspaltung, Straßenbau vor vielen Jahren abgerechnet. Noch keine sachliche Beitragspflicht, da Gründerwerb noch nicht abgeschlossen.



NR.	Maßnahme	Datum der Fertigstellung	Voraussichtliche Höhe der Beiträge	Erhobene Vorausleistungen	Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung	Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung
29	Stresemannstr.	Mrz 11	259.996,96 €	259.996,96 €	Juni 13	Wird zusammen mit den anderen Buga Maßnahmen in diesem Bereich abgerechnet.
30	Im Acker	2012	22.020,48 €		abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Keine sachliche Beitragspflicht, Schlussrechnung fehlt.

Ausgleichsbeträge:

Nr.	Maßnahme	endgültig festgesetzt	Vorausstg.	laufende Verfahren	Begründung	voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung
1	Sanierung Altstadt	390.090,12 €	486.995,54 €	356.021,65 €	noch nicht abgeschlossen, laufende Rechtsstreitigkeiten	2014
2	Sanierung Ehrenbreitstein	89.663,51 €	46.861,00 €	35.993,00 €	noch nicht abgeschlossen, laufende Rechtsstreitigkeiten	2014
3	Boelckekaserne, Hoevelstr. Und Behringstr.		335.947,00 €		noch nicht abgeschlossen	2012
4	Sanierung Zentralplatz	770.962,00 €			noch nicht abgeschlossen	je nach Verfahrensfortschritt möglicherweise 2014

I.11. Subsidiärhaftung aus der Zusatzversorgung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Zur Subsidiärhaftung aus der Zusatzversorgung von Tarifangestellten werden folgende Angaben gemacht: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stadt sind bei der Rheinischen Versorgungskasse versichert. Es bestehen Versorgungszusagen gemäß dem ATV-K (Altersvorsorge-TV-Kommunal), dem Betriebsrentengesetz sowie der Satzung der Rheinischen Versorgungskasse, die wie folgt ausgestaltet sind: Der Umlagesatz betrug im Haushaltsjahr 2012 4,25 % der Brutto- Lohn- und -gehaltssumme. (Mit berücksichtigt wurde auch das vom Arbeitgeber zuzahlende Sanierungsgeld). Nach Auskunft der Versorgungskasse ist eine Erhöhung des Umlagesatzes nicht beabsichtigt. Die umlagepflichtigen Löhne und Gehälter beliefen sich im Haushaltsjahr 2012 auf 38.379T€. Die Stadt zahlte im Haushaltsjahr 2012 an die Versorgungskasse Umlagen in Höhe von 2.974 T€

Nach den §§ 58, 59 der Satzung der Rheinischen Versorgungskasse wird der Überschuss in der Pflichtversicherung und in der freiwilligen Versicherung, der sich entsprechend dem versicherungstechnischen Geschäftsplan ergibt, in die Rückstellung für Leistungsverbesserung eingestellt, soweit er nicht zur Bildung weiterer geschäftsplanmäßig festgelegter Rückstellungen benötigt wird. Diese Rückstellung kann zusätzlich zur Deckung von Fehlbeträgen herangezogen werden, wenn die Verlustrücklage nicht ausreicht. Reicht die Verlustrücklage in der Pflichtversicherung (Abrechnungsverband II) zur Deckung von Fehlbeträgen nicht aus, kann die Kasse den Pflichtbeitrag (§ 62) erhöhen, soweit nicht die Rückstellung für Leistungsverbesserung in Anspruch genommen wird. Zur Deckung von Fehlbeträgen bei der Pflichtversicherung (Abrechnungsverband I) kann die Kasse den Zusatzbeitrag (§ 64) – soweit ein solcher erhoben wird – erhöhen; Satz 1 Halbsatz 2 gilt entsprechend.



I.12. Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente mit folgendem Umfang, beizulegenden Werten und Buchwerten befanden sich im Besitz der Stadt. Bei den nachfolgenden Finanzinstrumenten (gemäß § 48 Abs. 2 Nr. 17 GemHVO) handelt es sich um die Kategorie „zinsbezogene Geschäfte“:

Art	Umfang	Barwert
SWAP Ref. 263790M - langer Swap	Laufzeit: 12.12.2005 - 29.12.2020 Ursprungskapital: 2.111.243,07 € Stand am 31.12.2012: 1.249.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 3,92 %	-167.619,43 €
SWAP Ref. 30211 - Swap 2	Laufzeit: 15.12.2005 - 30.03.2020 Ursprungskapital: 4.128.626,02 € Stand am 31.12.2012: 3.240.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 4,125 %	-609.763,26 €
SWAP Ref. 267597M - langer Swap	Laufzeit: 30.12.2005 - 30.03.2025 Ursprungskapital: 2.025.568,80 € Stand am 31.12.2012: 1.540.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 3,975 %	-281.240,34 €
SWAP Ref. 30143 - Swap 2	Laufzeit: 30.12.2005 - 30.01.2023 Ursprungskapital: 3.622.262,03 € Stand am 31.12.2012: 2.550.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 4,025 %	-433.992,69 €
SWAP Ref.-Nr. 4808448/20699366FT	Laufzeit: 01.03.2007 - 02.03.2024 Ursprungskapital: 4.237.781,12 € Stand am 31.12.2012: 3.671.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 4,6495 %	-941.347,40 €
CAP Ref.-Nr.: 3829	Laufzeit: 04.01.2010 - 30.12.2013 Bezugsbetrag: 20.000.000,00 € Bank zahlt Differenz zu 3,00 % Stadt Koblenz zahlt jährlich 96.500,00 €	1.000,00 €
Swap Ref. 513225	Laufzeit: 30.12.2013 - 30.12.2016 Bezugsbetrag: 20.000.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 2,845 %	-1.300.728,97 €
Swap Ref. 520113	Laufzeit: 21.11.2010 - 21.01.2018 Bezugsbetrag: 14.077.770,00 € Bank zahlt variabel 3-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt variabel, <u>max.</u> 3,45 %, jedoch <u>auch dann</u> 3,45 %, wenn 3-M-Euribor <= 1,00 % ist	-1.880.159,42 €
Swap Ref. 513076	Laufzeit: 22.11.2010 - 22.01.2018 Bezugsbetrag: 25.922.230,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 2,48 %	-2.401.391,65 €
Swap Ref. 3751234L	Laufzeit: 01.12.2010 - 30.10.2015 Bezugsbetrag: 20.000.000,00 € Bank zahlt variabel 3-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt - bis 30.04.2012 <u>variabel</u> , max. 1,5 % - ab 30.04.2012 <u>fest</u> 2,555 %	-1.361.757,58 €
Gesamt		-9.377.000,74 €

Bei den Barwerten handelt es sich um indikative Bewertungen der jeweiligen Banken, die keine rechtsgeschäftliche Bindungswirkung auf die Bilanzierung entfalten. Die Barwerte stellen keine handelbaren Kurse oder Preise dar. Die Bewertung erfolgt auf Basis aktueller Marktdaten unter Verwendung marktüblicher Bewertungsmethoden (z.B. Diskontierungsmethode).

I.13. Beteiligungen

Die Gemeinde ist an folgenden Organisationen mit mindestens 5 % direkt oder indirekt beteiligt:

I.13.1. Direkte Beteiligungen

Name/Rechtsform	Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in T€*	Ergebnis des Geschäftsjahres in T€	betreffendes Geschäftsjahr	Hinweis
Aufbaugesellschaft Koblenz GmbH	Koblenz	100	6.901	993	2012	festgestellt
Koblenzer- Entsorgungs- und Verwaltungs GmbH	Koblenz	100	192	7	2012	festgestellt
Koblenzer Wohnungsbau GmbH	Koblenz	100	32.561	1.113	2012	festgestellt
Sporthalle Oberwerth GmbH	Koblenz	100	70	2	2012	festgestellt
Stadtwerke Koblenz GmbH	Koblenz	100	129.221	13.491	2012	festgestellt
Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH	Koblenz	66,6	955	-1.406	2012	festgestellt
Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz - St. Elisabeth Mayen gGmbH	Koblenz	50	32.799	1.223	2012	festgestellt
Kevag AG	Koblenz	40	81.388	15.780	2012	festgestellt
Koblenz Stadtmarketing GmbH	Koblenz	33,3	23	0	2012	festgestellt
Romantischer Rhein-Tourismus GmbH	Koblenz	33,3	30	27	2012	festgestellt
TZK Technologie Zentrum Koblenz GmbH	Koblenz	28,39	889	4	2012	festgestellt
Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH	Koblenz	11,11	28	0	2012	festgestellt

*Jahresabschluss per 31.12.2012

I.13.2. Indirekte Beteiligungen

Name/Rechtsform	Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in T€*	Ergebnis des Geschäftsjahres in T€	betreffendes Geschäftsjahr	Hinweis
Energieversorgung Mittelrhein GmbH	Koblenz	54,54	195.676	36.846	2012	festgestellt
Flugplatz Koblenz-Winningen GmbH	Koblenz	63,07	1.415	80	2012	festgestellt
GVZ-E Güterverkehrszentrum Entwicklungsgesellschaft mbH	Koblenz	95,04	128	0	2012	festgestellt
Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug GmbH	Koblenz	100	1.102	0	2012	festgestellt
EKO2 GmbH	Koblenz	22,01	109.608	-1.142	2012	festgestellt
Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH	Koblenz	45	1.616	90	2012	festgestellt
Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH	Koblenz	73,8	18.288	897	2012	festgestellt
Wasserwerk Koblenz/Weißenthurm GmbH	Koblenz	60	4.310	130	2012	festgestellt
Windpark Westerwald GmbH	Waigandshain	9,68	1.713	72	2012	festgestellt
Gemeinschaftsklinikum Service GmbH	Koblenz	50	64	5	2012	festgestellt
Koblenzer Verkehrs-Service GmbH	Koblenz	35	5.900	217	2012	festgestellt
Kevag Telekom GmbH	Koblenz	12,3	2.385	753	2012	festgestellt
Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH	Koblenz	35	1.077	245	2012	festgestellt
Kevag Verteilnetz GmbH**	Koblenz	35	25	0	2012	festgestellt
Gasversorgung Westerwald GmbH**	Höhr-Grenzhauser	54,54	68.242	0	2012	festgestellt
EVM Netz GmbH**	Koblenz	54,54	500	0	2012	festgestellt
Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH	Koblenz	40,9	3.127	1.181	2012	festgestellt
Energiebeteiligung Mittelrhein GmbH	Koblenz	54,54	54.615	-16	2012	festgestellt
Propan Rheingaz GmbH	Brühl	8,18	Komplementärin der GmbH & Co. KG, daher kein eigener Abschluss			
Propan Rheingaz GmbH & Co. KG	Brühl	8,18	15.437	52	2012	festgestellt
FWM Fernwärmeversorgung GmbH	Mayen	5,45	1.215	255	2012	festgestellt

*Jahresabschluss per 31.12.2012

** Energieabführungsvertrag mit Muttergesellschaft

I.13.3. Eigenbetriebe der Stadt Koblenz

Name/Rechtsform	Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital* in T€	Ergebnis des Geschäftsjahres in T€	betreffendes Haushaltsjahr	Hinweis
Grünflächen- und Bestattungswesen	Koblenz	100	1.013	72	2012	festgestellt
Koblenz-Touristik	Koblenz	100	36.076	1.120	2012	festgestellt
Stadtentwässerung	Koblenz	100	135.045	5.864	2012	festgestellt
Entsorgung	Koblenz	100	14.225	405	2012	festgestellt
Kommunales Gebietsrechenzentrum	Koblenz	100	5.111	188	2012	festgestellt

*Jahresabschluss per 31.12.2012

I.14. Organisationen, für die die Gemeinde uneingeschränkt haftet

Aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder vertraglicher Vereinbarungen haftet die Gemeinde uneingeschränkt für folgende Organisationen:



Name / Rechtsform	Sitz	Rechtsform	Mithaftung Dritter	Haftungsgrund
Eigenbetrieb Koblenz-Touristik	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt
Koblenzer Entsorgungsbetrieb	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt
Eigenbetrieb Kommunales Gebiets- rechenzentrum Koblenz	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt
Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt
Eigenbetrieb Stadtentwässerung Koblenz	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt

I.15. Personalbestand

Die durchschnittliche Zahl der Beamtinnen und Beamten sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zeigt folgende Übersicht:

Durchschnittliche Anzahl	HH-VJ	HH
Beamtinnen / Beamte*	448	454
- davon teilzeitbeschäftigt	62	63
Beschäftigte*	1290	1267
- davon teilzeitbeschäftigt	457	437
Insgesamt *	1738	1721
Anwärterinnen und Anwärter	25	29
Auszubildende	38	40
Insgesamt	63	69
Beamtinnen/Beamte im Erziehungsurlaub/in Elternzeit	7	8
Beschäftigte im Erziehungsurlaub/in Elternzeit	22	16
Insgesamt	29	24
Leiharbeiter	---	---

Quelle: Werte der vierteljährigen Personalstandstatistik zum 31.12.2012 (ohne Eigenbetriebe)

* inkl. Auszubildende im aktuellen Haushaltsjahr

I.16. Mitglieder des Stadtrats

Der Stadtrat besteht aus folgenden Mitgliedern:

- a) Vorsitz: Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
- b) Ratsmitglieder:



Stand 31.12.2011	Datum des Ausscheidens	Name des Ersatzmitglieds	Datum des Eintritts	Stand 31.12.2012
Ackermann, Hans-Peter				Ackermann, Hans-Peter
Altmaier, Christian				Altmaier, Christian
Assenmacher, Hans-Jörg				Assenmacher, Hans-Jörg
Bäcker, Sabine				Bäcker, Sabine
Balmes, Peter				Balmes, Peter
Bastian, Manfred				Bastian, Manfred
Baum, Walter				Baum, Walter
Biebricher, Andreas				Biebricher, Andreas
Biewer, Leo				Biewer, Leo
Bocklet, Herbert				Bocklet, Herbert
Bohn, Eitel				Bohn, Eitel
Bordelle, Michael				Bordelle, Michael
Contento, Vito				Contento, Vito
Coßmann, Bernd				Coßmann, Bernd
Diederichs-Seidel, Uwe				Diederichs-Seidel, Uwe
Diehl, Manfred				Diehl, Manfred
Gniffke, Manfred				Gniffke, Manfred
Dr. Gross, Michael				Dr. Gross, Michael
Heinrich, Heribert				Heinrich, Heribert
Heinrich-Lotz, Christiane				Heinrich-Lotz, Christiane
Henchel, Paul				Henchel, Paul
Herrmann, Karin				Herrmann, Karin
Hoernchen, Birgit				Hoernchen, Birgit
Hoernchen, Edith				Hoernchen, Edith
Hoffmann, Ute				Hoffmann, Ute
Hömberger, Monika				Hömberger, Monika
Honsdorf, Heinz				Honsdorf, Heinz
Kaiser, Peter	31.10.2012	Claudia Kriebs	01.11.2012	Claudia Kriebs
Keul-Göbel, Angela				Keul-Göbel, Angela
Klein, Franz-Josef				Klein, Franz-Josef
Dr. Kneis, Joachim				Dr. Kneis, Joachim
Krebs, Gundula				Krebs, Gundula
Kübler, Julia Maria				Kübler, Julia Maria
Kühlenthal, Edgar				Kühlenthal, Edgar
Langner, David				Langner, David
Lehmkühler, Gerhard				Lehmkühler, Gerhard
Lipinski-Naumann, Marion				Lipinski-Naumann, Marion
Mehlbreuer, Andrea				Mehlbreuer, Andrea
Naumann, Fritz				Naumann, Fritz
Dr. h.c. Pieper, Friedhelm				Dr. h.c. Pieper, Friedhelm
Pilger, Detlev				Pilger, Detlev
Probst, Claudia				Probst, Claudia
Reinstädtler, Wolfram				Reinstädtler, Wolfram
Rosenbaum, Karl-Heinz				Rosenbaum, Karl-Heinz
Rosenbaum, Werner				Rosenbaum, Werner
Sauer, Monika				Sauer, Monika
Scherhag, Mark				Scherhag, Mark
Schmidt, Hermann-Josef				Schmidt, Hermann-Josef
Schulte-Wissermann, Isabell				Schulte-Wissermann, Isabell
Schumann-Dreyer, Anna-Maria				Schumann-Dreyer, Anna-Maria
Schupp, Thorsten				Schupp, Thorsten
Stölzgen, Harald				Stölzgen, Harald
Voell, Gerhard				Voell, Gerhard
Wefelscheid, Stephan				Wefelscheid, Stephan
Weis, Anita				Weis, Anita
Wiechmann, Nils				Wiechmann, Nils



I.17. Unterlassen von Angaben und Erläuterungen

Alle Bilanzpositionen wurden erläutert. Von dem in § 48 Abs. 4 GemHVO genannten Wahlrecht wurde kein Gebrauch gemacht.

I.18. Unterzeichnung Bilanz

Die Bilanz zum 31.12.2012 wird wie folgt unterzeichnet.

Koblenz den,

(Der Oberbürgermeister)
(Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig)



Anlage 5 Anlagenübersicht

Anlagenübersicht GJ 2012 [in EUR]

Stand 30.06.2013

Posten	Gem. § 47 (4) Nr. 1 GemHVO	Anschaffung- und Herstellungskosten				Abschreibungen, Wertberichtigungen				Restbuchwerte		Kennzahlen		Werminderung durch unterlassene Instandhaltung, Altlasten, Sonstiges		
		ANK zum 31.12. des Vorjahres	Zugänge im HH-Jahr	Abgang im HH-Jahr	Umschüngen im HH-Jahr	ANK zum 31.12. des HH-Jahres	zulagende AFA zum 31.12. des Vorjahres	Zuschreibung ungenutz. HH-Jahr	Abschreibung ungenutz. HH-Jahr	AFA Umbuchungen im HH-Jahr	Abschreibung ungenutz. HH-Jahr	Abschreibung ungenutz. HH-Jahr	Buchwert am 31.12. des HH-Jahres		Durchschnittlicher Abschreibungsgrad	Durchschnittlicher Restbuchwert
ANLAGENSPIEGEL																
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände																
1.1.1 Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten																
1.1.2 Geleistete Zuwendungen	1.488.180,02412	99.542.327,63	-11.620.394,01	311.132,97	1.576.419,96071	227.347.197,94	0,00	21.888.662,69	10.366,89	-1.566.251,22	247.667.976,20	1.326.726.014,51	1.290.837,26 18	1,4%	84,3%	0,00
1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse	83.974.742,25	1.910.065,51	-1.044.645,12	435.895,69	85.275.957,33	26.195.521,23	0,00	2.956.702,95	72,00	-900.896,12	28.171.460,06	57.104.997,27	57.779.221,02	3,5%	67,0%	0,00
1.1.4 Geschäfts- oder Firmenwert	1.282.066,05	19.177,28	0,00	393.370,62	1.694.613,95	1.169.335,97	0,00	129.686,90	72,00	0,00	1.299.294,87	381.353,68	1.137.068	7,7%	22,7%	0,00
1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	65.740,37514	1.342.498,54	-461.179,95	216.916,27	66.866,52400	20.537.465,14	0,00	2.353.992,81	0,00	-429.370,95	22.533.870,00	44.273.337,00	45.029.140,00	3,5%	66,3%	0,00
1.2 Sachanlagen	1.111.204,76436	88.824.665,64	-7.207.065,17	20.388.233,45	1.212.710.794,28	20.115.676,71	0,00	18.941.959,74	10.294,89	-687.415,20	219.516.516,14	993.194.276,14	910.059,67 65	1,6%	81,9%	0,00
1.2.1 Wald, Forsten	26.135.465,70	0,00	-2.514,11	-408.395,54	25.724.612,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.724.612,05	26.135.465,70	26.135.465,70	0,0%	100,0%	0,00
1.2.2 Sonstige unerbauter Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	84.051.513,09	2.408.517,07	-1.456.297,75	4.117.465,07	89.122.821,48	97.336,40	0,00	118.739,63	-97.335,73	0,00	118.740,30	89.004.081,18	83.954.176,69	0,1%	99,9%	0,00
1.2.3 Baulaste Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	163.015.755,09	429.997,52	-486.075,51	2.956.266,47	165.862.863,57	17.067.603,10	0,00	3.834.327,57	10.366,89	37.123,88	208.651.733,58	144.997.689,89	145.948.151,99	2,3%	87,4%	0,00
1.2.4 Infrastrukturvermögen	676.993.371,55	2.677.662,61	-197.648,13	4.088.360,81	685.197.532,44	170.198.318,01	0,00	12.383.493,51	0,00	-27.570,28	182.754.241,24	502.443.691,20	508.401.039,14	1,8%	73,3%	0,00
1.2.5 Bauren auf fremdem Grund und Boden	3.188.919,87	0,00	0,00	0,00	3.188.919,87	461.044,87	0,00	115.233,00	0,00	0,00	576.267,87	2.612.652,00	2.772.965,00	3,6%	81,9%	0,00
1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler	29.367.125,07	6.623.843,50	0,00	2.168.559,29	38.149.527,86	2.394,59	0,00	11.532,60	97.335,73	0,00	111.462,92	38.038.044,94	293.545.530,48	0,0%	99,7%	0,00
1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	16.555.045,22	279.215,35	-295.103,95	1.095.556,58	17.679.709,10	7.693.546,36	0,00	1.076.564,44	0,00	-207.393,47	84.789,07,92	9.198.101,18	8.949.465,57	6,1%	52,0%	0,00
1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.530.422,28	1.546.099,59	-399.193,77	1.348.193,85	17.005.232,35	5.715.262,79	0,00	1.212.028,99	-72,00	-315.217,47	66.120,02,31	10.444.200,04	881.615,69,49	7,1%	61,2%	0,00
1.2.9 Pflanzen und Tiere	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0%	0,0%	0,00
1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	95.767.143,99	74.883.067,00	-5.391.141,95	5.481.163,92	170.761.175,96	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	170.761.175,96	95.767.143,99	95.767.143,99	0,0%	100,0%	0,00
1.3 Finanzanlagen	293.001.417,51	8.807.398,48	-2.868.675,72	-20.512.997,17	278.427.159,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	278.427.159,10	283.001.417,51	0,0%	100,0%	0,00
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	167.419.935,64	8.211.594,89	-1.899.958,49	-20.512.997,17	163.948.654,87	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	163.948.654,87	167.419.935,64	167.419.935,64	0,0%	100,0%	0,00
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.682.994,99	0,00	0,00	0,00	2.714.619,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.714.619,10	3.682.994,99	3.682.994,99	0,0%	100,0%	0,00
1.3.3 Beteiligungen	5.370.393,11	11.074,00	0,00	0,00	5.381.467,11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.381.467,11	5.370.393,11	5.370.393,11	0,0%	100,0%	0,00
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0%	0,0%	0,00
1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	115.650.083,33	584.819,59	0,00	0,00	116.242.902,12	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	116.242.902,12	115.650.083,33	115.650.083,33	0,0%	0,0%	0,00
1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	719.410,50	0,00	-769.410,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	719.410,50	0,0%	100,0%	0,00
1.3.7 Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0%	0,0%	0,00
1.3.8 Sonstige Ausleihungen	151.107,74	0,00	-10.994,84	0,00	140.112,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	140.112,90	151.107,74	151.107,74	0,0%	100,0%	0,00



Anlage 5 Erläuterungen zur Anlagenübersicht

* Diese Positionen enthalten die im Bilanzbericht näher erläuterten Anpassungen zur Eröffnungsbilanz. Folgende Beträge sind in die einzelnen Zeilen eingeflossen:

1.1.2 Geleistete Zuwendungen:

Erhöhung um 974.736,00 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (historische AHK Nachaktivierung Zuschuss EB 85)
Senkung um 323.692,00 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Korrektur Zuwendung Amt 52)

1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse:

Senkung um 183.087,00 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Korrektur Zuschuss Amt 52)

1.2.1 Wald, Forsten:

Senkung um 705.112,80 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Wertanpassung Grundstücke EB)

Erhöhung um 137.088,80 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (AHK Grds. 6210340)

Erhöhung um 39.815,33 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (AHK Grds. 6210341)

Erhöhung um 12.468,82 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Korrektur Grds. A6250091)

Senkung um 2.744,15 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Korrektur Grds. A6252563)

1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte:

Senkung um 3.789.967,82 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Wertanpassung Grundstücke EB)

Senkung um 3.756.347,05 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Korrektur Grundstück A6253103)

Erhöhung um 127,50 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (AHK Grundstück 6210426)

Senkung um 18.738,00 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Doppelerfassung Grundstück 6210247)

1.2.4 Infrastrukturvermögen:

Senkung um 601.962,49 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (historische AHK der alten Anlagen, Fehler im Bereich des RBW)

Senkung um 415.247,49 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zuschreibungen im HH-Jahr" (historische AHK der alten Anlagen, Fehler im Bereich des RBW)

Erhöhung um 277.226,74 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (historische AFA falsche Berechnung des RBW Straßen)

Senkung um 36.772,60 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (historische AHK der alten Anlagen, Fehler im Bereich des RBW Lortzingstr. / Burgweg)

Senkung um 20.986,60 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zuschreibungen im HH-Jahr" (historische AHK der alten Anlagen, Fehler im Bereich des RBW Lortzingstr. / Burgweg)

Senkung um 20.267,70 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (historische AFA falsche Berechnung des RBW Straßen Lortzingstr. / Burgweg)

Senkung um 1.846.583,59 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (historische AHK doppelt erfasste Flächen)

Senkung um 940.561,59 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zuschreibungen im HH-Jahr" (historische AHK doppelt erfasste Flächen)

Senkung um 104.231,90 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Wertanpassung Grundstücke EB)

Erhöhung um 5.232.489,11 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Wertanpassung Grundstücke EB)

Erhöhung um 10.189.492,26 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Wertanpassung Grundstücke EB)

Senkung um 424.180,50 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Korrekturbetrag Grundstücke Amt 62)

Erhöhung um 1 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Korrekturbetrag Grundstück A6253103)

Erhöhung um 531.487,03 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Korrektur Grundstück A6250019)

Erhöhung um 889.788,05 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Nachaktivierung Amt 66)

Erhöhung um 889.788,05 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Einspielung Straßen)

1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler:

Erhöhung um 6.588,14 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (historische AHK Nachaktivierung Stele Amt 40)

1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge:

Erhöhung um 19.555,20 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (historische AHK Nachaktivierung Kfz Amt 50)

Erhöhung um 49.890,00 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (historische AHK Nachaktivierung Kfz Amt 37)

Erhöhung um 8,00 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Nachaktivierung Kfz Amt 40)

Erhöhung um 1,00 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Nachaktivierung Kfz Amt 52)

1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung:

Senkung um 21.064,99 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Doppelerfassung VG Amt 40)

Erhöhung um 15,00 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Nachaktivierung VG Amt 40)

Erhöhung um 1,00 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Nachaktivierung VG Amt 31)

Erhöhung um 52.013,36 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (historische AFA Glasfasernetz Amt 10)

Erhöhung um 155.582,39 € in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Einspielung Glasfasernetz Amt 10)



Anlage 6 Forderungsübersicht

lfd. Nr.	Art (gem. § 47 Abs. 4 Nr. 2.2 GemHVO)	Forderungen zum 31.12.2012			Stand zum 31.12.2012 (Nominalwert)	Abzinsung zum 31.12.2012	Stand der Wertberichtigungen zum 31.12.2012*	Stand zum 31.12.2012 (Bilanzwert)	Stand zum 31.12. des Haushaltsvorjahr (Bilanzwert)
		mit einer Restlaufzeit		von mehr als fünf					
		bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren						
in €									
1.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.169.341,71	10.984.765,76	2.639.251,33	35.792.358,80	N.V.	9.417.027,31	26.375.331,49	23.531.850,25**
1.1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	10.036.184,92	6.831.154,52	2.606.849,11	19.474.188,55	N.V.	-	19.474.188,55	19.871.860,64
1.2.	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.876.491,58	605.985,73	24.619,58	2.507.096,89	N.V.	-	2.507.096,89	2.414.461,33
1.3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	118.651,78	3.522.497,71	-	3.641.149,49	N.V.	-	3.641.149,49	4.600.272,77
1.4.	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.054,83	-	-	6.054,83	N.V.	-	6.054,83	24.556,01
1.5.	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige komm. Stiftungen	1.168.202,92	-	-	1.168.202,92	N.V.	-	1.168.202,92	195.009,64
1.6.	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	101.206,38	788,30	-	101.994,68	N.V.	-	101.994,68	890.239,88
1.7.	Sonstige Vermögensgegenstände	8.862.549,30	24.339,50	6.782,64	8.893.671,44	N.V.	-	8.893.671,44	4.611.825,92

* davon Pauschalwertberichtigung:

4.080.500,00 €

** Abzgl Wertberichtigungen VJ

9.076.375,94 €

Anlage 7 Verbindlichkeitenübersicht

lfd. Nr.	Art (gem. § 47 Abs. 5 Nr. 4 GemHVO)	Verbindlichkeiten zum 31.12.2012 mit einer Restlaufzeit			Stand zum 31.12.2012 (Nominalwert)	Abzinsung zum 31.12.2012	Stand zum 31.12.2012 (Bilanzwert)	davon durch Grundpfand- rechte oder ähnliche Rechte	Art und Form der Sicherheit	Stand zum 31.12.2011 (Bilanzwert)
		bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren						
		in €								
1.	Anleihen	-	-	-	-	N.V.	-	-	-	N.V.
2.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	120.719.972,80	61.329.287,85	235.803.336,85	417.852.597,50	N.V.	417.852.597,50	-	Kommunalkredit	361.884.845,67
	davon:									
3.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	27.319.947,50	61.329.287,85	235.803.336,85	324.452.572,20	N.V.	324.452.572,20	-	Kommunalkredit	281.584.827,17
4.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	93.400.025,30	-	-	93.400.025,30	N.V.	93.400.025,30	-	Kommunalkredit	80.300.018,50
5.	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-	-	3.417.658,96	3.417.658,96	N.V.	3.417.658,96	3.417.658,96	Bürgschaft	12.098.251,76
6.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	-	-	-	-	N.V.	-	-	-	-
7.	Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	7.416.778,57	39.626,55	-	7.456.405,12	N.V.	7.456.405,12	7.456.405,12	EV	6.720.351,03
8.	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	-	-	-	-	N.V.	-	-	-	-
9.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	548.125,76	5.854.543,60	-	6.402.669,36	N.V.	6.402.669,36	-	keine	508.096,86
10.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	18.026,17	-	-	18.026,17	N.V.	18.026,17	-	-	29.400,73
11.	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	35.138.642,54	-	-	35.138.642,54	N.V.	35.138.642,54	-	Auf Grund gesetzl. Bestimmungen zur Einheitskasse	34.890.287,38
12.	Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	1.453.767,93	823.788,75	-	2.277.556,68	N.V.	2.277.556,68	-	keine	3.731.003,02
13.	Sonstige Verbindlichkeiten	9.300.006,85	-	-	9.300.006,85	N.V.	9.300.006,85	-	keine	9.633.849,33
14.	Summe der Verbindlichkeiten	174.595.320,62	68.047.246,75	239.220.995,81	481.863.563,18	N.V.	481.863.563,18	10.874.064,08	-	429.496.085,78



Anlage 8 Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen

lfd. Nr.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres	Planungsdaten des Haushaltsfolgejahres (2013)	Planungsdaten des zweiten Haushaltsfolgejahres (2013)	Planungsdaten des dritten Haushaltsfolgejahres (2015)	Planungsdaten der weiteren Haushaltsfolgejahre
1. Aufwandsermächtigungen						
	Teilhaushalt 1	417.000	25.147.511	25.715.867	25.755.594	-
	Teilhaushalt 2	0	1.710.268	1.725.638	1.741.218	-
	Teilhaushalt 3	0	1.706.906	1.725.641	1.744.585	-
	Teilhaushalt 4	0	1.685.420	1.671.825	1.752.747	-
	Teilhaushalt 5	0	20.946.396	21.255.466	21.359.097	-
	Teilhaushalt 6	120.000	126.506.060	126.912.215	127.357.167	-
	Teilhaushalt 7	180.000	7.074.343	6.971.202	6.947.297	-
	Teilhaushalt 8	1.008.400	30.909.395	26.597.686	25.232.600	-
	Teilhaushalt 9	10.000	23.495.388	23.233.547	23.450.397	-
	Teilhaushalt 10	2.609.300	54.632.572	55.529.363	56.641.181	-
	Teilhaushalt 11	0	23.287.250	23.898.761	25.384.750	-
2. Auszahlungsermächtigungen						
2.1	Ordentliche und außerordentliche Auszahlungen					
	Teilhaushalt 1	417.000	21.923.345	22.479.366	22.506.616	-
	Teilhaushalt 2	0	1.659.637	1.674.433	1.689.431	-
	Teilhaushalt 3	0	1.629.674	1.646.624	1.663.776	-
	Teilhaushalt 4	0	1.557.315	1.540.759	1.620.712	-
	Teilhaushalt 5	0	18.816.297	19.070.586	19.090.279	-
	Teilhaushalt 6	120.000	125.929.684	126.272.763	126.721.798	-
	Teilhaushalt 7	1.480.000	5.096.078	4.973.115	4.944.286	-
	Teilhaushalt 8	2.708.400	28.230.010	23.743.162	22.238.121	-
	Teilhaushalt 9	10.000	22.864.085	22.595.333	22.774.424	-
	Teilhaushalt 10	2.609.300	39.707.365	39.989.167	40.145.216	-
	Teilhaushalt 11	0	45.614.750	51.362.261	57.462.850	-
2.2	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit					
	Teilhaushalt 1	470.000	55.000	800.000	141.000	-
	Teilhaushalt 2	0	0	0	0	-
	Teilhaushalt 3	0	10.000	10.000	10.000	-
	Teilhaushalt 4	12.499.600	2.953.100	2.155.500	1.205.500	-
	Teilhaushalt 5	619.010	1.375.500	554.500	914.500	-

	Teilhaushalt 6	1.413.200	7.975.560	519.000	46.000	-
	Teilhaushalt 7	3.117.400	2.921.900	343.000	55.000	-
	Teilhaushalt 8	2.265.000	10.101.104	9.078.827	5.807.827	-
	Teilhaushalt 9	18.900	91.200	51.200	51.200	-
	Teilhaushalt 10	24.684.020	28.742.140	23.713.000	23.531.000	-
	Teilhaushalt 11	0	0	0	0	-
2.3	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
	Teilhaushalt 1-11	831.464.122	16.227.250	17.363.450	17.602.050	-
	3. Ermächtigungen für die Aufnahme von Investitionskrediten					
	Teilhaushalt 1-11	21.802.241	26.481.734	22.247.567	24.727.517	-
	4. Aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdende Auszahlungen					
	Teilhaushalt 1	0	0	0	0	0
	Teilhaushalt 2	0	0	0	0	0
	Teilhaushalt 3	0	0	0	0	0
	Teilhaushalt 4	64.407.748	972.568	0	0	0
	Teilhaushalt 5	285.000	0	0	0	0
	Teilhaushalt 6	811.000	7.869.560	0	0	0
	Teilhaushalt 7	0	600.000	0	0	0
	Teilhaushalt 8	975.000	250.000	150.000	0	0
	Teilhaushalt 9	0	0	0	0	0
	Teilhaushalt 10	16.849.500	9.609.540	2.799.000	0	0
	Teilhaushalt 11	0	0	0	0	0



Rechenschaftsbericht zum Haushaltsjahr 2012

1. Rechtsgrundlagen/ Vorbemerkungen

Die Gemeinde hat nach **§ 108 Abs. 3 GemO** dem Jahresabschluss als Anlage einen Rechenschaftsbericht beizufügen. Im Rechenschaftsbericht sind nach **§ 49 GemHVO** der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Gemeinde so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dazu ist im Rechenschaftsbericht ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses zu geben und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Haushaltsjahr abzulegen. Ebenso hat eine Analyse der Haushaltswirtschaft, der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune zu erfolgen. Letztlich sollte auch auf Vorgänge von besonderer Bedeutung eingegangen werden und Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde dargestellt werden.

Die diesem Rechenschaftsbericht zugrunde liegende Haushaltssatzung wurde vom Rat der Stadt Koblenz am 24.02.2012 beschlossen. Mit Schreiben vom 14.03., sowie 29.03.2012 wurde die Satzung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion vorlegt. Die gemäß §§ 95 IV, 103 II GemO sowie §§ 80 III i.V.m. 103 II GemO vorgeschriebenen Genehmigungen wurden seitens der ADD mit Schreiben vom 09.05.2012 erteilt.

Ferner wurde die Haushaltssatzung mit der Maßgabe beanstandet, über zusätzliche Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen innerhalb des freiwilligen städtischen Leistungsbereichs und/oder allgemeinen Deckungsmittel eine Ergebnisverbesserung von mindestens 500.000 € sicherzustellen.

Gegen die Verfügung wurde am 05.06.2012 Widerspruch eingelegt. Nach schriftlichen Abklärungen wurde dieser mit Beschluss des Stadtrates vom 09.11.2012 zurückgenommen.

Die Haushaltssatzung 2012 wurde gemäß §§ 24 III GemO i.V.m. 27 I, III GemO i.V.m. 1 I der Hauptsatzung der Stadt Koblenz öffentlich bekannt gemacht und in der Rhein-Zeitung (Ausgabe vom 22.06.2012) veröffentlicht. Außerdem lag die Haushaltssatzung die gesetzlich vorgeschriebene Zeit zur öffentlichen Einsichtnahme im Rathausgebäude I, Willi-Hörter-Platz 1, aus.

Im Haushaltsplan 2012 wurden zum ersten Mal flächendeckend für alle als „wesentlich“ erachteten Produkte im Sinne der GemHVO Produktstrategien erhoben, die Aussagen zu Zielen, Maßnahmen und Ressourceneinsatz der Produkte enthalten und mit Kennzahlen fixiert. Mit Vollendung dieses ersten Teilprojektes zur Einführung eines strategischen Ziel- und Kennzahlensystems wurde ein erster Schritt zur strategischen Gesamtsteuerung gemacht. Betroffen davon waren im Haushaltsplan 2012 insgesamt 21 Ämter und 50 Produkte.

Bei allen Produkten, die nicht als wesentliche Produkte eingestuft worden sind, wurden die Strategien der vorangegangenen Haushaltsjahre 2009/2010/2011, die sich größtenteils am Leitbild der Stadt Koblenz orientiert haben, auch für das Planungsjahr 2012 ausgewiesen. Hier war vorgesehen, in den folgenden Haushaltsplänen in Zusammenarbeit mit den Produktverantwortlichen eine Aktualisierung auch dieser Strategien durchzuführen, allerdings ohne den Ausweis zusätzlicher weiterer Kennzahlen.

Die Kennzahl „Ergebnis je Einwohner-/innen in Euro“ wurde wie bereits in den Haushaltsjahren 2009/2011/2012 in allen Produkten dargestellt. Auf den Ausweis der bislang im Haushaltsplan bei allen Produkten ausgewiesene Kennzahl „Anzahl Stellen je Produkt“ wurde hingegen wegen der bestehenden Datenerfassungsprobleme und der dadurch nur bedingt eingeschränkten

Aussagekraft der Kennzahl, in Abstimmung mit dem Haupt- und Personalamt, im Haushalt 2012 verzichtet.

Darüber hinaus wurden bei allen wesentlichen Produkten insgesamt 262 Kennzahlen auf Produktebene, sowie bei dem Produkt 4241 Sportstätten und Bäder, auf Grund des großen politischen Interesses Kennzahlen auf der Teilleistungsebene der Bäder dargestellt.

Eine Auswertung der Ergebnisse und die Durchführung einer Abweichungsanalyse durch einen Plan-Ist-Vergleich konnten in dem Haushaltplan 2012 und auch in den Folgejahren noch nicht erfolgen, da dies Bestandteil eines noch aufzubauenden Berichtswesens sein wird.

Insgesamt stellt die Arbeit mit diesem neuen Instrument der Haushaltsplanung und –bewirtschaftung sowohl für die Verwaltung als auch für die politischen Gremien eine neue Herausforderung dar.

2. Lage der Gemeinde

2.1 Organisation der Gemeinde

Die **rechtliche Struktur** der **Gemeinde** stellt sich wie folgt dar:

- Koblenz ist eine kreisfreie Stadt gemäß § 7 GemO

Die **Organe** der Gemeinde sind:

- der **Oberbürgermeister**
Herr Prof. Dr. Joachim Hofmann – Göttig

- der **Stadtrat**

Der aktuelle Stadtrat der Stadt Koblenz besteht aus 56 gewählten Ratsmitgliedern und dem Oberbürgermeister.

Die **letzte Kommunalwahl** hat im **Juni 2009** stattgefunden. Der Stadtrat wird alle 5 Jahre neu gewählt, so dass die nächste Wahl 2014 stattfinden wird.

Die **Zusammensetzung** des **Stadtrates** im Einzelnen:

	<u>Wahlergebnis 2004</u>	<u>Wahlergebnis 2009</u>
- CDU	25 Ratsmitglieder	18 Ratsmitglieder
- SPD	17 Ratsmitglieder	14 Ratsmitglieder
- BIZ	- / -	7 Ratsmitglieder
- Grüne	5 Ratsmitglieder	6 Ratsmitglieder
- FDP	4 Ratsmitglieder	5 Ratsmitglieder
- FBG	5 Ratsmitglieder	5 Ratsmitglieder
- LINKE	- / -	1 Ratsmitglied

2.2 Aufbau der Gemeindeverwaltung

1. Dezernat I

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann – Göttig
Stabsstellen Dezernatsleitungen
Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit
Gleichstellungsbeauftragte



Personalrat
Stabsstelle Zentrale Vergabestelle
Haupt- und Personalamt
Rechnungsprüfungsamt
Kämmerei und Steueramt
Stadtkasse
Rechtsamt
Versicherungsamt (Auflösung als Organisationseinheit zum 17.04.2012; Zuordnung zum Hauptamt- u. Personalamt – Wegfall der Rentenberatung)
Kommunales Studieninstitut
Bürgeramt
Umweltamt
BUGA-Projektbüro
Amt für Wirtschaftsförderung
Eigenbetrieb „Kommunales Gebietsrechenzentrum“
Eigenbetrieb „Koblenz-Touristik“

2. Dezernat II

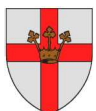
Bürgermeisterin Hammes – Rosenstein
Ordnungsamt
Standesamt
Amt für Brand- und Katastrophenschutz
Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales
Sport- und Bäderamt
Eigenbetrieb „Kommunaler Servicebetrieb Koblenz“

3. Dezernat III

Kulturdezernent Knopp
Kultur- und Schulverwaltungsamt
Ausgleichsamt
Stadtbibliothek
Volkshochschule
Musikschule
Städtische Museen
Stadttheater
Stadtarchiv

4. Dezernat IV

Baudezernent Prümm
Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung
Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement
Hochbauamt
Tiefbauamt
Eigenbetrieb „Grünflächen- und Bestattungswesen“
Eigenbetrieb „Stadtentwässerung“



2.3 Rahmenbedingungen

- Nachfolgend werden die **Gemeindeflächen** dargestellt:

Nutzung	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012
	Fläche in ha					
Gebäude, Freifläche	2132	2101	2059	2027	2049	2062
Betriebsfläche	84	84	95	116	116	114
Erholungsfläche	483	483	494	504	515	517
Verkehrsfläche	1071	1092	1103	1103	1103	1105
Landwirtschaftsflächen	2563	2552	2531	2511	2501	2483
Waldfläche	3466	3498	3540	3551	3552	3556
Wasserfläche	557	546	546	546	546	548
Fl. anderer Nutzung	147	147	137	137	137	127
Bodenfläche insgesamt	10.504	10.504	10.504	10.505	10.508	10.512

- Zur Darstellung der **Bevölkerungsentwicklung** können folgende Übersichten beitragen:

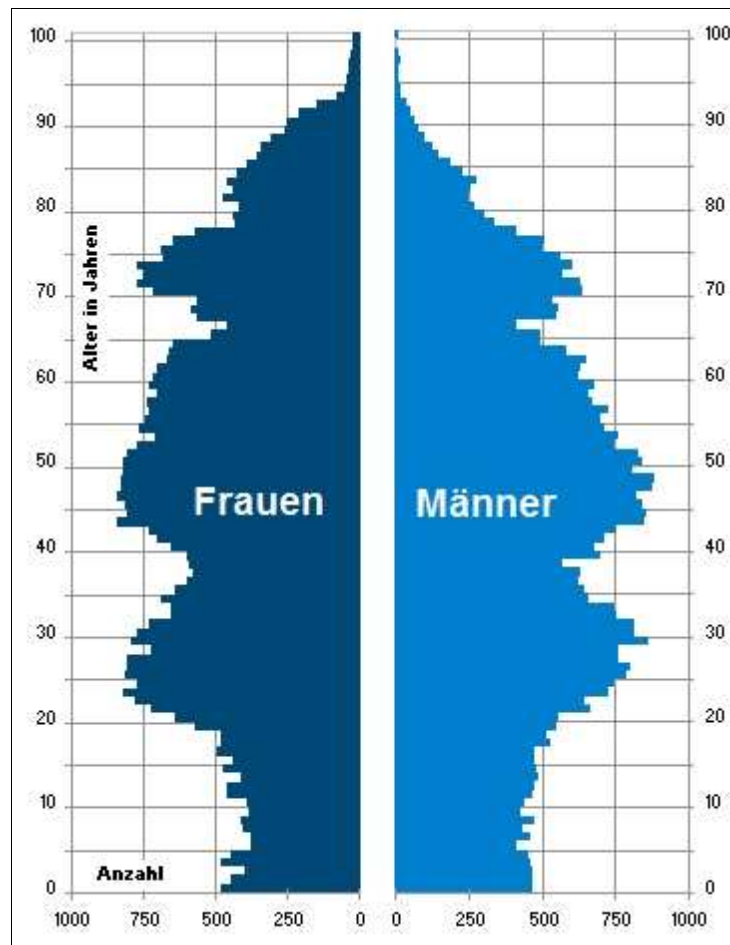
Bevölkerungsdaten von Koblenz

Einwohner	31.12.1997	31.12.2002	31.12.2007	31.12.2012
- Einwohner gesamt	109.254	107.434	106.656	108.900
Geschlecht				
- Männlich	51.790	50.972	51.099	52.320
- Weiblich	57.464	56.462	55.557	56.580
Nationalität				
- Deutsche	99.886	97.676	97.208	99.561
- Ausländer	9.3681	9.758	9.448	9.339
Alter in Jahren				
- unter 18	18.409	17.747	16.556	15.906
- zwischen 18 und 65	70.240	67.778	66.485	69.334
- 65 und älter	20.605	21.909	23.615	23.660
Konfession				
- katholisch	67.086	61.960	58.039	55.979
- evangelisch	22.005	20.929	20.513	20.619

Quelle: Statistisches Jahrbuch, Oktober 2013



Bevölkerungspyramide 2012



Quelle: KoStatIS; Stand November 2012

▪ Entwicklung der Arbeitslosenzahlen

Strukturelle Gruppen	2009	2010	2010	2012
- Arbeitslose	4.310	4.045	3.552	3.783
Geschlecht				
- Männlich	2.428	2.226	1.919	2.008
- Weiblich	1.877	1.819	1.633	1.775
Nationalität				
- Deutsche	3.454	3.252	2.893	3.060
- Ausländer	822	790	657	723
Alter in Jahren				
- unter 25 Jahren	480	386	351	350
- 55 und älter	548	579	568	664
Weitere strukturelle Gruppen				
- Schwerbehinderte	179	227	237	206
- Langzeitarbeitslose	988	1.218	1.049	1.211

- Im nachfolgenden werden die **Hebesätze** der Grund- und Gewerbesteuer der Stadt Koblenz, sowie ausgewählter kreisfreier Städte in Rheinland-Pfalz dargestellt:

Gemeindebezeichnung	Hebesätze 2013		
	Gewerbesteuer	Grundsteuer B	Grundsteuer A
Kaiserslautern	410	420	310
Koblenz	410	420	340
Ludwigshafen am Rhein	375	420	320
Mainz	440	440	290
Trier	420	420	350

3. Vermögens- und Finanzlage

Zusammengefasstes Ergebnis

3.1 Bilanz

Die Bilanz hat die Aufgabe das kommunale Vermögen und dessen Veränderungen wertmäßig nachzuweisen, sowie die Finanzierung des Vermögens darzustellen.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2012 beträgt 1.368 Mio. EUR und erhöhte sich um 60 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr. Die Erhöhung resultiert größtenteils aus der erstmaligen Bilanzierung des Kulturbaus und der umliegenden Straßen. Dies wirkt sich auf der Aktivseite in der Bilanzposition Sachanlagen und auf der Passivseite in der Bilanzposition Eigenkapital mit einem Betrag von rd. 75 Mio. € aus.

Das Finanzanlagevermögen ist um 14,6 Mio. EUR gesunken. Der Rückgang der Position ist im Wesentlichen auf die Abwicklung der BuGa-GmbH zurück zu führen. Durch die Übergabe von Vermögensgegenständen an die Kernverwaltung reduziert sich die Finanzanlage „Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH“ um 21,4 Mio. €. Eine Erhöhung von 7,9 Mio. € ergibt sich aus dem erhöhten anteiligem Eigenkapital der „Stadtwerke Koblenz GmbH“.

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen erhöhten sich um 56 Mio. EUR. Ebenso stiegen die sonstigen Rückstellungen (u.a. für Instandhaltungen und ausstehenden Rechnungen) um 4,1 Mio. EUR.

Zum Schluss des Haushaltsjahres weist die Bilanz ein positives Eigenkapital in Höhe von 525,8 Mio. EUR aus.

Bilanz zum 31.12.2012

	31.12. Haushalts- vorjahr in €	31.12. Haushalts- jahr in €		31.12. Haushalts- vorjahr in €	31.12. Haushalts- jahr in €
Aktiva			Passiva		
Immaterielle Vermögensgegenstände	57.311.264,02	57.104.597,27	Kapitalrücklage	600.785.311,08	629.905.035,66
Sachanlagen	922.924.415,76	993.194.278,14	Sonstige Rücklagen	0,00	0,00
Finanzanlagen	293.001.417,51	278.427.139,24	Ergebnisvortrag	-79.825.831,51	-95.319.336,60
Vorräte	6.880.046,43	8.591.842,70	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-15.493.505,09	-8.770.092,81
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.531.850,25	26.375.331,49	Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	0,00
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	Sonderposten zum Anlagevermögen	213.531.003,93	197.286.019,43
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der Europäischen Zentralbank, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.246.809,26	1.507.192,68	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	52.122,86	46.934,29
Rechnungsabgrenzungsposten	3.620.087,34	3.395.276,46	Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,00	0,00
			Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten	0,00	0,00
			Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte	0,00	0,00
			Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
			Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	147.059.414,00	146.548.815,55
			Steuerrückstellungen	400.000,00	100.000,00
			Rückstellungen für latente Steuern	0,00	0,00
			Sonstige Rückstellungen, (z. B. Instandhaltung)	12.290.070,03	16.388.947,83
			Anleihen	0,00	0,00
			Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme	361.884.845,67	417.852.597,50
			Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	12.098.251,76	3.417.658,96
			Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00
			Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	6.720.351,03	7.456.405,12
			Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0,00
			Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	508.096,86	6.402.669,36
			Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.400,73	18.026,17
			Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	34.890.287,38	35.138.642,54
			Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	3.731.003,02	2.277.556,68
			Sonstige Verbindlichkeiten	9.633.849,33	9.300.006,85
			Rechnungsabgrenzungsposten	221.219,49	545.771,45
	1.308.515.890,57	1.368.595.657,98		1.308.515.890,57	1.368.595.657,98



	2011	2012	Differenz
Eigenkapital	505.465.974,48	525.815.606,25	20.349.631,77
Kapitalrücklage	600.785.311,08	629.905.035,66	29.119.724,58
Sonstige Rücklagen	0,00	0,00	0,00
Ergebnisvortrag	-79.825.831,51	-95.319.336,60	-15.493.505,09
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-15.493.505,09	-8.770.092,81	6.723.412,28

Die Erhöhung des Eigenkapitals ergibt sich aus dem Anstieg der Kapitalrücklage durch Korrekturen zur Eröffnungsbilanz in Höhe von 29,1 Mio. EUR. Der Jahresfehlbetrag aus 2012 konnte nicht mit Jahresüberschüssen der Vorjahre verrechnet werden und wurde im Haushaltsjahr mit 8,8 Mio. EUR auf neue Rechnung vorgetragen.

Bei einer Bilanzsumme von 1.368 Mio. EUR beträgt die Eigenkapitalquote 38,42%.

	2010	2011	2012
Eigenkapitalquote in %	43,11	38,62	38,42

Die Eigenkapitalquote zeigt das Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme.

Eine hohe Eigenkapitalquote kann einen Indikator für die „Gesundheit“ der Kommunalfinanzen darstellen. Sie wurde in der Eröffnungsbilanz stark durch die Erstbewertung des Vermögens beeinflusst. Im Zeitvergleich zeigt eine über längere Zeit sinkende Eigenkapitalquote strukturelle Probleme des Haushaltes.

3.2 Ergebnisrechnung

▪ Planvergleich:

In der Ergebnisrechnung wird ein **Jahresfehlbetrag** in Höhe von **rd. 8,8 Mio. EUR** ausgewiesen, der um 27,5 Mio. EUR **unter** dem im 2.Nachtragshaushaltsplan 2012 veranschlagten Jahresfehlbedarf von 36,3 Mio. EUR liegt.

Ursächlich hierfür waren insbesondere Mehrerträge von 8,6 Mio. EUR bei den Steuern und 13,8 Mio. EUR bei den sonstigen laufenden Erträgen. Der Aufwandsbereich endete mit einer Verbesserung von rd. 2,75 Mio. EUR im Vergleich zum 2.Nachtragsplan 2012.

▪ Ergebnisveränderung zum Vorjahr:

Im Ergebnisvergleich zum Vorjahr 2012 (Jahresfehlbetrag 15,5 Mio. EUR) ergibt sich eine **Verbesserung** von **6,7 Mio. EUR**.

Die laufenden Erträge stiegen in 2012 gegenüber dem Vorjahr um 27,0 Mio. EUR (9,24 %). Allein die Steuern und Abgaben wuchsen im Vergleichszeitraum von 166,89 Mio. EUR um 7,4 Mio. EUR (4,41 %) auf 174,25 Mio. EUR. Weitere deutliche Zuwächse von 9,74 Mio. EUR (+21,83 %) sowie 13,73 Mio. EUR (+ 59,59 %) ergaben sich bei den Erträgen der sozialen Sicherung bzw. sonstigen laufenden Erträgen.

Die Zinserträge sind in 2012 gegenüber 2011 um 0,2 Mio. EUR (2,5 %) gesunken.

Die laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit sind im Vergleichszeitraum um 11,68 Mio. EUR (3,76 %) gestiegen.

Einzel betrachtet:

- Personal- u. Versorgungsaufwendungen:	-10,72 Mio. EUR (11,8 %)
- Aufwendungen f. Sach- u. Dienstleist.:	+1,06 Mio. EUR (2,03 %)
- Abschreibungen:	+0,97 Mio. EUR (4,62 %)
- Zuwendungen u. a.:	+2,04 Mio. EUR (8,71 %)



- Aufwendungen soziale Sicherung: +7,25 Mio. EUR (6,88 %)
 - Sonstige laufende Aufwendungen: +11,08 Mio. EUR (63,44 %)
- Die Zinsaufwendungen stiegen im Betrachtungszeitraum um 1,37 Mio. EUR (10,37 %).

3.3 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung beträgt der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit 9,55 Mio. EUR und liegt mit 19,49 Mio. EUR unter dem geplanten Ansatz im 2.Nachtragshaushaltsplan 2012 von -9,99 Mio. EUR.

Die im 2.Nachtrag 2012 mit 103,6 Mio. EUR geplanten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen konnten wegen der späten Haushalts- und Nachtragshaushaltsgenehmigungen 2012 lediglich mit 81,82 Mio. EUR kassenwirksam werden.

Die mit 90,61 Mio. EUR vorgesehene Investitionskreditaufnahme (zu den im 2.Nachtragsplan veranschlagten 82,81 Mio. EUR kommen noch 7,8 Mio. EUR aufgrund von verfügbaren Ermächtigungen aus 2011) wurde mit 64,87 Mio. EUR (- 25,74 Mio. EUR) wirksam. Hiervon entfällt ein Betrag von 6,65 Mio. EUR auf Umschuldungen, die in gleicher Höhe auch in Kontenzeile 46 „Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten“ dargestellt werden.

Im 2.Nachtragshaushaltsplan veranschlagte Investitionszuwendungen von 14,04 Mio. EUR wurden mit 18,63 Mio. EUR (+ 4,59 Mio. EUR) im Investitionsbereich kassenwirksam.

Die geplante Finanzierung des Investitionshaushalts mit Erschließungs- und Ausbaubeiträgen von 1,99 Mio. EUR konnte tatsächlich mit 1,09 Mio. EUR (-0,9 Mio. EUR) verwirklicht werden.

3.4 Haushaltsausgleich

Die **Ergebnisrechnung** ist nicht ausgeglichen. Der Jahresfehlbetrag bemisst sich auf 8,8 Mio. EUR.

Ebenso konnte auch die **Finanzrechnung** nicht ausgeglichen werden. Hierfür wäre es grundsätzlich erforderlich, dass der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen ausreicht, um die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von Investitionskrediten zu decken. Der Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen beträgt 3,94 Mio. EUR. Abzüglich eines Umschuldungsbetrags von 6,65 Mio. EUR bemessen sich die planmäßigen Tilgungen auf 15,16 Mio. EUR.

Es ergibt sich somit eine negative freie Finanzspitze in Höhe von 11,22 Mio. EUR.

Der Haushaltsausgleich ist in der **Bilanz** dagegen noch gewährleistet, weil bisher noch kein negatives Eigenkapital ausgewiesen wurde.

Auf der Grundlage der beschlossenen Haushaltspläne 2013 und 2014 ist es angestrebt den Haushaltsausgleich in den Finanzplanungsjahren zu erreichen. Die Bilanz wird dagegen auf der Basis der in der Eröffnungsbilanz festgestellten guten Eigenkapitalquote (52,53 %) mittelfristig noch ein positives Eigenkapital darstellen können.

3.5 Darstellung der Vermögens- und Finanzlage

▪ Darstellung Vermögenslage

In Anknüpfung an die grundsätzlichen Ausführungen zur Bilanz zum 31.12.2012 (s. Abschnitt 3.1) sind folgende Entwicklungen hervorzuheben:

- Rückgang der Immateriellen Vermögensgegenstände um 200T EUR. Den Abschreibungen in Höhe von 2 Mio. EUR standen Umbuchungen von 400T EUR und Investitionen in Höhe von 1,4 Mio. (davon 500T EUR durch Korrektur Eröffnungsbilanz) gegenüber.



- Anstieg der Sachanlagen um insgesamt 70,3 Mio. EUR. Den Abschreibungen in Höhe von 18,3 Mio. EUR, Anlagenabgängen von 20,57 Mio. EUR (davon 12,87 Mio. EUR durch Korrektur Eröffnungsbilanz) standen Zugänge aus Umbuchungen von 20,4 Mio. EUR und Investitionen in Höhe von 88,8 Mio. EUR gegenüber.
- Die Position „Anlagen im Bau“ hat sich gegenüber dem Vorjahr auf 170,8 Mio. EUR erhöht (+75 Mio. EUR). Hieraus sind Vermögensgegenstände, die zwischenzeitlich ihrer bestimmungsmäßigen Nutzung zugeführt wurden, in den Folgejahren in das Sachanlagevermögen umzubuchen.
- Rückgang der Finanzanlagen um insgesamt 14,6 Mio. EUR.

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Immaterielle Vermögensgegenstände	57.311.264,02 €	57.104.597,27 €	-206.666,75 €
Sachanlagen	922.924.415,76 €	993.194.278,14 €	70.269.862,38 €
Finanzanlagen	293.001.417,51 €	278.427.139,24 €	-14.574.278,27 €
	1.273.237.097,29 €	1.328.726.014,65 €	55.488.917,36 €

Die korrespondierenden **Sonderposten** stiegen um 16,24 Mio. EUR:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Zuwendungen	130.325.997,10 €	104.192.550,14 € -	26.133.446,96 €
Aus Beiträgen	23.429.137,00 €	23.338.403,41 € -	90.733,59 €
Aus Anzahlungen	59.775.869,83 €	69.755.065,88 €	9.979.196,05 €
	213.531.003,93 €	197.286.019,43 € -	16.244.984,50 €

Die **Forderungen** und sonstigen Vermögensgegenstände sind im Vergleich zur Vorjahresbilanz um ca. 2,8 Mio. EUR gestiegen und betragen zum Stichtag 31.12.2012 26,4 Mio. EUR:

Nr.	Bezeichnung	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Transferforderungen	27.683.327,74 EUR	19.871.860,64 EUR -	7.811.467,10 EUR
2.	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferung und Leistung	4.215.460,06 EUR	2.414.461,33 EUR -	1.800.998,73 EUR
3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	379.844,78 EUR	4.600.272,77 EUR	4.220.427,99 EUR
4.	Forderungen gegen Beteiligungen	55.972,03 EUR	24.556,01 EUR -	31.416,02 EUR
5.	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, etc.	132.606,67 EUR	195.009,64 EUR	62.402,97 EUR
6.	Forderungen gegen den sonstigen öffentliche Bereich	931.369,53 EUR	890.239,88 EUR -	41.129,65 EUR
7.	sonstige Vermögensgegenstände	3.798.388,57 EUR	4.611.825,92 EUR	813.437,35 EUR
8.	Wertberichtigung zu Forderungen	- 9.003.536,48 EUR -	- 9.076.375,94 EUR -	72.839,46 EUR
	Gesamt	28.193.432,90 EUR	23.531.850,25 EUR -	4.661.582,65 EUR

Die **Rückstellungen** haben sich um 3,3 Mio. EUR auf 163 Mio. EUR erhöht. Dies resultierte aus einem Rückgang der Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen in Höhe von 0,8 Mio. EUR und einer Erhöhung der sonstigen Rückstellungen von 4,1 Mio. EUR.



Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Rückstellungen für Pensionen u.ä.	147.059.414,00 €	146.548.815,55 €	-510.598,45 €
Steuerrückstellungen	400.000,00 €	100.000,00 €	-300.000,00 €
Rückstellungen für latente Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €
sonstige Rückstellungen	12.290.070,03 €	16.388.947,83 €	4.098.877,80 €
	159.749.484,03 €	163.037.763,38 €	3.288.279,35 €

Die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme** stiegen um 56 Mio. EUR auf 417,9 Mio. EUR. Im Jahr 2012 erhöhten sich die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme für Investitionen um 42,9 Mio. EUR, sowie die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme zur Liquiditätssicherung um 13,1 Mio. EUR.

Verb. aus Kreditaufn. für Investitionen	281.584.827,17 €	324.452.572,20 €	42.867.745,03 €
Verb. aus Kreditaufn. zur Liquiditätssich.	80.300.018,50 €	93.400.025,30 €	13.100.006,80 €
Verb. aus Kreditaufnahme	361.884.845,67 EUR	417.852.597,50 EUR	55.967.751,83 EUR

Darüber haben sich die **sonstigen Verbindlichkeiten** um 3,6 Mio. EUR auf 64,0 Mio. EUR reduziert.

Bilanzposition	31.12.2011	31.12.2012	Veränderung/EUR
Verb. aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	12.098.251,76 EUR	3.417.658,96 EUR	- 8.680.592,80 EUR
Verb. aus Lieferg. u. Leistg.	6.720.351,03 EUR	7.456.405,12 EUR	736.054,09 EUR
Verb. gegenüber verb. Untern.	508.096,86 EUR	6.402.669,36 EUR	5.894.572,50 EUR
Verb. gegenüber Untern., mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.400,73 EUR	18.026,17 EUR	- 11.374,56 EUR
Verb. gegenüber Sonderverm.	34.890.287,38 EUR	35.138.642,54 EUR	248.355,16 EUR
Verb. gegenüber dem sonst. öffent. Bereich	3.731.003,02 EUR	2.277.556,68 EUR	- 1.453.446,34 EUR
Sonstige Verbindlichkeiten	9.633.849,33 EUR	9.300.006,85 EUR	- 333.842,48 EUR
	67.611.240,11 EUR	64.010.965,68 EUR	- 3.600.274,43 EUR

(alle Beträge in Euro)



▪ **Darstellung Finanzlage**

	Nachrichtlich: Ansätze (Basis: Haushaltsplan 2014)					
	Ist 2012	2013	2014	2015	2016	2017
Saldo laufende Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	9.495.868	15.295.625	10.834.890	22.862.191	26.293.490	25.000.043
Saldo Zins- u. sonstige Finanzen u. -auszahlungen	-5.557.529	-2.973.430	-9.601.117	-9.838.562	-9.994.362	-10.083.579
Saldo ordentliche und außerordentliche Ein- und Auszahlungen	3.938.338	12.322.195	1.233.773	13.023.629	16.299.128	14.916.464
Einzahlungen Investitionstätigkeit	23.271.768	23.317.810	21.903.300	9.412.730	15.066.540	11.113.960
abzüglich						
Auszahlungen Investitionstätigkeit	81.824.672	34.518.755	46.620.640	24.178.330	22.222.330	23.684.230
Saldo Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-58.552.904	-11.200.945	-24.717.340	-14.765.600	-7.155.790	-12.570.270
Finanzmittelüberschuss/Finanzmittel- fehlbetrag	-54.614.566	1.121.250	-23.483.567	-1.741.971	9.143.338	2.346.194
Einzahlungen Investitionskreditaufnahme (*1)	64.866.635	12.200.945	25.717.340	15.695.600	7.965.790	13.160.270
abzüglich						
Auszahlungen Tilgungen von Investitionskrediten (*2)	21.802.241	15.470.000	16.453.500	17.003.800	16.606.200	16.884.000
Saldo Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten	43.064.394	-3.269.055	9.263.840	-1.308.200	-8.640.410	-3.723.730

(*1): Ist 2012 berücksichtigt: Umschuldungen von rd. 6,65 Mio. €.

(*2): Ist 2012 berücksichtigt: Umschuldungen von rd. 6,65 Mio. € und Tilgung zinslose Darlehen Konjunkturpaket II von 90.598 €

Erläuterungen zur Finanzrechnung:

Der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit beträgt 9,5 Mio. EUR. Gegenüber dem Planansatz 2012 von -9,99 Mio. EUR hat er sich um 19,49 Mio. EUR verbessert. Der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit wird in 2012 verringert um den negativen Saldo der Zins- und der sonstigen Finanzen- und -auszahlungen in Höhe von 5,58 Mio. EUR.

Per Saldo wird in der Jahresrechnung 2012 ein ordentliches Ergebnis von 3,94 Mio. EUR dokumentiert.

Es wurden Investitionsauszahlungen in Höhe von insgesamt 81,82 Mio. EUR kassenwirksam, denen Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von 23,27 Mio. EUR gegenüberstehen. Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit beträgt - 58,55 Mio. EUR.



Summarische Darstellung Investitionen 2012 nach Teilhaushalten

TH	Bezeichnung	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo
1	Innere Verwaltung	7.991	36.804	-28.813
2	Bürgerdienste	0	0	0
3	Umwelt	2.294	2.294	0
4	Wirtschaft	9.675.274	55.971.531	-46.296.257
5	Sicherheit u. Ordnung	206.802	397.005	-190.203
6	Jugend u. Soziales	0	1.027.991	-1.027.991
7	Sport	328.910	634.036	-305.126
8	Schulen	699.782	2.196.479	-1.496.697
9	Kultur	29.328	52.368	-23.040
10	Bauen, Wohnen, Verkehr	11.593.740	21.493.088	-9.899.348
11	Zentrale Finanzdienstleistungen	727.645	13.074	714.571
	Summe	23.271.766	81.824.670	-58.552.904

- alle Beträge in Euro -

Wesentliche Projekte Investitionshaushalt 2012

Bezeichnung	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo
Neugest. Konr.-Adenauer-Ufer	2.267.497	0	2.267.497
Ufermauersan. K.-A.-Ufer	1.118.016	46.119	1.071.897
Kulturbau Zentralplatz	1.234.000	54.649.099	-53.415.099
Umgestaltung Zentralplatz	842.817	3.006.884	-2.164.067
Straßenentwässerungsanteil	0	-977.520	977.520
Sanierung Zentralplatz mit umliegenden Straßen	634.435	5.247.943	-4.613.508
Sanierung Europabrücke	2.896.500	475.512	2.420.988
Hochwasserschutzmaßnahmen Lützel, Neuendorf, Wallersheim	1.046.283	2.038.389	-992.106
Baugebiet südl. Güls	1.177.893	1.334.196	-156.303
Brückenbauwerk Langemarckplatz	47.550	765.758	-718.208
Sanierungsvertrag Wohnbau	0	1.062.741	-1.062.741

- alle Beträge in Euro -

Im Rahmen der 2.Nachtragshaushaltssatzung 2012 wurde der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, auf 82.811.824 EUR festgesetzt. Davon entfielen auf zinslose Kredite 0 EUR und verzinsten Kredite 82.811.824 EUR.

Tatsächlich erfolgten auf der Grundlage der verzinsten Kreditermächtigungen in 2012 Investitionskreditaufnahmen von insgesamt 64.866.634 EUR.

Ein Teilbetrag der Kontenzeile 45 „Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten“ entfällt mit rd. 6,6 Mio. EUR auf Umschuldungen, die ebenso in gleicher Höhe über die Kontenzeile 46 „Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten“ abgewickelt wurden.

Investitionskredite wurden mit rd. 21,8 Mio. EUR getilgt. Nach Abzug des Umschuldungsbetrages von rd. 6,6 Mio. EUR verbleibt ein Tilgungsbetrag von rd. 15,2 Mio. EUR. Dies entspricht auch der Höhe des geplanten Haushaltsansatzes.

Der Saldo der Liquiditätskredite bemisst sich auf rd. 12,7 Mio. EUR.



4. Ertragslage

4.1 Darstellung Ergebnisrechnung

Die Entwicklung der Ertragslage der Stadt spiegelt sich in der Ergebnisrechnung wieder. In der Ergebnisrechnung wird die Ertrags- und Aufwandsstruktur dargestellt. Nachfolgend erfolgt zunächst eine **verkürzte tabellarische Darstellung der Ergebnisrechnung 2012:**

	Nachrichtlich Ansätze (Basis Haushaltsplan 2014)					
	Ist 2012	2013	2014	2015	2016	2017
Steuern u. ähnliche Abgaben, öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte, privatrechtliche Leistungsentgelte, Erhöhung o. Verminderung d. Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen, andere aktivierte Eigenleistungen, sonst. lfd. Erträge	228.565.000	229.772.366	226.013.904	230.780.855	236.498.300	241.333.569
abzüglich						
Personalaufwendungen, Versorgungsaufwendungen; Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Abschreibungen, sonst. lfd. Aufwendungen	184.028.834	193.572.713	196.574.997	192.990.032	193.810.277	199.839.130
Zwischensumme 1	44.536.166	36.199.653	29.438.907	37.790.823	42.688.023	41.494.439
Zuwendungen, allgemeine Umlagen, sonstige Transfererträge, Kostenerstattungen und Kostenumlagen, Erträge der sozialen Sicherung	90.967.852	99.076.952	104.287.868	104.248.408	103.883.497	105.093.574
abzüglich						
Transferaufwendungen, Aufwendungen der sozialen Sicherung	138.076.143	144.181.682	146.090.545	145.841.205	147.749.715	149.636.215
Zwischensumme 2	-47.108.291	-45.104.730	-41.802.677	-41.592.797	-43.866.218	-44.542.641
Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-2.572.125	-8.905.077	-12.363.770	-3.801.974	-1.178.195	-3.048.202
Finanzergebnis	-5.257.663	-3.704.230	-9.126.117	-9.838.562	-9.994.362	-10.083.579
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen	-940.305	0	0	0	0	0
Jahresergebnis	-8.770.093	-12.609.307	-21.489.887	-13.640.536	-11.172.557	-13.131.781

- alle Beträge in Euro -

4.2 Zusammengefasstes Ergebnis

In der Ergebnisrechnung wird ein negatives laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 2,57 Mio. EUR gegenüber dem Planansatz von 30,47 Mio. EUR dargestellt.

Es wird erhöht durch das negative Finanzergebnis von 5,26 Mio. EUR als Saldo der Zinserträge/ sonstigen Finanzerträge und der Zinsaufwendungen/ sonstigen Finanzaufwendungen. Zusätzlich ergeben sich außerordentliche Aufwendungen von 0,94 Mio. EUR.

Es wird letztlich ein Jahresergebnis in Höhe von -8,8 Mio. EUR ausgewiesen. Für die folgenden Haushaltsjahre wird auf Grundlage der Haushaltpläne 2013 und 2014 mit höheren Fehlbeträgen gerechnet.

4.3 Nicht zahlungswirksame Aufwendungen/ Erträge im Ergebnishaushalt:

ERGEBNISRECHNUNG 2012	Planung	Ist-Buchung	Differenz
Erträge			
2 Zuwendungen, all. Umlagen und sonstige Transfererträge	-4.016.421,00 €	-3.723.200,73 €	-293.220,27 €
4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.003.355,00 €	-989.063,91 €	-14.291,09 €
9 Sonstige laufende Erträge	-148.526,00 €	-22.374.905,12 €	22.226.379,12 €
10 Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit	-5.168.302,00 €	-27.087.169,76 €	21.918.867,76 €
Aufwendungen			
11 Personalaufwendungen	3.894.398,00 €	359.147,29 €	3.535.250,71 €
14 Abschreibung gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO	20.214.758,00 €	21.899.331,69 €	-1.684.573,69 €
18 Sonstige laufende Aufwendungen	3.534.100,00 €	4.016.269,81 €	-482.169,81 €
19 Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	27.643.256,00 €	26.274.748,79 €	1.368.507,21 €

5. Kennzahlen

Im Folgenden werden die wesentlichen Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage der Stadt Koblenz dargestellt. Kennzahlen stellen verdichtete Informationen dar, die sich auf wichtige Tatbestände beziehen und diese in konzentrierter Form zur Darstellung bringen. Sie ermöglichen es, komplizierte Strukturen auf einfache Weise darzustellen und einen Überblick über die wirtschaftliche Situation der Stadt Koblenz zu erhalten.

Aufwandsdeckungsgrad

ER 2011			ER 2012			EH 2013		
Ertrag	Aufwand	Quote	Ertrag	Aufwand	Quote	Ertrag	Aufwand	Quote
302.053.857,30 €	323.635.168,96 €	93,33%	302.053.857,30 €	323.635.168,96 €	93,33%	302.053.857,30 €	323.635.168,96 €	93,33%

Der Aufwandsdeckungsgrad gibt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.



A Ertragsquoten	ER 2011		ER 2012		EH 2013	
	Betrag	Quote	Betrag	Quote	Betrag	Quote
1 Steuerertragsquote	166.037.631,30 €	56,77%	173.499.891,97 €	54,30%	194.131.300,00 €	59,03%
2 Zuwendungsquote	32.902.397,94 €	11,25%	28.760.326,15 €	9,00%	32.401.337,00 €	9,85%
3 Ertragsquote der sozialen Sicherung	44.646.455,82 €	15,26%	54.391.416,40 €	17,02%	58.315.415,00 €	17,73%
4 Leistungsentgeltquote	23.366.865,57 €	7,99%	23.609.119,80 €	7,39%	24.056.483,00 €	7,32%
5 Quote der sonstigen Erträge	24.690.612,71 €	8,44%	38.524.815,40 €	12,06%	19.084.783,00 €	5,80%
Gesamt¹	292.494.111,35 €	99,71%	319.532.851,89 €	99,77%	328.849.318,00 €	99,74%

1) Die jeweiligen Differenzbeträge zu 100 % sind auf die in Teilhaushalt 06 "Soziales und Jugend" in Produktzeile 1 "Steuern und ähnliche Abgaben" eingeplanten Leistungsbeteiligungen für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende zurückzuführen. Diese Beträge (ER 2011: 850.148,01 €, ER 2012: 747.282,17 €, EH 2013: 860.000 €) sind in der Tabelle nicht enthalten.

Erläuterungen:

- 1 Die Steuerertragsquote beschreibt den prozentualen Anteil der Erträge, die die Kommune aus Steuern bezieht (EH, Anteil v. Pos. 1 - Kontenart 401 - 403), bezogen auf die Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit. Hierunter fallen Realsteuern, Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern sowie sonstige Gemeindesteuern.
- 2 Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit eine Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist. Der Anteil der Erträge aus Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträgen wird an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit dargestellt.
- 3 Anteil der Erträge der sozialen Sicherung an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.
- 4 Anteil der öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Leistungsentgelte sowie Kostenerstattungen/ -umlagen an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.
- 5 Anteil der Erträge aus der Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen, anderen aktivierten Eigenleistungen und sonstigen laufenden Erträgen an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.

B Aufwandsquoten	ER 2011		ER 2012		EH 2013	
	Betrag	Quote	Betrag	Quote	Betrag	Quote
1 Personal- und Versorgungsaufwandsquote (Intensität I)	90.819.224,79 €	29,26%	80.098.689,51 €	24,87%	85.354.398,00 €	25,27%
2 Sach- und Dienstleistungsintensität (Intensität I)	52.420.037,52 €	16,89%	53.481.775,70 €	16,60%	61.593.843,00 €	18,24%
3 Abschreibungsintensität I	20.933.614,70 €	6,74%	21.899.331,69 €	6,80%	23.301.673,00 €	6,90%
4 Transferaufwandsquote	23.480.209,74 €	7,56%	25.524.352,99 €	7,92%	27.640.795,00 €	8,18%
5 Soziallastquote I	105.304.243,33 €	33,92%	112.551.789,80 €	34,94%	116.540.887,00 €	34,50%
6 Quote der sonstigen laufenden Aufwendungen	17.468.110,90 €	5,63%	28.549.036,78 €	8,86%	23.322.799,00 €	6,91%
Gesamt	310.425.440,98 €	100,00%	322.104.976,47 €	100,00%	337.754.395,00 €	100,00%

Erläuterungen:

- Die Personal- und Versorgungsintensität I gibt an, welchen Anteil die Personal- und Versorgungsaufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit ausmachen.
- Anteil der Sach- und Dienstleistungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.
- Anteil der Abschreibungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.
- Anteil der Zuwendungen, Umlagen und sonstigen Transferaufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.
- Die Soziallastquote I zeigt an, welchen Anteil die Aufwendungen der sozialen Sicherung an den laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit ausmachen.
- Anteil der sonstigen laufenden Aufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.

Einwohnerzahl zum 31.12. d.J. ²⁾

109.922

108.900

106.962

	ER 2011	ER 2012	EH 2013
	Betrag	Betrag	Betrag
7 Personal und Versorgungsaufwendungen je Einwohner	849,08 €	735,53 €	776,50 €
8 Sach- und Dienstleistungsintensität je Einwohner	490,08 €	491,11 €	560,34 €
9 Sozialaufwendungen je Einwohner	984,50 €	1.033,53 €	1.060,21 €

2) Quelle: Statistisches Jahrbuch, Oktober 2013; Monatlicher Bevölkerungsbericht Dezember 2013

Erläuterungen:

7 **Personal- und Versorgungsaufwendungen je Einwohner** = $\frac{\text{Personal- und Versorgungsaufwendungen}}{\text{Einwohnerzahl}}$

8 **Sach- und Dienstleistungsintensität je Einwohner** = $\frac{\text{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen}}{\text{Einwohnerzahl}}$

9 **Sozialaufwendungen je Einwohner** = $\frac{\text{Aufwendungen der sozialen Sicherung}}{\text{Einwohnerzahl}}$



	ER 2011		ER 2012		EH 2013	
	Betrag	Quote	Betrag	Quote	Betrag	Quote
10 Zinslastquote	11.836.561,01 €	3,81%	11.836.561,01 €	3,81%	13.573.800,00 €	4,18%
11 Zinsdeckungsquote	11.836.561,01 €	4,05%	11.836.561,01 €	4,05%	13.573.800,00 €	4,61%

Erläuterungen:

- 10 Die Zinslastquote zeigt die Belastung aus Zinsaufwendungen für Investitionskredite und Liquiditätskredite im Verhältnis zu den laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit an.
- 11 Die Zinsdeckungsquote zeigt an, in welchem Umfang die laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit von den Zinsaufwendungen für Investitionskredite und Liquiditätskredite aufgezehrt werden.

Einwohnerzahl zum 31.12. d.J. ³⁾

	106.962	108.900	109.922
	ER 2011		
	Betrag		
Zinsaufwendungen für Investitionskredite	10.224.272,52 €	11.949.773,36 €	12.589.370,00 €
Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite	1.612.288,49 €	1.110.195,45 €	1.993.910,00 €
Zinsaufwendungen (gesamt) je Einwohner	110,66 €	119,93 €	132,67 €

3) Quelle: Statistisches Jahrbuch, Oktober 2013; Monatlicher Bevölkerungsbericht Dezember 2013



Entwicklung der Kreditverschuldung der Stadt Koblenz ohne Sondervermögen mit Sonderrechnung (ohne Zinsabgrenzung)

Stand	Einwohnerzahl	Investitionskreditverschuldung		Liquiditätskreditverschuldung		Gesamtkreditverschuldung	
		in €	je Einwohner	in €	je Einwohner	in €	je Einwohner
31.12.2011	106.742	277.269.844,28 €	2.597,57 €	116.376.011,00 €	1.090,26 €	393.645.855,28 €	3.687,83 €
31.12.2012	108.900	320.203.238,40 €	2.940,34 €	129.273.396,00 €	1.187,08 €	449.476.634,40 €	4.127,43 €



6. Gliederung der Teilhaushalte

Die Stadt Koblenz hat in den jeweiligen Teilhaushalten folgende Produkte gebildet:

Teilhaushalt 01 „Innere Verwaltung“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig

1111	Verwaltungssteuerung
1113	Öffentlichkeitsarbeit
1116	Gleichstellung
1117	Personalvertretung
1149	Zentrale Vergabestelle
1114	Gremien
1121	Personal
1122	Allgemeine Personalwirtschaft
1131	Organisation
1145	Zentrale Dienste
1211	Statistik
5222	Mietspiegel
1181	Rechnungsprüfung
1161	Finanzverwaltung
1162	Zentrale Buchhaltung/Vollstreckung
1191	Recht
1146	Versicherung
1226	Schiedsamt
3516	Sozialversicherungsangelegenheiten
2313	Kommunales Studieninstitut

Teilhaushalt 02 „Bürgerdienste“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig

1223	Bürgerservice
------	---------------

Teilhaushalt 03 „Umwelt“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig

1115	Lokale Agenda 21
5374	Abfallrecht
5522	Gewässeraufsicht und Bodenschutz
5541	Naturschutz/Landschaftspflege
5611	Umweltschutzmaßnahmen

Teilhaushalt 04 „Wirtschaft“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig

5117	Stadtentwicklung – BUGA 2011
5711	Kommunale Wirtschaftsförderung

Teilhaushalt 05 „Sicherheit und Ordnung“

Verantwortlich: Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein

1118	Integrationsbeauftragter und Beirat für Migration und Integration
1212	Wahlen
1221	Sicherheit und Ordnung
1231	Verkehrsüberwachung



1232	Erlaubnisse Verkehr/Kfz-Zulassungswesen
1241	Lebensmittelüberwachung
5732	Märkte, Kirmesse
1227	Personenstandswesen und sonstige Beurkundungen
1261	Brandschutz
1262	Leitstelle
1281	Zivil- und Katastrophenschutz

Teilhaushalt 06 „Jugend und Soziales“

Verantwortlich: Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein

3111	Grundversorgung u. Hilfe gem. SGB XII
3121	Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
3122	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalt
3131	Hilfen für Asylbewerber
3141	Soziale Einrichtungen
3211	Kriegsopferfürsorge
3311	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
3411	Unterhaltsvorschussleistungen
3431	Betreuungsleistungen
3511	Sonstige Soziale Hilfen und Leistungen
3521	Bildung und Teilhabe
3611	Förderung von Kindern in Tageseinricht./Tagespflege
3621	Jugendarbeit
3631	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe
3641	Jugendhilfeplanung
3651	Tageseinrichtungen für Kinder
3661	Einrichtungen der Jugendarbeit

Teilhaushalt 07 „Sport“

Verantwortlich: Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein

4211	Förderung des Sports
4241	Sportstätten und Bäder

Teilhaushalt 08 „Schulen“

Verantwortlich: Beigeordneter Knopp

2012	Allgemeine Schulverwaltung
2111	Grundschulen
2121	Hauptschulen
2151	Realschulen plus
2171	Gymnasien
2181	Integrierte Gesamtschule
2211	Förderschulen
2311	Berufsbildende Schulen
2411	Schülerbeförderung
2431	Schulartübergreifende Maßnahmen
3515	Lastenausgleich

Teilhaushalt 09 „Kultur“

Verantwortlich: Beigeordneter Knopp

2621	Musikpflege
2811	Heimat- und Kulturpflege
2911	Förderung Kirchen- u. sonst. Religionsgemeinschaften



2721	Stadtbibliothek
2711	Volkshochschule
2631	Musikschule
2511	Mittelrhein-Museum
2512	Ludwig-Museum
2611	Stadttheater
2522	Stadtarchiv

Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen und Verkehr“

Verantwortlich: Beigeordneter Prümm

1141	Ausgleichsflächen
5111	Räumliche Planungs- u. Entwicklungsmaßnahmen
5211	Bau- und Grundstücksordnung
5231	Denkmalschutz- und pflege
5221	Wohnungsbauförderung
5471	ÖPNV
1142	Liegenschaften
5112	Geoinformation
5113	Grundstückswertermittlungen
5551	Kommunaler Forstbetrieb
1144	Zentrales Gebäudemanagement
1233	Straßenverkehrsbehörde
5411	Gemeindestraßen
5416	Sonstige kommunale Verkehrsfläche
5421	Kreisstraßen
5431	Landesstraßen
5441	Bundesstraßen
5461	Parkeinrichtungen
5481	Fähren
5521	Gewässerunterhaltung
5511	Öffentliches Grün

Teilhaushalt 11 „Zentrale Finanzdienstleistungen“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig

6111	Steuern, Allg. Zuweis. U. Umlagen
6121	Sonst. Allg. Finanzwirtschaft
6129	HH-weite Sonderbuchungssachverhalte
6221	Nichtrechtsfähige Stiftungen
6261	Beteiligungen, Anteile, Wertpapiere



7. Prognosebericht – Chancen und Risiken

Der vom Rat beschlossene Ergebnishaushalt des Jahres 2014 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 21,5 Mio. EUR ab.

Die sich aus der mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2014 ff ergebenden **Fehlbeträge** stellen sich in folgender Höhe dar:

2015: 13,64 Mio. EUR; **2016:** 11,17 Mio. EUR; **2017:** 13,13 Mio. EUR

Das **Eigenkapital** entwickelt sich unter Berücksichtigung der zuvor genannten Jahresergebnisse auf der Basis der Haushaltsplanung 2014 demnach wie folgt:

	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017
Fehlbeträge	15.493.505	8.770.093	12.609.308	21.489.887	13.640.536	11.172.557	13.131.781
Aufgelaufenes Eigenkapital	505.465.974*	525.815.606**	513.206.298	491.716.411	478.075.875	466.903.318	453.771.537

- Beträge in EUR-

*unter Berücksichtigung nicht nur des Fehlbetrags 2011, sondern auch einer Korrektur zur Eröffnungsbilanz in Höhe von rd. -54,1 Mio. EUR

** unter Berücksichtigung nicht nur des Fehlbetrags 2012, sondern auch einer Korrektur zur Eröffnungsbilanz in Höhe von rd. +29,1 Mio. EUR

Bei einer weiterhin anzunehmenden jährlichen Fehlbetragsentwicklung von rd. 15 Mio. EUR droht mit Ablauf des Jahres 2047 die bilanzielle Überschuldung.

Nach dramatischen Steuerverlusten für Bund, Länder und Gemeinden vor allem durch die Finanzkrise, aber auch durch Änderungen des Steuerrechtes, steigen seit dem letzten Quartal 2009 die Steuereinnahmen, hier insbesondere die Gewerbesteuererträge, wieder deutlich an. Dies schlägt sich auch in der Haushaltsplanung 2014 und der Mittelfristplanung 2015 bis 2017 der Stadt Koblenz nieder.

Im Rahmen der Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten beschloss der Stadtrat am 29.10.2012 eine Satzung über die Erhebung einer Übernachtungssteuer. Die jährlich zu erwartenden Erträge wurden mit 750.000 € prognostiziert. In der Sitzung am 14.12.2012 beschloss der Stadtrat, aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes und des damit verbundenen unverhältnismäßigen Aufwandes bei der Einführung, die Aufhebung der Satzung über die Erhebung einer Übernachtungssteuer.

Gleichzeitig wurde die Verwaltung beauftragt die Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages zum 01.04.2013 zu prüfen und ggfs. die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Der Stadtrat beschloss in seiner Sitzung am 31.10.2013 von der Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages zunächst abzusehen.

Die voraussichtliche mittelfristige **Entwicklung der Steuern und Abgaben**, basierend auf der Haushaltsplanung 2014, stellt sich wie folgt dar:

	Ist 2011	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Steuern u. Abgaben	166,9	174,2	194,9	195,5	202,1	208,8	213,7

- Beträge in Mio. EUR-

Insbesondere wegen der stetig steigenden Steuererträge kann die Unterdeckung des „**laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**“ nach der Haushaltsplanung wie folgt reduziert werden:

	Ist 2011	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-17,9	-2,5	-8,9	-12,4	-3,8	-1,2	-3,0

- Beträge in Mio. EUR-

Ungeachtet dieser positiven Entwicklung wird der Jahresfehlbetrag nach den aktuellen Planungen 2014 (s. oben stehende Tabelle) in den kommenden Jahren sich stetig auf einem hohen Niveau von knapp über 10 Mio. EUR p. a. bewegen.

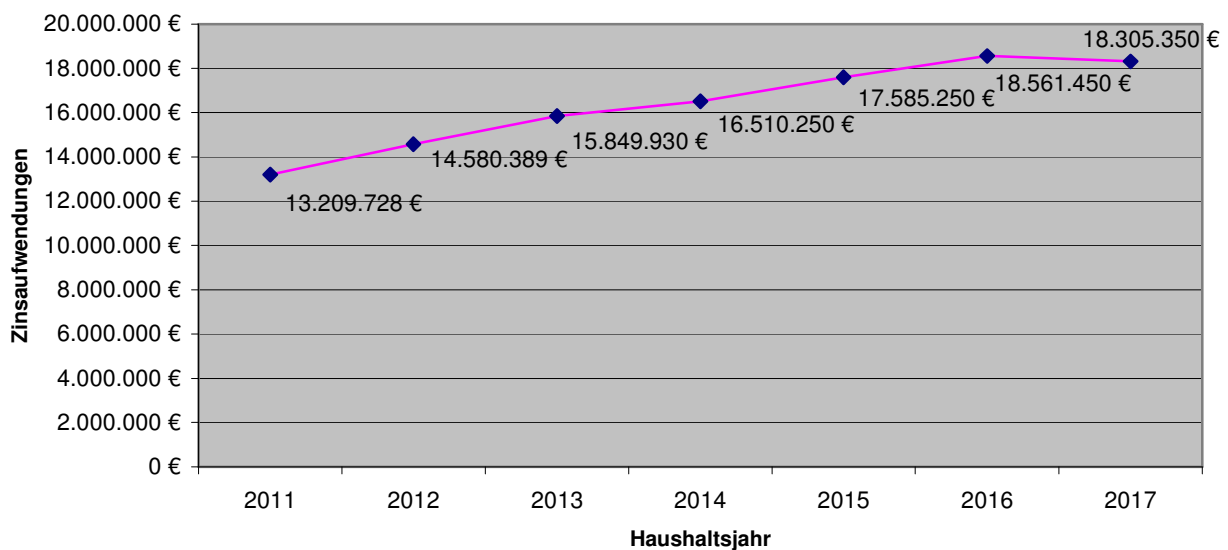
Ursächlich hierfür ist die im Rahmen der Haushaltsplanung 2014 prognostizierte negative Entwicklung der **Zinsaufwendungen u. sonstigen Finanzaufwendungen** (Kontenzeile 22, Ergebnishaushalt):

	Ist 2011	Ist 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Zinsaufwendungen u. sonstige Finanzaufwendungen	-13,2	-14,6	-15,8	-16,5	-17,6	-18,6	-18,3

- Beträge in Mio. EUR-

Resultierend aus der stetig steigenden Investitions- und Liquiditätskreditverschuldung erfahren die Zinsaufwendungen für Kredite in den kommenden Haushaltsjahren eine Steigerung:

Planmäßige Entwicklung der Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite (einschließlich Derivatgeschäfte)



Nach den Planzahlen steigen die Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite einschließlich der zur Zinssicherung abgeschlossenen Derivatgeschäfte innerhalb von fünf Jahren um rd. 3,72 Mio. € (25,55 %). Hierbei eingerechnet sind schon die in den kommenden Jahren zu erwartende Zinsanhebungen für Fremdkapital.

Weitere erhebliche finanzielle Belastungen sind weiterhin im **Kinder- und Jugendhilfebereich** auf der Grundlage gesetzlicher Bestimmungen vorgegeben:

Die gesetzlichen Änderungen zur **Kindertagesbetreuung** haben auf Bundesebene den Rechtsanspruch neu geregelt. Seit dem 1.8.2013 haben alle Kinder ab 1 Jahr einen Rechtsanspruch auf Betreuung in einer Kindertagesstätte oder in der Kindertagespflege.

Von daher mussten **neue Betreuungsplätze** geschaffen werden. So werden allein durch 3 städt. Baumaßnahmen (Oberwerth, Rauental und Güls) 180 neue Plätze geschaffen, was sich im investiven Haushalt niedergeschlagen hat. Langfristig wird dies auch im konsumtiven Haushalt Auswirkungen haben, da für die neuen Plätze und Gruppen die jeweiligen Personalanteile finanziert werden müssen.

Der Bund und das Land beteiligen sich mit Investitionszuschüssen an diesen Maßnahmen. Es zeigt sich gerade bei Neubauten, dass die Zuschüsse aus dem Bund-Länder-Programm zum „U3-Ausbau“ aber bei weitem nicht kostendeckend sind.

Die städt. Baumaßnahmen und die restlichen Baumaßnahmen freier Träger werden im Verlauf des Jahres 2014 abgeschlossen sein, so dass dann nach jetziger Einschätzung der Rechtsanspruch erfüllt werden kann, sh. Fortschreibung der Kitabedarfsplanung 2014-2015. Es ist noch unklar, inwieweit sich das ab 1.8.2013 geltende Gesetz zum Betreuungsgeld auf die Inanspruchnahme von Kindertagesstättenplätzen oder der Kindertagespflege dauerhaft auswirken wird.

Im konsumtiven Bereich sind nach wie vor **steigende Personalkosten** zu erwarten, da für alle neu geschaffenen Plätze entsprechende Personalschlüssel vorzuhalten sind. Hinzu kommen jährliche Tarifsteigerungen, die sich dauerhaft auswirken werden.

Im Jahr 2016 endet eine Vereinbarung mit den kirchlichen Trägern zur Gewährung von Ausgleichszahlungen zur Aufbringung der gesetzlichen Eigenanteile an den Personal- und Sachkosten der Kitas. Es ist angekündigt, dass ab 2017 neue Sparvorgaben des Bistums Trier und der ev. Kirchengemeinden greifen werden, so dass in 2016 neue Verhandlungen anstehen.

Im Rahmen der **Gebäudeunterhaltung** von Kindertagesstätten erhöhen sich die eigenen städt. Aufwendungen durch die Unterhaltung der neuen Einrichtungen bzw. der Erweiterung in Güls.

Neben der Erfüllung des Rechtsanspruches bewirken diese Maßnahmen eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Zielsetzung des Bündnisses für Familie) und der Familienfreundlichkeit der Stadt. Da in der Stadt Koblenz zwischenzeitlich eine hohe Anzahl betrieblicher Kindertagesstättenplätze vorgehalten wird und auch hier ein weiterer Ausbau geplant ist, ist die Sicherung der Kinderbetreuung für die Betriebe als Standortvorteil zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften zu sehen.

Durch das **Bildungs- und Teilhabepaket**, also die Auswirkungen des Gesetzes zur Neuordnung der Regelsätze etc. auf die Stadt Koblenz, kann mittelfristig von **spürbaren Entlastungen** für den städtischen Haushalt (Teilhaushalt 06 „Jugend u. Soziales“) ausgegangen werden. Die ursprüngliche im Gesetz festgelegte Erstattungsquote für das Bildungs- und Teilhabepaket von 5,4 % der laufenden Leistungen der Unterkunftskosten nach SGB II wurde durch Rechtsverordnung vom 19.08.2013 rückwirkend zum 01.01.2013 auf 3,3 % reduziert. Darüber hinaus will das zuständige Bundesministerium auch für das Jahr 2012 diese Reduzierung umsetzen. Die Bundesländer und die kommunalen Spitzenverbände haben einer solchen Rückerstattung für das Jahr 2012 widersprochen.

Ab dem Haushaltsjahr 2012 wird nach den bisherigen Erkenntnissen und Prognosen der städtische Haushalt insbesondere im Bereich der **Grundsicherung** durch die fließende **Bundesbeteiligung, die über die Länder verteilt werden**, entlastet werden.



Diese **Entlastung** im Vergleich zum Haushaltsjahr 2012 wird derzeit wie folgt prognostiziert:

- 2013: **rd. 3,3 Mio. EUR**
- 2014: **rd. 6,1 Mio. EUR**
- 2015: **rd. 6,1 Mio. EUR**

Darüber hinaus wird sich nach derzeitiger Prognose der städtische Haushalt im Jahre 2013 wegen der **geringeren Anzahl von Leistungsberechtigten** nach dem **SGB II** (Rückgang Arbeitslosigkeit) um weitere rund **500.000 EUR im Vergleich zum Haushaltsjahr 2011 verbessern**.

Im Teilhaushalt 7 „Sport“ rückt der **Neubau des Hallenbades** in den Fokus:

Der Neubau eines Hallenbades beinhaltet die Chance einen dem Bedarf gerecht werdenden und energetisch optimierten Bau zu errichten. Hierdurch können die späteren Betriebserträge- und –kosten maßgeblich beeinflusst werden.

Das Grundstück für den Neubau wird im Jahr 2014 durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft erworben. Das Grundstück für den Parkplatz ist bereits im städtischen Eigentum. Das Land hat die grundsätzliche Förderbereitschaft für den Neubau eines Hallenbades **mit bis zu 3 Mio. €** in Aussicht gestellt. Damit hat das Land aus unserer Sicht auch grundsätzlich anerkannt, dass eine Großstadt wie Koblenz, an 2 Flüssen gelegen, im Rahmen der Daseinsvorsorge seiner Bevölkerung eine adäquate Möglichkeit bieten muss, schwimmen zu lernen bzw. den Schwimmsport auszuüben. Somit sollten Gründe des Gemeinwohls (VV zu § 104 GemO) darstellbar sein.

Sowohl der Stadtvorstand als auch alle im Stadtrat vertretenen Fraktionen unterstützen den Neubau eines Hallenbades.

Die im Jahre 2008 von Altenburg sowie die im Jahr 2013 von der Firma con.pro erstellten Machbarkeitsstudien kommen schlussendlich beide zum Ergebnis, das Koblenz ausreichend Nachfrage und Bedarf für ein Familien- und Wohlfühlbad mit einem an den Bedarf der Koblenzer Bevölkerung angepassten Raumkonzept (siehe Konzeptanalyse der Arbeitsgruppe) hat.

Wenn Koblenz nicht einen weiteren weichen Standortfaktor verlieren möchte, ist der Neubau des Hallenbades **zwingend erforderlich**.

Ebenfalls sind jedoch auch Risiken im Zusammenhang mit dem Neubau des Hallenbades verbunden.

Zum einen besteht ein Wettbewerbsrisiko, da der Ist-Zustand des Marktes zwar analysiert werden kann, jedoch lassen sich Vorhersagen zur Marktentwicklung nur prognostizieren.

Ebenfalls besteht ein wirtschaftliches Risiko. An den meisten Standorten stellen Bäder defizitäre Einrichtungen dar. Hier muss durch eine vorausschauende Planung das kalkulierbare Defizit minimal gehalten werden. Durch entsprechende energetische Maßnahmen muss ebenso der zukünftige Energiebedarf minimiert werden.

Ebenso werden sich weitere **deutliche Belastungen des städtischen Haushalts** im Rahmen des Teilhaushalts 8 „**Schulen**“ ergeben:

Nachdem bereits beträchtliche Haushaltsmittel für Schulsanierungen im Rahmen des Konjunkturpaketes aufgewendet wurden (2010: 6,5 Mio. EUR; 2011: 12,2 Mio. EUR) sind jedoch weitere erhebliche Investitionen zur Sanierung der Koblenzer Schulen erforderlich.

Bereits in 2009 wurde deshalb durch die Koblenzer Wohnbau ein externes Unternehmen, die Firma IWB aus Braunschweig, mit der Erfassung des Sanierungsstaus beauftragt. Die IWB hat die relevanten Gebäudedaten erhoben und damit einen Ist-Zustand der Gebäudeschäden hergestellt.

Als Ergebnis wurde nach Abschluss der Konjunkturpaket-II Maßnahmen ein Sanierungsstau von ca. 193 Mio. € festgestellt. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus wurde mit Beschluss des Stadtrates vom 23.03.2012 (BV/0021/2012) der **Masterplan Schulen** aufgestellt.



Ziel des Planes ist es, den Sanierungsstau in den nächsten 10 Jahren im Wesentlichen mit einem Volumen von jährlich 7 Mio. EUR plus etwaiger Zuwendungen Dritter (bspw. Landeszuwendung aus dem Schulbauprogramm) abzubauen.

Wegen des Zustandes der Schulgebäude und weiterer nicht festgestellter Mängel oder Schäden, impliziert mit etwaigen Naturereignissen und Unvorhergesehenem, ist eine ständige Fortschreibung und Aktualisierung erforderlich. Der Masterplan Schulsanierung lehnt sich in seiner ersten Fassung an die Zeiträume der mittelfristigen Finanzplanung an, der Aufstellung für das Haushaltsjahr 2012 und eine/n Prognose / Ausblick bis zum Jahr 2015. Die Maßnahmenabwicklung richtet sich nach der Prioritätenfestlegung. Höchste Priorität genießen die aus dringenden sicherheitsrelevanten Gründen sofort umzusetzenden Maßnahmen. Hierzu zählen insbesondere Brandschutz- und Fassadensanierungen. Darauf folgend werden Projekte wahrgenommen, die zur Verbesserung der energetischen Eigenschaften der Gebäude dienen (Sanierung von Fenster, Dach, Heizung etc.). Zuletzt kommen die Verbesserungen in Betracht, um die Anforderung des Rahmenraumprogramms zu erfüllen.

Aufgrund der sehr späten Haushaltsfreigabe für den Teilhaushalt Schulen im Jahr 2012 konnten die im Jahr 2012 geplanten Maßnahmen erst sehr spät begonnen werden, weshalb in 2012 der Maßnahmenstau nicht wesentlich abgebaut werden konnte. Da die begonnenen Maßnahmen zu Beginn des Jahres 2013 ohne Unterbrechung fortgeführt werden können, wird die Maßnahmenabarbeitung in 2013 an Fahrt aufnehmen. In Anbetracht des erheblichen Sanierungsstaus von ca. 193 Mio. € bleibt die Abarbeitung dieses Staus im Rahmen der zur Verfügung gestellten Mittel ein sehr ambitioniertes Ziel.

Der seit dem ersten Schulhalbjahr 2012 vorliegende Schulentwicklungsplan könnte für die Folgejahre die Festlegung von Maßnahmenpriorisierungen maßgeblich beeinflussen. Mit den ersten Auswirkungen ist jedoch frühestens in 2015 zu rechnen.

Der mit im Rahmen der Schulbausanierung abgeschlossene Schulsanierungsvertrag mit der Koblenzer Wohnbau GmbH wird planmäßig bis zu Jahr 2016 fortgeführt. Innerhalb dieses Zeitraumes werden durch die Koblenzer Wohnbau GmbH weitere, nicht im Haushalt der Stadt Koblenz aufgeführte Sanierungsarbeiten an den Koblenzer Schulen durchgeführt. Hierfür erhält die Koblenzer Wohnbau ein fixes Entgelt von 3,8 Mio. €. Über diesen Zeitraum hinaus wurde in Gesprächen mit der ADD Trier vereinbart, den Vertrag vor dem ursprünglichen Vertragsende aufzuheben. Der Aufhebungsvertrag wird zurzeit noch erarbeitet, sodass derzeit keine Aussagen über die Zahlungsverpflichtungen der Stadt Koblenz ab dem Jahr 2016 getroffen werden können.

Für den Bereich der **Koblenzer Ingenieurbauwerke (insbesondere Brückenbauwerke)** besteht auch weiterhin ein erheblicher Investitions- und Sanierungsbedarf. Seit 2008 führt das städtische Tiefbauamt die in DIN 1076 verbindlich vorgeschriebenen Bauwerksprüfungen regelmäßig durch. Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse dieser Prüfungen wurde für das kommende Jahrzehnt ein **deutlicher Handlungsbedarf an Neubau- und Instandsetzungsmaßnahmen** von Ingenieurbauwerken festgestellt. Dabei rücken aufgrund der geografischen Lage der Stadt Koblenz insbesondere die über den Rhein und die Mosel führenden Brücken in den Vordergrund. Die Erkenntnisse führten zu der Erstellung eines Masterplans Brücken, der dem Stadtrat in seiner Sitzung am 16. Juni 2011 zur Kenntnis vorgelegt wurde. Danach ergibt sich für einen Zeitraum von 10 Jahren bereits ein Finanzbedarf an Baukosten und Ingenieurleistungen von ca. 120 Mio. EUR ohne Einbeziehung etwaiger Baukostenerhöhungen. Des Weiteren sind an **laufenden Unterhaltungskosten** jährlich rund 2,5 Mio. EUR bereit zu stellen.

Auch für die anderen Ingenieurbauwerke wie Stützwände, Verkehrszeichenbrücken, Lärmschutzwände etc. wurden die Bauwerksprüfungen zwischenzeitlich größtenteils abgeschlossen. Hier hat sich ebenfalls gezeigt, dass in den kommenden Jahren deutlich mehr Finanzmittel für die Unterhaltung bzw. die Erneuerung dieser Bauwerke aufgebracht werden müssen, als dies in den vergangenen Jahren der Fall war. Es hat sich allerdings herausgestellt, dass

der Zustand der Stützwände im Allgemeinen besser ist als der der Brücken, so dass der Fokus bis auf Einzelfälle nach wie vor eindeutig auf den Brücken liegt.

Es ist nach wie vor eine unabweisbare Aufgabe der Stadt, mittelfristig einen mindestens befriedigenden Bauwerkszustand zu erreichen und dauerhaft zu sichern.

Die vom Land zu erwartende Förderung von investiven Brückenbaumaßnahmen im Rahmen des LVFGKom/FAG beträgt zurzeit noch für alle Förderanträge, die bis Ende des Jahres 2013 beim Fördergeber eingereicht werden, bis zu 75 % der zuwendungsfähigen Kosten. Danach wird die Förderung nach dem derzeitigen Modell auslaufen. Wie sich die Förderung kommunaler Verkehrsprojekte im Anschluss gestalten wird, ist derzeit noch völlig ungeklärt. Aufgrund der allgemein festzustellenden schwierigen Finanzlage der öffentlichen Hand kann es auch zu einer deutlichen Reduzierung der Fördermittel kommen.

Von den im Masterplan Brücken ausgewiesenen Projekten wurde zwischenzeitlich die Instandsetzung der Ingenieurbauwerke am Langemarckplatz mit einem Investitionsvolumen von rund 1,0 Mio. EUR erfolgreich abgeschlossen.

Es ist in diesem Zusammenhang grundsätzlich festzuhalten, dass der Masterplan Brücken nicht als starres Konstrukt zu betrachten ist, das in der zum Zeitpunkt der Erstellung des Masterplans festgelegten Reihenfolge abgearbeitet wird. Vielmehr kann sich durch verschiedene Gründe immer wieder eine Verschiebung der Dringlichkeit einzelner Projekte ergeben. Dies können beispielsweise gravierende Verschlechterungen von Bauwerken oder Bauwerksteilen sein, Bündelung oder Entzerrung von Maßnahmen, verkehrliche Belange, finanztechnische Aspekt u. v. m.

Die Bauleistungen für die Instandsetzung der Balduinbrücke sind mittlerweile vergeben und werden planmäßig in den Jahren 2013 und 2014 ausgeführt. Die verbindliche Förderzusage des Landes in Höhe von 75 % liegt bereits vor. Das Gesamtbudget ist im Haushalt mit 8 Mio. EUR veranschlagt.

Die Bauvorbereitungen für die Erneuerung der Brücken in der Ravensteynstraße und der Beckenkampstraße sind ebenso im Gange wie für die Erneuerung der Fußgängerbrücke über die Bahn in Stolzenfels. Für die Brücke Ravensteynstraße wurde der Stadt von Seiten des Landes bereits eine Förderung in Aussicht gestellt.

Die Erneuerung des Gehwegs an der Eisenbahnbrücke Güls, die mit einem Budget von 1,7 Mio. EUR (konsumtiv) veranschlagt wurde, ist zwischenzeitlich in die Jahre 2013/14 verschoben worden, weil die Deutsche Bahn AG ebenfalls Baumaßnahmen an der Brücke durchführen will. Da die Deutsche Bahn AG sich an den sehr hohen Gerüstkosten beteiligen wird, kommt es zu erheblichen Kosteneinsparungen für die Stadt Koblenz. Die Höhe der entstehenden Einsparungen kann derzeit mangels vorliegender Planungen noch nicht beziffert werden.

Die Instandsetzung und Ertüchtigung der Pfaffendorfer Brücke sowie der Neubau der Westrampe und der Brückenstraße, die mit Gesamtkosten in Höhe von rund 28 Mio. EUR veranschlagt sind, mussten aufgrund des gravierenden Schadensfortschritts an der Vorlandbrücke im Ortsteil Lützel verschoben werden. Das Tiefbauamt bereitet daher zurzeit die Erneuerung der Vorlandbrücke Lützel vor. Diese wird sich in einem Kostenrahmen von rund 13 Mio. EUR bewegen. Durch das ISIM wurden für die Baumaßnahmen Zuwendungen von 8.915.250 € bewilligt. Der Bauauftrag ist vergeben, die Baumaßnahmen selbst werden nach den verwaltungsseitigen Planungen mit den Sommerferien 2014 beginnen und 2015 abgeschlossen. Da es aus verkehrlichen Gründen nicht möglich ist, zwei Flussbrücken im Zuge von Bundesstraßen (B 9 und B 49) gleichzeitig zu bearbeiten, können die Baumaßnahmen an der Pfaffendorfer Brücke daher voraussichtlich frühestens im Jahr 2016 nach der Fertigstellung der Vorlandbrücke Lützel beginnen.



Im Hinblick auf den zukünftigen großen Finanzbedarf im angesprochenen Aufgabenbereich muss verwaltungsseitig von einer spürbaren Belastung der kommenden städtischen Haushalte ausgegangen werden. Dazu zählen auch die Zinsbelastungen aus den erforderlichen Kreditaufnahmen. Die Zinskonditionen sind zwar historisch gesehen derzeit äußerst günstig ausgelegt, können aber durchaus in einem relativ kurzen Zeitraum auf ein höheres Niveau aus schlagen. Dies gilt wenn auch mit unterschiedlichen Zinsszenarien sowohl für die aufzunehmenden Investitionskredite als auch für die Liquiditätskredite, beim Letzteren, wenn es darum geht, die angesprochenen Unterhaltungsmaßnahmen zu finanzieren.

Der Bilanzposten „**Anlagen im Bau**“ dient der Sammlung der einzelnen aktivierungsfähigen Bestandteile der Herstellungskosten, die bei endgültiger Fertigstellung bzw. Betriebsbereitschaft summiert auf die endgültige Anlage nach der Vermögensverwendung umgebucht werden.

Während der Bauphase werden die unterschiedlichen Zugänge wie Fremd- oder Eigenleistungen auf der Anlage im Bau gesammelt. Mit der Umbuchung auf die endgültige Anlage wird die Anlage im Bau entsprechend ihrer Vermögensverwendung entlastet und die endgültige Anlage bebucht, ab dann beginnen auch die Abschreibungen. Hierfür wird eine Abschreibungsplanung für den Vermögensgegenstand festgelegt, die die Grundlage für die planmäßigen Abschreibungen bildet. In aller Regel wird eine lineare Abschreibung durchgeführt. Für Anlagen im Bau dürfen keine planmäßigen Abschreibungen vorgenommen werden.

Die Werte in der Bilanzposition „Anlagen im Bau“ steigen kontinuierlich weiter an, da die noch zu erfolgenden Abrechnungen abgeschlossener investiver Projekte weit hinter den Fertigstellungsdaten anstehen und ständig neue Bauvorhaben hinzukommen. Als Konsequenz hieraus stimmen zum einen die bilanzierten Anlagewerte bezogen auf die einzelnen Anlagenklassen nicht, ferner erfolgen keine Abschreibungen und korrespondierend hierzu auch keine Auflösungen der damit verbundenen Sonderposten. Die entsprechenden Aufwands- und Ertragswerte finden damit keine Berücksichtigung in der Ergebnisrechnung und somit auch bei der Ermittlung des Jahresergebnisses (Gewinn / Verlust), da die sich so ergebende Größe gegen das Eigenkapital gebucht wird.

Eine Senkung der Anlagen im Bau durch Umbuchung entsprechend der Vermögensverwendung ist nur möglich, wenn die Fachämter entsprechend die Bauvorhaben zunächst als fertiggestellt melden und dann gemeinsam mit der Anlagenbuchhaltung die Abrechnung aufbereiten, so dass die Anlagenbuchhaltung die notwendigen Buchungen durchführen kann. Hierzu wurden seitens der Anlagenbuchhaltung Gespräche mit den Fachämtern geführt, u. a. auch unter Regie des Hauptamtes. Ergebnis dieser Gespräche ist ein aufgesetztes Verfahren, in dem geregelt ist, bis wann welche Baumaßnahme abzurechnen ist, so dass in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 mit vermehrten Abrechnungen zu rechnen ist. Das Verfahren mit entsprechender Festlegung wurde seitens des Stadtvorstandes beschlossen.

Durch die vermehrte Abrechnung wird ein zeitnaher Rückgang der Anlagen im Bau angestrebt. Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch nicht möglich genaue Zahlen zu nennen.

Aus dem Bereich der **städtischen Beteiligungsgesellschaften** ist zu berichten, dass

1.

auf der Grundlage der Stadtratsbeschlüsse vom 19.12.2012 zur Gründung der Energiebeteiligungsgesellschaft Mittelrhein mbH (**EBM**) durch die Energieversorgung Mittelrhein GmbH (**EVM**) und zur Gründung der **EKO2 GmbH** durch die EBM (wobei sich die Stadt unmittelbar an der EKO2 GmbH beteiligt hat), die Voraussetzungen geschaffen wurden zum anteiligen Erwerb der von der RWE Beteiligungsgesellschaft mbH gehaltenen 57,5 % Anteile an der KEVAG durch das Bieterkonsortium Stadtwerke Koblenz GmbH, Stadt Koblenz, EVM und Thüga-AG



mit dem weiteren Ziel, die Unternehmen **KEVAG** und **EVM** im Jahr 2014 zu fusionieren

2.

auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses vom 19.12.2012 die Untersuchung hinsichtlich einer Kooperation des **Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz- St. Elisabeth Mayen gGmbH** mit der Stiftungsklinikum Mittelrhein GmbH, die in einer Fusion münden soll, fortgeführt wurden. Diese Fusion steht nun im Jahr 2014, rückwirkend zum 01.01.2014, unmittelbar bevor.

Des Weiteren stellt sich die zu erwartende wirtschaftliche Perspektive des Großprojektes **„Mittelrhein-Forum/Kulturgebäude“** positiv dar:

Vorbemerkung:

Die grundlegenden Zielsetzungen des Projektes Zentralplatz/Forum Mittelrhein sind in der Broschüre Zentralplatz (Version Nr. 3) dargelegt. Diese Broschüre ist erstmalig im Jahre 2008 anlässlich des Abschlusses des städtebaulichen Wettbewerbsverfahrens (in der Version 1) herausgegeben worden. In gekürzter Form werden nochmals die wesentlichen Argumente im nachfolgenden Text aus der Version 3 wiedergegeben:

a) Sanierungsgebiet Zentralplatz

Mit dem Neubau des Kulturgebäudes wurde ein städtebaulicher Akzent im Sanierungsgebiet Zentralplatz gesetzt, um den anhaltenden Funktions- und Frequenzverlust im Bereich Zentralplatz/Innenstadt aufzuhalten bzw. umzukehren. Die Mindernutzung und Leerstände von Ladenlokalen und Büroflächen in den oberen Etagen soll durch die wieder erhöhte Kundenfrequenz aufgrund des neuen Shopping-Centers und des Kulturgebäudes im Bereich Zentralplatz begegnet werden. Damit ergibt sich die Chance, dass mehr und höherwertige Arbeitsplätze im Bereich Zentralplatz und damit einhergehende Einkommenseffekte generiert werden.

b) Attraktivitätssteigerung im Bereich der Innenstadt/Zentralplatz

Mit dem neuen Shopping-Center und dem neuen Kulturgebäude kann sich die Innenstadt der Stadt Koblenz im kommunalen Wettbewerb zukünftig neu positionieren und seine führende Stellung im Einzelhandel und im Tourismus/Kulturangebot für die Region behaupten und ausbauen. Neben den neu geschaffenen Arbeitsplätzen im Shopping-Center wird die erhöhte Besucher- und Kundenfrequenz auch die umliegenden Einzelhandels- und sonstigen Dienstleistungsunternehmen (hier insbesondere Gastronomie) unterstützen. Es ist von Umsatzwachsen und einhergehenden erhöhten Beschäftigungszahlen auszugehen. Soweit die Unternehmen gewerbesteuerpflichtig sind, ist mit erhöhtem Gewerbesteueraufkommen zu rechnen. Für das neue Shopping-Center ist bereits die Zahlung von erheblichen Grundsteuern anzusetzen (Mehreinnahmen für die Kommune).

Ziel ist eine Erhöhung der Einzelhandels-Zentralität, und damit zusätzliche Kaufkraftzuflüsse aus der Region zu generieren.

c) Kulturbau

neue Stadtbibliothek

Die neue Stadtbibliothek bietet die Chance, dass den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Koblenz ein neuzeitliches Bildungsangebot bereitgestellt wird. Die Lesefähigkeit als Primärkompetenz kann somit sowohl bei den Kindern als auch bei den Migranten frühzeitig gefördert und unterstützt werden. Die positiven sozialen Auswirkungen (bessere Schulabschlüsse etc.) können nur aufgezeigt, aber nicht finanziell bewertet werden. Die neue Stadtbibliothek ist durch die Zusammenlegung von Kinder- und Jugendbibliothek und der Erwachsenenbibliothek auch als Kommunikationsplattform zwischen den verschiedenen Altersgruppen (Demo-



grafie) als auch zwischen den verschiedenen sozialen und ethnischen Gruppen der Stadt wirken können.

Neue Touristeninformation mit Romanticum

Die neue Touristeninformation im Kulturgebäude fungiert als Ausgangs- und Zielpunkt, insbesondere für geführte Stadtführungen aber auch für den Einzelreisenden. Insgesamt steht die Förderung des Tourismus und die Verlängerung der Verweildauer der Touristen im Vordergrund. Hierzu zählt auch das neue Angebot des Romanticum. Die Verlängerung der Verweildauer der Touristen führt automatisch zu einer höheren Auslastung der Hotels in Koblenz und somit zu mehr Arbeitsplätzen und höheren Umsätzen in der Gastronomie.

Kulturgebäude – neues Mittelrhein-Museum

Mit dem neuen Mittelrhein-Museum kann der Kultur- und Bildungsauftrag des Museums besser als bisher umgesetzt werden. Hierzu zählen insbesondere auch die pädagogischen Möglichkeiten (Malraum) im Mittelrhein-Museum für Kleinkinder und Schüler. Im Zusammenwirken mit dem Romanticum wird dem Besucher und Touristen ein weiteres Angebotselement in inhaltlich und räumlich verbesserter Qualität angeboten werden. Ein Besuch des Mittelrhein-Museums bietet sich als weiterer Baustein für den Touristen beim Aufenthalt in Koblenz an, um die Verweildauer zu verlängern.

Kulturgebäude – öffentliche Dachterrasse

Der Panoramaaufzug wird die Besucher und Gäste vom Foyer bis direkt auf die Dachterrasse befördern. Diese öffentliche Dachterrasse ist ein weiterer Baustein für die Gestaltung des Aufenthalts der Touristen in Koblenz und zur Verlängerung der Aufenthaltsdauer beiträgt.

Kulturgebäude - multifunktionales Foyer (bis 300 Personen)

Mit dem Foyer im Kulturgebäude verfügt die Stadt auch über einen Veranstaltungsraum mit Bestuhlung für bis zu 300 Besucher. Damit können auch kleine und mittelgroße Veranstaltungen in einem attraktiven Umfeld gestaltet werden. Dies verbessert sowohl die Lebensqualität für die in Koblenz wohnende und arbeitende Bevölkerung als auch die Möglichkeit, neue Veranstaltungsangebote im Kulturgebäude durchzuführen. Auch hier werden die Veranstaltungen sich nicht nur an die Bürger, sondern auch an die Besucher und Touristen der Stadt Koblenz richten.

d) Zentralplatz – Neugestaltung Straßen und Platz

Mit der Neugestaltung der Platzfreifläche bietet sich ein neuer zentraler Veranstaltungsort für Open-Air-Veranstaltungen und andere Veranstaltungsformen an. Dies führt zu einer Erhöhung der Besucher- und Kundenfrequenz für den Zentralplatz und für die angrenzenden Bereiche. Die Stadt Koblenz kann hier auch als Eigentümer der öffentlichen Platzfläche durch die Erteilung von Sondererlaubnissen und anderen Veranstaltungen (Nutzungsentgelte) Einnahmen generieren, die auf dem alten Zentralplatz aufgrund der fehlenden Attraktivität nicht möglich waren bzw. nicht stattfanden oder nachgefragt wurden. Die neue Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes soll zu einer Verlängerung der Verweildauer des Besuchers und des Touristen führen und damit den Umsatz im Bereich Einzelhandel und Gastronomie weiter fördern.

e) Risiko Kulturgebäude

Beim Betrieb des Kulturgebäudes liegen die Risiken seitens der Stadt Koblenz vorrangig in steigenden Lohnkosten. Ein weiteres Risiko liegt bei Immobilien immer in der Entwicklung der Energie- und Instandhaltungskosten, da hier ein Volumen von 103.000 m³ zu unterhalten und zu beheizen/kühlen ist. Ebenso belasten die Abschreibungen den städtischen Haushalt.

f) Shopping-Center – Risiko Schließung des Shopping-Centers

Durch eine Regelung im städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Koblenz und der FMKK GmbH & Co. KG ist eine 20jährige Betriebspflicht für das Shopping-Center vereinbart worden. Somit ist das mögliche Risiko der Schließung bzw. eine Betriebseinstellung des Shopping-Centers für diesen Zeitraum nahezu ausgeschlossen worden. Damit ist auch sichergestellt,



dass die beschäftigungspolitischen und finanzwirtschaftlichen Effekte des Shopping-Centers für die Stadt über diesen Zeitraum gesichert sind.

g) Schlussbemerkung zum Großprojekt „Mittelrhein-Forum/Kulturgebäude“

Eine finanzpolitische Bewertung der Effekte sowohl des Shopping-Centers als auch des Kulturgebäudes ist seit einigen Jahren durch entsprechende Fachgutachten möglich. Hierzu hat es eine Unterrichtung in der Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses vom 30.11.2011 gegeben. Viele Effekte werden erst mit einem gewissen Zeitversatz eintreten, da die Erhöhung der Kundenfrequenz nicht schlagartig eintreten wird. Auch die Erzeugung der finanzwirtschaftlichen Effekte wird zeitversetzt bei der Stadt Koblenz eintreffen. Im Jahr 2012 wurde die Betriebskostenschätzung aktualisiert und weiter differenziert.

Derzeit wirkt sich das Kulturgebäude auf dem Zentralplatz im Rahmen der Haushaltsplanung 2014 in den betroffenen Produkten wie in der folgenden Tabelle dargestellt, aus. Es werden jeweils die Zuschussbedarfe nach interner Leistungsverrechnung (ILV) der Produkte dargestellt. Es handelt sich hierbei um reine Gebäudekosten.

Amt	Produkt	Bezeichnung	Übersicht Zuschussbedarf (nach ILV)				
			2013	2014	2015	2016	2017
10	1144	Zentrales Gebäudemanagement *	0	-532.534	-536.914	-541.414	-546.124
42	2721	Stadtbibliothek	1.145.667	-1.950.006	-1.916.932	-1.913.134	-1.919.625
45	2511	Mittelrhein-Museum	-922.560	-1.136.021	-1.095.494	-1.100.088	-1.104.886
80	5711	Kommunale Wirtschaftsförderung	-98.713	0	0	0	0
46, 40	2611, 2621, 2811	Stadttheater, Musikpflege, Heimat- und Kulturpflege *	-648	0	0	0	0
		Summe	-1.968.545	-3.618.561	-3.549.340	-3554.636	-3.570.635

* Bei der Ermittlung der dargestellten Zuschussbedarfe wurden nur die Erträge und Aufwendungen berücksichtigt, welche aus dem Kulturgebäude auf dem Zentralplatz resultieren (ohne Zinsen).

Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs:

Der Verfassungsgerichtshof (VGH) hat dem Gesetzgeber aufgegeben, bis **spätestens** zum **1.1.2014** eine verfassungsmäßige Regelung vorzulegen. Dabei differenziert der VGH zwischen dem vertikalen und dem horizontalen Finanzausgleich. Er stellt im Ergebnis fest, dass sowohl die vertikale Verteilungssymmetrie (Land-Kommunen) als auch das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung verletzt ist. Ein wesentlicher Fehler sind dabei die hohen und steigenden Soziallasten der Träger der Sozial- und Jugendhilfe.

Mit dem am 08. Oktober 2013 verabschiedeten Landesgesetz zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs wurden die aus Sicht des Landes sich aus dem Urteil ableitenden erforderlichen Regelungen getroffen.

Als zentrale Änderung im Rahmen des Ausgleichssystems wurden die Schlüsselzuweisungen ergänzt. Mit den neu geschaffenen Schlüsselzuweisungen C1 und C2 werden aus Sicht des Gesetzgebers Entlastungen für die Kommunen im Sozialbereich geschaffen.



Neben dieser wesentlichen Änderung umfasst das Gesetz noch weitere Änderungen, wie z.B. die Änderung der Schlüsselzuweisung B1 (Zuweisung für kreisfreie Städte wurde um 15 Euro je Einwohner von 46 Euro auf 61 Euro angehoben).

Es bleibt jedoch festzuhalten, dass zunächst noch keine abschließende Bewertung zu dieser Gesetzesänderung in inhaltlicher und finanzieller Hinsicht getroffen werden kann, da neben den sicherlich positiven auch negative Anpassungen vorgenommen wurden, die sich erst zu einem späteren Zeitpunkt bewerten lassen. Definitiv kann aber heute schon festgehalten werden, dass sich die Komplexität des rheinland-pfälzischen Finanzausgleichssystems noch weiter erhöht hat.

Seitens der kommunalen Spitzenverbände wurde bereits koordiniert, dass einige Kommunen das neue LFAG erneut vom Verfassungsgerichtshof überprüft lassen.

Anlage 10 Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz

AKTIVA

1	Anlagevermögen	31.12.2012	1.328.726.014,65 €
		31.12.2011	1.273.237.097,29 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	57.104.597,27	57.311.264,02
Sachanlagen	993.194.278,14	922.924.415,76
Finanzanlagen	278.427.139,24	293.001.417,51
	<u>1.328.726.014,65</u>	<u>1.273.237.097,29</u>

Eine von den Anschaffungs- und Herstellungskosten ausgehende Darstellung der Entwicklung der einzelnen Bilanzposten des Anlagevermögens enthält der Anlagepiegel (**Anlage 5**).

1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	31.12.2012	57.104.597,27 €
		31.12.2011	57.311.264,02 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Gewerbl. Schutzrechte, Rechte, Lizenzen	381.353,68	113.570,68
Geleistete Zuwendungen	44.273.337,00	44.451.870,00
Gezahlte Investitionszuschüsse	10.903.918,00	11.199.615,00
Anzahlungen auf immat. Vermögensgegen.	1.545.988,59	1.546.208,34
	<u>57.104.597,27</u>	<u>57.311.264,02</u>

1.1.1	Gewerbliche Schutzrechte u. ähnliche Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	31.12.2012	381.353,68 €
		31.12.2011	113.570,68 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:



	<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2011	113.570,68
Zugänge inkl. Umbuchungen	397.469,90
Abschreibungen	<u>- 129.686,90</u>
Stand am 31.12.2012	381.353,68

Die Zugänge beinhalten die Anschaffungskosten für verschiedene Softwarepakete und zusätzliche Lizenzen bereits implementierter Software. Der starke Anstieg dieser Bilanzposition ist auf die Abrechnung der integrierten Leitstelle bei Amt 37 (Brand- und Katastrophenschutz) mit 369.905,07 € zurück zu führen.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	129.686,90 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Umbuchungen waren im Haushaltsjahr in Höhe von 378.298,62 € zu verzeichnen.

1.1.2 Geleistete Zuwendungen	31.12.2012	44.273.337,00 €
	31.12.2011	44.451.870,00 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2011	44.451.870,00
Korrektur Eröffnungsbilanz	+ 651.044,00
Zugänge inkl. Umbuchungen	1.559.324,81
Abgänge	- 63.809,00
Abschreibungen	<u>- 2.325.092,81</u>
Stand am 31.12.2012	44.273.337,00

Die Zugänge inkl. Umbuchungen setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>EUR</u>
Investitionskostenzuschuss Stadtentwässerung	977.519,54
Zuschuss Kita Unter dem Regenbogen	250.000,00
Zuschuss Ev. Kirchengemeinde	210.000,00
Schienenhaltepunkt Stadtmitte	38.225,59
Krankentransportwagen	12.000,00
Sonstiges	<u>71.579,68</u>
	1.559.324,81

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	2.325.092,81 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Zuschreibungen waren nicht zu verzeichnen.



Die mit einer vereinbarten, mehrjährigen Gegenleistungsverpflichtung oder einer mehrjährigen Zweckbindung verbundenen geleisteten Zuwendungen zur Anschaffung von Vermögensgegenständen wurden buchmäßig fortgeschrieben. Geprüft wurden im Wege des Jahresabschlusses 2012 Zugänge im Bereich der Kindertagesstätten.

Die Abrechnung (Nachaktivierung) der Maßnahme „Schienenhaltepunkt Stadtmitte“ wurde unterjährig geprüft und anschließend durch die Anlagenbuchhaltung aktiviert.

Die in den vergangenen Jahren festgestellten Fehlbuchungen hinsichtlich der Zuwendungen bzw. Investitionskostenzuschüsse der Stadt Koblenz an ortsansässige Sportvereine wurden nunmehr i.H.v. 323.692,00 € ausgebucht. Des Weiteren musste ein Investitionskostenzuschuss der Stadtentwässerung i.H.v. 974.736,00 € nachaktiviert werden, da dieser bei den Meldungen für die Eröffnungsbilanz fehlte.

1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse	31.12.2012	10.903.918,00 €
	31.12.2011	11.199.615,00 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2011	11.199.615,00
Korrektur Eröffnungsbilanz	- 183.087,00
Zugänge inkl. Umbuchungen	389.313,24
Abschreibungen	- 501.923,24
Stand am 31.12.2012	10.903.918,00

Die Zugänge inkl. Umbuchungen setzen sich wie folgt zusammen:

	EUR
Zuschuss Passage Schängelcenter	33.335,00
Zuschuss Rettungswache DRK	355.978,24
	389.313,24

Die bisher geleisteten Zuschüsse wurden anteilig gemäß der vereinbarten Zweckbindung bzw. Gegenleistungsverpflichtung abgeschrieben.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	501.923,24 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	31.12.2012	1.545.988,59 €
	31.12.2011	1.546.208,34 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:



	EUR
Stand am 31.12.2011	1.546.208,34
Zugänge	515.148,69
Umbuchungen	515.368,44
Stand am 31.12.2012	1.545.988,59

Der Schlussaldo von rd. 1,5 Mio. € verteilt sich im Wesentlichen auf mehrere Zuschüsse für den Zentralplatz (Rückbau Deinhard Gelände), den Bubenheimer Kreisel sowie verschiedene Baumaßnahmen an Kindertagesstätteneinrichtungen.

In dieser Bilanzposition dominierte in den Vorjahren die Abbildung des Großprojektes „Bundesgartenschau 2011“, da dieses Konto unterjährig als Sammelkonto für die Bundesgartenschau GmbH genutzt und zum Bilanzstichtag durch Umbuchung auf die entsprechende Finanzanlage ausgeräumt wird. Um einen korrekten Bilanzausweis zu gewährleisten, wäre eine unmittelbare Bebuchung der Finanzanlage, verbunden mit der exakten Zuordnung der gewährten Zuschüsse auf die einzelnen Investitionsmaßnahmen, zu empfehlen. Im Berichtsjahr war noch ein Betrag in Höhe von T€ 17 offen.

1.2 Sachanlagen	31.12.2012	993.194.278,14 €
	31.12.2011	922.924.415,76 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Wald, Forsten	25.724.612,05	26.653.969,70
Sonstige unbebaute Grundstücke	89.004.081,18	91.519.102,06
Bebaute Grundstücke	144.997.689,99	145.948.151,99
Infrastrukturvermögen	502.443.691,20	513.347.520,26
Bauten auf fremden Grund	2.612.652,00	2.727.905,00
Kunstgegenstände, Denkmäler	38.038.044,94	29.347.942,34
Maschinen, technische Anlagen, KFZ	9.198.101,18	8.880.041,37
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	10.414.230,04	8.732.639,45
Anzahlungen, Anlagen im Bau	170.761.175,56	95.767.143,59
	993.194.278,14	922.924.415,76

1.2.1 Wald, Forsten	31.12.2012	25.724.612,05 €
	31.12.2011	26.653.969,70 €

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:



	EUR
Stand am 31.12.2011	26.653.969,70
Korrektur Eröffnungsbilanz	- 518.484,00
Umbuchungen bzw. Umgliederungen	- 408.359,54
Abgang	- 2.514,11
Stand am 31.12.2012	25.724.612,05

Die Korrektur zur Eröffnungsbilanz beinhaltet die Nacherfassung von zwei Grundstücken (+189.372,95 €) sowie die Anpassung von zwei Grundstückswerten (- 707.856,95 €), die zur Eröffnungsbilanz zu hoch bewertet wurden.

Im Gegensatz zur Eröffnungsbilanz erfolgt der Ausweis als kumulierter Bilanzwert, d.h. eine Differenzierung hinsichtlich der Grundstückswerte und des Baumbestands nach Holzart ist nicht erfolgt. Für die Folgejahre wird die Fortführung eines differenzierten Ausweises empfohlen. Der diesbezügliche Hinweis des Vorjahresprüfberichts wird insofern eindringlich wiederholt.

1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	31.12.2012	89.004.081,18 €
	31.12.2011	91.519.102,06 €

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2011	91.519.102,06
Korrektur Eröffnungsbilanz	- 7.564.925,37
Zugänge	2.408.131,07
Umbuchungen	4.214.780,80
Abschreibungen	- 118.739,63
Abgänge	- 1.454.267,75
Stand am 31.12.2012	89.004.081,18

Im Hinblick auf die deutliche Veränderung des Bilanzwertes im Vergleich zum Vorjahr gilt es festzustellen, dass die Bilanzposition zunächst einen Rückgang durch eine ergebnisneutrale Korrektur der Eröffnungsbilanz in Höhe von 7.564.925,37 € erfahren hat. Die Zuwächse von 2.408.131,07 € durch Zugänge und Nachaktivierungen sowie durch Umbuchungen in Höhe von 4.214.780,80 € führen mit Abgängen in Höhe von 1.454.267,75 € sowie Abschreibungen in Höhe von 118.739,63 € zu einer Reduzierung des Buchwertes um 2.515.020,88 €.

Die Umbuchungen resultieren vornehmlich aus Verschmelzungen und Zerlegungen von Flurstücken. Weiterhin ergaben sich Umbuchungen innerhalb des Sachanlagevermögens oder in das Umlaufvermögen.

Die Zugänge, die in der Anlagenübersicht ausgewiesen werden, umfassen die Zugänge aus Umbuchungen, die Nachaktivierungen zu einzelnen Anlagen sowie die tatsächlichen Zugänge von Anlagen durch Ankäufe.



Die Zu- und Abgänge wurden stichprobenweise geprüft.

Die Position „Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte“ beinhaltet zum Bilanzstichtag 31.12.2012 Grundstücke im Wert von mehreren Millionen Euro, die aber im Laufe des Jahres 2010 verkauft wurden und auf den neuen Eigentümer wirtschaftlich übergegangen sind. Der Verkauf wurde über DLP-Konten abgewickelt (siehe 4.11 „Sonstige Verbindlichkeiten“). Die Abwicklung des Verkaufs erfolgt im Jahresabschluss 2013.

1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	31.12.2012	144.997.689,99 €
	31.12.2011	145.948.151,99 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2011	145.948.151,99
Zugänge	426.957,52
Umbuchungen	2.555.859,58
Abgänge	- 108.951,53
Abschreibungen	<u>- 3.824.327,57</u>
Stand am 31.12.2012	144.997.689,99

Die bereits im Vorjahr getroffene Feststellung, dass eine Erfassung der Betriebsvorrichtungen, soweit diese in den Gebäuden vorhanden sind, nicht stattgefunden hat, bleibt weiterhin bestehen. Eine nachträgliche Erfassung der Betriebsvorrichtungen ist im Rahmen der turnusmäßig stattfindenden Inventur vorgesehen. Ebenfalls ist die Aufnahme von Kunst am Bau bisher nicht erfolgt. Die vorangegangenen Feststellungen zu den Betriebsvorrichtungen und der Kunst am Bau gelten nicht für den Bereich der Schulen, in diesem Bereich wurde das Vermögen kürzlich über die Inventur erfasst.

Eine Überprüfung der Anschaffungs- und Herstellungskosten der städtischen Gebäude mit besonderem Augenmerk auf den Baunebenkosten (§ 34 GemHVO) wird zukünftig durchzuführen sein.

Die Richtlinie „Erstinventur und Erstbewertung im Bereich der Gebäude der Stadt Koblenz“ sieht vor:

1. dass die kontinuierliche Fortschreibung der ermittelten Werte durch das Fachamt (Amt 62) zu erfolgen hat und
2. dass jegliche Wertveränderungen, die nach der Eröffnungsbilanz eintreten, durch die Anlagenbuchhaltung unter Angabe von Art und Höhe, in die Gebäudeakten eingearbeitet werden.

Die Umbuchungen inkl. Zugänge verteilen sich im Wesentlichen auf die Erstellung des Parkdecks B 42 (T€ 1.020), Toilettenanlage Hildagymnasium (T€ 458), Umbaumaßnahmen Feuerhauptwache infolge der Leitstelleneinrichtung (T€ 325), Erstellung Kita Musikerviertel (T€ 284) sowie Pergolen Pfaffendorfer Brücke (T€ 122). Zuschreibungen sind im Haushaltsjahr nicht erfolgt.



Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	3.818.387,89
Außerplanmäßige Abschreibungen	5.939,68

Die bilanziellen Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr wurden auf Plausibilität geprüft. Es ergaben sich keine größeren Abweichungen. Die Abschreibungen gliedern sich wie folgt auf:

	<u>EUR</u>
Wohnbauten	22.565,59
soziale Einrichtungen	154.356,50
Schulgebäude und -turnhallen	2.367.674,84
Kulturanlagen	227.724,00
Sportanlagen	506.448,27
Verwaltungsgebäude	116.285,74
Sonstige Gebäude	429.670,63
Korrektur der Abschreibungen auf Abgänge	- 398,00
	<u>3.824.327,57</u>



1.2.4 Infrastrukturvermögen	31.12.2012	502.443.691,20 €
	31.12.2011	513.347.520,26 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Infrastruktur (Grundstücke u.ä.)	7.199.310,34	6.737.489,76
Brücken	34.488.292,00	36.494.951,00
Ingenieurtechnische Anlagen	2.705.544,00	2.764.498,00
Stützbauwerke	20.730.602,00	14.718.475,00
Grundstücke Gleisanlagen	300.078,90	167.976,03
Verteilungsanlagen	1.512,00	1.815,00
Abfallanlagen (Grundstücke u.ä.)	1.017.116,89	485.629,86
Straßen, Wege, Plätze (Grundstücke u.ä.)	244.312.128,36	250.058.308,71
Bundesstraßen	11.463.252,00	12.658.546,00
Landstraßen	5.857.124,00	6.203.291,00
Kreisstraßen	10.050.848,59	10.636.170,65
Gemeindestraßen	78.497.220,95	82.366.484,27
Gehwege	48.023.481,65	50.227.252,00
Straßenbegleitgrün	14.705.134,82	15.225.032,82
Fußwege	21,60	21,60
Radwege	1.328.696,00	1.394.388,00
Landwirtschaftliche Wege	3.148.412,00	3.437.399,00
Forstwirtschaftliche Wege	1.581.202,00	1.669.882,00
Parkplätze	11.917.872,54	12.351.211,00
Lichtsignalanlagen	1.460.314,00	1.688.122,00
Techn. Anlagen der Verkehrslenkung	265.877,00	318.602,00
Sonstige Verkehrslenkungsanlagen	174.552,00	189.502,00
Infrastrukturanlagen zur Unterhaltung	1.317.811,46	1.336.126,46
Straßenbeleuchtung	1.872.616,03	2.191.676,03
Sonstige Infrastruktur, Grundstücke u.ä.	24.670,07	24.670,07
	502.443.691,20	513.347.520,26

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2011	513.347.520,26
Korrektur Eröffnungsbilanz	- 4.946.481,12
Zugänge	2.677.662,61
Umbuchungen	4.058.560,81
Abgänge	- 110.077,85
Abschreibungen	-12.583.493,51
Stand am 31.12.2012	502.443.691,20

Aus der Prüfung der Ergebnistabelle "Verkehrsflächen" vor und nach 2000 ergab sich im Vorjahr die Feststellung, dass verschiedene Grundstücke doppelt erfasst wurden. Nachdem ein Teil der Korrekturen im letzten Jahresabschluss vorgenommen worden ist, wurden im vorliegenden Jahresabschluss zusätzliche Korrekturen vollzogen.



Weitere Korrekturen werden letztmalig im folgenden Jahresabschluss (2013) erfolgen.

Bei der Schwerpunktprüfung der Grundstückakten „Straßen, Wege, Plätze“ wurde festgestellt, dass bei der Bewertung und Erfassung im Rahmen der Eröffnungsbilanz **verschiedenartige** Fehler gemacht worden sind. Nachdem im Jahresabschluss 2011 ein einzelnes Grundstück mit einem Betrag in Höhe von **55.513.719,38 €** korrigiert wurde, sind auch im vorliegenden Jahresabschluss diverse Grundstückswerte korrigiert worden (vgl. hierzu die Erläuterungen zum Anlagenspiegel; Anlage 5 dieses Prüfberichtes).

Zusätzliche Korrekturen aufgrund verschiedener Prüfungshandlungen werden zum Jahresabschluss 31.12.2013 erfolgen.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	12.583.493,51 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Die Prüfung der Abschreibungen des Infrastrukturvermögens ergab, dass diese im Wesentlichen nach den Vorschriften des § 35 GemHVO durchgeführt wurden.

1.2.5 Bauten auf fremden Grund und Boden	31.12.2012	2.612.652,00 €
	31.12.2011	2.727.905,00 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Mahnmale	1,00	1,00
Stadien	2.146.863,00	2.235.187,00
Sonstige Sportstätten	465.788,00	492.717,00
	<u>2.612.652,00</u>	<u>2.727.905,00</u>

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2011	2.727.905,00
Abschreibungen	- 115.253,00
Stand am 31.12.2012	<u>2.612.652,00</u>

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	115.253,00 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €



Bauten auf fremden Grund und Boden sind dann gegeben, wenn das Grundstückseigentum vom Gebäudeeigentum getrennt ist. Die Bewertungen der Bauten auf fremden Grund und Boden erfolgten analog der Bewertung der bebauten Grundstücke. Die Position beinhaltet im Wesentlichen die Bausubstanz des Stadions Oberwerth sowie anderer Sportanlagen im Stadtgebiet.

Zuschreibungen und Abgänge sind im Haushaltsjahr nicht erfolgt.

1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler	31.12.2012	38.038.044,94 €
	31.12.2011	29.347.942,34 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Denkmäler	23.092.689,48	18.847.056,88
Gemälde	10.609.923,35	6.842.253,35
Skulpturen	4.335.432,11	3.658.632,11
	38.038.044,94	29.347.942,34

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2011	29.347.942,34
Korrektur Eröffnungsbilanz	6.588,14
Zugänge inkl. Umbuchungen	8.695.067,06
Abschreibungen	-11.552,60
Stand am 31.12.2012	38.038.044,94

Die Zugänge betreffen sowohl Ankäufe von Kunstgegenständen als auch Sachzuwendungen. Das Berichtsjahr wurde geprägt durch die Inventarisierung der Schenkung der Ludwig-Stiftung i. H. v. 6.402.795,50 € sowie der Smits-Stiftung, bei der sich ein Buchwert i. H. v. insgesamt 135.637,00 € ergab. Des Weiteren wurden die Sanierung für die Feste Franz nach Abschluss der Baumaßnahmen i. H. v. 2.036.586,46 € erfasst. Die Abrechnung, sowie die Umbuchung aus der Bilanzposition Anlagen im Bau, wurde durch eine gesonderte Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes geprüft. Hierbei wurde hinsichtlich der Abschreibungen festgestellt, dass die Abschreibungsdauer mit 100 Jahren angesetzt wurde, die Afa-Tabelle des Landes jedoch eine geringere Nutzungsdauer von 80 Jahren bzw. bei Baudenkmalern von lediglich 50 Jahren vorsieht.

Die Korrektur der Eröffnungsbilanz betrifft die Nachaktivierung einer Stele des Kultur- und Schulverwaltungsamtes.

Die rd. 20.000 Exponate des Mittelrhein Museums befinden sich im Eigentum der Stadt Koblenz und wurden aufgrund fehlender Vergleichswerte aus dem An- und Verkauf mit dem Versicherungswert bewertet, der eine zulässige Vereinfachungsmöglichkeit gem. der GemEBilBewVO darstellt.



Die bereits in den Vorjahren dokumentierte Schätzung der Exponate durch einen Sachverständigen ist nunmehr im Berichtsjahr erfolgt. Die Differenz zwischen den vormals angegebenen Versicherungswerten und der nunmehr vorgelegten Schätzung beläuft sich auf 71.173 €, d. h. der vormals angegebene Versicherungswert ist um diesen Betrag höher als der nunmehr vorgelegte geschätzte Wert. Eine Umstellung, d. h. Ausbuchung des Versicherungswertes und Neueinbuchung einer Vielzahl von Einzelobjekten erscheint nicht wirtschaftlich und ergebe auch keinen entscheidenden Vorteil zu der jetzigen Darstellung. Lediglich die fälschlicherweise in der Eröffnungsbilanz mit eingebuchten Dauerleihgaben i.H.v. 917.042 € werden ergebnisneutral gegen das Eigenkapital im Jahresabschluss 2013 ausgebucht.

1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	31.12.2012	9.198.101,18 €
	31.12.2011	8.880.041,37 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2011	8.880.041,37
Zugänge einschließlich Umbuchungen	1.335.769,93
Korrektur Eröffnungsbilanz	69.454,20
Abgänge	- 10.599,88
Abschreibungen	<u>-1.076.564,44</u>
Stand am 31.12.2012	9.198.101,18

Die Zugänge einschließlich Umbuchungen wurden in Stichproben geprüft und betreffen die drei Bereiche Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen sowie die Betriebsvorrichtungen. Im Einzelnen wurden z. B. Geräte für die Feuerwehr und das Tiefbauamt beschafft. Weiterhin wurde der technische Teil für die Maßnahme „Park- und Stellplätze unter der B42“ im Berichtsjahr aktiviert.

Die Korrektur der Eröffnungsbilanz betrifft Nachaktivierungen von zwei Fahrzeugen bei Amt 50 (Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales) sowie Amt 37 (Brand- und Katastrophenschutz).

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	1.076.564,44
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00

Die bilanziellen Abschreibungen wurden wie folgt vorgenommen:

Die Vermögensgegenstände wurden in der Software erfasst und haben gleichzeitig eine Nutzungsdauer gemäß den landesgesetzlichen Regelungen zugeordnet bekommen. Die Abschreibung wird automatisch durch die Software errechnet. Zur Überprüfung wurde eine Verprobung anhand der GuV mit den Abschreibungen in den einzelnen Konten aus der Bilanz durchgeführt. Hierzu wurden alle Wertminderungen in den einzelnen Konten des Anlagevermögens zusammengetragen. Es ergaben sich keine Differenzen.



Die Abgänge wurden anhand der Abstimmung Haupt- und Nebenbuch in Verbindung mit den Zugängen geprüft. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

Weiterhin bleibt die Festsstellung aus den Vorjahren bestehen, dass zwar Betriebsvorrichtungen erfasst worden sind, jedoch ist die Erfassung von Betriebsvorrichtungen in Gebäuden im Rahmen der Gebäudebewertung durch den beauftragten Gutachter unterblieben.

Hierzu teilt die Anlagenbuchhaltung auf Nachfrage mit, dass eine Aufnahme der noch fehlenden Betriebsvorrichtungen im Zuge der turnusmäßigen anstehenden Inventuren der Ämter (im Durchschnitt 3-4 Ämter pro Jahr) beabsichtigt sei.

1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung	31.12.2012	10.414.230,04 €
	31.12.2011	8.732.639,45 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2011	8.732.639,45
Zugänge	1.546.008,59
Umbuchungen	1.348.191,85
Korrektur Eröffnungsbilanz	82.520,04
Abgänge	-83.100,90
Abschreibungen	- 1.212.028,99
Stand am 31.12.2012	10.414.230,04

Die Zugänge inkl. Umbuchungen wurden in Stichproben geprüft und sind allesamt durch Rechnungen belegt. Es ergaben sich keine Beanstandungen. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Beschaffungen des Gebäudemanagements sowie um die Abwicklung und Abrechnung der integrierten Leitstelle des Brand- und Katastrophenschutzamtes. Ein weiterer Posten sind die Vernetzungsarbeiten an den Koblenzer Schulen zum Projekt „Medienkompetenz macht Schule“.

Die Korrektur Eröffnungsbilanz betrifft die in 2012 abgeschlossene Inventur der Schulen. Es handelt sich hierbei um Doppelerfassungen die korrigiert wurden.

In Gegensatz zur gesetzlichen Regelung des § 35 Abs. 3 GemHVO wurde im **Jahresabschluss 2009** zur Abschreibung der geringwertigen Wirtschaftsgüter § 6 Abs. 2 EStG angewandt. Demnach wurde eine Abgrenzung der Vermögensgegenstände anhand der steuerlichen Grenzen von 150 und 1.000 € durchgeführt und, sofern nach dieser Vorschrift erforderlich, die Bildung eines Sammel pools geringwertiger Wirtschaftsgüter mit einer 5-jährigen Abschreibungsdauer vorgenommen.

Ab dem Jahr 2010 wurden die bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung verbuchten geringwertigen Wirtschaftsgüter auf die Regelung des § 35 (3) Satz 2 GemHVO umgestellt. Hierbei wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, solche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten im Einzelnen den Wert von 410 € Netto nicht überschreiten, im Jahr ihrer Anschaffung oder Herstellung aufwandswirksam zu buchen. Die entsprechenden Ver-



mögensgegenstände aus dem Jahr 2009 werden dagegen weiterhin planmäßig abgeschrieben.

Eine stichprobenweise Überprüfung der Inventarisierung führte zu keinen Beanstandungen.

1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	31.12.2012	170.761.175,56 €
	31.12.2011	95.767.143,59 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2011	95.767.143,59
Zugänge	74.863.047,00
Umbuchungen	5.481.126,92
Abgänge	-5.350.141,95
Stand am 31.12.2012	170.761.175,56

Die Bilanzposition der Anlagen im Bau beinhaltet die bis zum Bilanzstichtag getätigten städtischen Investitionen für Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, die am Bilanzstichtag noch nicht ihrer bestimmungsgemäßen Nutzung übergeben werden konnten. Diese Position verzeichnet einen Anstieg von rd. 74,8 Mio. €, der sich vor allem durch die Bautätigkeit, insb. durch die Errichtung des „Forum Confluentes“, begründet.

Allein auf das „Forum Confluentes“ entfallen mit rd. 57 Mio. € mehr als 70% des Wertzuwachses der Anlagen im Bau.

Eine Prüfung des Bestands führte zu der Feststellung, dass von den 198 Projekten der Anlagen im Bau 11 Projekte im Berichtszeitraum abgerechnet worden sind, wobei eine weitaus größere Zahl an Vermögensgegenständen zwischenzeitlich ihrer bestimmungsgemäßen Nutzung zugeführt wurde und somit eine Umbuchung zwingend hätte erfolgen müssen. Weitere 6 bzw. 3 Projekte sind bereits teilabgerechnet bzw. es fehlen lediglich einzelne Positionsabrechnungen.

Zum Prüfungszeitpunkt lagen der Rechnungsprüfung jedoch erneut deutliche Anhaltspunkte vor, dass die Anlagenbuchhaltung alles daransetzt dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Der Anlagenbuchhaltung liegen zum Prüfungszeitpunkt bereits 59 Projekte zur Endabrechnung vor, weitere 77 Projekte befinden sich derzeit in der laufenden Endabrechnung. Somit kann festgestellt werden, dass sich bereits ca. 69% der Anlagen im Bau im Abrechnungsprozess befinden.

Zu 26 Projekten liegen noch keine vollständigen Abrechnungsunterlagen vor, zu 5 weiteren Projekten befindet sich die Anlagenbuchhaltung in Gesprächen mit den jeweiligen Fachämtern.

Durch die Entwicklung und Inkraftsetzung der „Arbeitsrichtlinie Anlagevermögen, Sonderposten und Vorräte“ zeigt sich eine deutliche Verbesserung im Abrechnungs-



prozess gegenüber den Vorjahren. Von einer temporären Überlastung des Abrechnungsprozesses im Bereich der Anlagenbuchhaltung muss jedoch in so weit ausgegangen werden, als dass die Fachämter nach anfänglichen Startschwierigkeiten, nun anhand dieser Arbeitsrichtlinie deutlich schneller zur Abrechnung der Projekte gelangen.

Die Rechnungsprüfung geht davon aus, dass sich dieser temporäre Überlastungsstatus im Abrechnungsprozess mit fortschreitender Dauer entzerren wird und letztendlich in den kontinuierlichen Abbau der bereits aufgelaufenen Abschreibungen mündet. Es kann insofern festgestellt werden, dass ein durch die Rechnungsprüfung empfohlener und durch die Anlagenbuchhaltung umgesetzter geregelter Ablauf zur Abrechnung und Aktivierung der nutzbaren Anlagen im Bau erfolgreich implementiert werden konnte.

Da die Abschreibung jedoch erst mit der Aktivierung (Umbuchung auf die entspr. Bilanzposition) des Vermögensgegenstands einsetzt, weist die Ergebnisrechnung, wie in den Vorjahren, zu geringe Aufwendungen für Abschreibungen aus (siehe Prüfberichte zum Jahresabschluss 2009 bis 2011).

An dieser Stelle muss die Feststellung der Jahre 2009-2011 wiederholt werden, dass die bis zur Aktivierung aufgelaufene Abschreibung nicht nachgeholt werden kann (keine Verlängerung der Nutzungsdauer des Anlagegutes möglich), so dass sich die Abschreibungsbeträge ab dem Zeitpunkt der Aktivierung auf die verbleibende Nutzungsdauer des Anlagegutes verteilen, was dann zwar zu gleichmäßigen, aber erhöhten Abschreibungen führt, und damit zwangsläufig materielle Auswirkungen auf die Ergebnisrechnungen der Folgejahre nach sich zieht.

Die Rechnungsprüfung rechnet daher, wie in den Jahren 2009-2011 bereits eingeschätzt, mit einem weiteren, deutlichen Anstieg der Abschreibungen, insb. nach der Fertigstellung des „Forum Confluentes“ sowie einer sukzessiven Aktivierung der bereits nutzbaren Vermögensgegenstände der Anlagen im Bau.

1.3 Finanzanlagen	31.12.2012	278.427.139,24 €
	31.12.2011	293.001.417,51 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Anteile an verbundene Unternehmen	153.948.054,87	167.419.505,64
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.714.619,11	3.682.934,99
Beteiligungen	5.381.443,11	5.370.369,11
Sondervermögen, Zweckverbände, AöR, rechtsfähige kommunale Stiftungen	116.242.909,12	115.658.089,53
Ausleihungen an Sondervermögen etc.	0,00	719.410,50
Sonstige Ausleihungen	140.113,03	151.107,74
	<u>278.427.139,24</u>	<u>293.001.417,51</u>



1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	31.12.2012	153.948.054,87 €
	31.12.2011	167.419.505,64 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Anteil %	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Stadtwerke Koblenz GmbH	100,0	129.220.939,21	121.329.472,07
Aufbaugesellschaft mbH	100,0	3.178.088,00	3.178.088,00
Koblenzer Wohnungsbau GmbH	100,0	20.050.439,20	20.050.439,20
Sporthalle Oberwerth GmbH	100,0	51.276,19	51.276,19
Bundesgartenschau GmbH	66,6	1.447.312,27	22.810.230,18
		<u>153.948.054,87</u>	<u>167.419.505,64</u>

Die Stadt Koblenz verfügt über Anteile an fünf verbundenen Unternehmen mit einem Vermögenswert von insgesamt 153.948.054,87 Euro. Mit Ausnahme der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH besteht bei allen dieser Unternehmen eine Beteiligung in Höhe von 100 v.H. (Eigengesellschaften). Alle Anteile sind im Beteiligungsbericht gem. § 117 GemO i.V.m. § 52 GemHVO angegeben und erläutert.

■ Stadtwerke Koblenz GmbH

Die Beteiligung an der Stadtwerke Koblenz GmbH erhöht sich um 7.891.467,14 Euro, bedingt durch die Zunahme des Eigenkapitals der Stadtwerke GmbH und der Bewertung der Anteile anhand der Eigenkapitalspiegelbildmethode. Als nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge wurde die Anteilserhöhung unter dem Ertragskonto 46622 erfasst.

■ Bundesgartenschau GmbH

Die Beteiligung an der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH mindert sich um 21.362.917,91 Euro, bedingt durch die Übergabe von Vermögensgegenständen aus der Bundesgartenschau 2011 an die Stadt Koblenz bzw. deren Eigenbetriebe. Korrespondierend erhöhen sich hierdurch die betreffenden Vermögenspositionen.

1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	31.12.2012	2.714.619,11 €
	31.12.2011	3.682.934,99 €

Diese Ausleihungen beinhalten ausnahmslos Darlehensverträge (20 Verträge) mit dem verbundenen Unternehmen Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH im Rahmen von Bausanierungs- bzw. Modernisierungsvorhaben.

Die Veränderungen im Zeitablauf resultieren aus Darlehenstilgungen gem. den vertraglich vereinbarten Tilgungsplänen und außerplanmäßigen Tilgungen.



1.3.3 Beteiligungen	31.12.2012	5.381.443,11 €
	31.12.2011	5.370.369,11 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Anteil %	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Gemeinschaftsklinikum gGmbH	50,00	5.120.000,00	5.120.000,00
Technologie Zentrum GmbH	28,39	247.001,35	247.001,35
EK02 GmbH	k.A.	11.074,00	0,00
Verkehrsverbund RM GmbH	11,11	3.067,76	3.067,76
Volksbank Mittelrhein e.G.	k.A.	300,00	300,00
		<u>5.381.443,11</u>	<u>5.370.369,11</u>

Die Stadt Koblenz verfügt über Beteiligungen mit einem Vermögenswert von insgesamt 5.381.443,11 €. Die Beteiligung an dem Gemeinschaftsklinikum Kemperhof – St. Elisabeth Mayen gGmbH bestimmt zu rd. 95 % die Höhe dieser Bilanzposition. Alle Beteiligungen sind im Beteiligungsbericht gem. § 117 GemO i. V. m. § 52 GemHVO angegeben und erläutert. Außer der Beteiligung an dem Unternehmen EK02 GmbH ergaben sich im Berichtsjahr keine Veränderungen.

1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	31.12.2012	116.242.909,12 €
	31.12.2011	115.658.089,53 €

In dieser Position sind die wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen), rechtlich unselbstständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen (z.B. Ruhegeld- und Versorgungskassen), das Stiftungsvermögen sowie die Mitgliedschaft in einem Zweckverband und einer vorhandenen Anstalt des öffentlichen Rechts auszuweisen.

Das **Sondervermögen** umfasst die fünf Eigenbetriebe der Stadt Koblenz mit einem Vermögenswert von insgesamt 108.155.646,82 Euro. Der Eigenbetrieb 85 Stadtentwässerung bestimmt zu rd. 69 % die Höhe dieses Vermögens.

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
EB 17: KGRZ	1.161.786,75	1.161.786,75
EB 67: Grünflächen- u. Bestattungswesen	568.789,46	568.789,46
EB 70: Koblenzer Entsorgungsbetrieb	3.582.814,30	3.582.814,30
EB 83: Koblenz Touristik	28.510.108,89	28.510.108,89
EB 85: Stadtentwässerung	74.332.147,42	74.332.147,42
	<u>108.155.646,82</u>	<u>108.155.646,82</u>



Es bestehen keine Veränderungen der Vermögenswerte zum Bilanzstichtag. Mit Ausnahme des Eigenbetriebes 67 lagen zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung noch keine festgestellten Beschlüsse der Eigenbetriebe vor.

Das Vermögen aus **Zweckverbänden und Anstalten des öffentlichen Rechts** umfasst zwei Zweckverbände mit einem Vermögenswert von insgesamt 277.833,58 €. Hierzu zählen:

Zweckverband „Industriepark A61/ GVZ-Koblenz“	257.152,30 Euro
Zweckverband „Tierkörperbeseitigung in RLP“	20.681,28 Euro

Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich keine Veränderungen des Wertansatzes, der anhand des auf die Stadt Koblenz entfallenden anteiligen Eigenkapitals bewertet wurde.

Das **Stiftungsvermögen** im Berichtsjahr beträgt 4.082.335,99 Euro und wurde anhand des Buchwerts des eingelegten Vermögens bewertet sowie auf den 31.12.2012 fortgeschrieben.

Stiftung von Düsseldorf	Nachlass Straub
Stiftung Kerwer	Nachlass Born
Stiftung Mohr	Nachlass Neddermeyer
Stiftung Petrou	Nachlass Legner
General-Allen-Spende	Nachlass Blettner
Nachlass Rüttgers	Nachlass Willisch / Sauer
Stiftung Zehe	Nachlass Rothländer
Vermächtnis Brambosch Schaelen	Nachlass Pöschmann

Die Entwicklung dieser Stiftungen wird in einer gesonderten Bestandsliste aufgezeichnet und fortgeschrieben.

Zudem besteht aus der **Sonderrücklage „Kommunaler Versorgungsrücklagen-Fonds“** ein Anteilswert zum 31.12.2012 in Höhe von 3.717.092,73 Euro bei der Rheinischen Versorgungskasse Köln, ein Zuwachs von 569.221,97 Euro gegenüber dem Vorjahr. Als nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge wurde die Anteilserhöhung unter dem Ertragskonto 46622 erfasst.

1.3.6 Sonstige Ausleihungen	31.12.2012	0,00 €
	31.12.2011	719.410,50 €

Zum Jahresabschluss 2011 bestand eine kurzfristige Ausleihe an den Eigenbetrieb 67, die im Berichtsjahr aufgelöst wurde.

1.3.8 Sonstige Ausleihungen	31.12.2012	140.113,03 €
	31.12.2011	151.107,74 €

Diese Ausleihungen beinhalten vier Darlehensverträge mit Dritten im Rahmen von Bausanierungs- bzw. Modernisierungsvorhaben.



Die Veränderungen im Zeitablauf resultieren aus Darlehenstilgungen gem. den vertraglich vereinbarten Tilgungsplänen sowie außerplanmäßigen Tilgungen.

2 Umlaufvermögen	31.12.2012	36.474.366,87 €
	31.12.2011	31.658.705,94 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Vorräte	8.591.842,70	6.880.046,43
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	26.375.331,49	23.531.850,25
Kasse, Bankguthaben und Schecks	1.507.192,68	1.246.809,26
	<u>36.474.366,87</u>	<u>31.658.705,94</u>

2.1 Vorräte	31.12.2012	8.591.842,70 €
	31.12.2011	6.880.046,43 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	354.180,50	354.776,05
Fertige Erzeugnisse, Leistungen u. Waren	8.237.662,20	6.525.270,38
	<u>8.591.842,70</u>	<u>6.880.046,43</u>

2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	31.12.2012	354.180,50 €
	31.12.2011	354.776,05 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Rohstoffe	182.881,58	213.859,07
Hilfsstoffe	146.657,55	113.538,50
Betriebsstoffe	24.641,37	27.378,48
	<u>354.180,50</u>	<u>354.776,05</u>

Diese Position umfasst im Wesentlichen die Bestände des städtischen Betriebshofes, der Feuerwehr und der Lager.



2.1.3 Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren	31.12.2012	8.237.662,20 €
	31.12.2011	6.525.270,38 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Waren	343.007,71	376.638,78
Grundstücke	7.888.697,49	6.052.728,60
Gebäude	5.957,00	95.903,00
	<u>8.237.662,20</u>	<u>6.525.270,38</u>

Der Buchwert der Grundstücke zum 31.12.2012 liegt rund 1,84 Mio. € über dem Vorjahreswert. Grund für diesen Anstieg ist das in 2012 abgeschlossene Umlegungsverfahren im Baugebiet „Südliches Güls“. Die Stadt Koblenz hat nach Abschluss des Verfahrens einen Gewinn von 2.337.054,86 € verbuchen können, welcher als Ertrag in das Produkt 5112 „Geoinformation“ überführt wurde.

Die Verringerung der Position Gebäude resultiert aus der Umbuchung der Anlage „Junkerhof“ in das Anlagevermögen, da nach Mitteilung des Amtes für Stadtentwicklung und Bauordnung an die Anlagenbuchhaltung die Politik bereits 2007/2008 einer möglichen Privatisierung widersprochen habe. Einen entsprechenden Beleg in Form eines Beschlusses konnte dem Amt 20/Anlagenbuchhaltung seitens des Amtes 61 jedoch nicht zur Verfügung gestellt werden.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	31.12.2012	26.375.331,49 €
	31.12.2011	23.531.850,25 €

Zusammensetzung:	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Öffentlich- rechtliche Forderungen	19.474.188,55	19.871.860,64
Privatrechtliche Forderungen	2.507.096,89	2.414.461,33
Forderungen gg. verbundene Unternehmen	3.641.149,49	4.600.272,77
Forderungen gg. Beteiligungsunternehmen	6.054,83	24.556,01
Forderungen gg. Sondervermögen, u.a.	1.168.202,92	195.009,64
Forderungen gg. sonst. öffentl. Bereich	101.994,68	890.239,88
Sonstige Vermögensgegenstände	8.893.671,44	4.611.825,92
Wertberichtigung Forderungen	- 9.417.027,31	- 9.076.375,94
	<u>26.375.331,49</u>	<u>23.531.850,25</u>

Die gesetzlich vorgeschriebenen Einzelwertberichtigungen gem. § 35 GemHVO wurden in 2012 erstmals in fast ausreichendem Maße vorgenommen. Gegenüber dem Vorjahr ist abermals ein deutlicher Anstieg der Einzelwertberichtigungen festzustellen. Die anfänglichen Schwierigkeiten nach der Umstellung auf die kaufmännische Buchführung (Doppik) sind somit für den Bereich der Einzelwertberichtigungen auf



Forderungen weitestgehend korrigiert worden. Für bestimmte Bereiche werden Forderungen als Summe von Einzelwertberichtigungen über einen Betrag korrigiert.

2.2.1 Öffentlich- rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	31.12.2012	19.474.188,55 €
	31.12.2011	19.871.860,64 €

Zusammensetzung:	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Gebührenforderungen	1.559.291,22	1.899.868,01
Beitragsforderungen	1.322.486,73	974.044,65
Steuerforderungen	10.958.549,64	12.552.702,03
Forderungen aus Transferleistungen	952.909,18	244.762,10
Öffentlich-Rechtliche Forderungen	4.680.951,78	4.200.483,85
	<u>19.474.188,55</u>	<u>19.871.860,64</u>

Um dem allgemeinen Ausfallrisiko Rechnung zu tragen, wurde eine detaillierte Pauschalwertberichtigung gebildet. Die Pauschalwertberichtigung unter Berücksichtigung der Einzelwertberichtigungen wurde wie folgt ermittelt:

	Forderungshöhe (nach EWB) EUR	%	Wertberichtigung EUR
Gebührenforderungen	1.372.318,00	20,00	274.463,60
Beitragsforderungen	1.163.908,52	20,00	232.781,70
Steuerforderungen	6.994.840,89	36,20	2.532.500,67
Forderungen aus Transferleistungen	952.909,18	0,00	0,00
Öffentlich-Rechtliche Forderungen ¹⁾	2.997.109,26	20,00	599.421,85
	<u>13.481.085,85</u>		<u>3.639.167,82</u>

1) Berechnung ohne Umbuchung Gewerbesteuerumlage

Die Pauschalwertberichtigung deckt das Kreditrisiko, eventuelle Skontoabzüge sowie Mahn- und Beitreibungskosten und Zinsverluste ab. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung wird bei Aufstellung des Jahresabschlusses vorgenommen. Aufgrund der hohen Umbuchung im Bereich der „Öffentlich - Rechtlichen Forderungen“ hätte eine Anpassung der Pauschalwertberichtigung erfolgen müssen. Die im vorgelegten Jahresabschluss bilanzierte PWB widerspricht aber nicht dem angewandten Vorsichtsprinzip, da es sich bei dieser Umbuchung um die Endabrechnung der Gewerbesteuerumlage 2012 handelt. Diese Forderung besteht gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz und ist daher aus Sicht der Rechnungsprüfung als sicher anzusehen.

Der Ausweis der Pauschalwertberichtigung erfolgt unter der gesonderten Position 2.2.8 „Wertberichtigung Forderungen“.



2.2.2 Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	31.12.2012	2.507.096,89 €
	31.12.2011	2.414.461,33 €

Die privatrechtlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten überwiegend Forderungen aus übergegangenen Unterhaltsansprüchen sowie die Rückzahlung gewährter Hilfen. In 2012 wurden diese Forderungen unter der Berücksichtigung der Einzelwertberichtigungen in Höhe von rd. 17,6 % bzw. 441.332,18 € pauschal wertberichtigt.

Der Ausweis der Pauschalwertberichtigung erfolgt unter der gesonderten Position 2.2.8 „Wertberichtigung Forderungen“.

2.2.3 Forderungen gegen verbundene Unternehmen	31.12.2012	3.641.149,49 €
	31.12.2011	4.600.272,77 €

Zusammensetzung:	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH	3.526.773,56	4.490.663,88
Wirtschaftsförderungsgesellschaft	44.452,03	0,00
Stadtwerke Koblenz GmbH	38.805,94	37.570,12
Sporthalle Oberwerth GmbH	16.543,16	13.529,20
Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH	14.574,80	57.463,87
Aufbaugesellschaft Koblenz GmbH	0,00	1.044,70
Energieversorgung Mittelrhein GmbH	0,00	1,00
	<u>3.641.149,49</u>	<u>4.600.272,77</u>

Ausgewiesen werden hier die zum Stichtag noch nicht abgerechneten Leistungen, die verschiedene Ämter der Stadt für die jeweilige Gesellschaft erbracht haben.

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (30. September 2013) bis auf 3.522.497,71 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

2.2.4 Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	31.12.2012	6.054,83 €
	31.12.2011	24.556,01 €

Zusammensetzung:	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH	4.854,83	24.556,01
KEVAG	1.200,00	0,00
	<u>6.054,83</u>	<u>24.556,01</u>

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (30. September 2013) ausgeglichen bzw. verrechnet.



2.2.5 Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, AÖR, rechtsfähige kommunale Stiftungen	31.12.2012	1.168.202,92 €
	31.12.2011	195.009,64 €

Die Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts und Kommunale Stiftungen setzen sich wie folgt zusammen:

Zusammensetzung:	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Kommunales Gebietsrechenzentrum	120.492,64	153,97
Koblenz Touristik	1.040.621,35	74.211,27
Grünflächen- und Bestattungswesen	7.088,93	14.310,29
Entsorgungsbetrieb	0,00	100.851,67
Stadtentwässerung	0,00	5.457,97
Sonstige	0,00	24,47
	<u>1.168.202,92</u>	<u>195.009,64</u>

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (30. September 2013) bis auf 2.392,75 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

2.2.6 Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	31.12.2012	101.994,68 €
	31.12.2011	890.239,88 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Zusammensetzung:	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Landkreise	53.201,66	89.932,52
Land Rheinland-Pfalz	345,08	714.694,60
Bund	10.496,22	42.128,16
DLP-Konten	22.426,05	11.536,10
Sonstiges	15.525,67	31.948,50
	<u>101.994,68</u>	<u>890.239,88</u>

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (30. September 2013) bis auf 27.436,42 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

2.2.7 Sonstige Vermögensgegenstände	31.12.2012	8.893.671,44 €
	31.12.2011	4.611.825,92 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:



	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Beamtenbezüge Januar Folgejahr	1.189.603,13	1.197.870,07
Forderungen aus Abwicklung für Eigenbetriebe	1.462.696,15	1.403.323,19
Umsatzsteuer „Forum Confluentes“	3.924.186,41	0,00
Umsatzsteuerabwicklung	266.290,17	574.899,11
Ansprüche aus Dienstherrnwechsel nach § 107 BeamtVG	512.202,00	462.830,00
DLP-Konten	212.932,82	251.619,41
Auszahlungen Maßnahmen Amt 62	1.201.629,42	607.108,44
Baudispensgebühren	29.835,97	20.979,24
Sonstiges	94.295,37	93.196,46
	<u>8.893.671,44</u>	<u>4.611.825,92</u>

2.2.8 Wertberichtigung Forderungen	31.12.2012	- 9.417.027,31 €
	31.12.2011	- 9.076.375,94 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Einzelwertberichtigung	5.336.527,31	2.308.775,94
Pauschalwertberichtigung	4.080.500,00	6.767.600,00
	<u>9.417.027,31</u>	<u>9.076.375,94</u>

Für das Ausfallrisiko in den Bereichen **Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen** und **Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 4.080.500,00 € gebildet. Die Pauschalwertberichtigung korrigiert somit ca. 24,5 % der zum Bilanzstichtag bestehenden (wertberichtigten) Forderungen und ist der Höhe nach ausreichend. Der Rückgang ist durch den Anstieg der Einzelwertberichtigungen begründet. Einzelwertberichtigt wurden in 2012 insgesamt 5.336.527,31 €.

2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der EZB, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	31.12.2012	1.507.192,68 €
	31.12.2011	1.246.809,26 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Kassenbestand	40.385,43	42.301,72
Guthaben bei Kreditinstituten	1.466.807,25	1.204.507,54
	<u>1.507.192,68</u>	<u>1.246.809,26</u>



■ Kassenbestand

Innerhalb der Stadt Koblenz werden bei insgesamt 22 Ämtern Barkassen (Handvorschüsse) geführt. Der Kassenbestand ist durch Kassenaufnahmeprotokolle nachgewiesen.

■ Guthaben bei Kreditinstituten

Zusammensetzung:	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Sparkasse Koblenz	1.298.638,28	1.072.328,93
Postbank Köln	127.526,79	121.851,04
Deutsche Bank Koblenz	19.788,83	3.987,82
Commerzbank Koblenz	9.874,81	207,23
Deutsche Bundesbank Filiale Koblenz	4.348,67	1.510,96
Volksbank Mittelrhein	4.037,67	2.960,39
SEB Koblenz	1.357,94	604,79
LBBW Stuttgart	868,59	322,63
Hypovereinsbank Koblenz	365,67	733,75
	<u>1.466.807,25</u>	<u>1.204.507,54</u>

Für Kreditinstitute, bei denen ein Guthabekonto geführt wird, lagen Kontoauszüge der jeweiligen Banken vor. Für die Prüfung der Geschäftsbeziehungen mit der Sparkasse Köln-Bonn, Sparkasse Koblenz, der Volksbank Mittelrhein und der Deutschen Bank wurden jeweils Bankbestätigungen angefordert. Auffälligkeiten und Abweichungen zu den bilanzierten Beträgen ergaben sich keine. Die Bewertung erfolgte zum Nominalwert.

4	Rechnungsabgrenzungsposten	31.12.2012	3.395.276,46 €
		31.12.2011	3.620.087,34 €

Zusammensetzung:	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Korrektur Schnittstelle Care 4	1.464.120,71	1.309.663,79
SGB II –BA-Abrechnung	1.248.305,10	1.414.162,88
Versorgungsbezüge	624.930,00	609.740,00
Kunstversicherung Museen	33.456,95	33.154,51
Maschinelle Abgrenzungen	24.300,56	31.490,23
Amt 10 Audi Miete	122,35	0,00
Abgrenzung Mitgliedsbeitrag ADAC	40,79	40,79
Beihilfe	0,00	220.300,00
Leasingrate- OB Fahrzeug	0,00	151,40
Koblenz Touristik/ Seniorensitzung	0,00	728,59
Gema Gebühr Karnevalssitzung Senioren	0,00	367,44
Barvorlage Metro Rechnung	0,00	287,71
	<u>3.395.276,46</u>	<u>3.620.087,34</u>

Für Ausgaben, die vor dem Bilanzstichtag für einen Aufwand nach dem 31.12.2012 geleistet wurden, erfolgte eine Wertermittlung in Höhe von 3.395.276,46 €.



PASSIVA

1	Eigenkapital	31.12.2012	525.815.606,25 €
		31.12.2011	505.465.974,48 €

Das Eigenkapital setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Kapitalrücklage	629.905.035,66	600.785.311,08
Ergebnisvortrag	-95.319.336,60	-79.825.831,51
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- 8.770.092,81	-15.493.505,09
	<u>525.815.606,25</u>	<u>505.465.974,48</u>

■ Kapitalrücklage

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2011	0
Ergebnisneutrale Korrektur der Eröffnungsbilanz	<u>29.119.724,58</u>
Stand am 31.12.2012	29.119.724,58

Folgende Korrekturen zur Eröffnungsbilanz wurden ausweislich des Anhangs erfolgsneutral gegen das Eigenkapital vorgenommen:

	EUR
Korrekturen im Anlagevermögen und Vorratsvermögen	- 12.525.239,07
Korrekturen Sonderposten Zuwendungen und Beiträge	42.194.551,52
Korrekturen Finanzbuchhaltung	<u>- 549.587,87</u>
	29.119.724,58

■ Ergebnisvortrag

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2011	- 79.825.831,51
Jahresergebnis 2011	<u>- 15.493.505,09</u>
Stand am 31.12.2012	-95.319.336,60

■ Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

Ausgewiesen ist das Jahresergebnis der Ergebnisrechnung 2012.



2	Sonderposten	31.12.2012	197.332.953,72 €
		31.12.2011	213.583.126,79 €

Die Sonderposten setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Sonderposten zum Anlagevermögen	197.286.019,43	213.531.003,93
Sonderposten für den Gebührenaussgleich	46.934,29	52.122,86
	<u>197.332.953,72</u>	<u>213.583.126,79</u>

2.2	Sonderposten zum Anlagevermögen	31.12.2012	197.286.019,43 €
		31.12.2011	213.531.003,93 €

Die Sonderposten setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Sonderposten aus Zuwendungen	104.192.550,14	130.325.997,10
Sonderposten aus Beiträgen u.ä. Entgelten	23.338.403,41	23.429.137,00
Sonderposten aus Anzahlung Anlageverm.	69.755.065,88	59.775.869,83
	<u>197.286.019,43</u>	<u>213.531.003,93</u>

■ Sonderposten aus Zuwendungen

Die Stadt Koblenz hat im Berichtsjahr Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens erhalten, für die gem. § 38 Abs. 2 GemHVO Sonderposten zu bilden waren. Der Nachweis der Zuwendungen erfolgt durch die entsprechenden Fachämter. Die Zuwendungen sind den damit geförderten Vermögensgegenständen sachgerecht zuzuordnen.

Für diesen Bereich wurde im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2010 festgestellt, dass für insgesamt 454 bezuschusste Anlagengüter der Passivposten um ca. 32,2 Mio. € höher als das eigentliche Sachanlagegut ausgewiesen worden ist. Die erforderlichen Korrekturen dieses Sachverhaltes konnten aufgrund der Komplexität erst für den Jahresabschluss 2012 vollumfänglich vorgenommen werden.

Die den Bestätigungsvermerk bislang einschränkende Prüfungsfeststellung entfällt somit.

■ Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten

Für Ertragszuschüsse aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten Nutzungsberechtigter ist nach § 38 Abs. 4 Satz 1 GemHVO ein Sonderposten auf der Passivseite zu bil-



den. Hierunter fallen im Wesentlichen Erschließungskosten-, Ausbau- und Ausgleichsbeträge sowie Baukostenzuschüsse und Anschlusskostenerstattungen. Diese Werte wurden vom zuständigen Fachamt ermittelt und den einzelnen Vermögensgegenständen des Infrastrukturvermögens zugeordnet. Die Sonderposten aus dem Jahresabschluss 2011 wurden auf den 31.12.2012 fortgeschrieben, sofern keine Aktivierung des Vermögensgegenstands im Berichtsjahr stattgefunden hat. Zugeworfen sind im Berichtsjahr hauptsächlich Beiträge für Infrastrukturmaßnahmen.

■ Sonderposten aus Anzahlungen zum Anlagevermögen

In diesem Posten werden sämtliche Zuschüsse und Zuwendungen für im Bau befindliche Maßnahmen dargestellt, die noch nicht schlussgerechnet worden sind. Es handelt sich hierbei vorwiegend um den Bereich der Städtebauförderung (sog. Infrastrukturmaßnahmen). Im Berichtsjahr ist dieser Posten um rd. 10 Mio. € angewachsen. Sobald eine Baumaßnahme schlussgerechnet worden ist und das bezuschusste Anlagegut aktiviert wird, erfolgt eine Umbuchung der Sonderposten von dieser Position auf den „Sonderposten aus Zuwendungen“. Die Auflösung erfolgt analog der Nutzungsdauer des Anlagegutes.

2.4	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	31.12.2012	46.934,29 €
		31.12.2011	52.122,86 €

Rückführung (Teil-Auflösung) der Rücklage „Kommunales Studieninstitut“.

3	Rückstellungen	31.12.2012	163.037.763,38 €
		01.01.2012	159.749.484,03 €

Die Rückstellungen setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Rückstellungen für Pensionen u.ä.	146.548.815,55	147.059.414,00
Steuerrückstellungen	100.000,00	400.000,00
Sonstige Rückstellungen	16.388.947,83	12.290.070,03
	163.037.763,38	159.749.484,03
		EUR
Stand am 31.12.2011		159.749.484,03
Auflösung		- 4.026.168,02
Zuführung		7.314.447,37
Stand am 31.12.2012		163.037.763,38



3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	31.12.2012	146.548.815,55 €
	31.12.2011	147.059.414,00 €

Der Bestand an Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzt sich folgendermaßen zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Pensionsrückstellungen	125.330.635,19	125.849.871,00
Rückstellung für Ehrensold	219.332,00	184.002,00
Beihilferückstellung	20.675.431,36	20.765.228,00
Rückstellung für Dienstherrwechsel	323.417,00	260.313,00
	<u>146.548.815,55</u>	<u>147.059.414,00</u>

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2011	147.059.414,00
Auflösung / Inanspruchnahme	- 609.032,45
Zuführung	<u>98.434,00</u>
Stand am 31.12.2012	146.548.815,55

■ Pensionsrückstellungen

Der Wert der nach § 36 Abs. 1 Ziffer 1 GemHVO zu bildenden Pensionsrückstellung in Höhe von 125.330.635,19 € wurde von der Rheinischen Versorgungskasse Köln (RVK) anhand der versicherungsmathematisch anerkannten Grundlage der „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Heubeck ermittelt. Der Teilwertberechnung wurde gem. § 6 a Abs. 3 EStG ein Zinssatz von z. Z. 6 % zugrunde gelegt.

Während die RVK für die Pensionäre bzw. deren Hinterbliebenen auf ihre eigenen Daten zurückgreifen konnte, wurden für den Bereich der aktiven Beamten die erforderlichen Berechnungsgrundlagen durch die Stadt Koblenz zur Verfügung gestellt.

Die bei den städtischen Eigenbetrieben beschäftigten Beamten sind in der Pensionsrückstellung der Stadt Koblenz erfasst. Eine Ausnahme bilden die Beamten des Eigenbetriebes Stadtentwässerung, für die in der Bilanz des Eigenbetriebs eine eigene Pensionsrückstellung gebildet wurde. An einer Vereinheitlichung der Regelung für alle Eigenbetriebe wird noch gearbeitet.

Gegenüber dem Jahresabschluss 2011 ist der Wert der Pensionsrückstellung um rd. 0,5 Mio. € zurückgegangen. Jedoch wurde im Rahmen der Prüfung des Abschlusses 2012 festgestellt, dass der Rückstellungsbetrag zum Stichtag 31.12.2011 um rund 2,6 Mio. € zu hoch war. Es waren zu diesem Stichtag 7 Beamte, die erst im Laufe des Jahres 2012 in den Ruhestand getreten sind, fälschlicherweise bereits bei den Pensionären, gleichzeitig aber auch noch bei den aktiven Beamten erfasst. Verschuldet wurde dieser Fehler durch die Rheinische Versorgungskasse. Diese hat die Berechnung der Pensionsrückstellung für den Jahresabschluss 2011 erst im Novem-



ber 2012 durchgeführt. Da die RVK zu diesem Zeitpunkt ihren eigenen Jahresabschluss bereits erstellt hatte, waren die betreffenden Personen dort endgültig bereits als Ruhestandsbeamte mit einem Rückstellungsbetrag von rd. 2,6 Mio. € geführt. Ebenso waren sie - richtigerweise - in der von der Stadt Koblenz gelieferten Berechnungsgrundlage für die aktiven Beamten erfasst.

Im Jahresabschluss 2012 ist dieser Fehler bereinigt, da die betreffenden Beamten hier lediglich noch in der Liste der Pensionäre erfasst sind.

Unter Berücksichtigung dieser Unrichtigkeit im Jahresabschluss 2011 hätte sich zum Stichtag 31.12.2011 ein Rückstellungsbetrag von rd. 123,2 Mio. € ergeben. Demzufolge ist für den Jahresabschluss 2012 ein Anstieg um rd. 2,1 Mio. € festzustellen. Bei den aktiven Beamten ist der Rückstellungsbetrag aufgrund der im Laufe des Jahres 2012 erfolgten Ansparung zusätzlicher Beträge in deutlichem Maße gestiegen. Der Rückgang bei den Pensionären durch die in 2012 vorgenommenen Pensionszahlungen und die damit verbundene Auflösung der Rückstellung fiel deutlich geringer aus.

■ Rückstellung für Ehrensold

Nach § 36 Abs. 1 Ziffer 3 GemHVO sind Rückstellungen für Verpflichtungen aus der Zahlung von Ehrensold zu bilden. Seitens der RVK wurde diese Rückstellung nach anerkannten versicherungsmathematischen Verfahren für 15 aktive und ehemalige Ortsvorsteher berechnet. Die Berechnung hat der Rechnungsprüfung vorgelegen.

■ Beihilferückstellung

Für Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungs- und Rentenempfängern sind gem. § 36 Abs. 1 Ziffer 2 GemHVO Rückstellungen in Höhe eines prozentualen Zuschlags auf die Pensionsrückstellungen zu bilden. Der prozentuale Zuschlag in Höhe von 17,294 % wurde aus dem Verhältnis der durchschnittlichen Beihilfezahlungen an Versorgungsempfänger zu den durchschnittlichen Versorgungszahlungen der letzten drei Jahre ermittelt.

In den vergangenen Jahresabschlüssen wurde dieser Prozentsatz auf den zum jeweiligen Stichtag ermittelten Bestand der Pensionsrückstellung angewandt. Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2012 kam man jedoch zu dem Ergebnis, dass es realitätsnäher sei, die Zuführung zur Beihilferückstellung an der Zuführung zur Pensionsrückstellung zu orientieren.

Da infolge des falschen Wertes der Pensionsrückstellung zum 31.12.2011 für den Jahresabschluss 2012 eine Auflösung der Pensionsrückstellung in Höhe von 519.235,81 € festzustellen ist, ergibt sich unter Anwendung des o. g. Prozentsatzes eine Auflösung der Beihilferückstellung in Höhe von 89.796,64 €, was zum 31.12.2012 einen Rückstellungswert von 20.675.431,36 € ergibt.

■ Rückstellung für Dienstherrnwechsel

Die nach § 36 Abs. 1 Ziffer 1 GemHVO von der RVK nach anerkannten versicherungsmathematischen Verfahren ermittelten Werte für die Pensionsrückstellung beinhalten auch die Rückstellungen der Mitarbeiter, die unter dem Personenkreis des § 107 b BVG zu subsumieren sind.



Die hieraus resultierende Erstattungsverpflichtung für acht Mitarbeiter/innen beläuft sich auf insgesamt 323.417 €.

3.2 Steuerrückstellungen	31.12.2012	100.000,00 €
	31.12.2011	400.000,00 €

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2011	400.000,00
Auflösung / Inanspruchnahme	<u>- 300.000,00</u>
Stand am 31.12.2012	100.000,00

Diese Position erfasst alle Verbindlichkeiten aus Steuerschuldverhältnissen in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme.

Die zum 31.12.2011 bestehende Rückstellung in Höhe von 400.000 € resultiert aus einer nach Prüfung durch das Finanzamt festgestellten Steuernachforderung beim BgA Stadion Oberwerth. In 2012 wurden hiervon 300.000 € in Anspruch genommen. Bei dem verbleibenden Restbetrag von 100.000 € handelt es sich um die für diesen Sachverhalt nach vernünftiger kaufmännischer Betrachtung verbleibende voraussichtliche Verpflichtung.

3.4 Sonstige Rückstellungen	31.12.2012	16.388.947,83 €
	01.01.2012	12.290.070,03 €

Der Bestand an sonstigen Rückstellungen setzt sich folgendermaßen zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Rückstellung für Instandhaltungen	3.192.500,00	515.000,00
Rückstellung ausstehende Rechnungen	5.802.623,67	3.141.373,31
Rückstellung für Dienstjubiläen	79.783,60	75.872,90
Altersteilzeitrückstellungen	89.459,94	224.547,54
Urlaubsrückstellungen Beamte	731.772,51	638.114,00
Urlaubsrückstellungen tarifl. Beschäftigte	1.188.530,66	1.103.438,00
Überstundenrückstellungen Beamte	764.517,57	901.828,00
Überstundenrückstellungen tarifl. Besch.	893.855,60	875.596,00
Prozesskostenrückstellungen	383.864,00	372.260,00
Rückstellung Evakuierungsmaßnahme	20.000,00	1.200.000,00
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	1.038.600,00	1.038.600,00
Rückstellung Zentralplatz	203.440,28	203.440,28
Hangsicherung Rittersturz	<u>2.000.000,00</u>	<u>2.000.000,00</u>
	16.388.947,83	12.290.070,03

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:



	EUR
Stand am 31.12.2011	12.290.070,03
Auflösung / Inanspruchnahme	- 3.191.114,63
Zuführung	7.289.992,43
Stand am 31.12.2012	16.388.947,83

■ Rückstellung für Instandhaltungen

Nach § 36 Abs. 1 Ziffer 5 GemHVO sind für unterlassene Aufwendungen von Instandhaltungen Rückstellungen zu bilden, wenn die Nachholung der Instandhaltung innerhalb der nächsten drei Haushaltsjahre hinreichend konkret beabsichtigt ist.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2012 bestanden für folgende Maßnahmen Rückstellungen bzw. wurden neu gebildet:

Maßnahme	Rückstellungsbetrag / €
Instandsetzung Brücke Güls	1.700.000,00
Instandsetzung STW Kolonnenweg	400.000,00
Sanierung Elektroleitungen	330.000,00
Decke Hilda Gymnasium	230.000,00
Instandsetzung STW Rittersturz	145.000,00
Instandsetzung STW Brentanostraße	125.000,00
Instandhaltungsmaßnahme Forstbetriebshof	40.000,00
Instandsetzung Blindtal, Hangseite STW	36.000,00
Brandschutz Rathaus I	30.000,00
Instandsetzung Blindtal, STW Haus Nr. 14	27.000,00
Erneuerung Bodenbeläge Rathaus I	25.000,00
Sanierung Küche (Raum 101) Rathaus I	23.500,00
Erneuerung Bodenbeläge Rathaus II	20.000,00
Mauersanierung Trenn-/Stützwand Garten Herlet	20.000,00
Aufzug Schängel-Center	15.000,00
Energiesparende Maßnahmen Rathaus I	15.000,00
Schachtabdeckung Schängel-Brunnen Rathaus I	6.000,00
Fensteranstrich Rathaus II	5.000,00
Summe	3.192.500,00

■ Rückstellung ausstehende Rechnungen

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen wurden aufgrund der Meldung der Fachämter ermittelt. Es bestehen Rückstellungen für folgende Sachverhalte:

Amt	Maßnahme	Betrag / €
Amt 61	Rückzahlung Fördergelder Flugfeld Karthause, Nachzahlung Kaufpreinsnachlass und Kosten Rückbau	1.582.179,44
Amt 52	Abrisskosten Stadtbad	1.300.000,00
Amt 05	Maßnahmen Nachnutzung BUGA 2011 GmbH	957.078,71
Amt 62	Insb. Schwimmbad Horchheim, Baumbestand an Bund, Gebäude Tierheim, Nutzviehhof, Rückbau Behelfsheim Schwalbenweg und Wellblechhalle Metternich	773.036,16



Amt 66	Brückenprüfungen, Anwuchspflege, Spitzabrechnung Straßenbegleitgrün, diverse Straßenbauarbeiten	397.085,70
Amt 67	Grünflächenunterhaltung Jahresabschluss 2012	295.514,47
Amt 20	Vergnügungssteuer	200.000,00
Amt 50	Ausstehende Rechnung der AOK § 264 SGB V	182.120,00
Amt 36	Passivhaus-Förderung, Erneuerung Thermostatventile, Lärmkartierung, Untersuchung Hufeisennasenfledermaus	54.500,00
Amt 45	Insb. Restaurierungsarbeiten, Fahrtkosten bei Dienstreisen	51.478,22
Amt 37	Malerarbeiten, Baunebenkosten, Bekleidung	7.500,00
Amt 31	Kosten für Veterinäre der Kreisverwaltung MYK	2.000,00
Amt 10	Nachbelastung Unterhaltsreinigung 12/2012	130,97
		5.802.623,67

■ Rückstellungen für Dienstjubiläen

Die Stadt Koblenz hat für alle tarifvertraglich Beschäftigten eine Rückstellung für Zuwendungen anlässlich eines Dienstjubiläums zu bilden. Als Grundlage dienen die vom Fachamt vorgelegten Mitarbeiterlisten. Berechnet wurde die Rückstellung nach den vom Bundesministerium für Finanzen in einem Rundschreiben vom 08.12.2008 an die obersten Finanzbehörden der Länder verfügbaren Vorgaben. Bei der Bewertung der Rückstellung wurde von dem zugebilligten Wahlrecht Gebrauch gemacht und das Pauschalwertverfahren gem. Ziffer 10 gewählt. Die Höhe des Teilwertes nach dem Pauschalwertverfahren wurde entsprechend der Richttafel „G“ von Prof. Klaus Heubeck mit einem Richtzinsfuß von 5,5 % richtig festgesetzt.

Eine stichprobenweise Prüfung der Rückstellungsberechnung führte zu keinen Beanstandungen.

■ Altersteilzeitrückstellungen

Zum Stichtag 31.12.2012 beläuft sich die Rückstellung für die Beamten auf 49.840,91 € und für die tariflich Beschäftigten auf 39.619,03 €. Zum 31.12.2012 war für lediglich einen Beamten (genau wie in 2011) und 4 tariflich Beschäftigte (31.12.2011: 11) eine Altersteilzeitrückstellung zu bilden. Die Verringerung der Fallzahl begründet sich im Übertritt von Bediensteten aus der Altersteilzeit in den endgültigen Ruhestand.

Die Berechnung der Rückstellung wurde in Stichproben geprüft.

Berechnet wurde die Rückstellung nach der vom BFH bestätigten „alternativen Vorgehensweise“, die von der Annahme ausgeht, dass der Altersteilzeitberechtigte während der Beschäftigungsphase jährlich einen Anspruch für ein Jahr Freistellung in Höhe des gezahlten Altersteilzeitentgeltes erwirbt. Dieser Anspruch führt während der Beschäftigungsphase zu einer regelmäßigen Zuführung zur Rückstellung, während diese dann in der Freistellungsphase kontinuierlich aufgelöst wird.



■ **Urlaubsrückstellungen Beamte und tariflich Beschäftigte**

Grundlage der Bemessung der Urlaubsrückstellungen für Beamte und tariflich Beschäftigte ist die Anzahl der nicht in Anspruch genommenen Urlaubstage zum Stichtag 31.12.2012, die anhand der in den Ämtern geführten Urlaubskarteien für insgesamt 1.867 städtische Mitarbeiter ermittelt wurden.

Die Berechnung der Rückstellung wurde in einer Stichprobe geprüft. Insgesamt beträgt die Anzahl der nicht genommenen Urlaubstage zum Stichtag 12.444. Der individuelle Stundensatz jedes Mitarbeiters errechnet sich auf Grundlage der Jahresarbeitszeit und des Jahresbruttoeinkommens. Bei sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurden anteilig Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt. Im Durchschnitt ergibt sich eine Rückstellung für nicht in Anspruch genommenen Urlaub pro Mitarbeiter in Höhe von 1.028,55 € (Vorjahr: 953,75 €).

■ **Überstundenrückstellungen Beamte und tariflich Beschäftigte**

Zur Bemessung der Rückstellung wurde die Anzahl der geleisteten Überstunden für alle an der elektronischen Zeiterfassung teilnehmenden Mitarbeiter durch das KGRZ zum Stichtag 31.12.2012 ermittelt. Für Mitarbeiter, die nicht an der elektronischen Zeiterfassung teilnehmen, wurden die Überstunden durch die einzelnen Ämter per Liste mitgeteilt. Zum Stichtag bestanden für 1867 Mitarbeiter 62.646 Überstunden.

Für die Berechnung des Wertes der Rückstellung wurde der auf Basis des Jahresbruttoeinkommens aus dem Lohnkonto und der Jahresarbeitszeit ermittelte individuelle Stundensatz jedes einzelnen Mitarbeiters gebildet und mit der Anzahl der jeweils geleisteten Überstunden multipliziert.

Die Berechnung der Rückstellung wurde in einer Stichprobe geprüft. Im Durchschnitt ergibt sich eine Rückstellung für geleistete Überstunden pro Mitarbeiter in Höhe von 888,25 €, was gegenüber dem im Jahresabschluss 2011 dargestellten Wert (973,40 €) eine Verminderung um 85,15 € bedeutet. Die Überstundenrückstellung konnte somit im Vergleich zum Vorjahr etwas entlastet werden.

■ **Prozesskostenrückstellungen**

Prozesskostenrückstellungen wurden aufgrund der Meldungen der jeweiligen Fachämter gebildet. Zu Grunde liegen die geschätzten zukünftig zu erwartenden Prozesskosten. Als Schätzwert wurden ca. 10 % des zu erwartenden Streitwertes berücksichtigt.

■ **Rückstellung Evakuierungsmaßnahme Luftmine**

Diese Rückstellung wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2011 in Höhe von 1.200.000 € anlässlich des Fundes einer Luftmine in Koblenz-Pfaffendorf gebildet. Im Verlauf des Jahres 2012 wurde sie zur Begleichung einiger Rechnungen in Höhe von insgesamt rd. 100.000 € in Anspruch genommen. Für den Jahresabschluss 2012 wurde die Rückstellung dann bis auf einen Restwert von 20.000 € aufgelöst, der zur Begleichung eventuell noch unvorhersehbar eingehender kleiner Rechnungen erhalten bleiben soll.



■ Rückstellung Hangsicherung Rittersturz

Der in dieser Rückstellung eingestellte Betrag von 2.000.000 € steht für Zahlungsverpflichtungen im Rahmen des Projektes Hangsicherung Rittersturz zur Verfügung. Die geschätzten Gesamtkosten dieser Sicherungsmaßnahmen belaufen sich auf die eingestellte Summe. Da bisher keine endgültigen Erkenntnisse über den Ausgang des Sachverhaltes bekannt sind, wurde der Betrag aus Vorsichtsgründen auch im Jahr 2012 beibehalten.

4	Verbindlichkeiten	31.12.2012	481.863.563,18 €
		31.12.2011	429.496.085,78 €

Der Bestand an Verbindlichkeiten setzt sich folgendermaßen zusammen:

	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	417.852.597,50	361.884.845,67
Verbindlichkeiten kreditähnlicher Vorgängen	3.417.658,96	12.098.251,76
Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leist.	7.456.405,12	6.720.351,03
Verbindlichkeiten gg. verbund. Untern.	6.402.669,36	508.096,86
Verbindlichkeiten gg. Beteiligungsuntern.	18.026,17	29.400,73
Verbindlichkeiten gg. Sondervermögen u.a.	35.138.642,54	34.890.287,38
Verbindlichkeiten gg. sonst. öffentl. Bereich	2.277.556,68	3.731.003,02
Sonstige Verbindlichkeiten	9.300.006,85	9.633.849,33
	<u>481.863.563,18</u>	<u>429.496.085,78</u>

4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	31.12.2012	417.852.597,50 €
		31.12.2011	361.884.845,72 €

Der Bestand an Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen setzt sich folgendermaßen zusammen:

Zusammensetzung:	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
4.1.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	324.452.572,20	281.584.827,17
4.1.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	93.400.025,30	80.300.018,50
	<u>417.852.597,50</u>	<u>361.884.845,67</u>



4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	31.12.2012	324.452.572,20 €
	31.12.2011	281.584.827,17 €

davon

- mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: **27.319.947,50 €**
Vorjahr: 25.484.847,40 €
- mit einer Restlaufzeit zwischen einem Jahr und fünf Jahren: **61.329.287,85 €**
Vorjahr: 63.613.952,46 €
- mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren: **235.803.336,85 €**
Vorjahr: 192.486.027,31 €
- durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert: 0,00 €
Vorjahr: 0,00

Zusammensetzung:	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Darlehen	320.203.238,40	277.269.844,28
Zinsabgrenzung	4.249.333,80	4.314.982,89
	<u>324.452.572,20</u>	<u>281.584.827,17</u>

■ Darlehen

	EUR
Entwicklung:	
Stand am 31.12.2011	277.269.844,28
Zugänge	64.776.037,05
Tilgungen	- 21.842.642,93
Stand am 31.12.2012	<u>320.203.238,40</u>

Die Zugänge enthalten zwei Darlehen als Kreditneuaufnahme (insgesamt: 58.000.000,00 €). Der Restzugang in Höhe von 6.776.037,05 € ist durch die Umschuldung von zwei Darlehen, deren Zinsbindungsfrist im Berichtsjahr ausgelaufen ist, entstanden. Entsprechend sind die Tilgungen um diesen Betrag zu kürzen, so dass „planmäßige Tilgungsleistungen“ in Höhe 15.066.605,88 resultieren. Der Anstieg der „planmäßigen Tilgungsleistungen“ ist durch die hohe Neuaufnahme in 2012 und den Rückzahlungsbeginn der in 2010 aufgenommenen Darlehen begründet.

■ Zinsabgrenzung

Der Rückgang der Zinsabgrenzung ist auf die Umschuldung auf zinsgünstigere Darlehen zurückzuführen.

Eine Aufstellung der Darlehen ist aus dem beigefügten Anhang (**Anlage 4**) ersichtlich.



4.2.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	31.12.2012	93.400.025,30 €
	31.12.2011	80.300.018,50 €

Zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit bestanden zum Stichtag 31.12.2012 kurzfristige Darlehen in Höhe von 93.400.025,30 €. Kreditgeber waren die Sparkasse Koblenz (400.000 €), die ING-DiBa AG (68.000.000 €), die Deutsche Bank (15.000.000 €) und die Allgemeine Beamtenbank (10.000.000 €). Ein Kontokorrentkonto bei der Sparkasse Koblenz war zum Stichtag mit 25,30 € belastet.

Die Bestände sind durch Kontoauszüge nachgewiesen.

4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	31.12.2012	3.417.658,96 €
	31.12.2011	12.098.251,76 €

In dieser Position werden Zahlungsverpflichtungen für Darlehen, die die Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH bei verschiedenen Banken aufgenommen hat, ausgewiesen. Die Darlehen dienen der Durchführung von Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Schul- und Jugendbereich. Sie betreffen originäre Aufgaben der Stadt Koblenz, die aber aufgrund der bestehenden Kreditlimitierung von der Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft durchgeführt wurden.

Die Darlehen sind in der Bilanz der Wohnungsbau enthalten. Die Stadt hat sich vertraglich zur Leistung von Zins- und Tilgungsleistungen sowie Verwaltungskosten verpflichtet; sie sind daher im Jahresabschluss als Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, zu bilanzieren.

Die Verbindlichkeiten, resultierend aus dem Schulbausanierungsvertrag, werden nunmehr bei Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen.

Zusammensetzung:	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Sporthalle Max-von-Laue Gymnasium	1.318.090,00	1.347.710,00
Grundschule Niederberg	741.372,96	761.824,84
Speisesaal Diesterwegschule	556.200,00	568.560,00
Jugend- und Bürgerzentrum Karthause	540.000,00	552.000,00
Mensa Asterstein	261.996,00	268.234,00
Schulbausanierung	0,00	8.599.922,92
	3.417.658,96	12.098.251,76



4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31.12.2012	7.456.405,12 €
	31.12.2011	6.720.351,03 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Zusammensetzung:	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
9 (9) Kreditoren über 100 T€	4.250.819,96	4.007.587,96
88 (64) Kreditoren zwischen 10 T€ und 100 T€	2.374.047,19	1.937.583,61
231 (218) Kreditoren zwischen 1 T€ und 10 T€	823.855,68	747.822,23
914 (606) Kreditoren unter 1 T€	202.450,35	153.887,49
Sicherheitseinbehalte	50.143,61	52.969,46
	<u>7.701.316,79</u>	<u>6.899.850,75</u>
abzüglich debitorische Kreditoren	<u>244.911,67</u>	<u>179.499,72</u>
	7.456.405,12	6.720.351,03

Die Verbindlichkeiten – ohne Sicherheitseinbehalte - waren zum Prüfungszeitpunkt (September 2013) bis auf 68.687,90 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	31.12.2012	6.402.669,36 €
	31.12.2011	508.096,86 €

Zusammensetzung:	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Koblenzer Wohnbau GmbH	5.876.206,00	21.685,88
Energieversorgung Mittelrhein	501.185,81	486.388,54
Buga GmbH	26.094,94	141,56
Sporthalle Oberwerth GmbH	33,93	48,73
Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungsgesellschaft	0,00	672,91
	<u>6.403.520,68</u>	<u>508.937,62</u>
abzüglich debitorische Kreditoren	<u>851,32</u>	<u>840,76</u>
	6.402.669,36	508.096,86

■ debitorische Kreditoren

Die Forderungen bestehen gegenüber der Stadtwerke GmbH (851,32 €).

Die Verbindlichkeiten waren zum Prüfungszeitpunkt (September 2013) bis auf den Sanierungsvertrag Koblenzer Wohnbau GmbH (5.854.543,60 €) ausgeglichen bzw. verrechnet.



4.8 Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	31.12.2012	18.026,17 €
	31.12.2011	29.400,73 €

Zusammensetzung:	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
KEVAG	41.291,50	20.191,70
Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH	16.734,38	0,00
Deponiezweckverband Eiterköpfe	84,08	7.986,28
Buga GmbH	0,00	1.222,75
	<u>58.109,96</u>	<u>29.400,73</u>
abzüglich debitorische Kreditoren	40.083,79	0,00
	<u>18.026,17</u>	<u>29.400,73</u>

■ debitorische Kreditoren

Die Forderungen bestehen gegenüber dem Gemeinschaftsklinikum Koblenz - Mayen (40.083,79 €).

Die Verbindlichkeiten waren zum Prüfungszeitpunkt (September 2013) ausgeglichen bzw. verrechnet.

4.9 Verbindlichkeiten gg. Sondervermögen, Zweckverbänden, AöR, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	31.12.2012	35.138.642,54 €
	31.12.2011	34.890.287,38 €

Zusammensetzung:	Buchwert 31.12.2012 EUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
Stadtentwässerung	28.208.880,96	20.810.196,04
Koblenzer Entsorgungsbetrieb	2.904.967,63	6.058.633,43
Kommunales Gebietsrechenzentrum	2.297.343,96	2.099.656,25
Grünflächen und Bestattungswesen	993.789,85	34.151,83
Koblenz Touristik	282.805,79	4.529.625,91
Jagdgenossenschaft	71.173,97	75.019,17
Konto 3531000000	<u>379.680,38</u>	<u>1.283.004,75</u>
	35.138.642,54	34.890.287,38

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen handelt es sich fast ausschließlich um die Bestände der Sonderkassen der jeweiligen Eigenbetriebe. Die Eigenbetriebe führen die wesentlichen Kassengeschäfte über das Konto 240 der Stadtkasse, so dass die ausgewiesenen 35.138.642,54 € ähnlich einem Kassenkredit zu behandeln sind.

Auf dem Konto 3531000000 werden weitere verschiedene Finanzbeziehungen zwischen der Stadt und ihren Eigenbetrieben bzw. Gesellschaften verbucht. Das Konto beinhaltet nicht nur Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, sondern auch Sonstige Verbindlichkeiten sowie interne Verrechnungen, die aber im Januar 2013 wieder korrigiert wurden. Die Zuordnung in der Finanzsoftware erfolgte bei der o.g. Position.



Aufgrund der aktuellen Liquiditätslage der Stadt ist diese Position als eine langfristige Darlehensgewährung anzusehen. Zur Abwicklung des laufenden Zahlungsverkehrs werden je nach Betriebszweig bis zu fünf Konten verwendet.

Eine Abstimmung mit den Jahresabschlüssen der Eigenbetriebe ist erfolgt. Dieser Abgleich führt wie schon im Vorjahr zu der Feststellung, dass aufgrund zeitlicher Buchungsunterschiede die Forderungen und Verbindlichkeiten der Eigenbetriebe mit denen der Stadt **nicht** übereinstimmen.

Mit Blick auf den in 2015 zu erstellenden Gesamtabchluss (Konzern) besteht weiterhin die Notwendigkeit, die Forderungen und Verbindlichkeiten innerhalb des Konzerns „Stadt Koblenz“ untereinander abzustimmen. Auf die gleich lautende Prüfungsbemerkung im Vorjahresbericht wird verwiesen.

4.10 Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	31.12.2012	2.277.556,68 €
	31.12.2011	3.731.003,02 €

Zusammensetzung:	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Finanzamt	910.296,13	765.091,48
Land Rheinland-Pfalz	823.788,75	1.094.723,33
DLP-Konten	180.410,83	31.902,78
Sonstiges	148.230,64	74.669,14
Rheinische Versorgungskasse	110.482,00	212.829,00
Deutsche Rentenversicherung	84.195,31	78.143,43
Kreisverwaltung Mayen-Koblenz	20.153,02	25.046,95
Statistisches Landesamt	0,00	1.383.224,41
Bundesagentur für Arbeit	0,00	22.563,26
Landestreuhandbank Mainz	0,00	42.809,24
	<u>2.277.556,68</u>	<u>3.731.003,02</u>

■ Statistisches Landesamt

Aus der Gewerbesteuerumlage 4. Quartal 2012 ergibt sich im Berichtsjahr eine Forderung (siehe 2.2.1 „Öffentlich rechtliche Forderungen“)

■ Finanzamt

Lohnsteuer Dezember 2012

■ Land Rheinland-Pfalz

Zinslose Darlehen für Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II



4.11 Sonstige Verbindlichkeiten	31.12.2012	9.300.006,85 €
	31.12.2011	9.633.849,33 €

Zusammensetzung:	31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR
DLP-Konten, Parkzahlungen	7.189.909,50	8.566.648,35
Steuerverbindlichkeiten	1.803.496,53	349.297,49
Maßnahmen Amt 62	216.126,87	635.880,11
Sonstiges	90.473,95	82.023,38
	<u>9.300.006,85</u>	<u>9.633.849,33</u>

■ DLP-Konten, Parkzahlungen

Wesentlicher Bestandteil der Parkzahlungen ist die Zahlung infolge des Grundstücksverkaufs der Stadt Koblenz an die Forum Mittelrhein Koblenz GmbH & Co. KG in Höhe von 5.250.000,00 €. Eine Abrechnung dieser Maßnahme ist zum jetzigen Zeitpunkt (November 2013) noch nicht erfolgt.

Auf die entsprechenden Ausführungen zu dieser Thematik im Prüfbericht 2010 wird verwiesen.

■ Maßnahmen Amt 62

Umlegungsverfahren Reiffenbergstraße und Gewerbegebiet Bubenheim.

5 Rechnungsabgrenzungsposten	31.12.2012	545.771,45 €
	31.12.2011	221.219,49 €

Die Position der passiven Rechnungsabgrenzungsposten besteht zum großen Teil aus den bereits zum 31.12.2012 bezahlten großen und kleinen Abos des Stadttheaters für die Saison 2012/13. Weiterhin wurden die jahresübergreifenden Kurse der Volkshochschule ordnungsgemäß abgegrenzt.

Der starke Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist durch die Abgrenzung einer Erbbau-rechtsablöse in Höhe von 297 T€ begründet.



Anlage 11 Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung

1. Steuern und ähnliche Abgaben

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Realsteuern	117.029.003,58	120.747.663,44
Gemeindeanteile an den Gemein- schaftssteuern	43.776.164,36	46.748.797,23
Sonstige Gemeindesteuern	1.394.919,75	1.999.538,46
Ausgleichsleistungen	4.687.691,62	4.751.175,01
	166.887.779,31	174.247.174,14

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 165.584.800 € wies die Ergebnisrechnung bei den Erträgen aus Steuern und ähnlichen Abgaben knapp 8,7 Mio. € Mehreinnahmen aus. Zum Vorjahresergebnis beträgt die Steigerung rd. 7,36 Mio. €; dies entspricht einem Anstieg von 4,41 %.

■ Realsteuern

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Gewerbesteuer	99.139.433,08	102.614.390,05
Grundsteuer B	17.824.873,23	18.059.893,24
Grundsteuer A	64.697,27	73.380,15
	117.029.003,58	120.747.663,44

Die Erträge aus den Realsteuern hatten wie im Vorjahr insgesamt gesehen eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Sie stiegen zum Haushaltsansatz von 115.462.500 € um 5.285.163 € (4,6 %) und zum Vorjahresergebnis um rd. 3,719 Mio. € = 3,18 %.

Während die Erträge aus der Grundsteuer A bis auf einen geringen Betrag sowohl dem Haushaltsansatz als auch dem Vorjahresergebnis entsprachen, stiegen die Erträge aus der Grundsteuer B um ca. 1,3 % auf nunmehr rd. 18,06 Mio. € an. Nach der gut 8,3%igen Anhebung der Hebesätze (360 auf 390 %) zum 01.01.2010 stieg der Hebesatz zum 01.01.2012 auf nunmehr 400 % (+ 2,6 %) an. Unter Berücksichtigung der im Ergebnis 2011 enthaltenen periodenfremden Erträge aus 2011 entspricht die Zunahme mit rd. 460 T€ der vor der Hebesatzerhöhung prognostizierten Ertragssteigerung.

Der Hebesatz der Grundsteuer B wurde zwischenzeitlich zum 01.01.2013 auf 420 % (+ 5 %) angehoben.

Weiterhin gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen führten dazu, dass die Gewerbesteuererträge gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs um rd. 3,5 Mio. € verzeichnen konnten. Der derzeitige Gewerbesteuerhebesatzes beträgt 410 % und gilt seit 01.01.2011. Im Zeitverlauf haben sich die Gewerbesteuererträge in den letzten drei Jahren um rd. 32,5 Mio. € erhöht; dies entspricht in etwa einer Steigerung um 46,4 %.



■ Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Gem. Anteil an der Einkommenssteuer	35.955.908,75	38.414.493,46
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	7.820.255,61	8.334.303,77
	43.776.164,36	46.748.797,23

Der Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern erhöhte sich zum Vorjahr insgesamt betrachtet um rd. 2.973 T€ oder rd. 6,79 %.

Die positive Entwicklung bei den Erträgen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer wurde durch die gute Konjunkturlage und den damit verbundenen höheren Einkommenssteuerzahlungen fortgesetzt. Die nach der Gewerbesteuer fiskalisch gesehen zweitbedeutsamste Steuereinnahme der Stadt hat sich zum Vorjahr um rd. 2,46 Mio. € oder 6,8 % erhöht. Gleiches gilt für den Gemeindeanteil aus der Umsatzsteuer, bei der - wie im Vorjahr - ein leichtes Plus verzeichnet werden konnte. Die Steigerung betrug rd. 514 T€ (6,6 %).

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 43.466.900 € erhöhten sich die städtischen Anteile an den Gemeinschaftssteuern um rd. 3.282 Mio. €. Ursächlich hierfür war im Wesentlichen ein abermals zu gering bemessener Ansatz sowohl bei den Anteilen aus der Einkommens- als auch der Umsatzsteuer.

■ Sonstige Gemeindesteuern

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Sonstige Steuern (Vergnügungssteuer)	1.007.065,93	1.547.279,03
Hundesteuer	377.345,56	402.430,47
Jagdsteuer	10.508,26	10.078,04
Zweitwohnungssteuer	0,00	39.750,92
	1.394.919,75	1.999.538,46

Die sonstigen Gemeindesteuern erhöhten sich zu 2011 um rd. 605 T€ = 43,3 %.

Ein deutlicher Zuwachs an Spielgeräten durch neue Spielstätten im Gewerbegebiet Metternich-Nord sowie eine Erhöhung der Steuersätze führte bereits im Vorjahr zu einem merklichen Anstieg von 240 T€ bei den Erträgen aus der Vergnügungssteuer. Eine weitere Anpassung der Steuersätze, ab 01.01.2012 berechnet sich die Steuer am Einspielergebnis (12 %), brachte im Berichtsjahr eine weitere Ertragssteigerung um rd. 540 T€.

Die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer begann zum 01.01.2012 und brachte Einnahmen in Höhe von ca. 40 T€.

Der Haushaltsansatz bei den Sonstigen Gemeindesteuern von insgesamt 2.073.000 € wurde insbesondere durch geringere Erträge bei der Vergnügungs- und Zweitwohnungssteuer nicht erreicht. Zu beiden Steuerarten lagen aufgrund einer neuen Berechnungsmethode oder der erstmaligen Erhebung keine belastbaren Erfahrungswerte vor.



■ Ausgleichsleistungen

Zusammensetzung:

	2011 EUR	2012 EUR
Familienausgleichsleistungen	3.837.543,61	4.003.892,84
Grundsicherung für Arbeitssuchende	850.148,01	747.282,17
	4.687.691,62	4.751.175,01

Die Erträge aus den Ausgleichsleistungen übersteigen den Haushaltsvoranschlag von 4.582.400 € um rd. 170 T€, so dass insbesondere im Bereich der Familienausgleichsleistungen eine Anpassung der Haushaltsansätze erfolgen sollte.

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg um rd. 63 T€ zu verzeichnen. Während sich die Familienausgleichsleistungen, hierbei handelt es sich um die Beteiligung der Kommunen an den Umsatzsteuermehreinnahmen des Landes nach § 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen dem Bund und den Ländern, um rd. 166 T€ erhöhten, reduzierte sich die Leistungsbeteiligung an den Personalkosten des Job-Centers für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende um ca. 103 T€. Grund für diesen Rückgang ist in erster Linie, dass das Ergebnis 2011 zusätzliche Erträge aus der „Spitzabrechnung“ von 2010 enthält. Zudem wurde der Abrechnungsmodus mit in Kraft treten der *VerwaltungskostenfeststellungsVO* geändert.

2. Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Schlüsselzuweisungen	17.205.546,00	12.356.902,00
Sonstige allgemeine Zuweisungen	0,00	2.321.508,00
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	11.413.768,58	10.353.491,81
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	4.277.859,75	3.723.200,73
Schuldendiensthilfen	5.223,61	5.223,61
	32.902.397,94	28.760.326,15

Im Vergleich zum **Haushaltsansatz** von 28.309.464 € weist die Ergebnisrechnung bei den Erträgen aus Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträgen ein Plus von knapp 451 T€ aus. Trotz der erstmals unter der Rubrik „Sonstige allgemeine Zuweisungen“ verbuchten Zuweisung aus dem „Kommunalen Entschuldungsfond Rheinland-Pfalz“ (KEF) verringerten sich die Gesamterträge der Zeile 2 **zum Vorjahr** deutlich um rd. **4,14 Mio. €** = 12,6 %.

■ Schlüsselzuweisungen

Die Schlüsselzuweisungen nach dem Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG) verteilen sich auf die:



- ⇒ Schlüsselzuweisung B1 (§ 9 (2) Ziffer 1 LFAG) = 4.920.758 € (Vj. 4.908.614 €)
- ⇒ Schlüsselzuweisung B2 (§ 9 (2) Ziffer 2 LFAG) = 5.955.781 € (Vj. 11.213.587 €)
- ⇒ Investitionsschlüsselzuweisung (§ 10 LFAG) = 1.480.363 € (Vj. 1.083.345 €)

Im Berichtsjahr erzielte die Stadt Koblenz aus der Schlüsselzuweisung (B1) nach § 9 (2) Ziffer 1 LFAG im Vergleich zum Vorjahr nahezu unveränderte Erträge in Höhe von rd. 4,9 Mio. €. Der Berechnungsmaßstab liegt zurzeit bei 46 € pro Einwohner. Die geringfügige Steigerung beruht auf einer um 264 Einwohner höheren Bevölkerungsmesszahl.

Da die Bedarfsmesszahl die Finanzkraftmesszahl überschritt, gewährte das Land auch im Berichtsjahr eine Schlüsselzuweisungen nach § 9 (2) Ziffer 2 LFAG. Mit 5.955.781 € liegt diese im Berichtsjahr deutlich unter dem Vorjahresbetrag.

Zudem bewilligte es Investitionsschlüsselzuweisungen nach § 10 LFAG, die im Finanzhaushalt zur Verminderung des Saldos der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit verwendet werden sollen. Die Zahlung ist ebenfalls abhängig von der Differenz zwischen Finanzbedarf und Finanzkraft der Kommune.

■ Sonstige allgemeine Zuweisungen

Nach dem Beitritt zum KEF erhielt die Stadt Koblenz die erste Auszahlung aus dem Entschuldungsfond. Der jährlich zu erwartende Betrag beläuft sich auf 2.321.508 €.

■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Land Rheinland-Pfalz	10.371.969,15	9.448.881,60
Sparkasse	429.881,60	409.200,00
Bund	250.424,24	40.353,28
Rechtsfähige Stiftungen	186.288,73	146.848,80
Sonstige	175.204,86	308.208,13
	11.413.768,58	10.353.491,81

Die Erträge minderten sich **zum Vorjahr** um saldiert rd. 1.060 T€ (9,3 %). Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen geringere Zuweisungen für Schulen. Hervorzuheben sind die im letzten Jahr abgerechneten Zuweisungen aus dem Konjunkturpaket II für konsumtive Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Grundschulen (410 T€), der dualen Oberstufe mit rd. 890 T€ und der Hauptschulen (30 T€).

Darüber hinaus wurde im Vorjahr beim Produkt 1118 „Integrationsbeauftragter und Beirat für Migration und Integration“ eine Zuweisung in Höhe von 246 T€ verbucht. Bei dieser handelte es sich um eine Zuweisung, die im Rahmen der Eröffnungsbilanz auf einem DLP-Konto (Sonstige Verbindlichkeiten) gebucht und seinerzeit aufgelöst wurde.

Die Zuweisungen und Zuschüsse des Landes beinhalten u. a den Zuschuss für das Theater (4.981 T€; 2011: 4.913 T€; 2010: 4.913 T€; die Schülerbeförderung (1.841 T€;



2011: 1.671 T€; 2010: 1.647 T€;) sowie die allgemeine Straßenzuweisungen (834 T€; 2011: 835 T€; 2010: 830 T€;). Darüber hinaus erhielt die Stadt Koblenz weitere Zuweisungen vom Land bspw. für ihre Kultur- und Bildungseinrichtungen wie VHS, Musikschule, Stadtbibliothek, die Bundesgartenschau sowie für den öffentlichen Personennahverkehr.

Gegenüber **dem Budget** (9.610.178 €) erhöhten sich die Zuweisungen und Zuschüsse um rd. 743.000 €. Gründe hierfür waren außerplanmäßige Erträge aus Zuweisungen für die Bundesgartenschau in Höhe von rd. 502 T€.

■ Erträge aus der Auflösung der Sonderposten

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten reduzierten sich **zum Vorjahr** um rd. 555 T€.

Nachdem in den Prüfberichten zu den Jahresabschlüssen 2010 und 2011 festgestellt wurde, dass bei einigen Sonderposten insbesondere des Straßenbaus die Zuwendungen von Bund und Land in der Bilanz einen höheren Wert als das eigentliche Anlagengut auswiesen, wurden die Fälle für den Jahresabschluss 2012 auf den Bilanzwert des eigentlichen Anlagegutes korrigiert. Die Gesamtsumme der gegen das Eigenkapital ausgebuchten Beträge belief sich auf **rd. 43,5 Mio. €**; die Ausbuchung reduzierte in der Folge zwangsläufig die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten erheblich.

3. Erträge der sozialen Sicherung

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	940.129,02	930.718,45
Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen	3.117.202,16	3.370.445,74
Kostenbeteiligung/Kostenerstattung nach SGB XII u. a. sozialer Leistungen	16.191.639,67	18.677.185,42
Kostenbeteiligung/-erstattung SGB VIII und anderer Jugendhilfe	14.361.765,48	18.813.092,13
Kostenerstattungen von anderen Sozialhilfeträgern	39.221,98	61.313,40
Leistungsbeteiligung nach dem SGB II	8.706.780,41	8.690.801,06
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung	1.289.717,10	3.847.860,20
	44.646.455,82	54.391.416,40

Die Erträge aus der sozialen Sicherung waren im Haushaltsplan mit insgesamt 52.756.300 € veranschlagt, so dass ausweislich der Ergebnisrechnung ein Plus von rd. 1,635 Mio. € = 3,1 % entstand. Insgesamt wurden 27 Konten bebucht, wobei sich das Ergebnis rechnerisch aus der Saldierung der Mehrerträge von rd. 2.434 T€ abzüglich der Mindererträge von 799 T€ ergibt.



Nach der Einführung der kommunalen Doppik zum 01.01.2009 ist bei den Erträgen aus der sozialen Sicherung nunmehr zum dritten Mal wieder ein aussagefähiger Vergleich mit den Ergebnissen des Vorjahres möglich. Insgesamt betrachtet haben sich die Erträge um gut 9,7 Mio. € = 21,8 % erhöht, wobei die wesentlichen Steigerungen in den Bereichen der Kostenbeteiligungen/Kostenerstattungen nach SGB VIII (+ 4.451.327 €), SGB XII (+ 2.485.545 €) und Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung (+ 2.558.143 €) anfielen.

Insgesamt betrachtet weisen die Erträge aus der sozialen Sicherung seit Einführung des neuen kommunalen Rechnungswesens zum 01.01.2009 mit einem Plus von rd. 16,560 Mio. € oder 43,8 % eine durchaus positive Entwicklung aus.

■ Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz	223.005,23	236.802,07
Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete	379.321,00	383.837,55
Leistungen von Sozialleistungsträgern	177.189,79	148.828,93
Rückzahlungen	86.997,79	91.831,23
Sonstige	73.615,21	69.418,67
	940.129,02	930.718,45

Die Erträge aus dem Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen entsprachen im Wesentlichen dem Ur-Budget von 943.500 €.

Generell weisen diese Erträge allerdings einen negativen Trend auf. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis um rd. 10 T€ verringert; zum Jahr 2010 mit Erträgen von rd. 1.176 T€ beträgt der Rückgang rd. 245 T€. Über die Jahre betrachtet haben sich insbesondere die Erträge aus den Kostenbeiträgen und Aufwendungsersatz sowie aus den Leistungen anderer Sozialleistungsträger reduziert. Zu nennen sind hier insbesondere der Aufwendungsersatz und die Leistungen anderer Sozialleistungsträger für die Kriegsofopferfürsorge, die durch Übertragung dieser Aufgabe auf die Landkreise gänzlich entfallen sind.

Darüber hinaus reduzierten sich die Kostenbeiträge des im Produkt 3511 budgetierten Projektes „Stärken vor Ort“, das zwischenzeitlich ausgelaufen ist.

■ Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Kostenbeiträge u. Aufwendungsersatz	457.472,39	466.584,93
Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete	318.758,37	336.453,61
Leistungen von Sozialleistungsträgern	1.925.287,52	2.179.338,78
Rückzahlungen	277.569,51	298.340,41
Sonstige	138.114,37	89.728,01
	3.117.202,16	3.370.445,74



Die Erträge aus dem Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb von Einrichtungen entsprachen im Wesentlichen dem Ur-Budget von 3.376.000 €.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Erträge aus Ersätzen für soziale Leistungen in Einrichtungen um rd. 253 T€. Hervorzuheben ist die Ertragssteigerung bei den Leistungen von Sozialleistungsträgern im Produkt 3111, bei denen bspw. die Hilfen zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Hilfen zur Gesundheit und zur Eingliederung für behinderte Menschen und die Hilfe zur Pflege abgebildet werden.

Im Gegensatz hierzu haben sich die nicht unter den Einzelpositionen zu subsumierenden Erträge bei der Sammelposition „Sonstige“ zum Vorjahr um rd. 50 T€ reduziert.

■ Kostenbeteiligung und -erstattung SGB XII und anderer sozialer Leistungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Land RLP	16.127.421,36	18.646.774,21
Landkreise	50.619,82	18.112,89
Gemeinden	0,00	6.726,15
Sonstige	13.598,49	5.572,17
	16.191.639,67	18.677.185,42

Im Budget waren 18.634.000 € an Erträgen an Kostenbeteiligungen und –erstattungen nach SGB XII veranschlagt; mithin ergibt sich zum Voranschlag ein Plus von rd. 43.200 € oder 0,2 %. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis haben sich die Kostenbeteiligungen und Kostenerstattungen **saldiert** um rd. 2,486 Mio. € bzw. 15,4 % erhöht.

Die Kostenbeteiligung und –erstattung des Landes nach SGB XII wird maßgeblich durch die hierfür in Zeile 17 ausgewiesenen Mittel für die soziale Sicherung beeinflusst. Da sich dieser Aufwand gegenüber dem Vorjahr um rd. 3,7 Mio. € erhöht hat, stiegen zwangsläufig die Erträge bei den Kostenbeteiligungen- und erstattungen des Landes. Das SGB XII beinhaltet die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Hilfe zur Gesundheit, die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die Hilfe zur Pflege sowie die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten.

■ Kostenbeteiligung u. -erstattung im Bereich SGB VIII und anderer Jugendhilfe

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Land RLP	12.117.048,72	16.637.201,06
Örtlicher Träger	54.371,13	60.041,15
Landkreise	384.596,44	540.890,01
Gemeinden	160.853,48	414.115,31
Sonstige	1.644.895,71	1.160.844,60
	14.361.765,48	18.813.092,13



Für das Jahr 2012 waren im Haushalt insgesamt 17.051.805 € veranschlagt, so dass ein Mehrertrag von rd. 1,761 Mio. € erzielt werden konnte.

Die größten Abweichungen zum Urbudget sind bei den Kostenbeteiligungen und –erstattungen durch den überörtlichen Träger sowie durch die Gemeinden festzustellen. Bei einem Ansatz von 15.117.865 € bzw. 171.500 € sind höhere Erträge von 1.519 T€ bzw. 243 T€ zu verzeichnen.

Die Entwicklung der in der Aufstellung zusammengefassten Erträge ist weiterhin als positiv zu bewerten. Sie wurde allerdings auch durch gestiegene Aufwendungen im Bereich der Jugendhilfe maßgeblich beeinflusst.

Nachdem bereits in den letzten beiden Jahren ein Plus von insgesamt 4,017 Mio. € verzeichnet werden konnte, stiegen die Erträge im Berichtsjahr abermals um rd. 4,451 Mio. € oder 31,0 % an. Die Gesamtsteigerung in den letzten drei Jahren seit Einführung der Doppik trägt zusammen mithin rd. 8,468 Mio. € und erreicht eine Quote von 81,9 %.

Bei den Mehrerträgen handelt es sich nahezu ausschließlich um Ertragssteigerungen aufgrund von höheren abrechnungsfähigen Leistungen mit dem Land für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege.

■ Kostenerstattung von anderen Sozialleistungsträgern

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Land	0,00	- 45,00
Landkreise	39.287,53	61.358,40
Gemeinden	- 65,55	0,00
	39.221,98	61.313,40

Die Erträge erhöhten sich zum Vorjahresergebnis um rd. 22 T€. Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 129 T€ reduzierten sie sich allerdings deutlich. Grund hierfür war ein zu hoher Budgetansatz bei den Kostenerstattungen von Landkreisen und Gemeinden für Aufwendungen an Hilfen zum Lebensunterhalt, an Hilfen zur Gesundheit, an Hilfen zur Pflege, für die Grundsicherung im Alter und weitere Hilfearten.

■ Leistungsbeteiligung nach dem SGB II

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Unterkunft und Heizung § 46 SGB II, Leistungsbeteiligung für § 28 SGB II	8.419.538,90	8.535.751,26
Rückzahlung Bundesanstalt	238.815,76	155.049,80
Land RLP	48.425,75	0,00
	8.706.780,41	8.690.801,06

Die Erträge aus Leistungsbeteiligung nach dem SGB II waren im Haushalt mit 8.781.995 € veranschlagt; der Fehlbetrag beträgt mithin rd. 91.200 €.

Die Erträge setzen sich aus den Ausgleichsleistungen des Bundes und des Landes zusammen. Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind unwesentlich (- 16 T€).



Bei der erstmals erfolgten Leistungsbeteiligung nach § 28 SGB II handelt es sich um die Kostenbeteiligung des Bundes an den Bildungs- und Teilhabeleistungen.

■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Zuweisungen/Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung durch Sonstige	1.289.717,10	3.847.860,20

Der Haushalt für das Jahr 2012 sah für die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung durch Sonstige 3.840.000 € vor, so dass sich gemessenen am Volumen ein geringfügiges Plus ergab. Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Verdreifachung des Ertrages festzustellen, der darauf zurückzuführen ist, dass die prozentuale Beteiligung des Bundes an den Kosten der Grundsicherung in 2012 von bisher 16 % auf 45 % angehoben wurde. In den nächsten Jahren ist mit einer weiteren deutlichen Ertragssteigerung zu rechnen, da sich die prozentuale Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung in 2013 zunächst auf 75 % und in 2014 auf 100 % erhöhen wird.

4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Verwaltungsgebühren	4.084.252,41	4.071.058,40
Benutzungsgebühren	3.640.992,46	4.790.686,88
Auflösung Sonderposten aus Beiträgen	984.107,00	989.063,91
Schülerbeförderungsentgelte	858.983,88	543.450,31
Sonstiges	191.120,13	131.334,29
	9.759.455,88	10.525.593,79

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 10.379.705 € konnten leicht höhere Erträge von rd. 146 T€ (1,4 %) erzielt werden. Nachdem in den Vorjahren durch die sukzessiv eingeführte Befreiung der Eltern von den Kindergartenbeiträgen ein Rückgang bei den Erlösen aus öffentlich-rechtlichen Entgelten zu verzeichnen war, erhöhten sich diese Erträge im Berichtsjahr und zwar um saldiert rd. 766 T€ oder 7,9 %.

Hervorzuheben sind hierbei die Benutzungsgebühren. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1.150 T€ an, wobei diese Entwicklung durchgängig in allen Produkten festzustellen ist. Erwähnenswert sind die Parkgebühren, die durch eine Erhöhung in den Parkzonen 1 bis 8B (Innenstadt zwischen Rhein, Mosel, Eisenbahnstrecke und Markenbildchenweg) von 0,50/Std. auf 1,20 €/Std. bei gleichzeitiger Änderung der Taktung auf 20 Min. eine Ertragssteigerung um ca. 1 Mio. € (51 %) auf rd. 2,95 Mio. € verzeichnen konnten.

Eine rückläufige Tendenz mit rd. 315 T€ weisen demgegenüber die Erträge aus der Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten auf. Ursächlich hierfür ist in erster



Linie die durch Landesgesetz erfolgte Beitragsbefreiung für die Schüler der Sekundarstufe I (Klassen 5 – 10) ab dem Schuljahresbeginn 2012/2013. Die Stadt Koblenz erhielt hierfür eine Teilkompensation durch einen sog. Mehrbetragsausgleich im Rahmen der Zuweisungen für die Schülerbeförderung. Mit dem Jahresabschluss 2013 werden die Auswirkungen erstmals für ein ganzes Kalenderjahr dargestellt. Beitragspflichtig sind aktuell nur noch die Schüler der Sekundarstufe II (Klassen 11 – 13) sowie die entsprechenden Bildungszweige der Berufsbildenden Schulen.

5. Privatrechtliche Leistungsentgelte

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Verkaufserlöse	1.568.560,33	1.045.348,68
Mieten und Pachten	1.218.850,83	1.505.147,99
Beteiligung Essenskosten durch Eltern sowie Zuschüsse des Bundes	331.946,06	278.849,51
Eintrittsgelder	1.957.482,73	2.045.724,03
Sonstiges	338.656,88	392.346,19
	5.415.496,83	5.267.416,40

Der Haushaltsansatz von 5.219.825 € wurde um rd. 48 T€ (0,9 %) übertroffen.

Der Vergleich zu den Vorjahresergebnissen von 5.883 T€ (2010) und 5.415 T€ (2011) zeigt einen deutlich rückläufigen Trend. Insbesondere minderten sich die Erträge der Verkaufserlöse um saldiert 523 T€ zu 2011 und 1.107 T€ zu 2010, wobei das Ergebnis maßgeblich durch die Erlössituation des komm. Forstbetrieb (Produkt 5551) beeinflusst wird. Seit dem außerordentlich guten Ergebnis in 2010 mit Erlösen aus dem Holzverkauf in Höhe von rd. 1,8 Mio. € hat sich das Ergebnis über 1,2 Mio. € im Vorjahr auf knapp 800 T€ im Berichtsjahr verringert.

Die Erträge aus Mieten und Pachten lagen mit rd. 286 T€ um 23,5 % über dem Vorjahresergebnis. Das Rechnungsergebnis errechnet sich aus der Saldierung von 41 Einzelprodukten; es entspricht nunmehr wieder dem Trend der Vorjahre. Erwähnenswert sind die Abschlüsse der Produkte 5511 „Öffentliches Grün“ mit einer Steigerung um rd. 233 T€ (Hauptgrund: Vermietung von Parkplatzflächen an die SGD) und 5521 „Gewässerunterhaltung“ mit einem Anstieg von rd. 175 T€.

Die Beteiligungen an der Schulverpflegung belaufen sich auf 272 T€ (Vorjahr: 332 T€) durch die Eltern und 7 T€ durch den Bund. Mit Einführung der Leistungen für Bildung und Teilhabe erhalten verschiedene Eltern eine Ermäßigung für die Mittagsverpflegung an Ganztagschulen.

Abermals Positiv ist hingegen die Entwicklung der erzielten Eintrittsgelder. Erwähnenswert hierbei ist die Verbesserung der Erlössituation beim Stadttheater mit 67 T€.



6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Sondervermögen	2.752.388,32	2.793.747,35
Öffentlicher Bereich	3.635.718,25	3.395.320,72
Verbundenen Unternehmen	733.644,57	686.374,64
Private Unternehmen	975.551,33	883.266,18
Unternehmen, mit Beteiligungsverhältnis	24.063,11	3.615,51
Sonstige	70.547,28	53.785,21
	8.191.912,86	7.816.109,61

Zum Haushaltsansatz von 7.690.193 € verzeichnet die Ergebnisrechnung ein geringfügiges Plus von rd. 125.916 € = 1,6 %. Zum Vorjahr ist eine Reduzierung an Kostenerstattungen und –umlagen um saldiert rd. 376 T€ = 4,6 % zu verzeichnen. Die im Vorjahr festzustellenden außerordentlichen Steigerungen im Öffentlichen Bereich hatten teils nur temporären Charakter (bspw. Kostenerstattung Wahlen).

■ Sondervermögen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Koblenzer Entsorgungsbetrieb	1.217.415,40	1.255.227,03
Stadtentwässerung	694.551,96	717.261,46
Grünflächen- und Bestattungswesen	363.939,52	358.489,99
Koblenz-Touristik	251.233,59	238.240,77
Kommunales Gebietsrechenzentrum	225.247,85	224.528,10
	2.752.388,32	2.793.747,35

Die mit den Eigenbetrieben (EB) verrechneten Kostenerstattungen und -umlagen erhöhten sich **zum Vorjahr** um saldiert rd. 41 T€; dies entspricht 1,5 %.

Die von den 5 städtischen Eigenbetrieben an den Kernhaushalt der Stadt Koblenz abzuführenden Umlagen und Erstattungen bewegen sich sowohl was den Einzel- als auch den Gesamtabschluss angeht in einer geringen Bandbreite.

■ Öffentlicher Bereich

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Gemeinde und Gemeindeverbände	1.670.490,27	1.420.374,79
Land Rheinland-Pfalz	1.880.045,98	1.625.708,28
Bund	32.945,73	15.906,96
Europäische Union	22.774,60	7.542,00
Sonstige	29.461,67	325.788,69
	3.635.718,25	3.395.320,72

Die Verrechnungen im öffentlichen Bereich verringerten sich zum Vorjahr saldiert um rd. 241 T€ und basieren im Wesentlichen aus gesunkenen Kostenerstattungen vom Land und von den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Hervorzuheben sind die Kostenerstattungen aus der Zweckvereinbarung mit den umliegenden Landkreisen über die Nutzung der Koblenzer Berufsschulen durch Schüler aus diesen Gebieten,



für die Aufwendungen für den Betrieb der Integrierten Leitstelle sowie für die Nutzung der Universitätsturnhalle durch die Sportverbände. Die Reduzierung zum Vorjahr basiert auf geringeren Kostenerstattungen für die Durchführung von Wahlen. Demgegenüber konnten für den Bereich der Lebensmittelüberwachung ein um rd. 310 T€ höherer Erstattungsbetrag realisiert werden. Grund hierfür ist die Rückforderung der Verbandsumlage aus den Jahren 1998 bis 2012 gegenüber dem Zweckverband Tierkörperbeseitigung. Aufgrund der nicht vorhandenen Liquidität seitens des Zweckverbandes wurde diese Forderung durch das Rechnungsprüfungsamt als nicht werthaltig eingestuft und dementsprechend einzelwertberichtigt.

■ Private Unternehmen

Der durch die Personalkostenerstattung durch das DRK in Verbindung mit der Inbetriebnahme der neuen Leitstelle dominierte Bereich hatte zum Vorjahr einen Rückgang um rd. 93 T€ zu verzeichnen. Die Reduzierung begründet sich im Wesentlichen auf in 2012 nicht durchgeführten Ersatzvornahmen beim Produkt 5211. Hier fielen im Vorjahr insgesamt 57 T€ an.

7. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Bestandsveränderungen an fertigen Erzeugnissen	- 6.405,31	1.026,69
Bestandsveränderungen an Waren	- 65.275,81	-34.657,76
Bestandsveränderungen an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen	- 37.748,71	-595,55
	- 109.429,83	-34.226,62

Die fertigen und unfertigen Erzeugnisse sowie die für die Herstellung benötigten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind in der Bilanz beim Umlaufvermögen bilanziert. Die Ergebnisrechnung beinhaltet lediglich die Veränderungen zum Vorjahresergebnis. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Bestände zum Stichtag insgesamt betrachtet um rd. 34 T€ verringert. Ausschlaggebend hierfür war im Wesentlichen die Reduzierung der Rohholzbestände beim kommunalen Forstbetrieb.

8. Andere aktivierte Eigenleistungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Aktivierte Personalkosten	1.707.553,75	1.738.144,97
Sonstige andere aktiv. Eigenleistungen	37.854,38	28.321,44
	1.745.408,13	1.766.466,41

Bei der Position der anderen aktivierten Eigenleistungen werden im Wesentlichen die Leistungen der Mitarbeiter dargestellt, die diese im Haushaltsjahr 2012 für die Erstellung eigener aktivierungsfähiger Vermögensgegenstände erbracht haben. Mit der



Aktivierung werden die entstandenen Kosten, bspw. für Gehälter und Material, in der Ergebnisrechnung neutralisiert und über die Jahre der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes verteilt.

Im Haushaltsjahr 2012 fielen aktivierte Eigenleistungen von rd. 1.766 T€ an; zum Haushaltsansatz von rd. 1,406 Mio. € ist eine Steigerung um rd. 360 T€ zu verzeichnen. Die Steigerung zum Vorjahr beträgt rd. 21 T€.

Die höchsten Erträge erzielten die Produkte 5411 „Gemeindestraßen“ (407 T€), 5521 „Gewässerunterhaltung“ (396 T€), 1148 „Technisches Gebäudemanagement“ (370 T€), 5711 „Kommunale Wirtschaftsförderung“ (167 T€), 5441 „Bundesstraßen“ (137 T€) und 5112 „Geoinformation“ (106 T€).

Aufgrund rückläufiger Investitionstätigkeit wurde der Ansatz bei den Anderen aktivierten Eigenleistungen im Nachtrag 2013 auf rd. 1,15 Mio. € reduziert.

9. Sonstige laufende Erträge

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Erträge aus der Veräußerung von Anlage- und Umlaufvermögen	467.886,80	512.994,26
Weitere sonstige laufende Erträge	10.628.551,70	13.369.476,99
Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	10.802.218,54	22.374.905,12
Andere sonstige ordentliche Erträge	1.155.977,37	535.199,24
	23.054.634,41	36.792.575,61

Die sonstigen laufenden Erträge verzeichnen zum Haushaltsansatz von 23.036.022 € einen Anstieg um 13.756.553 € (59,7 %). Damit wurde der Ansatz wie in den Vorjahren deutlich überschritten (2009: + 7,2 Mio. € = 70 %; 2010: + 12,9 Mio. € = 102 %; 2011 + 9,9 Mio. € = 75 %). Für das Jahr 2013 beläuft sich der Haushaltsansatz einschließlich Nachtrag auf 17.933.283 Euro.

Die Steigerung zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf den nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträgen, die nachstehend näher erläutert werden.

■ Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens und des Umlaufvermögens

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Gewinn aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	393.373,59	416.885,71
Gewinn aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen	8.447,10	8.018,31
Gewinn aus der Veräußerung von sonstigen Vermögensgegenständen	66.066,11	88.090,24
	467.886,80	512.994,26



Es handelt sich um außerplanmäßige Gewinne aus der Veräußerung von Anlagevermögen und sonstigen (un-)beweglichen Vermögensgegenständen.

Der im Nachtragshaushalt um 796 T€ auf rd. 2,83 Mio. € erhöhte Ansatz wurde im Berichtsjahr deutlich unterschritten, weil unter anderem die Projekte „Grundstücksverkäufe Peter-Klöckner-Straße“ (1.450 T€) und „Grundstücksverkäufe Businesspark“ (197 T€) nicht realisiert werden konnten.

■ Weitere sonstige laufende Erträge

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Ordnungsrechtliche Erträge	2.241.538,36	2.418.163,24
Säumniszuschläge, Mahngebühren etc	378.909,81	456.463,75
Konzessionsabgaben	7.747.737,01	7.675.104,90
Verkauf von Angebotsunterlagen	18.952,75	34.203,06
Versicherungserstattungen	170.148,82	386.112,32
Jagdpacht	8.580,07	28.645,43
Baulandumlegung	0,00	2.337.054,86
Sonstige	62.684,88	33.729,43
	10.628.551,70	13.369.476,99

• Ordnungsrechtliche Erträge

Zum Planansatz von 2.325.000 € stiegen die ordnungsrechtlichen Erträge um 93.163 € (4,4 %) und zum Vorjahresergebnis um rd. 177 T€ = 7,9 %.

• Säumniszuschläge, Mahngebühren etc.

Von den Erträgen in Höhe von 456.464 € entfallen auf:

- Säumniszuschläge 205.865 €
- Mahngebühren 93.112 €
- Vollstreckungsgebühren 120.986 € und
- Erträge aus abgeschriebenen Forderungen 36.501 €.

Die Steigerung zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf höheren Erträgen bei den Säumniszuschlägen.

• Konzessionsabgaben

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH (VWM) - Wasser -	1.623.492,35	1.659.504,90
Energieversorgung Mittelrhein GmbH (EVM) - Gas -	800.294,20	800.000,00
Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-AG (KEVAG) - Strom -	5.323.950,46	5.215.600,00
	7.747.737,01	7.675.104,90



Die Steigerung beträgt zum Haushaltsansatz 98.104 €, während zum Vorjahresergebnis ein Rückgang um 72.632 € zu verzeichnen ist.

Die Richtigkeit der ausgewiesenen Konzessionsabgabe aus Wasser und Gas wurde durch einen Wirtschaftsprüfer testiert. Lediglich für die Konzessionsabgabe aus Strom lag dieses Prüftestat noch nicht vor.

• **Versicherungserstattungen**

Die Erstattungen von **allen** Versicherungsleistungen werden über das Konto 462700 abgewickelt. Sie betragen im Berichtsjahr rd. 386 T€ und haben sich damit zum Vorjahr um rd. 216 T€ erhöht.

Die Verbuchung erfolgte insgesamt bei 38 Produkten des Haushaltes, wobei die Erstattungsleistungen des Versicherers bei den Produkten 1148 „Technisches Gebäudemanagement“ mit 50 T€, 4241 „Sportstätten und Bäder“ mit 97 T€, 5117 „Stadtentwicklung – BuGA 2011“ mit 110 T€ und 5411 „Gemeindestraßen“ mit 66 T€ von hervorgehobener Bedeutung sind.

• **Baulandumlegung**

Das Baulandumlegungsverfahren „Südliches Güls“ ergab Erträge in Höhe von 2.337 T€ (siehe hierzu die Erläuterungen zur Bilanzposition „2.1.3 Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren“).

• **Sonstige Erstattungen**

Es handelt sich im Wesentlichen um Erstattungen überzahlter Fraktionszuschüsse, die Ablieferung von Einnahmen aus Nebentätigkeiten sowie um die Entschädigung für die Einräumung einer Abstandsbaulast.

■ **Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge**

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	1.351.900,00	2.771.638,75
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.732.915,27	2.409.263,50
Sonstige	6.484,81	3.348,96
Erhöhung Festwerte	175.719,24	0,00
Erhöhung Beteiligungen	7.405.490,54	8.460.689,11
aus der Anpassung der Bilanz	80.669,68	8.680.592,80
Sonstige	49.039,00	49.372,00
Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	10.802.218,54	22.374.905,12

• **Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen**

Es handelt sich hierbei um die Reduzierung der Pauschalwertberichtigung zum Vorjahr.



• Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen

Insgesamt wurden 47 Einzelrückstellungen aufgelöst, die sich in folgende Bereiche gliedern lassen:

- Auflösung Altersteilzeit Beamte	9 T€
- Auflösung Altersteilzeit Angestellte	186 T€
- Auflösung Rückstellung Evakuierungsmaßnahme	1.090 T€
- Auflösung Überstunden Beamte	137 T€
- Auflösung Pensionsrückstellung	519 T€
- Auflösung Prozesskosten	19 T€
- Auflösung Beihilferückstellung	90 T€
- Auflösung für offene Rechnungen und Instandhaltung	359 T€

• Erhöhung Beteiligungen

Die Position erfasst im Wesentlichen die Erhöhung des Anteilwertes des verbundenen Unternehmens Stadtwerke GmbH in Höhe von 7.891 Mio. €.

• Aus der Anpassung der Bilanz

Es handelt sich hierbei um die Anpassung der Restbuchwerte der bei Ziffer 4.3 bilanzierten Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen.

Im Berichtsjahr erfolgte die Abwicklung des Schulbausanierungsvertrages. Die korrekte Abbildung des Schulbausanierungsvertrages hinsichtlich des Ausweises in der Bilanz erforderte eine Ausbuchung der Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, die eine Ertragsbuchung in Höhe von 8.600 T€ verursachte. Gleichzeitig erfolgte eine Einbuchung der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, für die eine Aufwandsbuchung in Höhe von 4.560 T€ fällig wurde (siehe hierzu die Position „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ und „Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen“).

• Sonstige

Die Sonstigen nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträge i. H. v. 49.372 € sind durch die Anpassung der Forderung aus Ansprüchen aus Dienstherrwechsel nach § 107 BeamtVg bedingt.

■ Andere sonstige ordentliche Erträge

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Andere sonstige ordentliche Erträge	<u>1.155.977,37</u>	<u>535.199,24</u>

Die Rückgang zum Vorjahr beträgt rd. 621 T€. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um periodenfremde Erträge.



Summe der lfd. Erträge aus 10. Verwaltungstätigkeit (Summe 1 bis 9)	292.494.111,35	319.532.851,89
--	-----------------------	-----------------------

Insgesamt hat sich die Summe der ordentlichen Erträge zum Haushaltsansatz von 294.382.967 € um 25.149.884,89 € (8,54 %) auf 319.532.851,89 € erhöht. Zum Vorjahr ist eine Steigerung um 27.038.740,54 € oder 9,24 % zu verzeichnen.

11. Personalaufwendungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	438.135,65	369.087,21
Dienstbezüge und dergleichen	56.786.037,06	57.531.744,98
Beiträge zu Versorgungskassen	3.596.634,00	3.572.841,22
Beiträge z. gesetzl. Sozialversicherung	8.447.354,74	8.552.198,55
Beihilfen, Unterstützungsleistungen und dergleichen	2.371.385,18	2.456.024,20
Personalnebenaufwendungen	4.176,03	204.850,40
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	11.185.973,00	35.330,00
Rückstellungszuführungen für nicht ge- nommenen Urlaub, Überstunden u. ä.	873.559,68	323.817,29
Pauschalierte Lohnsteuer	0,00	11.282,23
	83.703.255,34	73.057.176,08

Mit diesem Ergebnis haben sich die Personalaufwendungen gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von 78.783.118 € um 5.725.942 € (7,3 %) vermindert.

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis ist bei den Personalaufwendungen ein Rückgang um rd. 10,65 Mio. € festzustellen, für den im Wesentlichen geringere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen (- 11,15 Mio. €) sowie für nicht genommenen Urlaub, Überstunden etc. (- 0,55 Mio. €) ursächlich sind. Demgegenüber haben sich die Dienstbezüge um rd. 0,75 Mio. € und die Personalnebenkosten um 0,2 Mio. € erhöht.

■ Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Ortsvorsteher	49.073,14	55.019,86
Rats- und Ausschussmitglieder	326.799,35	275.589,25
Sonstige	62.263,16	38.478,10
	438.135,65	369.087,21

Gegenüber dem Haushaltsvoranschlag in Höhe von 539.996 € sind Minderaufwendungen von 170.908 € zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierten sich die Aufwendungen um 69.048 €.



■ Dienstbezüge und dergleichen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Bezüge der Beamten	16.552.419,73	16.755.420,90
Sonstige	1.428,53	2.985,51
Vergütungen der Arbeitnehmer	39.984.724,48	40.516.327,21
Sonstige Aufwendungen für Bedienstete	247.464,32	257.011,36
	56.786.037,06	57.531.744,98

Gegenüber dem Ansatz in Höhe von 59.500.466 € ergeben sich Minderaufwendungen von 1.968.721 €, die – wie in den letzten Jahren – auf zu hohe Haushaltsansätze zurückzuführen sind. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Aufwendungen um rd. 745 T€, wobei die Steigerungen in den Bereichen „Beamtenbezüge“ mit rd. 203 T€ (1,2 %) und „Vergütung für Arbeitnehmer“ mit rd. 531 T€ (1,3) % anfielen.

■ Beiträge zu Versorgungskassen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Beamte	495.527,01	417.883,73
Arbeitnehmer	3.096.802,63	3.150.760,24
Sonstige	4.304,36	4.197,25
	3.596.634,00	3.572.841,22

Im Vergleich zum Haushaltsvoranschlag in Höhe von 3.484.808 € ist ein Anstieg um 88.033 € festzustellen.

Die Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Pflichtzuführungen zur Kommunalen Versorgungsrücklage gem. § 14a BBesG und haben sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig reduziert.

■ Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Beamte (u. a. Nachversicherung)	30.776,98	66.056,23
Arbeitnehmer	8.381.639,36	8.450.356,59
Sonstige	34.938,40	35.785,73
	8.447.354,74	8.552.198,55

Die tatsächlichen Aufwendungen haben sich gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von 8.519.678 € um 32.521 € erhöht. Insbesondere durch höhere Leistungen an die gesetzliche Sozialversicherung für tariflich beschäftigte Arbeitnehmer von rd. 69 T€ stiegen die Aufwendungen zum Vorjahr um knapp 105 T€.

■ Beihilfen, Unterstützungsleistungen und dergleichen

Mit 2.456.024,20 € haben sich die Beihilfeaufwendungen im Vergleich zum Vorjahresergebnis von 2.371.385 € um 84.639 € = 3,6 % erhöht. Gegenüber dem Haushalts-



ansatz von 2.796.322 € ist eine Minderinanspruchnahme von rd. 340 T€ = 12,2 % zu verzeichnen.

■ Personalnebenaufwendungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Trennungsgeld, Fahrtkosten, Prämien, Leistungszulagen, Prämien	4.176,03	8.759,40
Dienstherrenwechsel	0,00	196.091,00
	4.176,03	204.850,40

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 47.450 € ergeben sich Mehraufwendungen in Höhe von 157.400 €. Für den Wechsel von 4 städtischen Beamten wurden Ausgleichszahlungen an die neuen Dienstherren bezahlt.

■ Zuführungen zu Pensionsrückstellungen u. ä. Verpflichtungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Pensionsrückstellungen	9.601.177,00	0,00
Beihilferückstellungen	1.565,487,00	0,00
Sonstige (Ehrensold)	19.309,00	35.330,00
	11.185.973,00	35.330,00

Die Zuführung für den Ehrensold liegt um 55.842 € unter dem Haushaltsvoranschlag von 91.172 €. Für das Berichtsjahr wurden im Haushalt keine Zuführungen zur Pensions- und Beihilferückstellung gebildet. (siehe hierzu Erläuterungsteil zur Bilanzposition „3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“)

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen belaufen sich zum 31.12.2012 auf **146.548.816 €**.

■ Zuführungen zu Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub, Überstunden und ähnliches

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Beamte	374.199,00	133.531,67
Arbeitnehmer	499.360,68	123.270,92
Sonstige	0,00	67.014,70
	873.559,68	323.817,29

Gegenüber dem Haushaltsansatz von 15.001 € ergeben sich Mehraufwendungen v. rd. 309 T€.

Grundlage der Bemessung der Urlaubs- und Überstundenrückstellungen für Beamte und tariflich Beschäftigte ist die Anzahl der nicht genommenen Urlaubstage bzw. der geleisteten Überstunden zum 31.12.2012 mit den individuellen Stundensätzen des jeweiligen Mitarbeiters. Im Durchschnitt erhöhte sich die Rückstellung für nicht in Anspruch genommenen Urlaub pro Mitarbeiter von 953,75 € auf 1.028,55 € (7,8 %),



während sich die Rückstellung für geleistete Überstunden von 973,40 € auf 888,25 € (8,8 %) reduzierte.

Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr begründet sich dadurch, dass die in 2011 erfassten Einmaleffekte in 2012 nicht mehr angefallen sind. Hier wurde zum einen im Vorjahr erstmals das künstlerische Personal des Stadttheaters berücksichtigt. Dies war in den Jahren zuvor versäumt worden. Zum anderen wurde durch ein Urteil des Bundesarbeitsgerichtes vom März 2012 der Urlaubsanspruch der tariflich beschäftigten unter 40 Jahre rückwirkend auch für das Jahr 2011 altersunabhängig auf 30 Tage aufgestockt. Diese Regelung wurde durch Entscheidung des Ministerrates auch auf die Beamten des Landes RLP übertragen.

Unter der Rubrik „Sonstige“ wurden wie in 2012 Rückstellungen für Mitarbeiter verbucht, die die Stadt Koblenz in der Zwischenzeit verlassen haben (Dienstherrenwechsel). Für die Erhöhung der Rückstellung Dienstjubiläen wurde in 2012 insgesamt 3.910,70 € aufgewendet.

Die Rückstellungen belaufen sich zum Stichtag 31.12.2012 auf folgende Beträge:

Rückstellung für nicht genommenen Urlaub:	1.920.303,17 €	(2011: 1.741.552,00 €)
Überstundenrückstellung:	1.658.373,17 €	(2011: 1.777.424,00 €)
Rückstellung für Dienstjubiläen:	<u>79.783,60 €</u>	(2011: <u>75.872,90 €</u>)
	3.658.459,94 €	3.594.848,90 €

12. Versorgungsaufwendungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Versorgungsaufwendungen	7.115.969,45	7.041.513,43

Die Versorgungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um rd. 74 T€ = 1,05 % verringert; nach dem im letzten Jahr festzustellenden Anstieg zum Jahresergebnis 2010 von rd. 595 T€ bewegt sich das Ergebnis in 2012 auf Vorjahresniveau. Im Vergleich zum Haushaltsvoranschlag (7.193.285 €) ergeben sich Minderaufwendungen in Höhe von rd. 152 T€ = 2,11 %.



13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung	19.205.522,03	17.925.235,53
Kostenerstattungen an den Bund, das Land RLP sowie an verbundene Unternehmen und Eigenbetrieb	9.853.864,92	13.541.796,61
Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Abfall	9.897.980,40	9.612.013,42
Weitere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	8.981.366,66	9.439.874,72
Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.849.447,50	2.332.839,80
Aufwendungen für Fertigung, Vertrieb und Waren	631.856,01	630.015,62
	52.420.037,52	53.481.775,70

Im Vergleich zu den prognostizierten Aufwendungen von 56.056.838 € hat sich das Rechnungsergebnis um 2.575.062 € (4,6 %) reduziert.

Gegenüber dem Vorjahresergebnis von rd. 52,4 Mio. € haben sich die Aufwendungen im Berichtsjahr um saldiert rd. 1,062 Mio. € = 2,02 % erhöht, wobei insbesondere die höheren Kostenerstattungen an den Bund und das Land RLP von rd. 3,7 Mio. € zu dieser Entwicklung beitragen.

Erwähnenswert sind allerdings auch die Reduzierungen bei den Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung (- 1.280 T€) und den sonstigen Sach- und Dienstleistungen (- 1.517 T€).

■ Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und -einrichtungen	10.747.192,29	9.224.693,93
Infrastrukturvermögen	6.369.642,91	7.135.931,15
Betriebs- und Geschäftsausstattung	607.392,35	463.531,85
Fahrzeugunterhaltung	444.093,69	451.696,08
Geringfügige Geräte	585.131,26	468.139,53
Bewirtschaftung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und -einrichtungen	318.170,69	76.999,63
Maschinen und technische Anlagen	105.964,05	83.902,58
Unterhaltung von Kunstgegenständen und Denkmälern	27.934,79	20.340,78
	19.205.522,03	17.925.235,53

Gegenüber dem Ansatz (23.278.834 €) haben sich die Aufwendungen um saldiert rd. 5.354 T€ (23,0 %) reduziert. Insofern ist die bereits im Vorjahr getroffene Feststellung, dass in einigen Bereichen die Haushaltsansätze nicht annähernd in Anspruch genommen wurden, zu wiederholen. Zu nennen sind hier insbesondere Minderauf-



wendungen in den Bereichen der Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und Gebäudeeinrichtung mit 2.739 T€ sowie der Unterhaltung des Infrastrukturvermögens mit 2.114 T€.

Im Rahmen der Erstellung des Nachtragsplans empfiehlt das Rechnungsprüfungsamt eine realistischere Planung seitens der Fachämter durchzuführen.

Im Vergleich **zum Vorjahr** reduzierten sich die Gesamtaufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken, Gebäuden und Maschinen etc. um saldiert rd. 1.280 T€. Erwähnenswerte Minderungen waren bei der Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und Gebäudeeinrichtungen (- 1.522 T€), der Betriebs- und Geschäftsausstattung (- 144 T€), der Bewirtschaftung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und Gebäudeeinrichtungen (- 241 T€) sowie bei der Anschaffung Geringfügiger Geräte (- 117 T€) zu verzeichnen. Ausschlaggebend für den Rückgang bei der Unterhaltung der Gebäude sind die im Berichtsjahr nicht mehr angefallenen Brandschutzmaßnahmen an der Albert-Schweitzer-Realschule und am Gymnasium Asterstein.

Der Anstieg im Bereich des Infrastrukturvermögens ist im Wesentlichen durch die Bildung einer Rückstellung (1.700 T€) für die Sanierung der Gülser Eisenbahnbrücke bedingt.

■ Kostenerstattungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	1.895.122,79	4.792.195,67
Eigenbetriebe	6.225.690,16	7.280.602,85
Sonstiger öffentlicher Bereich	1.189.761,14	1.061.318,67
Gemeinde und Gemeindeverbände	134.160,07	120.608,84
Private Unternehmen	295.014,88	166.211,84
Zweckverbände	102.703,00	102.703,00
Sonstiges	11.412,88	18.155,74
	9.853.864,92	13.541.796,61

Bei der Kontenart 525 „Kostenerstattungen“ standen im Haushaltsplan 2012 insgesamt 9.093.890 € für die anfallenden Aufwendungen zur Verfügung. Mithin ergaben sich bei der Haushaltsausführung Mehraufwendungen von saldiert 4.447.907 € (48,9 %).

Mehraufwendungen **zum Haushaltsansatz** waren in nahezu allen Bereichen zu verzeichnen. Erwähnenswert sind:

• die Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis		4.405.196 €
• die Eigenbetriebe der Stadt Koblenz		
Grünflächen und Bestattungen	192.188 €	
Touristik	6.699 €	
Koblenzer Entsorgungsbetrieb	<u>37.380 €</u>	<u>236.267 €</u>
		<u>4.641.463 €</u>

Im Vergleich **zum Vorjahr** ist eine nicht unerheblicher Anstieg um saldiert 3.688 T€ = 37,4 % festzustellen. Ursächlich hierfür ist eine deutliche Kostenerhöhung bei den



Erstattungen an Unternehmen mit einem Beteiligungsverhältnis in Höhe von 2.897 T€ und an die Eigenbetriebe in Höhe von 1.055 T€. Die Anpassung des Schulbausanierungsvertrages mit der Koblenzer Wohnbau GmbH führte in 2012 zu Mehraufwendungen in Höhe von 1.348 T€. Weitere 2.076 T€ wurden nach Aufarbeitung des Vertrages mit der Wohnbau vom investiven in den konsumtiven Bereich umgebucht.

Weitere Mehraufwendungen an Kostenerstattungen zum Vorjahr waren bei den Eigenbetrieben (hier: Eigenbetrieb 67 „Grünflächen und Bestattungswesen“) zu verzeichnen. In 2012 wurde eine Rückstellung für Maßnahmen zur Nachnutzung der BUGA-Flächen in Höhe von T€ 957 eingestellt.

■ Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Abfall

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Stromkosten	2.325.782,44	2.418.209,28
Heizungskosten	2.230.601,28	2.495.334,88
Abwasserbeseitigung	2.291.125,54	2.259.392,49
Abfallentsorgung, Straßenreinigung und Winterdienst (Konto 5225000)	23.868,48	20.150,82
Eigenbetrieb 70 Abfallentsorgung etc. (Konten 522300, 522400 und 522517)	3.026.602,66	2.418.925,95
	9.897.980,40	9.612.013,42

Die Aufwendungen der Kontengruppe 522 für Energie, Wasser, Abwasser und Abfallentsorgung waren mit einem Gesamtansatz von 10.819.910 € kalkuliert. Der Minderbedarf belief sich saldiert auf rd. 1.207.896 € (11,2%).

Der Minderaufwand gegenüber **dem Vorjahr** von saldiert rd. 286 T€ entfiel im Wesentlichen auf die Erstattungen an den Eigenbetrieb 70 für Abfallentsorgung (T€ 608) und geringfügig auf die Abwasserbeseitigung (T€ 32). Demgegenüber ergibt sich ein Anstieg bei den Stromkosten (+ T€ 92) sowie den Heizungskosten (+ T€ 265) infolge höherer Preise durch den jeweiligen Versorger bzw. durch Mehrverbrauch.

Der Rückgang im Bereich des Eigenbetriebes 70 ist hauptsächlich durch Minderaufwendungen für den Winterdienst (T€ 534) begründet.

■ Weitere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Schülerbeförderungskosten	3.990.697,35	3.930.103,90
Sonstige bezogene Leistungen	2.482.123,96	2.489.480,66
Essenskosten	655.178,49	680.195,42
Labor- und Werkstättenbedarf	590.880,49	556.655,98
Lehr- und Unterrichtsmittel	702.321,90	630.336,30
Sonstiges	560.164,47	1.153.102,46
	8.981.366,66	9.439.874,72

Die Ist-Aufwendungen lagen um ca. 276 T€ unter dem Voranschlag von 9.715.354 €, wobei sich die Einsparungen auf alle Bereiche verteilten. Lediglich für die erstmals im



Aufwand verbuchten Steuerzahlungen an das Finanzamt Koblenz für das Stadion Oberwerth konnte kein Planansatz mehr erstellt werden.

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis erhöhten sich die Aufwendungen um rd. 459 T€. Ursächlich hierfür sind verspätete Abrechnungen im Sozialbereich für Leistungen aus 2011 (+ 283 T€; siehe Schlussbericht 2012, Produkt 3631) sowie die vorgenannten Steuerzahlungen an das Finanzamt Koblenz in Höhe von 205.000 €, die in den Vorjahren mit Erträgen aus Mieten und Pachten saldiert wurden.

■ Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Sonstige Aufwendungen für Sach- leistungen	51.348,77	36.574,58
Sonstige Aufwendungen für Dienst- leistungen	2.225.240,08	785.415,02
Sonstige Aufwendungen für Honorare	1.572.858,65	1.510.850,20
	3.849.447,50	2.332.839,80

Im Vergleich zum Gesamtansatz von 2.447.400 € sind Minderaufwendungen von saldiert rd. 115 T€ festzustellen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein deutlicher Rückgang und zwar saldiert um rd. 1.517 T€ zu verzeichnen. Grund für diese Minderung war in erster Linie die im Vorjahr vorsorgliche Verbuchung einer Rückstellung in Höhe von 1,2 Mio. EURO für evtl. noch anfallende Rechnungen bzw. geltend gemachte Ansprüche im Zusammenhang mit der Entschärfung der Luftmine in Pfaffendorf und der daraus resultierenden Evakuierungsmaßnahmen.

■ Aufwendungen für Fertigung, Vertrieb und Waren

Hierunter fallen bspw. der Einkauf von Ausweisen, Führerscheinen, Katalogen etc. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang um 1.840 € zu verzeichnen.

14. Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO

Bei den Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO handelt es sich um Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung der Verwaltung. Der Haushaltsansatz wurde wie im Vorjahr um rd. 1,68 Mio. € überschritten.



Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	2.852.474,40	2.956.702,95
Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke des Vorratsvermögens	1.019,33	1.361,23
Abschreibungen auf bebaute Grundstücke	3.631.889,08	3.942.374,97
Abschreibungen auf bebaute Grundstücke des Vorratsvermögens	2.361,35	0,00
Korrektur Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen	- 9.148,46	0,00
Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen	12.381.331,82	12.583.493,51
Abschreibungen auf Bauten auf fremdem Grund	115.254,00	115.253,00
Abschreibungen auf Kunstgegenstände, Denkmäler	865,00	11.552,60
Abschreibungen auf Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge und Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.860.232,45	2.288.593,43
Sonstige Abschreibungen u. außerplanmäßige Abschreibungen	97.335,73	0,00
	20.933.614,70	21.899.331,69

Die Summe der Abschreibungen wird im Anlagenspiegel mit 21.898.662,69 € angegeben. Der Unterschiedsbetrag erklärt sich aufgrund nachfolgender Sachverhalte:

- Ausweis von Abschreibungen auf Vorratsvermögen in Höhe von 669,00 €. Für Abschreibungen auf das Vorratsvermögen ist gemäß § 2 Abs. 1, Nr.15 GemHVO eine eigene Position im Gliederungsschema der Ergebnisrechnung vorgesehen.

Die Summe der Abschreibungen insgesamt erhöhten sich zum Vorjahr um rd. 966 T€ (4,61 %) und zum Haushaltsansatz um rd. 1,685 Mio. €. Es wird eine Anpassung des Haushaltsansatzes angeregt.

■ Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände

Zuwendungen und Investitionszuschüsse mit einer mehrjährigen Gegenleistungsverpflichtung oder einer mehrjährigen Zweckbindung wurden buchmäßig fortgeschrieben. Ebenso wurden die im Haushaltsjahr geleisteten Zuschüsse und Zuwendungen gemäß der vereinbarten mehrjährigen Zweckbindung bzw. Gegenleistungsverpflichtung anteilig abgeschrieben.

Von den Abschreibungen entfallen auf:

Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	mit	129.686,90 €
Geleistete Zuwendungen / gezahlte Investitionszuschüsse	mit	2.827.016,05 €

Die Steigerung zum Vorjahr um rd. 104 T€ beruht auf der erstmaligen Abschreibung für die Software der Integrierten Leitstelle Koblenz.



■ Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke

Der gesamte Wert bezieht sich auf unbebaute Grundstücke des Umlaufvermögens.

■ Abschreibungen auf bebaute Grundstücke

Die Abschreibungen der bebauten Grundstücke entsprechen aus den bereits vorstehend dargestellten Gründen nicht dem im Anlagenverzeichnis genannten Betrag (Abweichung 669 €). Die Summe der Abschreibungen hat sich zum Vorjahr um 310 T€ (+ 8,6 %) erhöht.

■ Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen unterliegt bis auf den jeweiligen Grundstücksanteil der regelmäßigen bilanziellen Abschreibung. Der bedeutendste Teil der Aufwendungen entfällt auf die Bereiche Gemeindestraßen, Bundesstraßen und Gehwege. Die Steigerung zum Vorjahr beläuft sich auf rd. 202 T€.

■ Abschreibungen auf Bauten auf fremdem Grund

Die Abschreibungen bei den Bauten auf fremden Grund und Boden wurden sowohl beim Stadion Oberwerth als auch bei den übrigen Sportstätten vorgenommen. Sie entsprechen den im Anlageverzeichnis aufgelisteten Beträgen.

■ Abschreibungen auf Kunstgegenstände, Denkmäler

Zuzüglich zu den Abschreibungen für das Romanische Haus sind nach Fertigstellung der Sanierungsmaßnahmen für das Gebäude „Feste Franz“ anteilige Abschreibungen in Höhe von ca. 10,6 T€ angefallen.

■ Abschreibungen auf Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge u. Betriebs- und Geschäftsausstattung

Es handelt sich um einen kumulierten Betrag der sich wie folgt zusammensetzt:

Bilanzposition 1.2.7	Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	1.076.564,44 €
Bilanzposition 1.2.8	Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>1.212.028,99 €</u>
		2.288.593,43 €

Die Abschreibungen beider Bilanzpositionen haben sich gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht (+ 428 T€). Hauptgrund für diesen Anstieg ist die Aktivierung der Park- und Stellplätze „B 42“ im Ortsteil Ehrenbreitstein sowie der Integrierten Leitstelle Koblenz.

Die bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung verbuchten geringwertigen Wirtschaftsgüter wurden im Jahr 2010 auf die Regelung des § 35 (3) Satz 2 GemHVO umgestellt. Hierbei wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, solche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten im Einzelnen den Wert von 410 € Netto nicht überschreiten, im Jahr ihrer Anschaffung oder Herstellung aufwandswirksam zu buchen. Die entsprechenden Vermögensgegenstände aus dem Jahr 2009 werden dagegen weiterhin planmäßig bis zum Zeitablauf abgeschrieben.

Im Übrigen wird zu dem Bereich der Abschreibungen auf die Darstellungen im Anlagenpiegel (Anlage 5) hingewiesen.



15. Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 15 GemHVO

Bei den Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 15 GemHVO handelt es sich um Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die üblichen Abschreibungen überschreiten. Im Berichtsjahr sind keine derartigen Abschreibungen angefallen.

16. Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferaufwendungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	1.931.225,76	2.051.317,96
Schuldendiensthilfen	194.326,18	180.290,82
Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen und dergleichen	16.925.739,44	17.569.052,40
Allgemeine Umlagen	4.428.918,36	5.723.691,81
	23.480.209,74	25.524.352,99

Während gegenüber dem Haushaltsansatz von 23.455.855 € rd. 2,068 Mio. € mehr verausgabt wurden, stiegen die Aufwendungen zum Vorjahr um 2.044.143 € = 8,7 % an.

■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke

Hierunter werden sämtliche Zuweisungen und Zuschüsse für die verbundenen Unternehmen, das Sondervermögen, die Eigenbetriebe sowie für den öffentlichen und privaten Bereich abgebildet. Gegenüber dem Voranschlag von 2.130.850 € konnten Einsparungen in Höhe von rd. 80 T€ realisiert werden.

Zum Vorjahr stiegen die Aufwendungen saldiert um rd. 120 T€. Während der Zuschuss für die Evangelische Kirchengemeinde Pfaffendorf zur Sanierung der dortigen Kirche gegenüber dem Vorjahr um 280 T€ geringer ausgefallen ist (Abschluss der Maßnahme), wurden Infrastrukturmaßnahmen des Industriezweckverbandes A61 mit 450 T€ bezuschusst.

■ Schuldendiensthilfen

Die Schuldendienstleistungen betreffen ausschließlich den privaten Bereich. Da die Hilfen in der Regel vertraglich festliegen, bewegt sich der Aufwand im Rahmen des Ansatzes von 186.315 €.

■ Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen und dgl.

Hinter dieser Kostenart verbirgt sich die zu zahlende Gewerbesteuerumlage. Bei einem Ansatz von 16.324.390 € fielen tatsächliche Aufwendungen von 17.569.052 € an; Mehraufwand mithin von 1.244.662 €. Im Vergleich zum Vorjahr (16.925.739 €) war die Umlage wegen der erheblich gestiegenen Gewerbesteuererträge (s. Ziffer 1 dieser Anlage) deutlich höher.



■ Allgemeine Umlagen

Die Allgemeinen Umlagen werden beherrscht durch die in die Finanzausgleichsmasse abzuführende Finanzausgleichsumlage mit einem Aufwand von 4.375.195 € und dem Finanzierungsanteil der Stadt Koblenz am Fond „Deutsche Einheit“ mit 468.240 €.

Während sich der Finanzierungsanteil am Fond „Deutsche Einheit“ gegenüber dem Vorjahr (rd. 560 T€) reduzierte, erhöhte sich die Finanzausgleichsumlage um 510.089 €. Für die Rückzahlung von Fördergeldern hinsichtlich des Flugfeld Karthause wurde einmalig eine Rückstellung in Höhe von T€ 876 gebildet.

Saldiert erhöhten sich die Aufwendungen zum Vorjahr um rd. 1.295 T€ bzw. 29,2 %.

17. Aufwendungen der sozialen Sicherung

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Leistungen nach SGB II	19.567.485,45	19.241.473,22
Leistungen nach SGB XII	44.817.299,85	48.502.772,53
Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB XII	213.327,22	242.142,96
Leistungen nach SGB VIII	11.723.030,10	13.177.638,27
Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB VIII	911.067,52	1.135.673,99
Sonstige Leistungen	4.484.293,64	4.497.742,73
Kostenbeteiligungen/-erstattungen für sonstige Leistungen	339.830,72	506.414,85
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke sozialer Sicherung	23.247.908,83	25.247.931,25
	105.304.243,33	112.551.789,80

An Aufwendungen für die soziale Sicherung sah der Haushaltsplan 2012 bei der Kontengruppe 55 insgesamt Aufwendungen von 110.351.919 € vor. Mit dem vorstehend dargestellten Ergebnis erhöhten sie sich um rd. 2.200 T€.

Insgesamt gesehen erhöhten sich die Aufwendungen für die soziale Sicherung zum Vorjahr um saldiert 7.247.546 € = 6,88 %. Kostensteigerungen waren insbesondere bei den Leistungen nach SGB XII mit 3.685 T€, den Leistungen nach SGB VIII mit 1.455 T€ und den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke der sozialen Sicherung mit 2.000 T€ festzustellen, währenddessen sich die Aufwendungen bei den Leistungen nach SGB II um 326 T€ verringerten.



■ Leistungen nach SGB II

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Kosten der Unterkunft und Heizung	18.955.924,55	18.553.171,35
Einmalige Leistungen des kommunalen Trägers	292.320,65	257.756,16
Laufende Leistungen des kommunalen Trägers	192.188,54	297.816,32
Leistungen zur Eingliederung von Arbeitsuchenden	127.051,71	132.729,39
	19.567.485,45	19.241.473,22

Für die Leistungen nach dem SGB II waren 19.890.000 € veranschlagt, so dass eine Einsparung von rd. 649 T€ erzielt wurde. Mit diesem Ergebnis blieben die Leistungen insgesamt um rd. 326 T€ = 1,7 % hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Gleiches gilt für die Entwicklung der im Leistungsbezug befindlichen Bedarfsgemeinschaften und Leistungsbezieher. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften verringerte sich im Jahresdurchschnitt von 4.869 auf 4.787 und die der Leistungsbezieher von 9.514 auf 9.319.

■ Leistungen nach SGB XII

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Leistungen außerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung	2.112.568,70	2.081.285,72
Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung	12.880.327,55	14.673.192,77
Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger ohne eigene Kostenbeteiligung	0,00	0,00
Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung	26.545.029,55	28.524.364,81
Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger ohne eigene Kostenbeteiligung	238.637,14	309.606,77
Leistungen innerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung	3.017.368,50	2.908.158,45
Leistungen innerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger ohne eigene Kostenbeteiligung	21.679,59	1.549,26
Sonstige Leistungen	1.688,82	4.614,75
	44.817.299,85	48.502.772,53

Für die Leistungen nach dem SGB XII sah der Haushaltsansatz für das Jahr 2012 insgesamt 47.311.000 € vor. Somit weist der Jahresabschluss eine Abweichung von rd. 1.191.772 € oder 2,5 % aus.



Zum Vorjahr ergab sich bei den Leistungen nach dem SGB XII eine Steigerung um rd. 3.685.473 € oder 8,2 %. Kostensteigerungen waren insbesondere bei den Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung in Höhe von 1.793 T€ sowie bei den Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung in Höhe von 1.979 T€ festzustellen.

■ Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB XII

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Kostenbeteiligungen nach AGSGB XII an das Land	150.762,03	202.584,49
Kostenerstattung an andere Sozialhilfeträger	62.565,19	39.558,47
	213.327,22	242.142,96

Für die Aufwendungen an Kostenbeteiligungen und –erstattungen nach dem SGB XII waren im Haushalt 266.000 € veranschlagt; mithin ergibt sich eine Einsparung von rd. 23.857 € (rd. 9 %). Zum Vorjahr erhöhten sich die Kostenbeteiligungen nach dem AGSGB XII um rd. 52 T€, während sich die Kostenerstattungen an andere Sozialhilfeträger um rd. 23 T€ reduzierten.

■ Leistungen nach SGB VIII

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Leistungen außerhalb v. Einrichtungen, allgemein	2.363.218,97	2.369.371,19
Leistungen außerhalb v. Einrichtungen, Eingliederungshilfe	524.290,48	577.092,97
Sonstige Leistungen außerhalb von Einrichtungen, Eingliederungshilfe	0,00	16.814,28
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), allgemein	2.615.121,98	2.410.575,58
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), allgemein abrechnungsfähig	408.535,15	424.874,41
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), Eingliederungshilfe	111.554,03	116.000,40
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), Heimerziehung	5.433.167,65	6.952.072,78
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), Heimerziehung abrechnungsfähig	30.674,72	0,00
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), betreute Wohnform	232.965,26	299.905,51
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), betreute Wohnform abrechnungsfähig	3.501,86	10.931,15
	11.723.030,10	13.177.638,27



Die Aufwendungen für die Leistungen nach dem SGB VIII überstiegen den Haushaltsansatz von 11.287.716 € um rd. 1.889.900 € (rd. 16,7 %), wobei ein Großteil des Mehraufwandes mit rd. 1.502 T€ auf die Leistungen innerhalb von Einrichtungen – Heimerziehung - entfiel. Weitere Mehrkosten fielen bei den Leistungen außerhalb von Einrichtungen (allgemein) mit 328 T€ und bei den allgemeinen Leistungen innerhalb von Einrichtungen (in voll- und teilstationären Einrichtungen) mit 210 T€ an.

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis stiegen die Leistungen nach dem SGB VIII um rd. 1.455 T€ = 12,4 % an. Bedeutende Anteile an der Kostensteigerung hatten die Leistungen innerhalb von voll- und teilstationären Einrichtungen (Heimerziehung) mit ca. 1.519 T€ = 27,9 %. Der in den letzten Jahren festzustellende Trend setzte sich damit auch in 2012 fort.

Die Fallzahl- und auch die Kostenentwicklung im Bereich der erzieherischen Hilfen ist in den vergangenen Jahren stets Gegenstand von Diskussionen gewesen. Auch in 2012 sind die Fallzahlen in diesem Bereich erneut gestiegen.

Der Anstieg der Gesamtzahl der im Rahmen einer Erziehungs- oder Eingliederungshilfe betreuten jungen Menschen ist im vergangenen Jahr insbesondere auf Zunahmen bei den Hilfearten „Sozialpädagogische Familienhilfe“ und „Heimerziehung“ zurückzuführen. Bei den Erziehungsbeistandschaften ist er im Vergleich zum Vorjahr eher moderat ausgefallen, im Bereich der Vollzeitpflege ist ein leichter Rückgang der Fallzahlen zu beobachten.

Es muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden, dass allein 48 Heimunterbringungen im Verlauf des Jahres 2012 dem Produkt „Heimerziehung als Krisenintervention“ zugeordnet werden können und damit eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2011 vorhanden ist.

*Quelle: Jahresbericht 2012 des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales der Stadt Koblenz

■ Kostenbeteiligung und -erstattungen nach SGB VIII

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Kostenbeteiligungen nach SGB VIII – außerhalb von Einrichtungen	41.977,34	41.224,60
Kostenerstattungen nach SGB VIII – innerhalb von Einrichtungen	847.843,10	1.069.295,53
Kostenerstattungen nach SGB VIII – außerhalb von Einrichtungen	21.247,08	25.153,86
	911.067,52	1.135.673,99

Die Aufwendungen für die Kostenbeteiligungen und –erstattungen nach dem SGB VIII erhöhten sich gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von rund 623 T€ um rd. 513 T€. Zum Vorjahresergebnis stiegen die Kosten um rd. 225 T€ oder 24,6 %.



■ Sonstige Leistungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Leistungen nach dem AsylbLG	1.614.210,29	1.758.763,95
Kriegsopferfürsorge	4.774,01	0,00
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	1.638.928,24	1.515.571,18
Leistungen nach dem Landesblindengeldgesetz und Landespflegegeldgesetz	1.049.677,78	1.064.012,49
Sonstige	176.703,32	159.395,11
	4.484.293,64	4.497.742,73

Bei den Sonstigen Leistungen war zum Haushaltsansatz von 5.151.900 € ein deutlicher Rückgang um rd. 654 T€ (12,7 %) festzustellen. Gegenüber dem Vorjahr ist ein leichter Anstieg in Höhe von 13 T€ (0,2 %) zu verzeichnen. Während die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz weiterhin einen rückläufigen Trend zu verzeichnen haben (- 123 T€; Vorjahr: - 122 T€) ist bei den Leistungen nach dem AsylbLG ein ansteigender Verlauf festzustellen (+ 145 T€, Vorjahr: + 148 T€).

■ Kostenbeteiligungen und -erstattungen für sonstige Leistungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	238.186,49	264.998,79
Vollzug des Betreuungsgesetzes	74.874,00	75.714,00
Sonstige	26.770,23	165.702,06
	339.830,72	506.414,85

Die Aufwendungen für die Kostenbeteiligungen und –erstattungen für sonstige Leistungen entsprachen im Wesentlichen den Vorjahresergebnissen. Im Bereich der Sonstigen Kostenbeteiligungen ergab sich ein Anstieg in Höhe von ca. 139 T€ aufgrund der Zahlung eines Betreuungsbonus nach § 12 a KitaG. Dieser wurden im Vorjahr auf einem Aufwandskonto bei den **Sonstigen Leistungen** verbucht.

■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke des Bereichs soziale Sicherung

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
an private Unternehmen	75.712,24	1.012,50
an übrige Bereiche	23.172.196,59	25.246.918,75
	23.247.908,83	25.247.931,25

Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke des Bereichs soziale Sicherung haben sich zum Vorjahr um rd. 2.000 T€ = 8,6 % erhöht. Gegenüber dem veranschlagten Bedarf von rd. 25.347 T€ ergaben sich Mehrausgaben in Höhe von ca. 99 T€.



Die Kostenart 559 beinhaltet im Wesentlichen die Aufwendungen zur Förderung der freien Wohlfahrtspflege (Produkt 3311), von Kindern in Tageseinrichtungen (Produkt 3621) sowie von Sonstigen Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Produkt 3631). Der Mehraufwand zum Vorjahr entfiel im Wesentlichen auf den Bereich der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und wird mit Gruppenerweiterungen als Folge des ab 01. August 2010 geltenden Rechtsanspruches der Kinder ab dem zweiten Lebensjahr auf einen Kindergartenplatz begründet.

18. Sonstige laufende Aufwendungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	789.836,55	756.735,66
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	8.599.642,34	8.142.634,82
Geschäftsaufwendungen	2.465.606,01	2.248.410,91
Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges	1.639.595,64	1.680.097,36
Verluste aus Abgang von Anlage- und Umlaufvermögen etc.	1.474.133,35	4.016.269,81
Aufwendungen für besondere Finanzauszahlungen	294,78	5,00
Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.139.400,00	941.532,76
Sonstige Steueraufwendungen	118.000,83	179.242,29
Sonstige laufende Aufwendungen der Verwaltungstätigkeit	1.241.601,40	10.584.108,17
	17.468.110,90	28.549.036,78

Die sonstigen laufenden Aufwendungen betragen 28.549.036 €; sie blieben damit unter dem Haushaltsvoranschlag von 28.795.167 € um saldiert 246.130 €. Zum Vorjahr erhöhten sich die Aufwendungen um saldiert 11.080.925 €, wobei insbesondere die Abweichungen in den Bereichen „Verluste aus dem Abgang von Anlage- und Umlaufvermögen etc.“ mit + 2.542 T€, und „Sonstige laufende Verwaltungstätigkeit“ mit + 9.343 T€ erwähnenswert sind.

■ Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Aufwendungen für Aus- u. Fortbildung, Umschulung	203.473,38	191.620,93
Aufwendungen für übernommene Reisekosten für Dienstreisen und Dienstgänge	351.398,04	350.978,65
Aufwendungen für allgem. Betreuung von Bediensteten	38.556,30	32.745,55
Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	169.975,42	152.044,48
Sonstige Personalnebenaufwendungen	26.433,41	29.346,05
	789.836,55	756.735,66



Sowohl zum Haushaltsvoranschlag in Höhe von 998.723 € als auch zum Vorjahr ist eine Reduzierung der „Sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen“ festzustellen. Während der Rückgang gegenüber dem **Vorjahr** von geringer Bedeutung ist, wurden die Haushaltsansätze für Aus- und Fortbildungen (-131 T€) und dementsprechend für Reisekosten für Dienstreisen (- 90 T€) deutlich unterschritten.

■ Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	2.713.616,46	2.824.272,38
Leasing	8.718,23	13.280,97
Leiharbeit	45.554,50	157,27
Datenverarbeitung	4.112.961,66	4.084.523,16
Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Aufwendungen	844.522,29	448.118,49
Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme v. Rechten und Diensten	874.269,20	772.282,55
	8.599.642,34	8.142.634,82

Der Haushaltsansatz war mit 9.725.141 € abermals deutlich zu hoch bemessen. Die Einsparungen betrafen im Wesentlichen die Sachverständigen-, Gerichts- und ähnlichen Kosten (-530 T€) sowie die Datenverarbeitungskosten (- 750 T€). Das Rechnungsprüfungsamt regt an, dass die Fachämter in diesen Bereichen zukünftig realistischere Planzahlen ansetzen.

Zum Vorjahr reduzierten sich die Aufwendungen um saldiert rd. 457 T€ (5,31 %). Hervorzuheben sind die Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Aufwendungen, mit einer Reduzierung um 396 T€ und die Sonstigen Aufwendungen für die Inanspruchnahme v. Rechten und Diensten, die ein Minus von 102 T€ zu verzeichnen hatten.

Weiterhin stiegen die Aufwendungen für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen um ca. 110 T€ an, während für die Leiharbeit kaum noch Aufwendungen angefallen sind.

■ Geschäftsaufwendungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Büromaterial	473.711,26	443.850,04
Fachliteratur, Zeitschriften	202.515,54	211.287,87
Porto und Versandkosten	535.632,75	488.626,60
Fernmelde- und Rundfunkgebühren	355.898,89	324.636,20
Öffentliche Bekanntmachungen	198.559,22	148.772,55
Öffentlichkeitsarbeit	341.140,54	348.391,84
Bankgebühren	50.965,58	53.057,33
Transportkosten	65.183,77	68.201,23
Sonstiges	241.998,46	161.587,25
	2.465.606,01	2.248.410,91

Im Vergleich zum Haushaltsvoranschlag in Höhe von 2.694.012 € ergeben sich Minderaufwendungen von 445.601 € und zum Vorjahr um 217.196 € = 8,8 %.



■ Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Versicherungsbeiträge	1.441.950,37	1.467.664,74
Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen	195.006,23	210.739,59
Sonstige	2.639,04	1.693,03
	1.639.595,64	1.680.097,36

Das Abschlussergebnis entspricht im Wesentlichen dem Ergebnis des Vorjahres. Zum Haushaltsvoranschlag von 1.724.997 € konnten Einsparungen von rd. 45 T€ erzielt werden, die nahezu ausschließlich auf die Versicherungsbeiträge entfallen sind.

■ Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und des Umlaufvermögens, Wertminderungen des Umlaufvermögens, Einstellungen in Sonderposten, Zuführungen zu Rückstellungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Verluste aus dem Abgang von Gegen- ständen des Anlagevermögens	32.903,86	866.850,52
Wertberichtigungen zu Forderungen	1.424.739,46	3.149.419,29
Einstellungen und Zuschreibungen in die Sonderposten	16.490,03	0,00
	1.474.133,35	4.016.269,81

Die tatsächlichen Aufwendungen weichen in einem erheblichen Maß von dem Haushaltsvoranschlag in Höhe von 3.534.100 € ab; zum Vorjahr erhöhten sie sich um rd. 2.542 T€.

Bei den Verlusten aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens in Höhe von 866.850 € handelt es sich weitgehend um Verluste aus den Abgängen bei den Sachanlagen.

Die Einzelwertberichtigungen haben sich maßgeblich erhöht und zwar von 1.425 T€ in 2011 auf nunmehr 3.149 T€.

■ Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Gewerbsteuer u. Kapitalertragsteuer	30.000,00	37.448,10
Kapitalertragssteuer für Dividenden- ausschüttung der Stadtwerke Koblenz	1.050.000,00	840.000,00
Sonstige	59.400,00	64.084,66
	1.139.400,00	941.532,76



Die tatsächlichen Aufwendungen minderten sich sowohl zum Haushaltsansatz (- 110 T€) als auch zum Vorjahresergebnis (- 198 T€).

Für die Dividendenausschüttung der Stadtwerke Koblenz an den Kernhaushalt ist Kapitalertragssteuer zzgl. Solidaritätszuschlag abzuführen. Der Aufwand hierfür betrug 840 T€.

■ Sonstige Steueraufwendungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Grundsteuer	105.064,33	167.775,79
Kraftfahrzeugsteuer	12.936,50	11.466,50
	118.000,83	179.242,29

Die tatsächlichen Aufwendungen verringerten sich zum Haushaltsansatz um rd. 37 T€; zum Vorjahresergebnis ist eine Steigerung um rd. 61 T€ zu verzeichnen, die auf einen Mehraufwand bei der Grundsteuer zurückzuführen ist.

■ Sonstige laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Zuwendungen an Fraktionen	329.134,36	283.498,11
Verfügungsmittel	4.090,73	2.219,70
Repräsentationen	67.198,08	61.363,59
Aufwendungen für Schadensfälle	1.902,10	240,22
Sonstige	839.276,13	10.236.786,55
	1.241.601,40	10.584.108,17

Die Aufwendungen der Kostenart 569 haben sich zum Ansatz um 1.733 T€ erhöht. Auch zum Vorjahr war ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen (+ 9.343 T€). Die unter der Sammelposition „Sonstige laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit“ zusammengefassten Kosten enthalten im Wesentlichen den Aufwand aus der Abwicklung des Schulbausanierungsvertrages. Die korrekte Abbildung des Schulbausanierungsvertrages hinsichtlich des Ausweises in der Bilanz erforderte eine Aufwandsbuchung in Höhe von 4.506 T€, bei gleichzeitiger Ausbuchung der Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, für die eine Ertragsbuchung in Höhe von 8.600 T€ fällig wurde (siehe hierzu die Position „Sonstige betriebliche Erträge“ und „Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen“).

Für Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Schulbausanierungsvertrages wurden in 2012 insgesamt 4.409 T€ als Aufwand verbucht, nachdem im Rahmen der Prüfung des Vertrages festgestellt wurde, dass der vorgenannte Betrag für konsumtive und nicht investive Maßnahmen verbraucht wurde.



19. Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe 11 bis 18)	310.425.440,98 €	322.104.976,47 €
--	-------------------------	-------------------------

Die Summe der ordentlichen Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit hat sich gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von 324.850.940 € um saldiert 2.745.964 € auf 322.104.976 € verringert.

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis von 310.425.441 € haben sich die Gesamtaufwendungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit um saldiert 11.679.535 € = 3,8 % erhöht, wobei die vorstehend erläuterten Mehraufwendungen im Wesentlichen durch Einmaleffekt im Bereich der periodenfremden Aufwendungen angefallen sind. Weitere Erhöhungen ergaben sich bei den Zuwendungen, Umlagen und sonstigen Transferaufwendungen mit 2.044 T€ sowie bei den Sozialleistungen mit einem Plus von 7.248 T€, während bei den Personalaufwendungen 10.646 T€ weniger verausgabt wurden.

20. Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Saldo 10 und 19)	- 17.931.329,63 €	- 2.572.124,58 €
--	--------------------------	-------------------------

Die Zeile 20 der Ergebnisrechnung stellt durch Saldierung der Zeilen 10 und 19 das laufende Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit der Kommune dar. Für das Jahr 2011 wird ein Fehlbetrag von 2.572.124,58 € ausgewiesen (Haushaltsansatz: 30.469.073 €)

21. Zins- und sonstige Finanzerträge

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Zinserträge für Kredite	83.024,78	66.171,25
Zinsen aus Stundungen und Verrentungen	11.981,18	19.160,39
Erträge aus verbundenen Unternehmen	7.200.000,00	5.950.000,00
Erträge aus Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts	129.938,15	130.098,76
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.134.801,84	3.157.295,51
	9.559.745,95	9.322.725,91

■ **Zinserträge für Kredite**

Es handelt sich im Wesentlichen um Zinserträge für Kredite von Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, von Banken, von Sparkassen sowie vom sonstigen Bereich. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Rückgang von ca. 20,3 %.

■ **Zinsen aus Stundungen und Verrentungen**

Erträge aus Stundungszinsen für Gewerbesteuerzahlungen.



■ Erträge aus verbundenen Unternehmen

Im Berichtsjahr ergaben sich Erträge aus verbundenen Unternehmen aus der Gewinnausschüttung der Stadtwerke Koblenz GmbH in Höhe von 5.600.000,00 €, der Aufbaugesellschaft von 250.000 € und der Koblenzer Wohnbau von 100.000 €.

■ Erträge aus Sondervermögen, Zweckverbänden und Anstalten des öffentlichen Rechts

Diese Position erfasst die Erträge aus den nicht rechtsfähigen Stiftungen.

■ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von 3.064.030 € konnten die Erträge um ca. 93 T€ gesteigert werden. Bei diesen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um Avalprovisionen (59.657 €), Gewerbesteuernachzahlungen aufgrund von Nachveranlagungen inklusive Zinsen nach § 233 a AO (2.092.363 €) und Zinserträgen aus Derivaten für Investitionen (192.003 €) sowie Zinserträgen aus Derivaten zur Liquiditätssicherung (776.548 €).

22. Zins- und sonstige Finanzaufwendungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Zinsaufwendungen an Sondervermögen	323.883,40	103.225,50
Zinsaufwendungen a. d. öffentl. Bereich	4.746,94	0,00
Zinsaufwendungen an den inländischen Geldmarkt	9.939.007,37	11.237.709,09
Zinsaufwendungen an den sonstigen inländischen Geldmarkt	866.874,09	685.678,08
Sonstige Zinsen Finanzaufwendungen	2.075.216,18	2.553.776,53
	13.209.727,98	14.580.389,20

Der Zins- und Finanzaufwand hat sich zum Vorjahr um 1.370.661 € = 10,4 % erhöht.

■ Zinsaufwendungen an Sondervermögen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Kommunales Gebietsrechenzentrum	14.177,64	4.878,75
Grünflächen- und Bestattungswesen	10.298,73	5.384,48
Koblenzer Entsorgungsbetrieb	96.064,11	14.346,65
Koblenz-Touristik	48.827,61	7.729,83
Stadtentwässerung	153.471,39	70.011,17
Jagdgenossenschaft	1.043,92	236,36
Koblenzer Wohnbau	0,00	638,26
	323.883,40	103.225,50

Die Zinsgutschriften für Guthaben der Eigenbetriebe und der Jagdgenossenschaft auf dem Konto 240 der Stadtkasse haben sich im Berichtsjahr um rd. 221 T€ reduziert, wobei die Bereiche Koblenz Touristik (- 41 T€), Koblenzer Entsorgungsbetrieb (- 82 T€) und Stadtentwässerung (- 83 T€) hervorzuheben sind.



■ Zinsaufwendungen an den öffentlichen Bereich

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Land Rheinland-Pfalz	3.060,08	0,00
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	1.686,86	0,00
	4.746,94	0,00

■ Zinsaufwendungen an den inländischen Geldmarkt

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Zinsen für langfristige Darlehen	9.782.238,85	11.134.452,78
Zinsen für Liquiditätskredite	156.768,57	103.256,31
	9.939.007,42	11.237.709,09

Als Folge der Großinvestitionen in den letzten Jahren stiegen die Aufwendungen für langfristige Investitionsdarlehen um rd. 1.352 T€ = 13,8 % an. Gleichzeitig gingen die Zinsen im kurzfristigen Segment für Darlehen zur Liquiditätssicherung um rd. 53 T€ zurück. Grund hierfür sind ein weiterer Rückgang des Zinsniveaus sowie die unterjährig geringere Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten.

Zum Haushaltsvoranschlag von rd. 12.270 T€ konnten durch das nach wie vor sehr niedrige Zinsniveau mit 1.032 T€ = 8,4 % Einsparungen erzielt werden.

■ Zinsaufwendungen an den sonstigen inländischen Geldmarkt

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Zinsen an Versicherungsunternehmen	864.466,00	667.426,35
Sonstige	2.408,09	18.251,73
	866.874,09	685.678,08

Zinsen für langfristige Darlehen gegenüber Versicherungsunternehmen.

■ Sonstige Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Zusammensetzung:	2011 EUR	2012 EUR
Aus der Verzinsung sonstiger Steuernachforderungen	563.212,00	531.240,56
Sonstige wie Derivate für Investitionen und Liquidität	1.512.004,18	2.022.535,97
	2.075.216,18	2.553.776,53

Bei der Verzinsung sonstiger Steuernachforderungen handelt es sich um Erstattungszinsen nach § 233 a AO, die in der Regel bei Änderung des Gewerbesteuerbescheides zu Gunsten des Steuerpflichtigen fällig werden. Das Gros des Zinsaufwandes konzentriert sich auf diverse Steuerpflichtige, denen im Einzelfall bis zu 142 T€ erstattet wurden.



23. Finanzergebnis (Saldo aus 21 und 22)	- 3.649.982,03 €	- 5.257.663,29 €
---	-------------------------	-------------------------

Der Betrag von – 5.257.663,29 € spiegelt den Saldo zwischen den Finanzerträgen der Spalte 21 sowie den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen der Spalte 22 wider. Während im Vorjahr lediglich ein Fehlbetrag von rd. 3.650 T€ hingenommen werden musste, weist das Ergebnis 2012 einen Fehlbetrag von 5.258 T€ aus. Die Ergebnisverschlechterung beträgt mithin 1.608 T€ und ist im Wesentlichen auf den Anstieg des Zinsaufwandes für langfristige Darlehen zurückzuführen.

24. Ordentliches Ergebnis (Summe 20 und 23)	- 21.581.311,66 €	- 7.829.787,87 €
--	--------------------------	-------------------------

Das ordentliche Jahresergebnis wird aus dem laufenden Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Zeile 20) sowie dem Finanzergebnis (Zeile 23) gebildet und beläuft sich auf 7.829.787,87 €.

25. Außerordentliche Erträge	6.087.806,57 €	0,00 €
26. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	940.304,94 €
27. Außerordentliche Ergebnis	6.087.806,57 €	- 940.304,94 €

Nachdem im Vorjahr sowie in 2010 lediglich außerordentliche Erträge anfielen, ergaben sich in 2012 Außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 940 T€. Als außerordentliche Erträge bzw. Aufwendungen werden solche Geschäftsvorfälle definiert, die außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit einer Kommune liegen. Bei dem „Außerordentlichen Ergebnis“ in Zeile 26 in Höhe von 940.304,94 € handelt es sich um außerordentliche Aufwendungen, die beim Produkt 5117 „Stadtentwicklung BUGA 2011“ verbucht wurden.

Die außerordentlichen Erträge beziehen sich vollständig auf die Reduzierung der im Vorjahr bilanzierten Forderung aufgrund des Rückerstattungsanspruches an die Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH.

28. Jahresergebnis (Summe 24 und 27)	- 15.493.505,09 €	- 8.770.092,81 €
---	--------------------------	-------------------------

Das Jahresergebnis ergibt sich in kreisfreien Städten aus der Summe des ordentlichen (Zeile 24) und des außerordentlichen Ergebnisses (Zeile 27). Das Jahresergebnis ist die entscheidende Größe für die Veränderung des Eigenkapitals, da hierin sämtlicher Werteverlust oder -zuwachs eines Haushaltsjahres abgebildet ist. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine **Verbesserung** in Höhe von **6.723.412,28 €**. Zum Haushaltsansatz einschließlich Nachtrag mit einem Fehlbetrag von 36.303.963 € beträgt die Verbesserung 27.533.870 €.



Anlage 12 Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

Rechtliche Verhältnisse

Die Rechtsstellung der Stadt Koblenz ergibt sich aus der Gemeindeordnung für das Land Rheinland Pfalz in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2013 (GVBl. S. 538).

Die Stadt Koblenz ist eine kreisfreie Gebietskörperschaft. Sie verwaltet ihr Gebiet nach den Grundsätzen der gemeindlichen Selbstverwaltung.

Die Aufsichtsbehörde ist die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion. Die obere Aufsichtsbehörde ist der Innenminister des Landes RLP.

Das Stadtgebiet gliedert sich in folgende Stadtbezirke:

- Altstadt
- Mitte
- Süd
- Oberwerth
- Karthause Nord
- Karthäuserhofgelände
- Karthause Flugfeld
- Goldgrube
- Raental
- Moselweiß
- Stolzenfels
- Lay
- Lützel
- Metternich
- Neuendorf
- Wallersheim
- Kesselheim
- Güls
- Rübenach
- Bubenheim
- Ehrenbreitstein
- Niederberg
- Asterstein
- Pfaffendorf
- Pfaffendorfer Höhe
- Horchheim
- Horchheimer Höhe
- Arzheim
- Arenberg
- Immendorf

Der Hauptsitz der Stadtverwaltung befindet sich im Rathaus, Gymnasialstr. 1-4, 56068 Koblenz. Daneben gibt es noch folgende weitere Verwaltungssitze:

- Hochhaus am Bahnhof, Bahnhofstraße 47, 56068 Koblenz
- Ordnungsamt, Ludwig-Erhard-Straße 2, 56073 Koblenz
- Amt für Brand- u. Katastrophenschutz, Schlachthofstraße 2-12, 56073 Koblenz
- Schängel-Center, Rathauspassage 2, 56068 Koblenz
- Musikschule, Volkshochschule und KSI Hoevelstraße 6, 56073 Koblenz
- Stadtarchiv, Burgstraße 1, 56068 Koblenz
- Stadtbibliothek, Kornpfortstraße 15, 56068 Koblenz
- Mittelrhein Museen, Florinsmarkt 15, 56068 Koblenz
- Ludwig Museum, Danziger Freiheit, 56068 Koblenz
- Stadttheater, Clemensstr. 1-5, 56068 Koblenz



Gemäß § 25 der Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz (GemO) hat der Rat der Stadt Koblenz am 12. Juni 1974 die Hauptsatzung der Stadt Koblenz beschlossen. Die Fassung dieser Satzung wurde ergänzt durch die Satzung vom 19.07.1977 und zuletzt am 19.07.2010 geändert.

Organe und Vertretungsbefugnis

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen durch die Wahl des Oberbürgermeisters, des Stadtrates, der Ortsbeiräte sowie durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (§ 17 a GemO) an der Verwaltung der Stadt teil. Organe der Stadt Koblenz sind nach § 28 GemO der Stadtrat sowie der Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister ist Herr Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig.

Die nach § 29 Abs. 1 GemO in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl gewählte Zahl der Ratsmitglieder im Stadtrat beträgt nach § 29 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz (GemO) für Städte/ Gemeinden/Verbandsgemeinden mit mehr als 100.000 bis 150.000 Einwohnern 56. Diese verteilen sich zum Stand 18.07.2012 wie folgt auf Parteien und Wählergruppen:

CDU	18 Sitze
SPD	14 Sitze
Grüne	6 Sitze
BIZ	7 Sitze
FDP	5 Sitze
FBG	5 Sitze
Die Linke	1 Sitz

Die Wahlzeit der Stadtratsmitglieder beträgt 5 Jahre.

Die Mitglieder des Stadtrates zum 18.07.2012 sind:

Ratsmitglieder:

- Anna-Maria Schumann-Dreyer
- Hans-Jörg Assenmacher
- Peter Balmes
- Andreas Biebricher
- Leo Biewer
- Herbert Bocklet
- Eitel Bohn
- Vito Contento
- Bernd Coßmann
- Manfred Diehl
- Edith Hoernchen
- Heinz Honsdorf
- Julia Maria Kübler
- Claudia Probst
- Wolfram Reinstädler
- Karl-Heinz Rosenbaum
- Hermann-Josef Schmidt
- Isabell Schulte-Wissermann
- Gerhard Voell
- Anita Weis
- Andrea Mehlbreuer
- Hans-Peter Ackermann
- Sabine Bäcker
- Uwe Diederichs-Seidel
- Harald Stölzgen
- Nils Wiechmann
- Dr. Michael Gross
- Paul Henchel
- Monika Hömberger
- Dr. Joachim Kneis
- Edgar Kühenthal
- Stephan Wefelscheid



- Monika Sauer
- Mark Scherhag
- Marion Lipinski-Naumann
- Christian Altmaier
- Manfred Bastian
- Heribert Heinrich
- Christiane Heinrich-Lotz
- Ute Hoffmann
- David Langner
- Gerhard Lehmkühler
- Fritz Naumann
- Detlev Pilger
- Angela Keul-Göbel
- Birgit Hoernchen
- Michael Bordelle
- Peter Kaiser
- Dr. h.c. Friedhelm Pieper
- Torsten Schupp
- Manfred Gniffke
- Walter Baum
- Karin Herrmann
- Werner Rosenbaum
- Gundula Krebs
- Franz-Josef Klein

Der Stadtrat legt die Grundsätze für die Verwaltung der Stadt fest und entscheidet über alle grundlegenden Angelegenheiten der Stadt. Er kann die Beschlussfassung über bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten auf die (Ober-)Bürgermeisterin / den (Ober-)Bürgermeister oder einen der Ausschüsse übertragen. Dies gilt nicht für die in § 32 Abs. 2 GemO RLP aufgeführten ausschließlichen Zuständigkeiten des Rates.

Der Stadtrat hat zur Vorbereitung der Beschlüsse folgende Ausschüsse gebildet:

- Ausschuss für allgemeine Bau- u. Liegenschaftsverwaltung
- Ausschuss für Bauleitpläne
- Ausschuss für Demographie und integrierte Stadtentwicklung
- Ausschuss für Hochschulfragen
- Bauherrenausschuss „Zentralplatz und Forum Mittelrhein“
- BUGA-Ausschuss
- Fachausschuss Frauen
- Fachbereichsausschuss IV
- Forstausschuss
- Haupt- und Finanzausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Kulturausschuss
- Personalausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Schulträgerausschuss
- Sozialausschuss
- Sport- und Bädereusschuss
- Stadtrechtsausschuss
- Umlegungsausschuss
- Umweltausschuss
- Werkausschuss „Grünflächen und Bestattungswesen“
- Werkausschuss „Koblenz Touristik“
- Werkausschuss „Koblenzer Entsorgungsbetrieb“
- Werkausschuss „Kommunales Gebietsrechenzentrum“
- Werkausschuss „Stadtentwässerung“
- Widerspruchsausschuss in Angelegenheiten d. Kriegsoferfürsorge
- Widerspruchsausschuss in Angelegenheiten der Sozialhilfe
- Wirtschaftsförderungsausschuss

Der Stadtrat überwacht die gesamte Verwaltung sowie die Geschäftsführung der Stadt.

Der Oberbürgermeister wird von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl auf die Dauer von acht Jahren gewählt. Er leitet die Stadtverwaltung und vertritt die Stadt nach außen.



Bezüge der Organe

Aufwandsentschädigung Ratsmitglieder:	250 €
Aufwandsentschädigung Fraktionsvorsitzende:	250 €
Sitzungsgeld je Sitzung	25 €
Aufwandsentschädigung Vorsitz d. Ausländerbeirats:	250 €
Aufwandsentschädigung des Behindertenbeauftragten:	250 €

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Am 31.12.2012 waren bei der Stadt Koblenz beschäftigt:

Beamte	454
Angestellte / Beschäftigte	1.267
Mitarbeiter/innen insgesamt	1.721
Bedienstete im Vorbereitungsdienst	29
Auszubildende	40
Auszubildende insgesamt	69

Steuerliche Verhältnisse

Betriebe gewerblicher Art (BgA)

Die Stadt ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts. BgA's von juristischen Personen des öffentlichen Rechts i. S. d. § 1 Abs 1 Nr. 6 KStG sind alle Einrichtungen, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen dienen und die sich innerhalb der Gesamtbetätigung der juristischen Person wirtschaftlich herausheben. Die Absicht Gewinn zu erzielen, und die Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr sind nicht erforderlich (§ 4 Abs. 1 KStG). Nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 i. V. m. § 4 KStG unterliegen BgA's von juristischen Personen des öffentlichen Rechts der unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht sowie der Gewerbesteuerpflicht gem. § 2 Abs. 1 GewStG.

Eine zum Bilanzstichtag bestehende Rückstellung in Höhe von 100.000 € resultiert aus einer nach Prüfung durch das Finanzamt festgestellten Steuernachforderung beim BgA Stadion Oberwerth.

Umsatzsteuer

Die Stadt Koblenz ist gem. § 18 Abs. 1 u. 2 UStG verpflichtet, Umsatzsteuervoranmeldungen abzugeben. Der Steueraufwand des Berichtsjahres wurde ermittelt und, sofern erforderlich, gem. § 39 Abs. 1 Nr. 8 GemHVO rückgestellt.

Wirtschaftliche Grundlagen

1. Allgemeine Angaben

Stadt:	Koblenz
Einwohnerzahl der Stadt:	108.900
Oberbürgermeister:	Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
Anschrift der Stadtverwaltung:	Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz



2. Stadtgebiet

Größe des Stadtgebietes 10.512,4 ha

Stadtgebiet nach Ortsteilen:

• Koblenz:	2.535,2 ha
• Moselweiß:	313,2 ha
• Lay:	249,6 ha
• Bisholder:	23,6 ha
• Güls:	795,4 ha
• Rübenach:	1.295,5ha
• Metternich:	479,7 ha
• Bubenheim:	315,9 ha
• Kesselheim:	483,7 ha
• Wallersheim:	262,1 ha
• Neuendorf:	546,4 ha
• Neudorf:	33,1 ha
• Niederberg:	208,5 ha
• Immendorf:	252,9 ha
• Arenberg:	646,7 ha
• Ehrenbreitstein:	161,1 ha
• Arzheim:	486,8 ha
• Pfaffendorf:	402,9 ha
• Horchheim:	769,7 ha
• Stolzenfels:	250,3 ha

Stadtgebiet nach Nutzungsart:

• Gebäude- und Freifläche:	19,6 %
• Betriebsfläche:	1,1 %
• Erholungsfläche:	4,9 %
• Verkehrsfläche:	10,5 %
• Landw. genutzte Fläche:	23,6 %
• Waldfläche:	33,8 %
• Wasserfläche:	5,2 %
• Sonstige Flächen:	1,2 %

3. Bevölkerungsstruktur

Einwohner mit Hauptwohnsitz:	108.900 Einwohner, davon 52.320 männlich (48,0 %) 56.580 weiblich (52,0 %)
------------------------------	--

Einwohnerentwicklung:	Lebendgeborene 931 Sterbefälle 1.239 Geburten-/Sterbesaldo - 308 Zuzüge 9.271 Fortzüge 7.037 Gesamtgewinn/-verlust + 2.234
-----------------------	---

Einwohnerstruktur:	< 18 Jahre 14,6 % 18 bis 35 Jahre 23,9 % 35 bis 65 Jahre 40,7 % > 65 Jahre 21,7 % ledig 42,5 % verheiratet 41,6 % geschieden 8,6 % verwitwet 7,3 %
--------------------	---



4. Wirtschaft, Arbeit und Finanzen

Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter: 66.130

Aufteilung Arbeitsmarkt:	Land- und Forstwirtschaft	88
	Produzierendes Gewerbe	10.487
	Handel und Verkehr	15.736
	Dienstleistungsbereich	39.819
Berufspendler:	Berufseinpender	44.336
	Berufsauspendler	13.197
Gewerbeentwicklung:	Anmeldungen	1.446
	Abmeldungen	1.128
	Insolvenzen	243
Grundsteuer	Hebesatz Grundsteuer A: 340 v. H.	
	Hebesatz Grundsteuer B: 400 v. H.	
Gewerbesteuer (Hebesatz):	410 v. H.	

5. Beteiligungen

Beteiligungsstruktur der Stadt (Vermögenswerte zum 31.12.2012)

■ Verbundene Unternehmen

Stadtwerke Koblenz GmbH	100,0 %	129.220.939,21 €
Aufbaugesellschaft Koblenz mbH	100,0 %	3.178.088,00 €
Koblenzer Wohnbau GmbH	100,0 %	20.050.439,20 €
Sporthalle Oberwerth GmbH	100,0 %	51.276,19 €
Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH	66,6 %	1.447.312,27 €

■ Beteiligungen

Gemeinschaftsklinikum Kemperh.-St.-Elisab.	50,00 %	5.120.000,00 €
TechnologieZentrum Koblenz GmbH	32,54 %	247.001,35 €
Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH	11,11 %	3.067,76 €
Volksbank Koblenz Mittelrhein e.G.	k.A.	300,00 €
EK02 GmbH	k.A.	11.074,00 €

■ Eigenbetriebe

Eigenbetrieb 17: Kommunales Gebietsrechenzentrum	1.161.786,75 €
Eigenbetrieb 67: Grünflächen- & Bestattungswesen	568.789,46 €
Eigenbetrieb 70: Koblenzer Entsorgungsbetrieb	3.582.814,30 €
Eigenbetrieb 83: Koblenz-Touristik	28.510.108,89 €
Eigenbetrieb 85: Stadtentwässerung	74.332.147,42 €



Anlage 13 Kennzahlenberechnung

Aufwandsdeckungsgrad	=	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
Eigenkapitalquote 1	=	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
Eigenkapitalquote 2	=	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sopo Zuwendungen/Beiträge}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
Verschuldungsgrad	=	$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{wirtschaftliches Eigenkapital}}$
Fehlbetragsquote	=	$\frac{\text{Negatives Jahresergebnis} \times -100}{(\text{Kapital- u. sonst. Rücklage} + \text{Ergebnisvortrag})}$
Anlagevermögensintensität	=	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
Infrastrukturquote	=	$\frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
Abschreibungsintensität	=	$\frac{\text{Bilanz. Abschreibungen auf Anlagevermögen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
Investitionsquote	=	$\frac{\text{Bruttoinvestitionen} \times 100}{\text{Abgänge u. Abschreibungen im Anlagevermögen}}$
Anlagendeckungsgrad 2	=	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sopo Zuwendungen/Beiträge} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$
Liquidität 2. Grades	=	$\frac{\text{Liquide Mittel} + \text{Kurzfristige Forderungen} \times 100}{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten}}$
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	=	$\frac{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
Zinslastquote	=	$\frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
Steuerquote	=	$\frac{\text{Steuererträge} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
Zuwendungsquote	=	$\frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
Personalintensität	=	$\frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
Sach- u. Dienstleistungsintensität	=	$\frac{\text{Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
Transferaufwandsquote	=	$\frac{\text{Transferaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$



Rechnungsprüfungsamt der Stadt Koblenz

Hausanschrift: Gymnasialstraße 1-4, 56068 Koblenz
Postanschrift: Postfach 20 15 51, 56015 Koblenz
Telefon: 0261 / 129-1452
Fax.: 0261 / 129-1450
Email: rechnungspruefungsamt@stadt.koblenz.de